

Sitzungsbericht

30. Sitzung der Tagung 1995/96 der XIV. Gesetzgebungsperiode
des Landtages von Niederösterreich
Donnerstag, den 9. November 1995

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder (Seite 130).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 131).
3. Anfragebeantwortungen (Seite 132).
4. Verabschiedung des bisherigen und Bestellung des neuen Kontrollamtsdirektors.
Redner: Abg. Präs. Ing. Eichinger (Seite 139), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 141), Abg. Präs. Koczur (Seite 144), Abg. Gratzer (Seite 145), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 147), Abg. Böhm (Seite 147).
- 5.1. Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Auflösung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Bewirtschaftung beim Weinbau sowie die Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission.
Berichterstatter: Abg. Hiller (Seite 148).
- 5.2. Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der Vereinbarung über die flächenmäßige Beschränkung des Weinbaues und die Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission der Länder.
Berichterstatter: Abg. Hiller (Seite 149).

Redner zu 5.1. - 5.2.: Abg. Knotzer (Seite 150), Abg. Lembacher (Seite 152).
Abstimmung (Seite 154).
- 6.1. Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds; Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 1994.
Berichterstatter: Abg. Lembacher (Seite 154).
- 6.2. Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 1994.
Berichterstatter: Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 155).
- 6.3. Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 1994.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 155).

Redner zu 6.1. - 6.3: Abg. Ing. Hofbauer (Seite 156), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 157), Abg. Marchat (Seite 158), Abg. Maier (Seite 163), Abg. Hofmacher (Seite 165), Abg. Haberler mit Resolutionsantrag (Seite 167), Abg. Schütz (Seite 170), Abg. Kurzreiter (Seite 173), Abg. Schütz (Seite 177), LR Blochberger (Seite 177).
Abstimmung (Seite 178).
7. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend 2. EU-Anpassungsbudget 1995.
Berichterstatter: Abg. Dirnberger (Seite 179).

Redner: LR Mag. Freibauer (Seite 181), LR Wagner (Seite 188), Abg. Gratzner (Seite 189), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 191), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 195), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 198), Abg. Hiller mit Resolutionsantrag (Seite 200), Abg. Marchat mit Resolutionsantrag (Seite 205), Abg. Dr. Bauer mit Resolutionsantrag (Seite 209), LR Blochberger (Seite 218), Abg. Hiller (Seite 224).

Abstimmung (Seite 224).

8. Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Fleischuntersuchungsgebührengesetzes.

Berichterstatter: Abg. Hoffinger (Seite 225).

Abstimmung (Seite 225).

9. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend Marchfeldkanal Betriebsgesellschaft, Geschäftsbericht 1994.

Berichterstatter: Abg. Hoffinger (Seite 226).

Redner: Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 226), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 228), Abg. Muzik mit Resolutionsantrag und Abänderungsantrag (Seite 230), Abg. Lugmayr mit Resolutionsantrag (Seite 235), Abg. Gratzner (Seite 236), Abg. Klupper (Seite 236).

Abstimmung (Seite 237).

- 10.1. Antrag des Gesundheits-Ausschusses über die Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis 1995.

Berichterstatter: Abg. Kautz (Seite 237).

- 10.2. Antrag des Gesundheits-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974.

Berichterstatter: Abg. Kautz (Seite 237).

Redner zu 10.1. - 10.2.: Abg. Ing. Gansch (Seite 238), Abg. Rosenkranz mit Resolutionsantrag (Seite 240), Abg. Gruber (Seite 241), Abg. Treitler (Seite 243).

Abstimmung (Seite 245).

11. Antrag des Kommunal-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Gemeinde-Personal-

vertretungsgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Sivec (Seite 245).

Abstimmung (Seite 246).

* * *

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (*um 13.00 Uhr*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Hofer krankheitshalber entschuldigt. (*Präsident Mag. Romeder erhebt sich.*)

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor wenigen Tagen, am 4. November 1995, ist Herr Landesrat und Bundesminister a.D. Otto Rösch im 79. Lebensjahr verstorben. Otto Rösch bekleidete zahlreiche Funktionen im öffentlichen Leben unserer Republik und vor allem auch des Bundeslandes Niederösterreich. Er begann seine politische Laufbahn in der Steiermark, die er 1951 - 1953 im Bundesrat vertrat, und war 1956 - 1959 Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag, 1959 - 1966 Abgeordneter zum NÖ Landtag und gleichzeitig auch Staatssekretär im Verteidigungsministerium. 1966 - 1970 wirkte er als Mitglied der NÖ Landesregierung. Schließlich wechselte er in die Bundespolitik, bekleidete 1970 - 1977 die Funktion des Innenministers und übte dann 1977 - 1983 die Funktion des Verteidigungsministers aus. Außerdem war er 1971 - 1983 auch Abgeordneter zum Nationalrat.

Hohes Haus! Als Mitglied der NÖ Landesregierung war er für das gesamte Gesundheits- und Sozialwesen zuständig und hat in dieser Eigenschaft einen Spitalsplan ausgearbeitet und ein modernes Sozialprogramm entworfen. Hier im Landtag hat er immer wieder und sehr pointiert seinen Standpunkt vertreten. Blicken wir auf sein Leben zurück, so müssen wir feststellen, daß er unserem Bundesland Niederösterreich, ebenso wie der Republik Österreich durch Jahrzehnte in vielen Funktionen und mit großem Engagement gedient hat. Er hat sich um dieses Land, Hohes Haus, verdient gemacht. Wir werden ihm daher stets ein ehrendes Gedenken bewahren. (*Präsident Mag. Romeder nimmt Platz.*)

Ich bringe dem Hohen Hause folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 400/B-23 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Bauordnung.

Ich weise dieses Geschäftsstück dem Bau-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 401/K-1/3 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes.

Ich weise hiemit diese Vorlage dem Gesundheits-Ausschuß zu und darf dazu bemerken, daß der Gesundheits-Ausschuß dieses Geschäftsstück nach der Wahl des Kontrollamtsdirektors beraten wird. Bei abschließender Behandlung habe ich die Absicht, dieses Geschäftsstück auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen und zwar, dasselbe mit dem Tagesordnungspunkt 11 mitzuverhandeln. Wobei ich weiters bekanntgeben darf, wenn Ihre Zustimmung vorliegt, daß im Einvernehmen mit dem zuständigen Mitglied der Landesregierung, Herrn Landesrat Wagner, dieser Tagesordnungspunkt Nr. 11 vorverlegt wird als Tagesordnungspunkt 9. Besteht dagegen ein Einwand? Das ist nicht der Fall. Ich danke vielmals!

Ltg. 381/W-14 - Vorlage der Landesregierung betreffend Aufhebung des Gesetzes über den Wasserleitungsverband Ternitz und Umgebung und

Ltg. 382/G-22 - Vorlage der Landesregierung betreffend Gesetz über den Gemeindewasserleitungsverband Unteres Pitten- und Schwarzatal und den Gemeindewasserleitungsverband Ternitz und Umgebung - NÖ Gemeindewasserleitungsverbandsgesetz.

Beide Vorlagen weise ich hiemit dem Kommunal-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 386/K-11 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Kulturförderungsgesetz 1995.

Diese Vorlage übermittle ich hiemit dem Kultur-Ausschuß zur weiteren Beratung.

Ltg. 388/L-15/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Landwirtschaftskammer-Wahlordnung,

Ltg. 389/F-7 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Fischereigesetzes 1988,

Ltg. 390/L-8 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landarbeiterkammergesetzes,

Ltg. 391/L-20 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Landarbeiterkammer-Wahlordnung und

Ltg. 392/K-9/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Kulturlächenschutzgesetzes 1994.

All diese Vorlagen weise ich hiemit dem Landwirtschafts-Ausschuß zur weiteren Beratung und Beschlußfassung zu.

Ltg. 396/Sch-2/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Schulaufsichtsausführungsgesetzes 1975 und

Ltg. 397/P-3/2 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes.

Beide Vorlagen weise ich hiemit dem Schulausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 387/S-2/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes - Novelle 1995.

Ich ersuche hiemit den Sozial-Ausschuß, die weiteren Beratungen dieser Frage durchzuführen.

Ltg. 395/U-1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes 1984.

Ich weise diese Vorlage dem Umwelt-Ausschuß zur weiteren Beratung und Beschlußfassung zu.

Ltg. 383/F-12 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Familiengesetzes,

Ltg. 393/J-3 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Jugendgesetzes und

Ltg. 394/F-12/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Familiengesetzes.

Ich darf feststellen, daß ich diese Vorlagen dem Verfassungs-Ausschuß hiemit zur weiteren Beratung zuweise.

Ltg. 384/S-3 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Seniorengesetzes und

Ltg. 399/V-3 - Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1996.

Beide Vorlagen weise ich hiemit dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 385/V-2/24 - Vorlage der Landesregierung betreffend 2. EU-Anpassungsbudget 1995.

Dazu darf ich bemerken, daß ich diese Vorlage am 24. Oktober 1995 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zur weiteren Beratung und Beschlußfassung zugewiesen habe. Nachdem eine abschließende Beratung und Beschlußfassung erfolgte, habe ich dieses Geschäftsstück auf die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung gesetzt.

Ltg. 398/A-5/36 - Anfrage der Abgeordneten Rosenkranz an LR Wagner betreffend Bedarf der Errichtung neurologischer Zentren.

Hohes Haus! Ich darf bekanntgeben, daß ich diese Anfrage am 6. November 1995 Herrn Landesrat Wagner zur Beantwortung übermittelt habe.

Ich darf weiters bekanntgeben, daß folgende Anfragebeantwortungen eingelangt sind:
Ltg. 317/A-5/28, Anfragebeantwortung des Herrn Landesrates Gabmann zur Anfrage des Abgeord-

neten Preiszler betreffend Prüfzüge zur Kontrolle von technisch mangelhaft ausgerüsteten Kraftfahrzeugen. Ltg. 358/A-4/22, Anfragebeantwortung des Herrn Landeshauptmannes Dr. Pröll zur Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Darstellung der Leasingverbindlichkeiten; Ltg. 359/A-4/23, jene der Frau LHStv. Prokop zur Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Darstellung der Leasingverbindlichkeiten. In derselben Frage der Leasingverbindlichkeiten wurde die Anfrage unter der Zahl Ltg. 360/A-4/24 durch Herrn LHStv. Höger, unter Ltg. 361/A-5/32 durch Herrn LR Blochberger, unter Ltg. 362/A-5/33 durch Herrn LR Gabmann, unter Ltg. 363/A-5/34 durch Herrn LR Wagner, und unter der Zahl Ltg. 364/A-5/35 durch Frau LR Votruba bereits beantwortet. Zur Zahl Ltg. 366/A-4/25 liegt die Anfragebeantwortung des Herrn LH Dr. Pröll zur Anfrage des Abgeordneten Gratzler betreffend Stadttheater Baden und zur Zahl Ltg. 371/A-4/26 ebenfalls die Anfragebeantwortung des Herrn LH Dr. Pröll zur Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Landeshauptstadt - unabhängige Kontrolle im kaufmännischen Bereich, wie bereits erwähnt vor. Ich darf Ihnen das, Hohes Haus, noch einmal zur Kenntnis bringen.

Die eingelangten Anfragebeantwortungen lauten wie folgt:

Beantwortung der Anfrage des Herrn Abgeordneten Preiszler, Ltg. 317/A-5/28, vom 23. Mai 1995 an LR Gabmann betreffend Prüfzüge zur Kontrolle von technisch mangelhaft ausgerüsteten Kraftfahrzeugen:

"Anfrage 1: Wann wird der in der Resolution geforderte 2. Prüfzug zum Einsatz kommen?"

Im Resolutionsantrag vom 6. Dezember 1994 wurde die Erhöhung der Frequenz der Kontrollen gefordert. Zur Umsetzung sollte die Anschaffung eines weiteren landeseigenen Prüfzuges überlegt und der Bund zur Mitfinanzierung aufgefordert werden.

Mangels finanzieller Möglichkeiten (siehe Anfrage Punkt 2) wird der Ankauf eines zweiten Prüfzuges nicht möglich sein, sondern die Kontrollen verdichtet und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder verstärkt, und damit der Einsatz der existierenden Prüfressourcen optimiert. Der Prüfzugeinsatz wurde mehr als verdoppelt.

Anfrage 2: Haben mit dem Bund Verhandlungen zur Mitfinanzierung stattgefunden?

Mit Schreiben vom 5. Jänner 1995 wurde das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr mit der Frage einer finanziellen Beteiligung bei der Anschaffung eines weiteren NÖ Prüfzuges befaßt. Eine Beteiligung des Bundes wurde allerdings mit Hinweis auf die Budgetsituation abgelehnt.

Anfrage 3: Welche Maßnahmen wurden getroffen, um die Effizienz des bereits im Einsatz stehenden Prüfzuges zu steigern?

Das Land hat zusätzlich Sachverständige aufgenommen deren Ausbildung jetzt abgeschlossen ist. Der Prüfzug kann dadurch an den Grenzübergängen vermehrt eingesetzt werden. Es werden regelmäßig Planquadrat-Aktionen durchgeführt, wobei

- 1) Tagesüberprüfungen zeitgleich auf den Hauptverkehrsrouten (A4, A22, B2, B7, B9) stattfinden.
- 2) Nachtüberprüfungen - auch im Landesinneren - vom mobilen Prüfzug, sowie
- 3) begleitende Kontrollmaßnahmen durch die Exekutive ausgeführt werden.

Anfrage 4: Welche zusätzlichen Maßnahmen wurden getroffen, um die NÖ Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen aufgrund des technisch ungenügenden und teilweise sogar gefährlichen Zustandes der Masse der vor allem über die Ostgrenze einreisenden Fahrzeuge zu schützen?

Seitens des Landes Niederösterreich sind Maßnahmen beabsichtigt, um die Kontrolle an den Grenzübergängen zu effektivieren. Durch Sichtkontrollen durch einen Sachverständigen des Landes ist es im Einvernehmen mit der Exekutive in der Zollfreizone vor den Grenzämtern geplant, Kraftfahrzeuge mit augenscheinlichen Sicherheitsmängeln sofort zurückzuschicken.

Ebenso wurde der Bund aufgefordert, die Zollämter mit EDV zu vernetzen. Damit soll verhindert werden, daß beanstandete und zurückgeschickte KFZ über eine andere Grenzstation einreisen.

Zur Effektivitätssteigerung wäre es auch sehr sinnvoll, Mitarbeiter des Grenzdienstes zur über-

blicksmäßigen Überprüfung der technischen Ausstattung einreisender KFZ heranzuziehen. Dazu hat das Land Niederösterreich dem Bundesminister für Inneres die Möglichkeit einer Ausbildung durch unsere technische Kraftfahrzeugabteilung angeboten.

Anfrage 5: Welche Überlegungen werden angestellt, um bei künftig neu zu errichtenden oder neu auszubauenden Grenzübergangsstellen stationäre Überprüfmöglichkeiten vorzusehen?

Es wurde der Bundesminister für Finanzen aufgefordert, dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen dadurch Rechnung zu tragen, daß die erforderlichen finanziellen Mittel für die technische Ausstattung der Grenzstationen zur Verfügung gestellt werden.

Da seit dem EU-Beitritt Österreichs die Bundesgendarmerie die Überwachung der EU-Außengrenzen übernehmen soll, wurde dem Bundesminister für Inneres angeboten, daß sich das Bundesland Niederösterreich bei der Anschaffung von eventuell notwendigen technischen Geräten auch finanziell beteiligen könnte."

Beantwortung der Anfrage des Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LH Dr. Pröll vom 14. September 1995, Ltg. 358/A-4/22, betreffend die Darstellung der Leasingverbindlichkeiten:

"Zu 1.

Die Zinsanteile und Finanzierungskosten in meinem Ressort für die im Rechnungsabschluß 1994 als nicht fällige Verwaltungsschulden ausgewiesenen Leasing- bzw. sonstigen Sonderfinanzierungen belaufen sich auf S 534,147.609,70.

zu 2.

In meinem Ressort wurden von der NÖ Landesregierung nachstehende Leasing- bzw. sonstige Sonderfinanzierungen beschlossen, die im Nachweis über die nicht fälligen Verwaltungsschulden laut Rechnungsabschluß 1994 noch nicht erfaßt sind:

Anschaffung	Tilgung (bzw. genehmigte Gesamt- baukosten)	Gesamtzinsen	Laufzeit
a) Telefonanlage für die BH Gänserndorf	S 971.990,40	S 338.360,62	10 Jahre
b) Neun Dienstkraftwagen für die BHs	S 2,254.443,04	S 331.472,34	4 Jahre
c) BH Horn (Zubau)	S 48,500.000,00	S 52,093.900,00	25 Jahre

zu 3.

In meinem Ressort wurden vom NÖ Landtag nachstehende Leasing- bzw. sonstige Sonderfinanzierungen beschlossen, die im Nachweis über die nicht fälligen Verwaltungsschulden laut Rechnungsabschluß 1994 noch nicht erfaßt sind:

a) BH Gmünd (Neubau)	S 103,655.000	S 126,220.000	25 Jahre
b) BH Baden (Neubau)	S 310,022.000	S 317,772.500	25 Jahre

Das Projekt 'Landeshauptstadt' ist hier nicht enthalten. Ich verweise auf die Beantwortung zur Anfrage von Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek, Ltg. 371/A-4/26-1995."

Beantwortung der Anfrage des Herrn Landtagsabgeordneten Dkfm. Rambossek an LHStv. Prokop, Ltg. 359/A-4/23-19/5, betreffend Leasingverbindlichkeiten im Bereich der Sportstätten und der Landespensionisten- und Pflegeheime:

"Zu den einzelnen Anfragen erlaube ich mir wie folgt Stellung zu nehmen:

- 1.) Auf welchen Betrag belaufen sich die Zinsenanteile und Finanzierungskosten für die im Rechnungsabschluß 1994 als nicht fällige Verwaltungsschulden ausgewiesenen Leasing- bzw. sonstigen Sonderfinanzierungen?

Die Zinsenanteile und sonstigen Finanzierungskosten für die im Rechnungsabschluß 1994 dargestellten Leasingverbindlichkeiten belaufen sich auf S 809,056.257,51.

- 2.) In welcher Höhe (getrennt nach Gesamtprojekts- und zu erwartenden Finanzierungskosten) und mit welcher Laufzeit wurden bis heute seitens der NÖ Landesregierung Leasing- bzw. sonstige Sonderfinanzierungen beschlossen, die im Nachweis über die nicht fälligen Verwaltungsschulden laut Rechnungsabschluß 1994 noch nicht erfaßt sind?

Von der NÖ Landesregierung wurden folgende Leasingverbindlichkeiten, die im Rechnungsabschluß 1994 nicht erfaßt sind, beschlossen:

- a) Landessportschule St. Pölten, 2. Ausbaustufe, NÖ Fußballhaus
Laufzeit: 24 Jahre beginnend ab 1995

Tilgungskosten	S 17,200.027,00
Zinsenanteile	S 18,082.090,33
Gesamtprojektskosten	S 35,282.117,33

- b) Landessportschule St. Pölten, 3. Ausbaustufe, Tenniscenter
Laufzeit: 21 Jahre beginnend ab 1995

Tilgungskosten	S 10,000.000,00
Zinsenanteile	S 8,395.440,33
Gesamtprojektskosten	S 18,395.440,33

- 3.) In welcher Höhe (getrennt nach Gesamtprojekts- und zu erwartenden Finanzierungskosten) und mit welcher Laufzeit wurden bis heute seitens des NÖ Landtages Leasing- bzw. sonstige Sonderfinanzierungen beschlossen, die im Nachweis über die nicht fälligen Verwaltungsschulden laut Rechnungsabschluß 1994 noch nicht erfaßt sind?

Vom NÖ Landtag werden folgende Leasingverbindlichkeiten, die im Rechnungsabschluß 1994 nicht enthalten sind, beschlossen:

- a) NÖ Landespensionisten- und Pflegeheim Mank
Laufzeit: 25 Jahre beginnend 1995

Tilgungskosten	S 145,180.250
----------------	---------------

<u>Zinsenanteile</u>	S 144,474.858
Gesamtprojektskosten	S 289,655.108
b) NÖ Landespensionisten- und Pflegeheim Hollabrunn Laufzeit: 25 Jahre beginnend 1995	
Tilgungskosten	S 113,928.600
<u>Zinsenanteile</u>	S 69,982.844
Gesamtprojektskosten	S 183,911.444
c) NÖ Landespensionisten- und Pflegeheim Laa/Thaya Laufzeit: 25 Jahre beginnend 1996	
Tilgungskosten	S 150,000.000
<u>Zinsenanteile</u>	S 143,431.386
Gesamtprojektskosten	S 293,431.386
d) NÖ Landespensionisten- und Pflegeheim Zwettl Laufzeit: 25 Jahre beginnend 1997	
Tilgungskosten	S 167,400.000
<u>Zinsenanteile</u>	S 157,677.104
Gesamtprojektskosten	S 325,077.104
e) NÖ Landespensionisten- und Pflegeheim St. Peter/Au Laufzeit: 25 Jahre beginnend 1997	
Tilgungskosten	S 151,507.500
<u>Zinsenanteile</u>	S 144,668.945
Gesamtprojektskosten	S 296,176.445
f) NÖ Landespensionisten- und Pflegeheim Orth/Donau Laufzeit: 25 Jahre beginnend 1996	
Tilgungskosten	S 150,000.000
<u>Zinsenanteile</u>	S 143,431.386
Gesamtprojektskosten	S 293,431.386
g) NÖ Landespensionisten- und Pflegeheim Pottendorf Laufzeit: 25 Jahre beginnend 1996	
Tilgungskosten	S 150,000.000
<u>Zinsenanteile</u>	S 143,431.386
Gesamtprojektskosten	S 293,431.386
h) NÖ Landespensionisten- und Pflegeheim Eggenburg Laufzeit: 25 Jahre beginnend 1997	
Tilgungskosten	S 119,000.000
<u>Zinsenanteile</u>	S 144,725.330
Gesamtprojektskosten	S 263,725.330

In den Zinsenanteilen der Heime sind jeweils auch die Finanzierungskosten für die geleasten

Möbilen, für die Laufzeiten von 6 bis 9 Jahren vereinbart sind, beinhaltet."

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LHStv. Höger vom 14. September 1995, Ltg. 360/A-4/24, betreffend Darstellung der Leasingverbindlichkeiten:

"zu 1)

werden nachstehend die Zinsen (Stand 31.12.1994) für die im Rechnungsabschluß 1994 als nicht-fällige Verwaltungsschulden ausgewiesenen Leasingverbindlichkeiten bekanntgegeben:

Bezeichnung	Jahr	Zinsen
Landesberufsschule Langenlois	1995	S 675.000,00
	1996	S 540.000,00
	1997	S 405.000,00
	1998	S 270.000,00
	1999	S 135.000,00
	Summe	S 2,025.000,00
Landesberufsschule Lilienfeld	1995	S 2,806.812,80
	1996	S 2,490.172,30
	1997	S 2,147.883,10
	1998	S 1,777.869,50
	ab 1999	S 2,774.305,60
	Summe	S 11,997.043,30
Landesberufsschule Neunkirchen	1995	S 2,479.476,00
	1996	S 2,284.222,00
	1997	S 2,072.371,00
	1998	S 1,842.514,00
	Summe	S 8,678.583,00
Landesberufsschule Zistersdorf	1995	S 2,997.044,95
	1996	S 2,792.233,87
	1997	S 2,586.990,35
	1998	S 2,367.110,64
	ab 1999	S 9,938.766,86
	Summe	S 20,682.146,67
Landesberufsschule f. Gastgewerbe Geras	1995	S 13,622.931,08
	1996	S 12,653.373,87
	1997	S 11,801.721,08
	1998	S 10,885.176,95
	ab 1999	S 58,660.652,61
	Summe	S 107,623.855,59
Landes-Fachschule Groß-Siegharts	1995	S 2,433.764,43
	1996	S 2,080.027,83
	1997	S 1,706.996,96
	1998	S 1,313.619,27
	ab 1999	S 1,360.108,09
	Summe	S 8,894.516,58

Höhere Lehranstalt	1995 S 2,480.601,20	Summe 1997	S 22,660.679,39
Mödling	1996 S 2,218.107,10	Summe 1998	S 20,100.758,46
	1997 S 1,939.716,90	Summe ab 1999	<u>S 76,119.986,56</u>
	1998 S 1,644.468,10	Gesamtsumme	S 171,435.191,84
	<u>ab 1999 S 3,251.153,40</u>		
	Summe S11,534.046,70		

zu 2) keine zusätzlichen Projekte

Summe 1995	S 27,495.630,46
Summe 1996	S 25,058.136,97

zu 3) wird mitgeteilt, daß folgende Projekte im Rechnungsabschluß 1994 nicht erfaßt sind:

Landesberufsschule:	Kosten in S 1.000 (exkl. MWSt.)	jährliche Leasing- raten in S 1.000 (inkl. MWSt. + Kautions)	Laufzeit Jahre
Eggenburg Zubau von Labors und Gruppenräumen, Einrichtung	15.000 6.900	1.400 1.372	25 7
Lilienfeld Generalsanierung Schülerheim Einrichtung	43.654 6.400	3.765 1.272	25 7
Neunkirchen (Nachtrag zum bestehenden Leasingvertrag) Laborneubau Einrichtung *) Gesamtvorschreibung ab 1996 bei VS 5/220319/7020/701	25.000 8.600	5.218 *) 1.612	13 7
Pöchlarn Klassen, Labors, Turnsaal Einrichtung	43.200 7.100	5.402 1.258	15 9
St. Pölten Neubau und Turnsaal, Altbausanierung Grundstück Neubau Einrichtung	103.600 28.067 16.800	13.579 2.978	25 9
Schrems Turnsaal, Werkstätten und Klassen Einrichtung	19.100 1.000	1.669 200	25 7
Stockerau I Turnsaal Einrichtung Grundstückskosten, Sofortkautions	14.000 1.000 600	1.534 177	21 9
Theresienfeld Generalsanierung und Neubau des Schüler- heimes, Neubau von Klassen- und Funktions- räumen, Turnsaal Einrichtung	147.239 13.900	14.428 2.447	25 9

Mit den Landtagsbeschlüssen vom 18.2.1993 und 16.3.1995 wurde das Ausbau- und Investitionsprogramm der NÖ Landesberufsschulen in der Höhe von S 500,000.000 genehmigt."

Beantwortung der Anfrage des Herrn Abg. Dkfm. Rambossek an LR Blochberger betreffend Darstellung der Leasingverbindlichkeiten, Ltg. 361/A-5/32:

"zu 1.)

Die Zinsenanteile und Finanzierungskosten für die im Rechnungsabschluß 1994 als nicht fällige Verwaltungsschulden ausgewiesenen Leasing- bzw. sonstigen Sonderfinanzierungen belaufen sich auf S 410,414.027,24.

Hiebei handelt es sich um Leasingverbindlichkeiten im Bereich der landwirtschaftlichen Schulbauten und des Flußbauhofes Plosdorf (gemeinsamer Zuständigkeitsbereich mit Herrn Landesrat Wagner).

zu 2.)

Mit Regierungsbeschluß von 21. Juni 1994 wurde im Zuge des Ausbaus des Warn- und Alarmsystems auf Grund der Vereinbarung nach Art. 15a B-VG (LGBl. 0805-0) ein Schuldeinlösungsmodell genehmigt. Die Höhe des Darlehens beträgt S 33 Mio., Laufzeit 10 Jahre. Der Zinsanteil beträgt S 12,858.188,57, die Gesamtsumme der Rückzahlung S 45,858.188,57.

Weiters wurde in der Sitzung der NÖ Landesregierung am 25. April 1995 die Erneuerung des Maschinenparks der NÖ Bodenschutzfachabteilung Biedermannsdorf im Gesamtvolumen von

S 1.600.000,-- beschlossen. Die Beschaffung erfolgt im Wege des Forderungskaufes. Die Rückzahlung erfolgt in zwei Jahresraten 1996 und 1997.

	Kapitaltilgung	Finanzierungskosten
1996	S 800.000,--	S 94.000,--
1997	<u>S 800.000,--</u>	<u>S 57.000,--</u>
Summe	S 1,600.000,--	S 151.000,--

zu 3.)

Weitere vom NÖ Landtag beschlossene Leasingverbindlichkeiten bzw. sonstige Sonderfinanzierungen, die im Rechnungsabschluß 1994 nicht enthalten sind, bestehen in meinem Zuständigkeitsbereich nicht."

Beantwortung der Anfrage des Abg. Dkfm. Rambossek an LR Gabmann, Ltg. 362/A-5/33, betreffend Darstellung der Leasingverbindlichkeiten:

"Zur Anfrage des LAbg. Dkfm. Rambossek, Ltg. 362/A-5/33, betreffend Darstellung der Leasingverbindlichkeiten, darf ich mitteilen, daß bei den Abteilungen meines Ressorts keine Leasingverbindlichkeiten bestehen."

Beantwortung der Anfrage des Herrn Abg. Dkm. Rambossek an LR Wagner, Ltg. 363/A-5/34, betreffend Darstellung der Leasingverbindlichkeiten:

"ad 1)

Vorbelastungen aus Sonderfinanzierungen, laufende Projekte

	Jahr	Zinsen	Tilgung
LKA Grimmenstein	1998	35,228.741,-	23,689.490,-
Miet- und Pachtz.; Neubau	ab 1999	416,007.367,-	551,310.609,-
		451,236.108,-	575,000.099,-

ad 2 und 3)

Weitere Leasing- bzw. Sonderfinanzierungen wurden in meinem Ressort nicht beschlossen."

Beantwortung der Anfrage des Abg. Dkfm. Rambossek an LR Votruba, Ltg. 364/A-

5/35, betreffend Darstellung der Leasingverbindlichkeiten:

"zu 1) werden nachstehend die Zinsen und Tilgung der Leasingverbindlichkeiten (Stand 31.12.1994 und lfd.) für das NÖ Sonderfinanzierungsmodell 'Projekt Waldschule Wr. Neustadt' bekanntgegeben:

Waldschule Wr. Neustadt
Miet- und Pachtzinsen; Neubau (Schule)

Jahr

Zinsen
(Stand 31.12.94)

1995	2,173.251,04
1996	2,115.278,47
1997	2,052.888,70
1998	1,985.745,15
ab 1999	<u>21,356.592,87</u>
	29,683.756,23

Waldschule Wr. Neustadt
Miet- und Pachtzinsen; Neubau (Schule)

Jahr	Tilgung (Stand 31.12.94)
1995	710.494,86
1996	768.467,42
1997	830.857,19
1998	898.000,75
ab 1999	<u>27,341.313,48</u>
	30,549.133,70

zu 2) und 3)

Es wurden außer dem Projekt Waldschule Wr. Neustadt keine weiteren Leasing- bzw. sonstige Sonderfinanzierungen beschlossen."

Beantwortung der Anfrage der Herrn Abgeordneten Gratzner an LH Dr. Pröll, Ltg. 366/A-4/25, betreffend das Stadttheater Baden:

"Die Vergabe von Finanzierungsbeiträgen im Theaterbereich erfolgt auf der Grundlage der Empfehlungen des von der NÖ Landesregierung bestellten 'Beirates für darstellende Kunst'. Dieses Gremium orientierte sich bisher nicht an der Leistung von Einzelpersonen, sondern an der künstlerischen und ökonomischen Professionalität eines Projektes insgesamt. Bezüglich des Stadttheaters Baden liegt die Empfehlung zum Abschluß einer Förderungsvereinbarung vor. Es wurden bereits alle notwendigen Schritte zur Realisierung eingeleitet.

Bezüglich der Bedingungen für die Landes-subvention darf auf die allgemeinen Förderungsrichtlinien des Landes Niederösterreich verwiesen werden. Die einzelnen Bedingungen der Förderung berühren schutzwürdige Interessen der Stadtgemeinde Baden als Förderungssubjekt und sind daher vom Anfragerecht eines einzelnen Abgeordneten nicht umfaßt (§ 35 LGO).

Weiters ist mir ein 'Plan Frankmann' nicht bekannt."

Beantwortung der Anfrage des Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LH Dr. Pröll betreffend Landeshauptstadt, unabhängige

Kontrolle, kaufmännischer Bereich, Ltg. 371/A-4/26:

"Zu 1.)

Im Regierungsbeschluß vom 18.12.1992, mit dem die begleitende Kontrolle eingerichtet wurde, ist eine direkte Vorlage an den Landtag nicht vorgesehen. Sämtliche Quartalsberichte wurden jedoch an ein Organ des Landtages, nämlich an den Finanzkontrollausschuß, weitergeleitet. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Prüfberichte der Kontrolloren bisher keinen Anlaß gaben, in die Bauabwicklung einzugreifen. Bisher wurden auch der vorgegebene Kostenrahmen und die Terminpläne eingehalten.

zu 2.)

Der Landtag hat sich in seinem Beschluß vom 2.7.1992 ausführlich mit der Finanzierung des Neuen NÖ Landhauses befaßt. Die Finanzierung sollte in Form eines Sonderfinanzierungsmodells der NÖ Landesbank-Hypothekenbank erfolgen. Dieses sieht ein Leasing-, Kauf- oder Mietmodell, allenfalls auch eine Kombination der vorgenannten Varianten vor. Diese Flexibilität garantiert dem Land einen Kostenvorteil im Vergleich zur klassischen Budgetfinanzierung.

Derzeit wird sowohl bei der NÖ Landes-Hypo als auch bei der begleitenden Kontrolle (SOT) die günstigste Finanzierungsvariante erarbeitet und die Lösung optimiert.

Damit ist auch die Frage 5 beantwortet.

zu 3.)

Die Finanzierungskosten betragen bei normalem Leasing derzeit ca. 6,9 % p.a. vom Kapital. Durch die Anwendung des Sonderfinanzierungsmodells und die Optimierungen kann dieser Prozentsatz gesenkt werden. Die Kalkulation der Leasingraten/Mietberechnungen wird in Form einer Kostenmiete durchgeführt. Die Optimierung der Refinanzierung des Kapitalbedarfes erfolgt durch die Hypo aufgrund einer Ausschreibung, die der kaufmännischen Kontrolle unterliegt.

Auf die Beantwortung der Anfrage des Abg. Bernhard Gratzler betreffend die Finanzierung des Landtagsviertels (Hauptstadtmodell), Ltg. 45/A-5/2, darf hingewiesen werden:

zu 4.)

Der Landtag wurde über die Kosten im Kapitel 3.2. der Landtagsvorlage vom 2.7.1992 betreffend die Errichtung und Finanzierung des Regierungsviertels in der Landeshauptstadt voll informiert. Die in diesem Kapitel genannten Kosten waren, wie ausdrücklich festgehalten, Kostenobergrenzen, ohne Valorisierung, Zwischenfinanzierung und Mehrwertsteuer per 1.1.1992. Diese Kostenobergrenzen gelten auch noch heute uneingeschränkt und werden laut dem Bericht der begleitenden Kontrolle auch eingehalten.

zu 5.)

Diese Frage wurde bei Punkt 2 beantwortet."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Gemäß Artikel 52 Abs. 3 der Landesverfassung obliegt es dem Landtag, den Vorstand des Kontrollamtes für das Land Niederösterreich zu bestellen und abuberufen. Wie ich dem Hohen Haus anlässlich der letzten Landtagssitzung bereits mitgeteilt habe, hat Herr Kontrollamtsdirektor Hofrat Mag. Valerian Gromaczkiwicz schriftlich ersucht, ihn von seiner Funktion als Vorstand des Kontrollamtes mit 1. November 1995 abuberufen, weil er in den dauernden Ruhestand getreten ist. Ich ersuche daher jene Mitglieder des Hauses, welche dem Ersuchen des Kontrollamtsdirektors Mag. Valerian Gromaczkiwicz zustimmen wollen, die Hand zu erheben. *(Nach Abstimmung über das Ersuchen um Enthebung des Kontrollamtsdirektors):* Einstimmige Annahme!

Ich darf, Hohes Haus, dies zum Anlaß nehmen, ergänzend zu meinen Ausführungen in der letzten Sitzung noch einmal Herrn Hofrat Gromaczkiwicz im Namen des Landtages für die 13jährige verdienstvolle Tätigkeit Dank und Anerkennung zu sagen. Es steht außer Streit, daß Hofrat Gromaczkiwicz sich im Laufe der Tätigkeit als Kontrollamtsdirektor um eine korrekte Amtsführung besonders bemüht hat. Daß er damit mitgeholfen hat, hier dem Kontrollausschuß ein entsprechendes Ansehen durch diese korrekte Vorgangsweise zu verleihen. Daß Kontrollamtsdirektor Mag. Gromaczkiwicz gleichzeitig damit auch die Kontrolle außer Streit gestellt hat und damit mitgeholfen hat, daß hier die Maßnahmen, die hier aufgezeigt wurden, mit der Bemerkung, sie

mögen vom Land befolgt werden, daß die auch entsprechend in vielen Bereichen beachtet und geachtet wurden. Herr Mag. Gromaczkiwicz hat daher hervorragende Arbeit im Interesse des Landes Niederösterreich, aber vor allem im Interesse des NÖ Landtages geleistet.

Lieber Herr Hofrat Gromaczkiwicz! Ich darf diesen Dank und diese Anerkennung namens des Landtages von Niederösterreich auch schriftlich zum Ausdruck bringen und darf eine Dank- und Anerkennungsurkunde überreichen. Ich darf Dir, sehr geehrter Herr Kontrollamtsdirektor, für die Zeit in der Pension, für die kommenden Jahre und Jahrzehnte vor allem Gesundheit, persönliches Wohlergehen und Gottes Segen wünschen. *(Beifall im Hohen Hause. - Präsident Mag. Romeder überreicht Kontrollamtsdirektor HR Mag. Valerian Gromaczkiwicz eine Urkunde und verabschiedet ihn mit Handschlag.)*

Es liegt ein Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer, Ing. Dautzenberg, Klupper, Kautz, Hoffinger, Keusch und Hiller vor, wonach Herr Hofrat Dr. Walter Schoiber zum Vorstand des Kontrollamtes mit sofortiger Wirkung bestellt werden soll. Hohes Haus, ich nehme an, daß darüber vor Beschlußfassung eine Debatte abgeführt werden soll. Eine Wortmeldung liegt bisher noch nicht vor. *(Nach der Meldung der Redner durch die Ordner:)*

Hohes Haus, ich danke und eröffne damit die Debatte. Dem Anlaß entsprechend werden heute die Spitzenvertreter der politischen Parteien hier das Wort nehmen. Aus den Wortmeldungen ersehe ich, daß sich als erster der Dritte Präsident des Landtages zu Wort gemeldet hat.

Abg. Präs. Ing. EICHINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ein für den NÖ Landtag sehr wichtiger Tagesordnungspunkt liegt jetzt zur Beschlußfassung vor. Der einzige Beamte, der durch den NÖ Landtag direkt bestellt wird, nämlich der Kontrollamtsdirektor des Landes Niederösterreich, eine sehr wichtige Funktion, wird heute bestellt.

Der langjährige Direktor des Kontrollamtes, Wirkl. Hofrat Mag. Valerian Gromaczkiwicz, teilte dem Herrn Präsidenten mit, daß er mit 1. November 1995 in den wohlverdienten Ruhestand gehen wird. Für sein langjähriges Wirken im Interesse des Landtages, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes möchte ich namens meiner Fraktion dem Herrn Hofrat Mag. Valerian Gromaczkiwicz für sein Wirken, für sein

Engagement und für seinen Einsatz für unser Bundesland herzlich und aufrichtig danken! (*Beifall im Hohen Hause.*)

Hoher Landtag! In der Präsidialkonferenz am 18. September 1995 hat unser Präsident des Landtages, Mag. Franz Romeder, den Konferenzteilnehmern mitgeteilt, daß beabsichtigt ist, eine öffentliche Ausschreibung dieser Position, die durch den Landtag zu besetzen ist, vorzunehmen. Eine Vorgangsweise, die wiederholt vom Hohen Landtag für leitende Positionen im Amt der Landesregierung verlangt wurde. Es wurde in der Präsidialkonferenz der einstimmige Beschluß gefaßt, die Ausschreibung dieses Kontrollamtsdirektors öffentlich durchzuführen und über die Bewerber ein Hearing einzurichten. Die Auswahlkommission beim Hearing soll bestehen aus dem Landtagsdirektor als Vorsitzenden, einem Vertreter des unabhängigen Personalberatungsunternehmens Catro und dem Leiter der Abteilung I/P. Weiters sollen bei dieser Auswahlkommission, bei diesem Hearing anwesend sein als Beobachter die drei Präsidenten des NÖ Landtages und der Obmann des Finanzkontrollausschusses.

Hoher Landtag! Am 19. Oktober 1995 hat dann die Auswahlkommission zur Besetzung des Dienstpostens des Kontrollamtsdirektors getagt und alle elf Bewerber, die sich um diesen Posten beworben haben, hatten die Möglichkeit, ihre Vorstellungen hinsichtlich ihrer Amtsführung zu präsentieren. Für mich von besonderer Überraschung war, daß nicht, wie ursprünglich von Klubobmann Bernhard Gratzer urgiert, der Obmann des Finanzkontrollausschusses teilnahm, sondern Herr Klubobmann Gratzer persönlich. Der Obmann des Finanzkontrollausschusses wurde bei der Präsidialkonferenz vom 18. September 1995 als Beobachter zu dem Hearing von Klubobmann Gratzer beantragt und wollte hier teilnehmen, persönlich anwesend sein. Eine Vorgangsweise, die man natürlich durchaus verstehen kann, muß doch der Obmann des Finanzkontrollausschusses mit dem Kontrollamtsdirektor eng zusammenarbeiten.

Hoher Landtag! Wenn dann der Obmann des Kontrollausschusses verhindert ist, so würde man natürlich annehmen, daß dieser Obmann seine Stellvertreter oder einen seiner beiden Stellvertreter beauftragt, diese Aufgabe im Interesse des Finanzkontrollausschusses wahrzunehmen. Der Finanzkontrollausschuß ist ein besonderer Ausschuß. Ein Gremium, das das besondere Vertrauen des Landtages genießt. Das parteiunabhängig agiert und unabhängig arbeiten muß. Der Obmann dieses unseres Kontrollausschusses hat

aber erstmals nicht seine Stellvertreter beauftragt mit seiner Vertretung, sondern einen politischen Mandatar seiner Partei. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein derartiges Vorgehen von den Mitgliedern des Kontrollausschusses gutgeheißen werden kann. Lieber Herr Obmann des Kontrollausschusses! Hier wurden nicht die Interessen des Landtages wahrgenommen, sondern eindeutig parteipolitische Interessen in den Vordergrund gestellt. Ich darf das auf das Schärfste zurückweisen.

Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Auswahlkommission hat beim Hearing eine einstimmige Empfehlung abgegeben, einen Besetzungsvorschlag an den NÖ Landtag für die Funktion des Kontrollamtsdirektors. Hofrat Dr. Walter Schoiber wurde an erster Stelle gereiht, weil er auf Grund seiner Erfahrungen und seines einschlägigen Fachwissens von allen Bewerbern klarste und plausibelste Vorstellungen von einer künftigen Amtsführung mit besonderem Augenmerk auf verstärkte Effizienz vorlegen konnte. Hier ist im besonderen seine zehnjährige Erfahrung als Leiter des Amtsinspektorates hervorzuheben und war er in dieser Funktion auch bisher in enger Zusammenarbeit mit dem Kontrollamt verbunden. Zudem konnte er durch seine starke, ausgeglichene, umgängliche Persönlichkeit beeindrucken und läßt eine teamorientierte Führung des Kontrollamtes, eine gute Zusammenarbeit mit dem Finanzkontrollausschuß und eine hohe Akzeptanz der zu überprüfenden Stellen erwarten.

In der am 30. Oktober 1995 abgehaltenen Präsidialkonferenz haben nun die Mitglieder dieser Konferenz sich mit Ausnahme des Vertreters der Freiheitlichen auf den Erstgereihten dieses Dreivorschlages, eben auf Dr. Walter Schoiber verständigt und den Antrag nun eingebracht, Dr. Walter Schoiber zum Kontrollamtsdirektor zu bestellen. Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit großer Verwunderung habe ich festgestellt, daß die Freiheitlichen diesem Antrag nicht beigetreten sind. Als Beobachter des Hearings, der sich über alle Kandidaten mehr als eine Seite persönlicher Notizen aufgeschrieben hat, bin ich darüber wirklich und wahrlich sehr verwundert. Die Freiheitlichen, die dem einstimmigen Beschluß der Auswahlkommission für diese wichtige Funktion, die der NÖ Landtag zu bestellen hat, nicht folgen, haben da, glaube ich, eine rein parteipolitische Entscheidung getroffen.

Hoher Landtag! Man versucht auch hier im Landtag scheinbar, die Vorgangsweise, die die

Freiheitlichen beim Bundesheer jahrelang gepflegt haben unter einem Bundesminister Frischenschlager und Krünes, fortzuführen. Diese Minister haben - und das ist nachweislich - viele leitende Beamte des Bundesheeres ohne Berücksichtigung der Qualifikation, rein aus parteipolitischen Gründen in Führungspositionen gebracht. *(Zwischenruf bei Abg. Marchat.)* Hoher Landtag! Diese Vorgangsweise wird es in Niederösterreich nicht geben. Die Freiheitlichen, die sich sehr gerne als die Saubermänner der Nation hinstellen wollen, haben mit dieser Vorgangsweise ihre Glaubwürdigkeit verloren. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe bei der FPÖ.)*

Die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher erwarten sich sicher auch von den Freiheitlichen, daß der beste Bewerber für diese so wichtige Funktion für das Bundesland Niederösterreich vorgeschlagen wird und nicht parteipolitische Überlegungen im Vordergrund stehen.

Hoher Landtag! Der einstimmige Beschluß der Auswahlkommission hat uns eine umfassende und sachliche Begründung für diese Entscheidung geliefert, Herrn Dr. Walter Schoiber zum Kontrollamtsdirektor vorzuschlagen. Als beobachtendes Mitglied der Auswahlkommission kann ich mich dieser Entscheidung nur voll und ganz anschließen. Meine Fraktion wird dem von uns eingebrachten Antrag zustimmen. Ich wünsche dem neuen Kontrollamtsdirektor in seiner verantwortungsvollen Aufgabe auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und im Interesse des Landes Niederösterreich viel Erfolg. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Mitglieder der Landesregierung!

In der letzten Sitzung des NÖ Landtages wurden die Abgeordneten des Hohen Hauses vom Herrn Präsidenten dahingehend informiert, daß der Vorstand des Kontrollamtes, Kontrollamtsdirektor Wirkl. Hofrat Mag. Valerian Gromaczkiwicz ersucht hat, mit Wirksamkeit vom 31. Oktober 1995 in den dauernden Ruhestand treten zu können.

Die Entscheidung darüber wurde vom NÖ Landtag heute bereits einstimmig getroffen. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren,

geht eine Ära zu Ende. Eine Ära deshalb, weil Hofrat Gromaczkiwicz als siebenter Vorstand des Kontrollamtes seit dem Kriegsende und der Wiederrichtung unserer Republik der am längsten amtierende Kontrollamtsdirektor dieser Epoche war.

Er leitete das Kontrollamt von der XI. bis zur XIV. Gesetzgebungsperiode des NÖ Landtages. Obwohl ich erst im Juni 1993 zum Obmann des Finanzkontrollausschusses gewählt wurde und seit diesem Zeitpunkt mit dem Kontrollamtsdirektor zusammenarbeiten konnte, möchte ich mich anfangs mit der verfassungsmäßigen Bedeutung der Finanzkontrolle und dem Stellenwert, der damit dem Vorstand des Kontrollamtes zukommt, auseinandersetzen.

Die ständige Kontrolle der Finanzgebarung der Landesverwaltung wird im Sinne des Art. 51 der NÖ Landesverfassung vom Finanzkontrollausschuß, dessen Mitglieder vom Landtag gewählt werden, ausgeübt. Die Bedeutung des Finanzkontrollausschusses läßt sich daraus ersehen, daß die Funktionsdauer dieses Ausschusses bis zur Wahl eines neuen Finanzkontrollausschusses nach einer eventuellen Auflösung des Landtages fortbesteht. Der Finanzkontrollausschuß hat die Kontrolle der Landesgebarung und der der Landesregierung unterstehenden Ämter, Anstalten, Stiftungen und Fonds bezüglich Richtigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit zu besorgen. Zur Ausübung dieser Kontrolltätigkeit bedient sich der Finanzkontrollausschuß eines Kontrollamtes, dessen Vorstand vom Landtag bestellt und abberufen wird und der nur dem Landtag bzw. dem Finanzkontrollausschuß verantwortlich ist. Der Vorstand des Kontrollamtes ist somit der einzige Beamte, der vom Hohen Landtag bestellt wird.

Herr Hofrat Mag. Valerian Gromaczkiwicz maturierte im Frühjahr 1954 und schloß am 12. Mai 1964 sein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien ab. Bereits während seiner Studienzeits war Hofrat Gromaczkiwicz im Bereich der Finanzverwaltung des Bundes tätig. Mit 1. Juli 1967 wurde er Beamter der NÖ Landesverwaltung. In den folgenden 14 Jahren war er, dessen Liebe schon immer dem Verfassungsrecht gehörte, als Jurist für den Landtag tätig. In dieser Zeit wirkte er unter anderem an der Neugestaltung der NÖ Landesverfassung 1979 mit. Im Rahmen der NÖ Studiengesellschaft für Verfassungs- und Verwaltungsfragen war er einer der Autoren eines Kommentares dieser Landesverfassung, der heute noch als Standardwerk

für alle Juristen und an Verfassungsfragen Interessierten gilt. Am 1. Juli 1980 trat Hofrat Gromaczkiwicz seinen Dienst im Kontrollamt für das Land Niederösterreich an und wurde mit 1. September 1982 vom NÖ Landtag zum Vorstand des Kontrollamtes bestellt.

Auf Grund seines klaren Welt- und Berufsbildes baute Hofrat Gromaczkiwicz das Kontrollamt des Landes Niederösterreich zu einem wirksamen Instrument der Finanzkontrolle aus. Er hat es gemäß der Verfassung neu orientiert und in seinem Selbstverständnis dem Landtag nähergebracht. Er hat im Kontrollamt jenes Klima geschaffen, das zur Entwicklung kritischer Gedanken Voraussetzung ist. Er hat jenes Maß an Freiheit gewährt, das die Entwicklung der für erfolgreiche Prüfungen notwendigen Kreativität ermöglichte. Die seinen Beamten eingeräumte Zeit- und Arbeitsautonomie führte zu einer Optimierung des Prüfungsgeschehens. Durch laufende Schulungsmaßnahmen führte er seine Bediensteten des Amtes zu anerkanntem Expertenstatus. Er definierte die Verantwortlichkeiten und strukturierte das Amt neu. Die Berichterstattung in Form der dem Landtag vorgelegten Wahrnehmungsberichte wurde unter seiner Leitung zeitnah und effizienter und ist von allen Fraktionen des Hohen Hauses anerkannt.

Die dem Finanzkontrollausschuß vorgelegten Berichte, welche getreu dem Grundsatz von Hofrat Gromaczkiwicz, "zwei mal zwei ist vier, egal, wer es rechnet", abgefaßt wurden, hielten auch den Versuchen politischer Interpretationen unbeschadet stand. Einer der Höhepunkte seiner dreizehnjährigen Amtszeit stellte zweifelsohne das Jubiläum "75 Jahre Finanzkontrolle in Niederösterreich" im Jahre 1987 dar. Der Landtag von Niederösterreich würdigte dieses Ereignis im Rahmen einer Festsitzung, an der neben der hohen Beamenschaft auch sämtliche Vertreter der Landeskontrolleinrichtungen Österreichs sowie der in Niederösterreich eingerichteten Kontrolleinrichtungen auf kommunaler Ebene teilgenommen haben. Die von Hofrat Gromaczkiwicz mitgestaltete Festschrift ist als eine der umfangreichsten Dokumentationen der Finanzkontrolleinrichtungen Österreichs anzusehen.

Die Leistungen des Kontrollamtsdirektors Hofrat Gromaczkiwicz fanden ihre Anerkennung durch die Verleihung des Silbernen Komturkreuzes, des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich durch die Landesregierung im Jahre 1987 sowie durch die Verleihung des Großen Ehrenzeichens für Verdienste

um die Republik Österreich durch Entschließung des Herrn Bundespräsidenten der Republik im heurigen Jahr.

Sein Wirken empfand Kontrollamtsdirektor Wirkl. Hofrat Mag. Gromaczkiwicz immer als eine zutiefst den Grundwerten der Demokratie gewidmete Arbeit. Dafür möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Hofrat, danken. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Schließen möchte ich mit einem persönlichen Wunsch. Möge Ihnen, sehr verehrter Herr Hofrat, und Ihrer Familie, in Ihrem neuen Lebensabschnitt Gesundheit und Wohlergehen und weitere Schaffenskraft zum Wohle unseres Landes beschieden sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei diesem Abschied von Hofrat Mag. Gromaczkiwicz möchte ich mich für die Worte des Herrn Landtagspräsidenten Ing. Eichinger entschuldigen. Denn sowohl der Herr Präsident Mag. Romeder, als auch Du, Herr Präsident Ing. Eichinger, habt genau gewußt, welchen Termin ich an diesem Tag wahrzunehmen hatte. Und sofort, als es zu dieser Terminvereinbarung gekommen ist, habe ich den Herrn Präsidenten Romeder, wenn das hier vielleicht nicht bekannt ist, informiert.

Ich möchte daher auch jetzt auf Grund Deiner Wortmeldung ein paar grundsätzliche Gedanken in diese Debatte einbringen. Ich meine, über die parlamentarische Kontrolle der Vollziehung durch die Gesetzgebung, aber auch über die öffentliche Anteilnahme an der Kontrolltätigkeit - so habe ich es immer gehofft - sollte in einem demokratischen Forum, wie dies der NÖ Landtag ist, einmal keine grundsätzlichen Meinungsdivergenzen bestehen.

Ich meine auch, es sollte Einhelligkeit darüber bestehen, daß der Einbau der Kontrolle in das gesamte Gefüge notwendig ist. Und ich meine auch, daß - das kann man in der Literatur nachlesen und ich werde es Dir gerne zur Verfügung stellen - daß die Ursprünge auf dem Gedanken der Machtbegrenzung beruhen. Ich meine aber auch, es sollte eine Einhelligkeit darüber bestehen, daß seitens der Landesverfassung, so lese ich es, in Niederösterreich Landeskontrolleinrichtungen eindeutig dem Landtag zugeordnet werden, was seinen Grund hat, und auch in der Literatur bestätigt wird. Und, sehr geehrter Herr Präsident, ich möchte in diesem Zusammenhang schon darauf hinweisen auf ein Beispiel aus der Literatur, daß Theo Öllinger eindeutig von einem Kontrollausschuß des Landtages spricht, wenn

man einem Kontrollamt unterstellt ist. Theo Öllinger hat weiter ausgeführt, das heißt, daß das NÖ Landeskontrollamt sozusagen als Hilfsorgan des Hilfsorganes Finanzkontrollausschuß des Landtages tätig ist.

Es wurde heute schon gesagt, der Kontrollamtsdirektor ist auch der einzige Beamte, welcher vom Landtag gewählt wird. Das hat auch wieder seinen Grund, weil er in seiner Tätigkeit unabhängig von der Vollziehung bzw. von der Verwaltung sein soll, sein muß. Bei Deinen Ausführungen heute, bei dem von Dir eingeleiteten Hick-Hack habe ich aber schon den Eindruck gewonnen, daß bei Dir heute die praktische ... (Abg. Präs. Ing. Eichinger: Ja, wer hat denn den Klubobmann geschickt?) Herr Präsident! Ich habe das mit Präsident Romeder abgesprochen. Und sage Dir jetzt zwischendurch, wenn ich mir die Ausschreibung angesehen habe und alle Punkte, die ich hier nachzufragen gehabt habe, wie, was, wo, und so die Dinge darzustellen, die Hearingteilnehmer. Weder Du, noch der sehr geehrte Herr Präsident Koczur, noch ich oder der Herr Klubobmann Gratzer haben hinsichtlich der Reihung einen Einfluß gehabt. Was da gemacht wird, da entschuldige ich mich wirklich bei dem Herrn Hofrat Gromaczkiwicz, den wir heute verabschieden, das möchte ich schon einmal sagen. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber offensichtlich hat sich in Deiner Gruppierung die Interessenslage verändert und hat man in Zeitungsmeldungen teilweise Unwahrheiten transportiert, hat versucht, bei den Freiheitlichen ein Politikum zu orten. Und ich muß Dir eines sagen: Wenn das jetzt - das rechne ich jetzt Deiner Partei zu - wenn das von der ÖVP gesagt wird, dann muß ich einmal sagen, dann haben diejenigen, die in Herzogenburg, wie der Wertekatalog diskutiert worden ist, die Ausführungen des Herrn Univ.Prof.Schasching wirklich nicht verstanden, der an die Spitze seiner Ausführungen gestellt hat, daß sich der Österreicher postautoritär erkennt. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich glaube, daß jetzt nur zugedeckt werden soll, daß von Deiner Partei, Herr Präsident, die ganze Vorgangsweise rund um die Bestellung des neuen Kontrollamtsdirektors zu einem Politikum gemacht wurde, da nach dem Stand der Dinge offensichtlich verschiedene Parteiinteressen über Allgemeininteressen gestellt wurden. (Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Präs. Ing. Eichinger: Von Euch offensichtlich!)
Wo? Du nimmst immer alles vorweg. Du gehst da

'raus ans Rednerpult, nimmst vorweg, weißt noch gar nicht, was geschieht und läßt da Schimpfkanonaden gegen die Freiheitlichen herunter. Das ist die Tatsache, Herr Präsident. Und wenn ich dann das sage, wie es wirklich ist, dann regst Du Dich auf. So ist das. Jetzt sage ich einmal, wie es geht! (Beifall bei der FPÖ.)

Wie ist das Ganze wirklich zugegangen? Das beginnt einmal mit der Art und Weise der Ausschreibung zu einem Zeitpunkt, als eine Verständigung, eine Klärung über die Vorgangsweise mit dem Landtag überhaupt nicht möglich war. Es wurde heute von Dir gesagt, daß in der Präsidielle am 18. September das besprochen wurde. Die Ausschreibung ist jedoch schon am 1. September erfolgt. (Zwischenruf bei Präsident Ing. Eichinger.) Bitte, die Ausschreibung, willst Du das jetzt auch nicht wahrhaben? Muß ich es Dir beweisen? Sei mir nicht böse, Herr Präsident. Hast Du mitentschieden vielleicht mit Auftrag von der ÖVP-Parteizentrale bei der Reihung oder was, weil Du Dich so aufregst? Ich verstehe Dich heute wirklich nicht.

Also, ich muß schon sagen, zumindest wenn man den Kontakt mit dem Landtag nicht hergestellt hat, dann hätte man zumindestens bitte - und das ist mein Demokratieverständnis - das Salzburger Modell anwenden sollen, das Salzburger Rechnungshofgesetz. Dort ist ganz einfach festgelegt, daß eine öffentliche Ausschreibung stattzufinden hat. Das hätte ich mir als mindestes bitte erwartet. Und außerdem hätte ich mir erwartet, daß man nicht eben unwahre Behauptungen über Menschen über die Medien in Umlauf setzt. Nämlich, daß ein ganz bestimmter Bewerber am Anhörungsverfahren ganz einfach nicht teilnimmt. Ich mußte Dir ja antworten. Jetzt darf ich auf die positive Seite, wie ich es grundsätzlich sehe, zur Frage der Bestellung des neuen Kontrollamtsdirektors kommen. Ich glaube, es sollte uns allen darum gehen, eine wirksame, effiziente Kontrolle der Vollziehung zu haben, wobei diese Kontrolle nicht auf eine Konfrontation aufbauen sollte, wie Du, Herr Präsident, sie heute gesucht hast. Denn für mich geht es bei der Kontrolle ganz einfach darum, Unzulänglichkeiten, vielleicht manchmal auch ein paar Selbstherrlichkeiten aufzuzeigen. Ganz einfach, um sicherzustellen, daß die Steuerleistungen, die die fleißigen Bürger aufbringen, nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit derart eingesetzt werden, daß für die Bürger ein Nutzen entsteht.

Ich glaube, unter diesem Aspekt, unter diesem Verständnis schon darauf hinweisen zu müs-

sen, daß für mich die Kontrolle, die Qualität der Kontrolle von mehreren Qualitäten abhängt. Ich erwähne etwa Qualifikation und Motivation der Mitarbeit, ich erwähne die garantierte Unabhängigkeit der Prüforgane in den jeweiligen Landesregierungen, aber auch die Bestellung der Personen durch die Gesetzgebung. Unter diesen Aspekten sollte die Wahl für die Spitzenposition im Kontrollamt gesehen werden. Es ist für mich eine grundsätzliche Überlegung, daß die Besetzung dieser Position viel weitreichender zu sehen ist. Nicht nur, wie es eine Mehrheit qualifizieren möchte, sondern man sollte auch immer miteinander reden. Reden mit der mitkontrollierenden Minderheit. Denn für mich geht es nur um die Qualität der Kontrolle insgesamt, es geht mir darum, wie eine parlamentarische Kontrolle funktionieren kann.

Herr Präsident, ich bedaure es, Dir sagen zu müssen, daß den Zeitungsmeldungen zufolge - es sind ja Politiker von ÖVP und SPÖ zitiert worden - offensichtlich von einigen noch nicht erkannt wurde, unter welchem Aspekt das steht. Und daß, aus welchen Gründen auch immer, einige das noch immer nicht wahrhaben wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist der Zweite Präsident des NÖ Landtages, Anton Koczur.

Abg. Präs. KOCZUR (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist heute schon gesagt worden, die Finanzkontrolle des Landes blickt auf acht Jahrzehnte Tätigkeit zurück und hat sich in dieser Zeit zu einer wichtigen Institution des Landtages entwickelt, der zu Recht Strenge und Objektivität bescheinigt wird. Dem früheren Kontrollausschuß ist im Jahre 1925 im Rahmen einer Änderung der Landesverfassung ein Kontrollamt beigegeben worden, dessen Vorstand vom Landtag bestellt, und wie damals festgeschrieben wurde, auch nur durch ihn wieder abberufen werden kann. Schon damals wurde festgehalten, daß der Vorstand des Kontrollamtes nur dem Landtage bzw. dem Finanzkontrollausschuß verantwortlich ist und mit keinerlei Verwaltungsgeschäft im Amte der NÖ Landesregierung betraut werden darf. Diese Regelung wurde mit nur geringen Abänderungen auch in die NÖ Landesverfassung 1979 aufgenommen. Der Wandel unserer Gesellschaft zum Wohlfahrtsstaat heutiger Prägung hat seinen Niederschlag in den öffentlichen Haushalten gefun-

den und stellt daher auch besondere Anforderungen an eine effiziente Kontrolle.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß die Kontrolleinrichtungen der Legislative und ihre Wirksamkeit sehr stark von den Persönlichkeiten aus dem Kreise der Abgeordneten, aber auch von der Persönlichkeit des Kontrollamtsdirektors bestimmt werden. Wenn heute der lange Zeit tätige höchste Beamte des Kontrollamtes, Hofrat Mag. Gromaczkiwicz, zum letzten Mal seinen angestammten Platz im NÖ Landtag einnimmt, so möchte ich in Ergänzung zur Würdigung, die heute schon durch den Herrn Präsidenten erfolgt ist, auch persönlich als einer, der selbst viele Jahre dem Finanzkontrollausschuß angehörte, aber auch im Namen meiner Fraktion ein respektvolles Danke für die hervorragenden Leistungen, welche vom Kontrollamt unter Ihrer Leitung, Herr Hofrat, erbracht worden sind, zum Ausdruck bringen und Ihnen zum Eintritt in den neuen Lebensabschnitt alles erdenklich Gute wünschen. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Mit dem Ausscheiden des bisherigen Kontrollamtsdirektors hat der Landtag heute die Aufgabe, nunmehr eine Entscheidung über eine geeignete Nachfolge zu treffen. Der Dienstposten wurde, das darf ich hier noch einmal zur Kenntnis bringen, am 1. September 1995 für Beamtinnen und Beamte der Verwendungsgruppe A, die das Studium der Rechts- oder Wirtschaftswissenschaften abgeschlossen haben und dem Personalstand des Landes oder des Rechnungshofes angehören, ausgeschrieben. Die weitere Weichenstellung erfolgte in der Präsidialkonferenz vom 18. September 1995, wo einvernehmlich die Vorgangsweise zur Kandidatenfindung festgelegt wurde: Öffentliche Ausschreibung dieses Postens, die Einbindung eines Personalberatungsunternehmens, die Durchführung eines Kandidaten-Hearings, dessen Ergebnis in einer Präsidialkonferenz beraten wird, und daß die endgültige Bestellung in der nächsten Landtagssitzung erfolgen soll. So ist es auch geschehen. Dem Kandidaten-Hearing, welches unter der Vorsitzführung des Herrn Landtagsdirektors stattfand, haben wie besprochen die Präsidenten des Landtages beigezogen. Der Obmann des Finanzkontrollausschusses hat, wie schon festgestellt wurde, keine Zeit gefunden, an dieser entscheidenden Beratung teilzunehmen und sich durch den Klubobmann der freiheitlichen Fraktion vertreten lassen. Es ist selbstverständlich Ihnen, Herr Abgeordneter, überlassen, eine Wertigkeit vorzunehmen. Wir waren halt der Ansicht, daß das eine der wichtig-

sten Aufgaben, die Ihnen als Obmann des Finanzkontrollausschusses zukommt, sein sollte.

Ich war darüber hinaus der Auffassung, daß sich die Auswahlkommission auf das Vertrauen des Landtages berufen kann, der das Vorschlagsrecht an dieses Gremium delegiert hat, welches letztlich auch zu einer einhelligen Entscheidung gefunden hat. Nun präsentiert uns die F-Fraktion einen Kandidaten, der vor der Auswahlkommission nicht einmal in die Reihung des Dreivorschlages Eingang gefunden hat. Wie weit die Begründung in den Pressemeldungen sich nachvollziehen läßt in den letzten Tagen, kann ich selbst nicht nachvollziehen. Daß damit der Sache kein guter Dienst erwiesen wurde, ist, glaube ich, wohl eindeutig erwiesen. Daß sich der Redner der F-Fraktion hier schwer getan hat, das war irgendwo augenscheinlich ersichtlich. Und es hat sehr lange gedauert, Herr Kollege, bis Sie sich dem Kern der Sache letztlich genähert haben.

Ich darf Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, aus dem persönlichen Eindruck des Kandidaten-Hearings bestätigen, daß mit dem Vorschlag, Herrn Hofrat Dr. Walter Schoiber heute zum Kontrollamtsdirektor zu bestellen, eine gute Auswahl getroffen wurde. Klare Zielvorstellungen über eine straffe Kontrolltätigkeit, die zeitnahe Vorlage übersichtlicher Wahrnehmungsberichte, effiziente Nachkontrollen, Wirtschaftlichkeitsprüfungen mit Lösungsvorschlägen für den zweckmäßigen Einsatz der Gelder lassen im Verein mit dem einschlägigen Fachwissen und einem teamorientierten Führungsstil eine entsprechende Akzeptanz erwarten. In diesem Sinne, sehr geehrte Damen und Herren, hoffe ich auf eine breite Zustimmung zu diesem Vorschlag, weil er letztlich die Arbeit in diesem Gremium bestimmen wird. Und ich möchte abschließend unter Hinweis auf die bereits erwähnte Einrichtung des Kontrollamtes im Landesverfassungsgesetz, welches beschlossen wurde am 27. November 1925, dieser wichtigen Einrichtung des Landtages zum bevorstehenden 70-Jahrjubiläum seines Bestandes herzlich gratulieren. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Sitzung hätte auch anders verlaufen können, wenn man ganz einfach die Bereitschaft gezeigt hätte, ohne großartige Kommentare, Um-

schweife und unwahre Behauptungen zur Kenntnis zu nehmen, daß die Freiheitlichen einen eigenen Vorschlag haben. Aber es bricht hier offensichtlich die Welt zusammen, weil die Freiheitlichen sich erdreisten, aus dem Hearing ein anderes Ergebnis mitzunehmen und einen eigenen Vorschlag anzukündigen.

Es hat der Herr Klubobmann Böhm in der Präsidiäle die Androhung bereits ausgesprochen, wenn es dazu kommt, dann wird in der Landtagsitzung das dementsprechend breit dargelegt. Und über die "NÖN" habe ich erfahren, daß heute die Demaskierung der Freiheitlichen stattfindet.

Herr Präsident war überrascht, weil Edwin Rambossek statt mir gekommen ist. Edwin Rambossek hat es bereits erklärt, daß es mit Präsident Romeder abgesprochen war. Und wenn die Überraschung Deinerseits so groß war, dann dürfte das ein bißchen ein Kommunikationsfehler gewesen sein. Aber das ist eher parteiintern zu sehen. *(Abg. Präs. Ing. Eichinger: Ich habe kritisiert, daß er nicht einen seiner Stellvertreter schickt, sondern daß er Dich schickt!)*

Was mich allerdings überrascht hat, Herr Präsident, daß Du hier hergehst und hier erklärst - und das ist im Protokoll nachzulesen - am 18. findet die Präsidiäle statt, man entscheidet, daß endlich einmal die Position ausgeschrieben wird und es wird ordnungsgemäß ausgeschrieben. Das hast Du gesagt, von hier. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausschreibung ist erfolgt am 1. September 1995. Also 18 Tage, bevor sich die Präsidiäle überhaupt zusammengesetzt hat. Und die Ausschreibung für eine Position, die hier herinnen beschlossen wird, ist nicht erfolgt vom NÖ Landtag, sondern von dem, der kontrolliert wird, vom Landeshauptmann. Und der Herr Landeshauptmann ist in die Presse gegangen, sonst hätten wir das wahrscheinlich gar nicht so bald gewußt, und hat sich wieder gerühmt, er ist jetzt der große Demokrat, weil er schreibt seinen eigenen Kontrollamtsdirektor aus. Und am 18. September in der Präsidiäle hat es Proteste gegeben, und nicht nur von mir, sondern auch von anderen Fraktionen wegen dieser Zusammensetzung. Und ich komme heute nicht umhin, einmal dem Präsidenten Romeder hier wirklich zu danken, weil er diese Proteste so ernst genommen hat und dann die Ausschreibungskommission anders zusammengesetzt. Das ist dem Präsidenten Romeder zu verdanken, aber sicher nicht dem, der sich hier ursprünglich als Demokrat hingestellt hat. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und es ist unfein, Herr Präsident, herzuzugehen und zu sagen, daß am

18. September die Präsidiale gesagt hat, wir schreiben ordnungsgemäß aus, wenn vorher dieser Eklat passiert ist. (*Zwischenruf bei Abg. Präs. Ing. Eichinger.*) Das ist im Protokoll drinnen, das ist hoffentlich nicht mehr wegzunehmen. Du hast gesagt, es wird ausgeschrieben.

Und es wäre diese ganze Besetzung rund um den Kontrollamtsdirektor wesentlich feiner abgegangen, hätte man sich an jene Gewohnheiten gehalten, wie sie bei der letzten Bestellung waren. Da ist ganz einfach der Finanzkontrollausschußobmann aufgefordert worden, einen Vorschlag zu nennen. Selbstverständlich war die Vorgangsweise mit der Ausschreibung im Sinne des Hauses. Und es war auch im Sinne des Hauses, daß die Beamten des Rechnungshofes eingeladen wurden, sich zu beteiligen. Allerdings muß ich heute feststellen, daß man, nach dem wie dann die Durchführung erfolgt ist, sich diese Form der Scheindemokratie auch schenken hätte können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß ich beim Hearing war, wurde bereits erwähnt. Ich möchte es aber trotzdem noch einmal sagen. Edwin Rambossek ist nicht aus Jux und Tollerei nicht gekommen, sondern er war als Referent für die Kindergarteneröffnung ... (*Abg. Mag. Schneeberger: Aber darum geht es ja nicht!*) Das war bitte mit dem Herrn Präsidenten so abgesprochen. Und ich hoffe doch, daß es auch die Abgeordneten seiner Fraktion zur Kenntnis nehmen. (*Abg. Hiller: Ein Parteiobmann ist halt seiner Partei verpflichtet, das ist halt eine schlechte Optik!*) Und jetzt frage ich Dich, weshalb hat dann der Herr Landeshauptmann als Parteiobmann der ÖVP, ohne daß ihm das zusteht, am 1. September 1995 die Ausschreibung durchgeführt? (*Abg. Hiller: Er hat nichts entschieden, das ist ein großer Unterschied!*) Er hat die Ausschreibung durchgeführt, was ihm überhaupt nicht zusteht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion, die jetzt entbrannt ist, das möchte ich auch feststellen, die haben nicht wir entfacht. Die ganzen Mediendiskussionen wurden, von wem auch immer, aber nicht von uns geführt. Und daher kam es zu diesen Umständen. Und es ist halt offensichtlich in dem Haus nicht möglich, zu akzeptieren, daß eine andere Fraktion einen anderen Vorschlag hat. Aber die Zeit, daß die ÖVP hier mit absoluter Mehrheit überall "drüberfahren" kann und niemand fragt, die ist halt ganz einfach vorbei. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Für mich war ja auch interessant, daß ohne irgendwelche Kommentare meinerseits, wo ich noch nicht einmal gesagt habe, wen wir eventuell vorschlagen wollen, bereits das Parteiorgan der ÖVP verkündet hat, daß es sich hier um einen freiheitlichen Kandidaten handelt. Das heißt, man hat auch so ein bißchen unter den 11 Kandidaten eine leichte Gesinnungsschnüffelei betrieben. Damit man gleich auf den einen kommt, den wir eventuell vorschlagen.

Aber wenn es um die Qualifikation geht, möchte ich heute jemanden zitieren, der bei der Ernennung des letzten Präsidenten sehr interessante Worte gesagt hat. Und zwar bei der Ernennung des letzten hat der Herr Abgeordnete Stangl einen sehr interessanten Satz geprägt und den möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Der Satz lautet: "Der Eintritt zu den bürokratischen Spitzenpositionen wird von der Qualifikation abhängig gemacht, die von der beherrschenden Partei interpretiert und dekretiert wird." Und der Herr Abgeordnete Stangl hat sich seinerzeit bei dem Satz sicher einiges gedacht und ich möchte dem wenig hinzufügen.

Eines muß ich allerdings sagen: Ich habe mich mit meinem Kandidaten abgesprochen. Nachdem wir uns offensichtlich im Wahlkampf befinden und der Herr Präsident schon einmal die Ausschreibungsmodalitäten unwahr darstellt, aber im Hauptpropagandaorgan der ÖVP drinnen steht, unser Kandidat hätte nicht einmal am Hearing teilgenommen, schreibe ich das wohl der Wahlkampf-Lügenpropaganda zu. Nachdem diese Maschinerie aber schon so weit fortgeschritten war, haben wir verzichtet, einem Kandidaten das anzutun. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte von dieser Stelle auch für das Liberale Forum dem scheidenden Herrn Hofrat herzlichen Dank ausdrücken. Wir sind wirklich sehr zufrieden gewesen mit der Arbeit des Kontrollamtes. Und ich hoffe, daß das auch so weiter sein kann.

Leider ist ein kleines Polittheater aus der Sache geworden. Und ich muß ehrlich sagen, ich verstehe es nicht. Denn wenn ich heute die Szene der Ausschreibung des Hearings und der Zusammensetzung sehe, so habe ich sicher auch gewisse Anmerkungen zu machen und kann mich

da dem Herrn Abgeordneten Gratzner teilweise anschließen. Auf der anderen Seite muß ich sagen, wenn ich das nicht akzeptiere, dann darf ich mich nicht hineindelegieren lassen. Dann darf ich von vornherein nicht mittun, sondern muß mich distanzieren. Das ist demokratische Fairneß. Ich glaube auch, daß es nicht möglich ist, daß man ignoriert, daß die Mehrheit entscheidet. Auch wenn es Dir, lieber Herr Abgeordneter, und mir nicht recht ist. Aber die Zeit, wir stehen ja wieder vor Wahlen, kann das ja verändern. Dann werden vielleicht andere hier stehen und so schimpfen wie Du es jetzt gemacht hast. Nur sollten wir eine grundsätzliche Ordnung in der Demokratie halten. Und die grundsätzliche Ordnung ist, wir haben uns dazu bekannt, Ausschreibung - Hearing - Entscheidung.

Ich bin sehr froh, daß Ihr keinen Kandidaten aufstellt, weil ich glaube, daß einer der wesentlichsten Punkte hier am ärgsten mit Füßen getreten wird: Die zukünftige Zusammenarbeit des Obmanns mit dem Hofrat, mit dem Direktor, der das Kontrollamt führen soll. Und diese beiden Herren sollen in der Zukunft glaube ich Sorge tragen, daß weiter so kontrolliert wird, wie es bisher war. Wir werden daher dem Wahlvorschlag zustimmen. Und zwar auch, indem wir uns der demokratischen Mehrheit beugen. Nicht, weil wir mit allem einverstanden sind. Danke. *(Beifall bei LIF.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Böhm.

Abg. BÖHM (ÖVP): Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich habe mich deswegen auch zu Wort gemeldet, weil vorhin der Vorwurf der Scheindemokratie in diesem Haus gefallen ist. Das ist ein Wort, das der NÖ Landtag nicht verdient. Und ich glaube, daß gerade im Zusammenhang mit dieser Debatte, die heute abgeführt wurde, es besonders schlecht ist, dieses Wort zu verwenden. Wir haben uns, ich möchte jetzt alle diese vorhin schon geschilderten Beschlüsse und Vorgangsweisen nicht noch einmal wiederholen, aber die beiden Präsidenten haben das heute schon übereinstimmend zum Ausdruck gebracht bei ihren Wortmeldungen, Herr Präsident Koczur und Herr Präsident Ing. Eichinger, wir haben uns in der Präsidialkonferenz einstimmig über Vorschlag des Präsidenten darauf verstanden, daß dieses Hearing in dieser Form abgeführt wird. Das geschah auch mit meiner Stimme, auch mit der Stimme der ÖVP-Fraktion, um das einmal klarzustellen. Zweitens: Wir haben uns darauf

verstanden, daß das Ergebnis des Hearings zur Kenntnis genommen wird. Auch das war bitte eine nicht widersprochene Meinung. Und deswegen, Herr Kollege Gratzner, nur deswegen, habe ich bei der letzten Präsidialkonferenz mich sehr darüber gewundert, daß plötzlich andere Andeutungen gekommen sind. Und es hat niemand von meiner Fraktion behauptet, daß der damals von Dir genannte Kandidat - nicht von irgend jemanden, sondern von Dir genannte Kandidat - nicht unter den Bewerbern gewesen wäre bzw. nicht am Hearing teilgenommen hätte. Ich glaube, da wurde vielleicht irgendeine Zeitung, ich weiß nicht, welche Du meinst, falsch gelesen. Ich möchte das auch klarstellen. Und genau das hat vorhin Präsident Ing. Eichinger zum Ausdruck gebracht.

Was mich so besonders gewundert hat bei der letzten Präsidialkonferenz war einfach die Mitteilung, daß als - aus welchen Gründen immer - der Obmann des Finanzkontrollausschusses an diesem Hearing nicht teilnehmen konnte, nicht einer seiner gewählten Stellvertreter des Finanzkontrollausschusses mit seiner Vertretung betraut wurde, sondern der Klubobmann der Freiheitlichen oder der Landesparteiobmann der Freiheitlichen, wie immer Sie das jetzt sehen wollen. Da gibt es zwei Stellvertreter im Finanzkontrollausschuß. Und wenn die Präsidialkonferenz den Obmann des Finanzkontrollausschusses dorthin zu diesem Hearing entsendet, dann ist es für mich als Demokrat selbstverständlich, daß mein Stellvertreter in dieser Funktion mich auch dort vertritt. Daher, von Scheindemokratie zu reden, meine Damen und Herren, ist vielleicht die Denkweise der Freiheitlichen, aber nicht unsere Handlungsweise! *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Ich darf als Präsident heute für die Diskussion ein Danke sagen. Ich sage ein herzliches Danke, wenn auch verschiedene Standpunkte vertreten wurden, aus einem bestimmten Grund: Es ist eines der wichtigsten Rechte des Landtages, den obersten Beamten der Kontrolle des Landes zu wählen. Und ich glaube, daß dieses Recht durch eine Diskussion besonders auch in der Öffentlichkeit unterstrichen werden soll. Es steht außer Streit, daß im Rahmen der Geschäftsordnung vorgegangen wurde. Das wurde nicht bestritten. Daß die Geschäftsordnung keinerlei Detailregelung hier vorsieht, daß sich daher die Präsidialkonferenz als beratendes Organ des Präsidenten mit dieser Frage dreimal befaßt hat. Nämlich am 18. September 1995, wo in einem Rahmen der Diskussion von allen Fraktionen bestimmte Wünsche vorgetragen wurden. Diese Wünsche

wurden berücksichtigt und ich bedanke mich, daß heute das in der Öffentlichkeit im Rahmen der Diskussion auch anerkannt wurde. Und das wurde dann auch in der Präsidialkonferenz vom 28. September 1995 gutgeheißen. Und auf Grund dieser Empfehlung, dieser einstimmigen Empfehlung dann vom 28. September 1995, in der den Überlegungen der Fraktionen vom 18. September 1995 Rechnung getragen wurde, hat sich die Präsidiale mit den Spitzenvertretern der Fraktionen am 30. Oktober 1995 noch einmal mit diesen Fragen befaßt.

Ich habe Ihnen heute mitgeteilt, daß ein Antrag vorliegt für die Funktion und Position des Kontrollamtsdirektors, nämlich lautend auf Hofrat Dr. Walter Schoiber. Und ich darf nunmehr, Hohes Haus, Sie bitten, daß wir zur Abstimmung kommen.

(Nach Abstimmung über den Antrag der Abg. Böhm, Dr. Bauer, Ing. Dautzenberg u.a., Herrn Hofrat Dr. Walter Schoiber zum Kontrollamtsdirektor zu wählen): Mit Mehrheit angenommen! Der Protokollführer hat für das Protokoll registriert, wer dafür gestimmt hat. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Damit darf ich feststellen, daß Herr Hofrat Dr. Walter Schoiber mit sofortiger Wirkung zum Vorstand des Kontrollamtes gewählt wurde. Ich darf Herrn Landtagsdirektor bitten, den Kontrollamtsdirektor hereinzugeleiten, damit ich in die Lage versetzt werde, ihm das Beststellungsdekret zu überreichen. *(Kontrollamtsdirektor HR Dr. Walter Schoiber betritt an der Seite des Landtagsdirektors den Saal und wird von Präsident Mag. Romeder begrüßt.)*

Hohes Haus! Ich darf die Gelegenheit wahrnehmen, Dir, Herr Hofrat Schoiber, als neu bestellten Kontrollamtsdirektor des Landes Niederösterreich zu dieser verantwortungsvollen Tätigkeit viel Erfolg zu wünschen. Möge auch in Zukunft diese Tätigkeit durch Dein persönliches Mitwirken in vielen Bereichen mithelfen, daß die Verwaltung des Landes Niederösterreich zur Zufriedenheit der Bürger dieses Landes durchgeführt werden kann. Ich darf nicht nur viel Erfolg wünschen aus der Sache heraus, ich darf auch persönlich alles Gute wünschen. Möge diese Arbeit auch persönlich Freude bereiten. In diesem Sinne gratuliere ich namens des Landtages von Niederösterreich zur heutigen Wahl und darf namens des Landtages die offizielle Beststellungsurkunde überreichen. *(Beifall im Hohen Hause. - Präsident Mag. Romeder beglückwünscht HR Schoiber und überreicht das Beststellungsdekret. Klubobmänner*

und einzelne Abgeordnete gratulieren dem bestellten Kontrollamtsdirektor per Handschlag.)

Hohes Haus! Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich beabsichtige, die Geschäftsstücke Ltg. 334/V-11/6 und Ltg. 335/V-11/7 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung sollen jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Ich ersuche daher den Herrn Abgeordneten Franz Hiller, sowohl zur Zahl Ltg. 334/V-11/6, als auch zur Zahl Ltg. 335/V-11/7 zu berichten und die notwendigen Anträge zu stellen.

Berichterstatter Abg. HILLER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte namens des Landwirtschaftsausschusses über die Auflösung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Bewirtschaftung beim Weinbau sowie die Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission. Die Vereinbarung LGBl. 6152 betrifft die Bewirtschaftung und deren Kontrolle. Mit BGBl. Nr. 10/1992 wurde § 27a ins Weingesetz eingefügt und dort die Hektarhöchstmenge differenziert geregelt. Im Hinblick auf diese Regelung im Weingesetz sind die Vereinbarung LGBl. 6152 und in weiterer Folge die Bestimmungen für das Weinbaugesetz und damit zusammenhängend die NÖ Rebschnittverordnung, LGBl 6150/6, obsolet geworden.

Es liegt folgende Vereinbarung vor: "Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen den Ländern Niederösterreich und Burgenland, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen den Ländern Niederösterreich und Burgenland über die Bewirtschaftung beim Weinbau sowie die Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission einvernehmlich aufgelöst wird.

Artikel 1:

Die Länder Niederösterreich und Burgenland, jeweils vertreten durch den Landeshauptmann, vereinbaren, die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Bewirtschaftung beim Weinbau sowie die Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission einvernehmlich aufzulösen.

Artikel 2:

(1) Die Vereinbarung tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Länder Niederösterreich und Burgenland dem Verwahrer schrift-

lich mitgeteilt haben, daß ihre verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Vereinbarung erfüllt sind.

- (2) Der Verwahrer hat die Auflösung unverzüglich der Bundesregierung zur Kenntnis zu bringen.

Gezeichnet: Landeshauptmann Stix für das Land Burgenland und Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll für das Land Niederösterreich."

Ich stelle daher den Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses betreffend Auflösung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Bewirtschaftung beim Weinbau sowie die Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Auflösung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Bewirtschaftung beim Weinbau sowie die Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission wird genehmigt."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Bitte den zweiten Antrag, Geschäftszahl Ltg. 335/V-11/7.

Berichterstatter Abg. HILLER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zur Vereinbarung über die flächenmäßige Beschränkung des Weinbaues sowie über die Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission der Länder Niederösterreich und Burgenland.

Diese Vereinbarung, festgelegt im niederösterreichischen LGBl. 6151-0 bzw. im burgenländischen LGBl. Nr. 31/1980, enthält im Art. 1 Abs. 2 die Regelung, in welchem Umfang Weingartenauspflanzungen gestattet sind - und zwar "ausschließlich innerhalb der bisher festgelegten Weinbaufluren". Diese Formulierung führte bereits zu verschiedenen Schwierigkeiten in formaler Hinsicht. Die Wendung "ausschließlich innerhalb der bisher festgelegten Weinbaufluren" gibt die damalige Rechtslage wieder. Zweck dieser Bestimmung sowie überhaupt der gesamten Vereinbarung war, eine Ausweitung der Weinbaufluren mit den Vertragsländern hintanzuhalten. In diesem Sinne wurde der zitierte Artikel auch von den Vertragspartnern ausgelegt. Der jeweilige Vertragspartner hat jedoch kein Interesse daran, in welchen Lagen sich die Flächen befinden. Die aufzuhebende Formulierung betrifft somit kein

Essentiale des Vertrages und sollte daher entfallen.

Einen diesbezüglichen einstimmigen Beschluß hat auch die gemeinsame Weinbaukommission der Länder Niederösterreich und Burgenland am 16. November 1994 gefaßt.

Es liegt hier folgende Vereinbarung vor: "Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen den Ländern Niederösterreich und Burgenland, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen den Ländern Niederösterreich und Burgenland über die flächenmäßige Beschränkung des Weinbaues sowie die Errichtung einer gemeinsamen Wohnbaukommission der Länder geändert wird.

Die Länder Niederösterreich und Burgenland, jeweils vertreten durch den Landeshauptmann schließen nachstehende Vereinbarung:

Artikel 1:

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen den Ländern Niederösterreich und Burgenland über die flächenmäßige Beschränkung des Weinbaues sowie die Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission der Länder wird wie folgt geändert:

Der Einleitungssatz des Artikel 1 Abs. 2 lautet:

- (2) Die Vertragspartner werden in diesem Bereich Weingartenauspflanzungen in folgendem Umfang gestatten:

Artikel 2:

- (1) Diese Vereinbarung tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Länder Niederösterreich und Burgenland dem Verwahrer schriftlich mitgeteilt haben, daß die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Vereinbarung erfüllt sind.

- (2) Der Verwahrer hat die Änderung unverzüglich der Bundesregierung zur Kenntnis zu bringen.

Gezeichnet: Landeshauptmann Stix für das Burgenland und Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll für das Land Niederösterreich."

Ich stelle daher den Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses betreffend Änderung der Vereinbarung über die flächenmäßige Beschränkung des Weinbaues sowie die Errichtung einer

gemeinsamen Weinbaukommission der Länder
(liest):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Änderung der Vereinbarung über die flächenmäßige Beschränkung des Weinbaues sowie die Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission der Länder wird genehmigt."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus!
Ich eröffne nunmehr die Debatte zu beiden Geschäftsstücken. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Knotzer.

Abg. KNOTZER (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus!

Es wurde ja sehr ausführlich berichtet und auch die dementsprechende Beantragung begründet. Daher möchte ich mich mit diesen zwei Vorlagen, der Änderung der Vereinbarung über die flächenmäßige Beschränkung und der Auflösung der Vereinbarung über die Bewirtschaftung beim Weinbau, sehr kurz beschäftigen.

In diesen Fachbereichen ist es so, daß sich wahrscheinlich nur mehr einige wenige Politiker aus Nationalrat und Landtag sowie Fachbeamte in den jeweiligen Ministerien oder hier im Land auskennen. Für den Weinbauern oder Buschenschenker, aber auch vor allem für den Konsumenten wird es immer verwirrender. Daher gilt es auch hier, im Interesse des Weinbaues zu grundsätzlichen Aussagen zu kommen und vor allem, die grundsätzliche Linie Österreichs oder der österreichischen Weinwirtschaft und im Interesse der österreichischen Weinbaubetriebe auch eine Generallinie, die auch leichter in der Öffentlichkeit zu vertreten ist, im Interesse des Weinbaues und vor allem gegenüber unseren Exportländern und gegenüber jenen Ländern zu treffen, in die wir in Zukunft hin exportieren wollen. Da wird einmal als erster Punkt sehr wichtig sein, daß nach wie vor die hohe Qualität des österreichischen Weines garantiert wird. Damit nicht der Eindruck entsteht durch Änderungen von Vereinbarungen in Gesetzen, wie zum Beispiel die Abschaffung der Banderole oder anderer Veränderungen, daß vielleicht wieder der alte Schlendrian in Österreich eintritt und es zu Qualitätsverlusten kommt. Es muß gewährleistet sein, und das müssen wir auch immer wieder in der Öffentlichkeit erwähnen, daß die Zukunft des österreichischen Weines nach wie vor in der

Qualität liegt. Und daß wir auch mit den Rahmengesetzen, die wir schaffen, die dementsprechende Garantie bieten. Im Interesse der Weinbaubetriebe, aber auch im Interesse natürlich des Weinhandels und darüber hinaus natürlich auch im Interesse der Konsumenten.

Durch die mengenmäßige Beschränkung, hier gibt es ja einige Korrekturen, die wir heute auch zum Beschluß vorliegen haben, soll es auch für die Zukunft zu keiner Überproduktion kommen. Und zu keinem Preisverfall, was ja sicher für die kommenden Jahre, vielleicht nicht für das heurige, heuer ist eine geringere Ernte eingebracht worden, aber für die kommenden Jahre wichtig sein

wird. Wenn die Witterung dem Weinbau wieder besser entgegenkommt, dann ist wieder die Gefahr des Preisverfalles für unsere Weinbauern gegeben. Und es wird nach wie vor gerade in der Landwirtschaft notwendig sein, unsere Weinbautreibenden immer wieder darauf hinzuweisen, daß ihre Zukunft, ihre Chance für die Zukunft nur in der Qualität, in der Produktion eines Qualitätsweines und nicht in der Masse und in der Menge liegen wird. Das wird die Chance, das ist sicher einer der wesentlichen Punkte, den darf ich mit erwähnen.

Und der vierte Punkt wird sicher auch ein wesentliches Standbein für unsere Weinbauern sein: Die Direktvermarktung. Und hier meine ich nicht nur, wie schon oft erwähnt, die Buschenschenken, die im Umland von Wien und in verschiedenen Regionen sehr große Chancen haben, wie in der Thermenregion mit den berühmten Weinorten Gumpoldskirchen, Traiskirchen, Soos, Tattendorf, Vöslau. Auch im Weinviertel und natürlich auch in der Wachau gibt es sehr viele Direktvermarkter, die auch für die Zukunft natürlich Chancen haben, wenn sie auf die Qualität des Weines setzen und in diesen Regionen geht man vielfach schon seit vielen Jahren in diese Richtung. Aber auch mit dem Anbot von reichhaltigen Buffets und all diesem Umfeld ist im Weinbau sicher für die Zukunft die Existenzsicherung unserer Weinbaubetriebe gewährleistet. Aber es ist hier auch die Interessensvertretung, die Landwirtschaftskammern sind hier gefordert, mehr den kleineren und mittleren Betrieben im Weinbau zur Seite zu stehen - insgesamt natürlich den bäuerlichen Betrieben, aber heute möchte ich speziell auf die Weinbaubetriebe zurückkommen. Daß nämlich hier vor allem in der Vermarktung in den europäischen Raum, aber natürlich insgesamt im Export mehr Hilfestellung von seiten der Landwirtschaftskammern gewährleistet sein muß. Weil ja der kleine und mittlere Betrieb nicht die Chance hat, hier international oder sagen wir im EU-Raum, selbst die Werbung und die Vermarktung durchzuführen.

Daher wird hier auch, wie wir Sozialdemokraten immer erwähnen, notwendig sein, daß die Klein- und Mittelbetriebe, die bäuerlichen Betriebe mehr gefördert werden sollen als Großbetriebe, die sich ja auf Grund ihrer Größe und auf Grund der größeren Menge natürlich wesentlich leichter tun. Wir unterstützen auch immer wieder diese Initiativen - alle diese Beschlüsse hier im Landtag für die Landwirtschaft wurden einstimmig gefaßt - wir unterstützen auch immer wieder die Förderung für die Landwirtschaft. Aber es sollte auch hier, wenn im Staat immer wieder von Sparen, Einspa-

ren gesprochen wird und gesucht wird, wo kann man sparen, sollte auch hier überlegt werden, daß es in der Förderung auch zu Obergrenzen kommen sollte, sodaß durch diese steuerfreien Förderungen, ich sage es noch einmal, steuerfreien Förderungen, vor allem kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe und bäuerliche Betriebe gefördert werden sollen. Und besser gefördert werden sollen. (*Unruhe bei Abg. Marchat.*) Ich weiß schon, daß das nicht im Interesse der Großbauern ist, die auch hier im Landtag sitzen, das weiß ich schon. (*Abg. Moser: Wollen Sie Förderungen besteuern?*)

Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, steuerfreie Förderungen. Ich komme noch dazu, ist ja keine Unwahrheit. Das werden Sie ja bestätigen, daß diese Förderungen - und da gibt es dann noch Stilllegungsprämien und andere Dinge, die ja auch steuerfrei sind. Und wenn ich daran denke, daß ein Großbauer, wie vielleicht hier einige Abgeordnete sitzen, oder auch im Nationalrat, mit 150 Hektar, 100.000,- Schilling monatlich an Förderung steuerfrei erhält, dann muß ich mich schon fragen, wer sind dann die Sozialschmarotzer? Sind das jene alleinstehenden Mütter, die um 2.400,- Schilling monatlich ein höheres Karenzgeld ein Jahr lang oder vielleicht zwei Jahre lang beziehen? Ist das die Sozialschmarotzerin? Oder sind das jene, die 100.000,- Schilling steuerfrei monatlich kassieren und über die anderen vielleicht noch den Stab brechen, wenn eine unverschuldet Langzeitarbeitslose vielleicht Sozialunterstützung erhält. (*Beifall bei der SPÖ.*) Dann kommen noch andere Erträge zu diesen 100.000,- Schilling. (*Abg. Moser: Das ist eine Ungeheuerlichkeit, das hier so hinzustellen! Da geht es doch um einen Leistungsausgleich!*)

Kollege, ich weiß nicht, wieviel Hektar Sie haben. Aber ich kenne als Bürgermeister in meiner Gemeinde und in meinem Bezirk genug Bauern, die 150 und mehr Hektar unter dem Pflug haben, und die hier diese Beträge monatlich kassieren werden. (*Abg. Marchat: Die haben ja auch die großen Verluste! Hat einer große Flächen, hat er auch große Verluste!*)

Entschuldigung, werter Kollege. Dann sehe ich ja, was ein Großbauer bisher verdient hat, wenn er so große Verluste hat. (*Abg. Marchat: Nein! Denn um nachträgliche Sanierungskosten geht es!*)

Es wird ihm ja ein Teil, das ist ja unbestritten, ein Teil des Minderertrages abgegolten. Mit Minderertrag meine ich jetzt den finanziellen Minderertrag. Und wenn Du sagst, es ist ein Teil der abgegolten wird, dann kann ich mir ausrechnen, wieviel tatsächlich noch an Ertrag zu den 100.000,- Schilling monatlich dazukommt. Man

soll aber diese Dinge einmal diskutieren. Ein Kleinbauer mit 15 Hektar, wovon ich sehr viele habe, Kollege Michalitsch, den wird es auch in St. Pölten geben, viele, viele Kleinbauern, die eine Größenordnung haben zwischen 10 und 50 Hektar, die das nicht im Nebenerwerb betreiben, sondern hauptberuflich. Es sind sicher auch Weinbautreibende dabei, die bekommen 100.000,- Schilling, aber im Jahr. Und da ist die Frage, ob man hier nicht den Klein- und Mittelbetrieben mehr helfen soll als dem Großbauern, der auf Grund dieser Förderungen alle zehn Jahre seinen Betrieb verdoppeln kann. Das muß sicher diskutiert werden. Und man kann nicht jene Bürgerinnen und Bürger, etwa eine alleinerziehende Mutter, die um 2.400,- Schilling - rund 80,- S oder 86,- S pro Tag - mehr Karenzgeld erhält als eine verheiratete Mutter, als Sozialschmarotzerin hinstellen. Da fordern ÖVP und die FPÖ gemeinsam die Abschaffung der "Aktion 8000" durch die tausende Langzeitarbeitslose integriert wurden. Ich selber habe in meinen Funktionen mehr als 50 von diesen Förderungen vermittelt. Und ich bin sehr froh darüber, daß es diese "Aktion 8000", die die ÖVP und die FPÖ abschaffen möchte, gibt. Weil wir versuchen wollen, Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern und die Integration zu fördern. Und diese Leute bezeichnen Sie als Sozialschmarotzer! Also ich muß dazu sagen, das ist schon von weit hergeholt. Wir stehen zu unseren Bauern, wir stehen zu unserer Landwirtschaft, zu unseren Zusagen und Förderungen. Nur, eines muß man auch sagen: Es kann nicht immer der Großbauer die großen Brocken erhalten und die Kleinen fallen wieder durch den Förderungsrost. Und daher soll man, wenn der Staat spart, nicht nur sparen, liebe Herren der FPÖ und der ÖVP, nicht nur sparen bei den Pensionisten, nicht nur beim Arbeiter und beim Angestellten sparen und bei den Beamten und den Frauen. Sondern man soll in allen gesellschaftlichen Bereichen sparen. Und da ist es sicher auch notwendig, daß man da für die Großbauern eine gewisse soziale Staffelung einzieht, sodaß hier nicht Millionenförderungen fließen. *(LR Blochberger: Das ist ein herrlicher Klassenkampf! Super!)*

Ja, Herr Landesrat Blochberger! Sie sind auch ein Vertreter der Großbauern, das ist mir klar bei Ihren großen Flächen. Doch jetzt müssen Sie mir einmal sagen, von wo die vielen Milliarden herkommen, die für die Landwirtschaft verwendet werden. Alle Steuerzahler bezahlen dies. Die Arbeiter, die Angestellten, die Pensionisten, die Beamten. Also tun Sie nicht so, wie wenn die Bauern alles zahlen möchten. So ist es nicht. Wir stehen auch zu unserer Landwirtschaft, nur gehört hier

eine soziale Staffelung eingezogen, daß die kleinen und mittleren Bauern genauso Förderungen erhalten. *(Abg. Moser: Einen sozialen Ausgleich kann es nur geben bei sozialen Zuschüssen und nicht bei einem Leistungsausgleich!)* Sie können sich ja dann auch zu Wort melden und Ihre Meinung dazu einbringen. Das ist halt meine und unsere Meinung. Ich möchte nur noch sagen, daß wir natürlich zu den Vorlagen der Landesregierung, zu den beiden Vorlagen über die Qualität unseres Weines, mit welcher die Exportchancen weiter verbessert werden sollen, natürlich unsere Zustimmung geben werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Lembacher.

Abg. LEMBACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es geht um zwei Vereinbarungen zwischen Niederösterreich und Burgenland betreffend den Weinbau. Bevor ich aber darauf eingehe, möchte ich schon dem Herrn Kollegen Knotzer noch einige Worte sagen bezüglich der Landwirtschaft und ihrer Förderungen. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, daß der Herr Klubobmann Dr. Bauer und ich bei einer Veranstaltung in Sitzendorf im Weinviertel gewesen sind, vor der EU-Abstimmung. In dieser ist es darum gegangen, die Vorteile und Nachteile des EU-Beitrittes den Menschen, den Männern und Frauen, die dort waren, zu erklären. Und da ist sehr stark auch der Bereich Landwirtschaft zur Sprache gekommen. Und da waren wir beide es, und es war auch Herr Dr. Bauer, der gesagt hat, die Einkommenseinbußen, die der Landwirtschaft aus dem EU-Beitritt erwiesenermaßen entstehen - und sie entstehen jedem Bauern, es gibt im Getreidebereich bis zu 50 Prozent Preisverfall - diese müssen abgegolten werden. Und es ist von beiden Parteien, von den Sozialisten und von der ÖVP, niemals von sozialen Staffellungen gesprochen worden. Sondern, das war zugesagt, weil es sich erwiesenermaßen um Einkommenseinbußen handelt. Und das sind sie nach wie vor. Und wir sehen ja die Entwicklung in der Landwirtschaft - darf ich das ganz kurz sagen - wir sehen, wie die Entwicklung in der Landwirtschaft verläuft, wir sehen es in den Dörfern, wie es aussieht: Wie wenige junge Bauern noch bereit sind, diese Arbeit auf sich zu nehmen und Landwirte zu werden. Diese Zusage aber war sicher auch mit ein Grund, daß doch der größere Teil der Bauern gesagt hat, ja wir sehen das ein. Wir haben zwar Nachteile durch einen EU-Beitritt, wir sehen aber

ein im Interesse der gesamten Wirtschaft Österreichs, daß dieser Beitritt notwendig ist.

Und was jetzt passiert, finde ich äußerst schäbig, muß ich sagen. Das ist ein Klassenkampf, der nicht berechtigt ist und der wirklich unwahr ist. Das sehe ich nicht ein, das muß ich wirklich sagen, und das enttäuscht mich jetzt zutiefst. Und ich sehe und ich höre bei Diskussionen draußen auch die tiefe Enttäuschung der Bauern, der Landwirte und auch der Jugend. Die sagen, wenn man sich so wenig verlassen kann auf Regierungsübereinkommen, auf Worte des Bundeskanzlers, dann ist das mehr als traurig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist traurig und erschütternd. Mein eigener Sohn hat gesagt, wenn das wirklich so kommt - und wir sind durchaus keine Großbauern, sondern wirklich ein Mittelbetrieb - er hat gesagt, wenn das jetzt soweit kommt, daß man sich nicht verlassen kann und wenn man sieht, daß Förderungszusagen von einer Regierungspartei nicht eingehalten werden, darf ich sagen, dann ist es für uns wirklich fraglich, überhaupt noch Bauer zu werden. Das muß ich auch sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So ist es. Ich möchte daher wirklich ersuchen, daß man zu dem Wort steht, das man gegeben hat! Und was Sie gesagt haben zur "Steuerfreiheit" das stimmt überhaupt nicht. Jeder hat Steuern zu zahlen, jeder landwirtschaftliche Betrieb zahlt von seinem Einkommen. Und wenn er dann seine Buchführung macht oder pauschaliert ist, dann hat er auch von dem, was er an Ausgleichszahlungen erhält, Steuern zu zahlen. So ist es und darum ist es ungerechtfertigt, von steuerfreiem Einkommen zu sprechen! *(Unruhe bei der SPÖ.)* Das hat der Herr Kollege gesagt.

Damit komme ich aber schon zum Wein, weil der Wein doch auch ein ganz wichtiger Bereich in der Landwirtschaft ist. Diese beiden Vereinbarungen sind sicher dazu da, eine einheitliche Linie - das hat der Herr Kollege Knotzer auch angesprochen - und in erster Linie auch Qualität im Weinbau zu erreichen.

Und wir, die Landwirtschaft und der Weinbau, stehen nach wie vor dazu, daß Qualität zu erzeugen das oberste Gebot ist. Ich glaube, darüber sind wir uns einig. Es geht daher bei der einen Vereinbarung zwischen Niederösterreich und Burgenland darum, eben jene Weingärten, die zum Beispiel im Burgenland im frostgefährdeten

Gebiet liegen, auch in andere Lagen verlegen zu können. In Niederösterreich finden wir die Situation vor, daß zum Beispiel in Klosterneuburg sehr viele Weingartenflächen ins Bauland gekommen sind. Und der Wunsch der Klosterneuburger war eben, es zu ermöglichen, daß Weingärten auch außerhalb der Weinbaufluren neu ausgesetzt werden können. Das hat aber keine Erweiterung der Weinbauflächen zur Folge.

Die große Befürchtung in der Weinwirtschaft im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt 1995 war ja die, daß der Marktanteilsverlust österreichischen Weines sehr groß sein wird. Das traf Gottseidank nicht in dem Ausmaß ein. Wir haben durchaus unsere Marktanteile halten können. Nach wie vor sind 90 Prozent des Weinverbrauches österreichischer Wein. Also wir sehen, daß die Österreicher den österreichischen Wein schätzen und ihn nach wie vor kaufen. Wir sehen aber schon, daß im Westen Österreichs doch sehr viel ausländischer Wein gekauft wird. Vor allem aus Italien, weil der sehr billig ist. Da spielt natürlich auch mit hinein, daß die steuerliche Belastung des österreichischen Weines um vieles höher liegt als jene ausländischen Weines. Ich glaube, da ist es notwendig, von seiten des Finanzministeriums, sich doch noch einiges zu überlegen. Der Einnahmenseitfall der Mehrwertsteuer macht oft schon mehr aus als an Getränkesteuer hereinkommt. Ich glaube, da werden auch in Zukunft Überlegungen notwendig sein, die Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Weines zu gewährleisten.

Der Herr Kollege Knotzer hat schon angesprochen den Qualitätswein. Das wird die Zukunft sein, dem stimme ich wirklich vollkommen zu. Wir haben auch als äußeres, sichtbares Zeichen die Banderole für Qualitätswein, Landwein und Prädikatswein erhalten. Wir waren am Anfang nicht sehr überzeugt davon, weil wir gesagt haben, das einheitliche AMA-Gütezeichen könnte auch für den Wein stehen. Jetzt ist es so und ich muß sagen, ich stehe dazu. Denn es muß auf den ersten Blick erkennbar sein, wenn in einem Regal Wein steht, daß das österreichischer Wein ist. Das muß für den Konsumenten erkennbar sein, im Inland wie auch im Ausland.

Ein Produkt aus Trauben ist auch der Sektgrundwein. Und ich glaube, gerade auf dem Gebiet sind wir im Weinviertel führend. Diese Sektgrundweine sind durchaus im EU-Raum anerkannt. Es ist sogar so, daß französische Sektfirmen diesen österreichischen Sektgrundwein kau-

fen, weil er von der Säure, von der Fruchtigkeit her ideal geeignet ist.

Eines, was mich heuer aber, das muß ich wirklich sagen, sehr stark geschmerzt hat, war, daß trotz der niedrigeren Ernte, trotz der im gesamten EU-Raum geringen Ernte die Preise für Weintrauben zu nieder waren. Dieser Preis war nicht gerechtfertigt, das muß man auch sagen. Es wird daher in Zukunft noch viel stärker notwendig sein, in Zusammenarbeit mit dem heimischen Weinhandel auch für die Produzenten gerechte Preise zu erzielen. Man spürt aber jetzt schon, daß die Weinpreise doch anziehen. Die Faßweinepreise ziehen an und es wird sicher eine Erholung auf dem Markt da sein.

Noch ein Wort bezüglich der Kontrolle, die angeschnitten worden ist. Die Banderole wird für Qualitätswein, Landwein und Prädikatswein nach wie vor gelten. Die Weinbauern werden aber eine zusätzliche Bestandskontrolle haben. Es wird auf keinen Fall irgendeinem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet, es liegt vielmehr im Interesse der Weinbauern, diese Qualität zu garantieren und eben auch auszubauen.

Eines noch: In Niederösterreich überlegen wir, eine eigene Weinmarke zu kreieren. Um eben auch jenen kleinen Weinbauern, die nicht ihren Wein direkt vermarkten können, sondern die Trauben- und Faßwein verkaufen, auch in Zukunft Absatz zu garantieren mit einer Niederösterreich-Weinmarke.

Und ein Wort noch: Heute findet im Althof in Retz die Bundesweintaufe statt. Der 1995er-Jahrgang wird getauft, ein wirklich schöner, junger Wein. Er hat eine angenehme Säure, eine Fruchtigkeit und es wird sicher wieder ein guter Jahrgang werden. Ich glaube, das ist auch besonders wichtig, um eben qualitätsmäßig bestehen zu können.

Und jetzt muß ich unbedingt noch sagen, weil es immer wieder um die Schädlichkeit von Alkohol geht. Ich bin der Meinung, daß es auf die Menge ankommt. Aber es gibt auch ein Papier bezüglich der Vorsorge, das habe ich vom Kollegen Treitler bekommen. Und da steht drinnen, ein Achterl Wein oder ein Viertel Rotwein am Tag beugt Herz- und Kreislaufkrankungen vor. Also ich glaube, wenn es nicht mehr wird als ein Achterl oder ein Viertel, dann ist das sicher auch der Gesundheit zuträglich. Und das sollten wir auch bedenken, Wein ist auch ein Mittel zur Gesundheit, ein Jungbrunnen. Und letztendlich natürlich auch ein Kunst- und Kulturgut für unser Land und

natürlich ganz wichtig, um das Land Österreich und Niederösterreich über unsere Grenzen hinaus bekannt zu machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. HILLER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Landwirtschaftsausschusses, Ltg. 334/V-11/6, betreffend Auflösung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Bewirtschaftung beim Weinbau sowie die Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission):* Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Landwirtschaftsausschusses, Ltg. 335/V-11/7, betreffend Änderung der Vereinbarung über die flächenmäßige Beschränkung des Weinbaues und die Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission der Länder): Einstimmig angenommen!

Wir kommen damit zu den nächsten Tagesordnungspunkten. Ich beabsichtige nämlich, die Geschäftsstücke Ltg. 349/B-11/2, Ltg. 368/B-9/2 und Ltg. 369/B-14/2 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln, wobei wie immer Berichterstattung und Abstimmung getrennt erfolgen sollen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. So ersuche ich nunmehr zur Zahl Ltg. 349/B-11/2 die Frau Abgeordnete Lembacher zu berichten und den Antrag zu stellen, hierauf möge zur Zahl Ltg. 368/B-9/2 der Herr Abgeordnete Dr. Mautner Markhof und zur Zahl Ltg. 369/B-14/2 abschließend Herr Abgeordneter Moser berichten. Bitte, Frau Abgeordnete Lembacher.

Berichterstatter Abg. LEMBACHER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte über die Landtagszahl 349/B-11/2 betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds.

Laut Beschluß des NÖ Landtages müssen die Rechnungsabschlüsse aller Fonds des Landes Niederösterreich einer Prüfung durch einen befugten Wirtschaftsprüfer unterzogen werden. Der landwirtschaftliche Förderungsfonds wurde von der Firma Interfides

Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH geprüft. Diese Firma hat festgestellt, daß die Abwicklungen des Fonds rechtmäßig erfolgt sind.

Die Vorlage befindet sich in den Händen der Kolleginnen und Kollegen. Ich stelle daher den Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds, Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 1994 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht über die Gebarung und Tätigkeit des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds im Jahre 1994 wird zur Kenntnis genommen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke für Bericht und Antrag und ersuche nunmehr Herrn Abgeordneten Dr. Mautner Markhof.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich berichte zu Zahl Ltg. 368/B-9/2, Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 1994. Die NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat gemäß § 118 der NÖ Landarbeitsordnung 1973 alljährlich über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Landesregierung Bericht zu erstatten.

Dieser Bericht liegt nunmehr dem Landtag vor und ich darf den Antrag stellen des Landwirtschafts-Ausschusses betreffend den Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 1994 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 1994 wird zur Kenntnis genommen."

Herr Präsident! Ich bitte um die Debatte und Abstimmung.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Danke für Bericht und Antrag. Herr Abgeordneter Moser, bitte zur Zahl Ltg. 369/B-14/2 zu berichten.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zu Zahl Ltg. 369/B-14/2. Im NÖ Landwirtschaftsgesetz, LGBl. 6100, ist vorgesehen, daß die Landesregierung dem Landtag jährlich bis längstens 15. Oktober einen Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich erstattet.

Der Bericht über das Jahr 1994 wurde in der auf Grund des NÖ Landwirtschaftsgesetzes gebildeten Kommission beraten. Seitens dieser Kommission wurde das Ersuchen gestellt, die NÖ Landesregierung möge den Bericht dem NÖ Landtag weiterleiten.

Ich stelle fest, daß dieser Bericht, der sogenannte "Grüne Bericht", sich in den Händen der Damen und Herren Abgeordneten befindet, daß ich mir daher die Details ersparen kann.

Daher stelle ich den Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses betreffend den Bericht der Landesregierung über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 1994 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 1994 wird zur Kenntnis genommen."

Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Ich eröffne die Debatte zu allen drei Geschäftsstücken. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Ich will meine Ausführungen insbesondere auf den Bericht der Tätigkeiten der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion für 1994 begrenzen. Die Leistungen dieser Abteilung gehen in der allgemeinen Diskussion über die Landwirtschaft oft

unter. Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion leistet mit nur vier Beamten in der Abteilung aber eine sehr wertvolle Arbeit für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft und trägt wesentlich zur Sicherheit auf unseren Bauernhöfen und auf den Land- und Forstwirtschaftsbetrieben bei. So konnten im Jahre 1994 nicht nur alle Betriebe, in denen Lehrlinge ausgebildet werden oder Praxisstellen für in land- und forstwirtschaftlicher Ausbildung befindliche Personen eingerichtet sind, überprüft werden, sondern darüber hinaus auch noch sehr viele Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft insgesamt.

Ich will den Begriff der Kontrolle hier vielleicht etwas in den Hintergrund stellen und eher mit dem Begriff "Besuch auf dem landwirtschaftlichen Betrieb" argumentieren. Die LFI sieht nämlich ihre Arbeit insbesondere darauf konzentriert, daß sie wesentlich in der Beratung arbeitet, daß sie zur Schulung der jungen Auszubildenden in der Landwirtschaft wesentlich beiträgt und daß sie mit Überzeugungsarbeit verhindert, daß viele Strafen ausgesprochen oder Strafanzeigen erstattet werden müssen. Mit dieser Arbeit ist es möglich, die Betriebsführer von der Notwendigkeit der Verbesserungen auf den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zu überzeugen und Strafandrohungen hintanzuhalten. Die enge Zusammenarbeit der LFI mit der Sozialversicherungsanstalt der Bauern, mit den landwirtschaftlichen Fachschulen, mit der Landarbeiterkammer, der Landes-Landwirtschaftskammer, aber insbesondere auch mit der Unfallversicherungsanstalt und anderen Einrichtungen gewährleisten, daß die Unfallhäufigkeit auf unseren bäuerlichen Betrieben langfristig drastisch zurückgegangen ist. Dieser Rückgang ist natürlich in der Statistik auch damit begründet, daß die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe kleiner geworden ist, und daß auch die Zahl der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft zurückgegangen ist. Wir dürfen bei der Beurteilung der Statistik aber nicht übersehen, daß wir durch die höhere Technisierung in unseren Betrieben, durch den wesentlich höheren Arbeitsstreß das Risiko der Unfälle gesteigert haben. Auch stehen in den Betrieben heute wesentlich weniger Arbeitskräfte zur Verfügung, sodaß oft Menschen alleine Arbeiten verrichten oder mit Maschinen hantieren, wo eigentlich zwei Personen notwendig wären.

Erlauben Sie mir noch einen Vergleich der land- und forstwirtschaftlichen Inspektion mit dem gewerblichen Arbeitsinspektorat. Mir ist klar, daß man diese beiden Bereiche nicht sofort und absolut vergleichen kann, aber es ist trotzdem interessant, wenn wir in Niederösterreich im Bereich der

Arbeitsinspektorate alleine fünf Dienststellen haben, wo in jeder Dienststelle mehr Beschäftigte als in der Land- und Forstwirtschaftsinspektion insgesamt sind. Es ist schon richtig, daß wir mehr gewerbliche und industrielle Betriebe haben. Aber trotzdem glaube ich, daß in der Effizienz der Land- und Forstwirtschaftsinspektion die Leistungsfähigkeit der LFI bestätigt und damit auch die Bestätigung erbracht ist, daß die Verwaltung des Landes Niederösterreich effizient und tatkräftig arbeitet.

Was könnte bei der Land- und Forstwirtschaftsinspektion noch verbessert werden? Nach wie vor gibt es viele Betriebe, wo sowohl die LFI als auch das Arbeitsinspektorat kontrollieren. Ich denke hier zum Beispiel an landwirtschaftliche Lagerhausgenossenschaften und ähnliches. Es ist für den Betriebsunternehmer dort nicht leicht verständlich, daß zweimal kontrolliert wird. Hier sollte es Veränderungen und Vereinfachungen geben. Auch gibt es bei der Trennung der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe auf der einen Seite jene, die im Besitz der öffentlichen Hand, sprich Gemeinde, Bund und Land sind, und auf der anderen Seite die Privatbetriebe. Bei den Privatbetrieben kommt das LFI, bei den Betrieben der öffentlichen Hand das Arbeitsinspektorat oder die Aufsichtsbehörde. Auch hier sollten Doppelprüfungen in nächster Nachbarschaft vermieden werden. Diese Vereinfachungen stellen sicherlich auch als ein Teil der Verwaltungsvereinfachung, wie wir sie uns insgesamt im Land Niederösterreich vorstellen, den richtigen Weg dar.

Weiters sollte vielleicht bei der Nachbesetzung von Dienststellen im LFI darauf geachtet werden, daß für die Abdeckung des arbeitsmedizinischen Bereiches vielleicht mit dem Einsatz eines Mediziners dort wertvolle Arbeit geleistet werden könnte. Auch die Belange des Mutter-schutzes von den Dienstnehmerinnen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sollten in Zukunft vielleicht besser behandelt werden. Ich darf mich an dieser Stelle bei den Mitarbeitern der Land- und Forstwirtschaftsinspektion für die aktive Arbeit im letzten Jahr sehr herzlich bedanken. Meine Fraktion wird den Bericht gerne zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die vorliegenden drei Geschäftsstücke behandeln ein für uns sehr wichtiges Thema. Wir

alle geben auch in diesem Haus, im Nationalrat, überall, immer das Lippenbekenntnis der Hilfe für die Landwirtschaft ab. Grundsätzlich glaube ich, daß von der Theorie her diese Fonds alle eine Berechtigung haben und zweckmäßig scheinen. In der Praxis ist die Erwartung, die man darin setzt, nicht erfüllbar. Wobei das Maß, wieweit ein Erfolg damit erzielt wird, natürlich sehr schwierig festzulegen ist. Aber eines steht fest: Daß die Landwirtschaft nach wie vor eine hohe Abwanderungsrate hat. Fünf Prozent. Das ist etwas, was wir mit Gewalt verhindern sollten. Denn wir haben hier oft diskutiert über die Erhaltung der Natur, über Naturschutz, über die Versorgung und über die Kultur, die wir mit dieser Abwanderung eben hier verlieren. Auf der anderen Seite muß man auch sehen, daß wir in den nächsten vier, fünf Jahren 117,2 Milliarden Schilling der Landwirtschaft zuzuführen haben. Und da muß ich sagen, sowohl die Fonds als auch diese Zuführung stellen eigentlich nicht das Konzept der Lösung, sondern nur das Konzept der Überbrückung dar. Wer sagt uns, was nach diesen fünf Jahren ist? Welchen Erfolg erzielen wir damit?

Mit großen Erwartungen wurde etwa auch das Niederösterreich-Büro in Brüssel eröffnet. Und es fehlt eigentlich die Zusammenarbeit des Herrn Landesrates mit den Leuten in Brüssel, mit einem europäischen Konzept. Wir werden die Lösung in Österreich nicht finden, wir werden sie schon gar nicht in Niederösterreich finden. Wir müssen die Grenzen überspringen und müssen versuchen, den Landwirten eine Zukunft zu zeigen, wohin sie sich wirklich entwickeln können. Die, das habe ich hier auch schon einige Male gesagt, die bis jetzt die Verantwortung getragen haben, haben eigentlich dieser Verantwortung nicht entsprochen. Sonst könnte es nicht so sein, daß von 180.000 Beschäftigten in Niederösterreich jedes Jahr 5 Prozent wegfallen. Daß wir Milliarden an Subventionen, sprich Verlustabdeckungen, diesem Wirtschaftszweig zuführen müssen. Und daß dieser Wirtschaftszweig noch dazu Beschäftigte hat, die eigentlich wesentlich schlechter gestellt sind als jeder Arbeiter in der Industrie.

Ich habe selbst sehr viel mit Bauern und Betrieben zu tun. Ich möchte diese Arbeit nicht durchführen und ich würde sie auch niemandem zumuten. Da gehört wirklich ein gesundes Maß an Verbundenheit mit dem Boden und an Tradition dazu. Ich möchte eben lieber meine Freizeit haben, ich möchte in Urlaub gehen können, ich möchte Tennis spielen. Die Leute müssen darauf verzichten, weil die Tiere zu versorgen sind, die

Kühe zu melken, weil andere Arbeiten anfallen, die eben durchzuführen sind und die keine Verzögerung dulden. Das alles bedeutet ja eine soziale Schlechterstellung. Und da bitte, Herr Landesrat, möchte ich schon darauf aufmerksam machen, daß es wirklich nicht angebracht ist, daß man diese Leute noch zu Bittstellern degradiert und sie abhängig macht von Subventionen. Doch das Naheliegendste wird nicht gemacht. Und hier verstehe ich die ÖVP nicht, die eigentlich federführend in Niederösterreich ist. Was gedenken Sie mit dieser Gewerbeordnung zu machen, damit die Leute sich einmal frei bewegen können? Und sie das, was Sie ihnen ständig erklären, nämlich Strukturveränderungen auch durchführen können. Das kostet kein Geld, da kann man helfen. Aber wir geben lieber Milliarden aus und sagen ihnen, sie sollen etwas verändern. Und wenn sie etwas verändern wollen, werden sie vom Gesetz bestraft. So, glaube ich, kann man nicht weiter arbeiten.

Die grundsätzliche Auflage, die wir als verantwortliche Politiker haben ist, den Leuten zu zeigen, wo es lang geht, aber nicht, wo sie Subventionen abholen können. Das ist zu wenig. Mit dem wird man in der Zukunft auch den Rest der Bevölkerung nicht bei der Stange halten können. Da kann ich nur konform gehen mit meinem Vordredner. Diese enormen Steuermittel, die da hineinfließen. Auch Leute, die nichts mit der Landwirtschaft zu tun haben, aber sehr wohl von ihr leben, das weiß ich, werden sich mit der Zeit, so wie es bei der VOEST war, aufregen und sagen, bitte, ihr müßt was machen, diese Verluste akzeptieren wir nicht. Und hier glaube ich, daß man nicht den Bauern die Schuld geben kann, sondern den Körperschaften, die verantwortlich zeichnen für seine Weiterbildung, für seinen Weg, den er zu gehen hat, um in der Zukunft bestehen zu können, europäisch bestehen zu können. Und das ist mein Beitrag, der Beitrag der Liberalen zu dieser Diskussion: Daß ich Sie auffordere, Herr Landesrat, daß Sie bildungspolitisch und europäisch nachdenken, wie man die Bauern in eine Richtung führen kann, wo sie wieder Selbstwertgefühle entwickeln können und nicht zu Bittstellern degradiert sind. *(Beifall bei LR Blochberger.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marchat.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte einmal vorausschicken, daß wir den Bericht über die Gebarung und Tätigkeit des landwirtschaftlichen Förderungsfonds und den Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 1994 selbstverständlich zur Kenntnis nehmen. Ich möchte damit schon auf den Grünen Bericht eingehen. Und es freut mich, daß ein geläuterter, wie das jetzt so schön heißt, Kollege Ing. Dautzenberg da heraußen steht. Ich kann Dir in einem schon recht geben, daß sicher nicht die Bauern versagt haben, sondern ihre Berufsvertretung. Und daß sicher auch die Agrarpolitik in letzter Zeit eine schlechte war. Man kann sagen, trotz vieler Milliarden wird die Situation immer schlechter. Und das drückt ja auch dieser Bericht aus, Du bist auf einiges schon eingegangen. Aber ich möchte schon ein bißchen auf den Herrn Landesrat auch eingehen, weil ich mir das Vorwort durchgelesen habe. Da sieht man halt, daß das Ganze ein bißchen weltfremd betrachtet wird. Wenn hier steht, "das Landwirtschaftsjahr 1994 stand auch für Niederösterreich ganz im Zeichen des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union. Oberste Priorität bei den Verhandlungen in Brüssel hatte die Einkommenssicherung, um die Angleichung der heimischen Agrarpreise auf das niedrige EU-Niveau zu ermöglichen". Also wenn Sie das einem Bauern sagen, der lacht Sie schon einmal aus. Die Einkommen sind nämlich überhaupt nicht gesichert durch diesen Beitritt! "Weitere Verhandlungsziele waren die Sicherung der flächendeckenden Bewirtschaftung, die Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen durch ökologische Produktionsweisen, aber auch die existenzsichernde Förderung der Bauern in Bergregionen und sonstigen benachteiligten Gebieten." Das waren also die Ziele. Diese Ziele sind meines Erachtens überhaupt nicht erreicht worden, wie man dann in den Zahlen dieses Berichtes auch sehen wird. Die strukturelle Situation stellt sich so dar - da muß man ja fast mit den Sozialisten übereinstimmen - daß in Zukunft nur dieser Großbetrieb überhaupt die Chance haben wird, zu überleben. Das ist, glaube ich, eine Entwicklung, die total schlecht ist. Der bäuerliche Familienbetrieb ist mit dieser Konzeption, wie sie jetzt da ist, meines Erachtens nach leider zum Sterben verurteilt. Und dann weist man hin auf die flächendeckende Landwirtschaft. Das ist ja eigentlich ein Wort, das wir geprägt haben mit einem unserer ersten Anträge da herinnen. Diese flächendeckende Landwirtschaft ist meines Erachtens nach in Gefahr.

Der Anteil der Vollerwerbsbetriebe geht rapid zurück, die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe steigt an. Also, wenn man die Gesamtzahl hernimmt, wird es natürlich weniger, aber die Nebenerwerbsbetriebe steigen an. Und der Nebenerwerbsbauer ist eben der, der die doppelte Belastung hat, wie Du, Kollege Ing. Dautzenberg, gesagt hast. Er geht nämlich zur Arbeit und muß dann noch seine Tiere versorgen, seinen Betrieb bearbeiten. Und daher gibt es eben auch das Schlagwort, der Nebenerwerbsbauer ist der, der zweimal arbeiten muß, um einmal leben zu können. Das ist, glaube ich, eine Richtung, die total verkehrt ist, in die aber eigentlich die ganze Entwicklung geht.

Das heißt, auf der einen Seite der Großbetrieb, der für mich zur Agrarindustrie wird, genau das, was wir eigentlich nie wollten, was auch der Herr Fischler immer gesagt hat, wir wollen Feinkostladen sein. Wir sind nicht Feinkostladen, wir gehen in die Industrialisierung der Landwirtschaft und zu den Nebenerwerbsbetrieben. Wobei wir wissen, daß die junge Generation zu nicht mehr so einem großen Teil bereit sein wird, das auf sich zu nehmen und damit eben die flächendeckende Landwirtschaft in Gefahr ist.

Zur wirtschaftlichen Lage: Was sich am Tiermarkt abspielt momentan ist ja glaube ich das Ärgste, was passieren hat können. Das haben ja nicht einmal die EU-Gegner, wie wir waren, vorausgesagt. Damals hat die ÖVP schon immer gesagt, wir betreiben Panikmache, wir machen den Bauern Angst. In Wirklichkeit ist es ja noch viel ärger eingetroffen als wir gesagt haben, wenn man die Prozentzahlen der Verluste hernimmt. Was sich jetzt da an Verlusten angehäuft hat. Ich denke an die Rindermäster, auch an die Schweinemäster und selbstverständlich sind auch die Ferkelpreise dadurch im Keller. Am Getreidesektor ist es genau dasselbe, wenn man etwa die Entwicklung der Weizenpreise betrachtet. Man sagt, heuer wird das noch ausgeglichen. Es wird aber nämlich nicht zur Gänze ausgeglichen. Auch wenn man mit diesen hohen Zahlen arbeitet. Wir sind jetzt soweit, daß sich die Bauern Kredite aufnehmen müssen, um ihre Sozialabgaben leisten zu können. Es gibt da ein Schreiben eines Hollabrunner Bezirksbauernkammerobmannes, der das den Bauern anbietet. Bis die Förderungen kommen sollen sie einen Kredit bei der Raiffeisenkasse nehmen, damit sie ihre Sozialabgaben zahlen können. Oder er bietet ihnen auch die Möglichkeit zur Stundung dieser Beiträge. Also wenn ein Berufsstand nicht mehr die finanziellen Mittel hat, daß er seine Krankenkassenbeiträge zahlen kann, dann, muß ich sagen, ist es nicht

fünf vor zwölf, da ist es schon eine Minute danach! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bei dem Kapitel "wirtschaftliche Lage" sind auch die Energiekosten dabei. Wir haben immer gesagt, wir bekennen uns zu dieser ökologischen Steuerreform, aber nur dann, wenn das Steueraufkommen steuerneutral bleibt und die Österreicherinnen und Österreicher auf der anderen Seite entlastet werden. Was passiert bei uns? Es wird der Dieselpreis laufend angehoben. Ich kann mich noch gut erinnern, ich glaube, ich war da 14 oder 15 Jahre alt, da hat der Bauernbund plakatiert, auf den Anhängern hatten sie das aufgeklebt: "Österreichs Bauern bezahlen den höchsten Dieselpreis Europas". Ihr sitzt mittlerweile seit neun Jahren in dieser Regierung, habt es in diesen neun Jahren aber nicht zustande gebracht, diesen Zustand zu ändern. Ich würde sagen, im Gegenteil. Die Situation ist noch drastischer geworden. Und das wirkt sich eben dann aus auf das Einkommen. Und wenn man in diesem Bericht schaut auf der Seite 31, "Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft in Schilling je Familienarbeitskraft 1994" - und dazu muß man ja sagen, daß diese Betriebe, die für den Grünen Bericht arbeiten, die guten Betriebe sind, die eben diese Buchhaltung machen usw. Wenn ich da sehe, daß bei einem kombinierten Land- und Forstwirtschaftsbetrieb das jährliche Einkommen pro Arbeitskraft bei 123.000,- Schilling liegt, das heißt, das sind 10.000,- Schilling im Monat; bei Futterbaubetrieben bei 121.000,- Schilling, kombiniert Land- und Forstwirtschaft wieder 123.000,- Schilling, Gemischtbetrieb 139.000,- Schilling. Das heißt, 10.000,- Schilling für eine Berufsgruppe, wie der Kollege Ing. Dautzenberg gesagt hat, die keinen Urlaub nehmen kann, weil sie die Tiere zu versorgen hat, die weit weg ist von einer 35- oder 38,5-Stundenwoche. Es gibt sicher Wochen, wo manche Landwirte 60 Stunden und mehr arbeiten und dann 10.000,- Schilling dafür verdienen. *(Abg. Hrubesch: Herr Kollege! Aber nicht 14mal, sondern 12mal im Jahr!)* Richtig, durch 12 dividiert. Wenn man das Jahreseinkommen durch 14 dividieren würde, wären wir bei 8.000,- Schilling Monatseinkommen. Wenn man sich anschaut, was manche Langzeitarbeitslose, die einfach nicht arbeitsbereit sind, im Monat kassieren, und stellt das gegenüber, dann ist das, glaube ich, ein Zustand, der wirklich nicht so bleiben kann.

Und der Einkommensvergleich zwischen - und damit bin ich schon bei Euch - einem Industriearbeiter und einem Bergbauern ist ja aufschlußreich. Im Jahre 1994 hat der Bergbauer 44 Prozent des Monatsverdienstes eines Industriebeschäftigten bekommen. Nicht einmal die

Hälfte von dem, was ein Industriebeschäftigter hat, bekommt ein Bergbauer. Und das ist, glaube ich, eine Entwicklung, der man entgegensteuern muß! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Knotzer: Der bekommt weniger vom Staat als Du als Bauer!)*

Es hat auch der Flachlandbauer nur 51 Prozent davon, das heißt die Hälfte eines Industriearbeiters. Und das muß man halt auch einmal sagen. Und da wird dann immer hingewiesen auf den großen Mercedes und auf den großen Mähdröschler. Das sind einfach klassenkämpferische Töne, nachdem ich genau weiß, daß jetzt Wahlen vor der Tür stehen und die SPÖ selbstverständlich ums letzte Klientel rennt. Ihr müßt jetzt schauen, daß Euch die Arbeiter nicht davonrennen. Die meisten sind Euch schon davongelaufen, jetzt startet man einen Klassenkampf. Und ich glaube heute schon, daß das ins Auge gehen wird. *(Abg. Keusch: Du mußt einmal sehen, wo die Wertschöpfung tatsächlich liegt! - Abg. Rupp: Weißt Du, was ein Industriearbeiter verdient?)*

Das sind Zahlen, die amtlich sind, bitte. Die habe ich mir nicht einfallen lassen. Da ist die Unterschrift des Landesrates drauf. Und wenn Ihr die Zahlen anzweifelt, dann müßt Ihr Euch das mit ihm ausmachen. Ich kann mich nur auf diese Zahlen berufen. Und ich nehme auch an, daß sie stimmen werden.

Damit kommen wir zur sozialen Lage: Die soziale Lage ist katastrophal. Ich habe im Zuge einer Budgetdebatte einmal einen Antrag gestellt auf eine bäuerliche Mindestpension für 10.000,- Schilling pro bäuerliches Ehepaar. Also pro Ehepaar! Das heißt, 5.000,- Schilling. Der wurde damals mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ abgelehnt. Wir haben heute noch Fälle von Menschen, die 45 Jahre in der Landwirtschaft gearbeitet haben bei niedrigem Einheitswert, in einem Bergbaugebiet, die gemeinsam 7.500,- Schilling bekommen, ein Ehepaar. Beide haben 45 Jahre lang im Betrieb gearbeitet, die Frau vielleicht fünf Kinder großgezogen, die bekommen 7.500,- Schilling im Monat. Und jetzt bin ich bei den Langzeitarbeitslosen. Bei dem 21jährigen, der halt nicht arbeiten will, der ein bißchen in der Hängematte herumliegt und ein bißchen angesoffen ist und 12.000,- Schilling bekommt. Und der hat nämlich für dieses Österreich nichts geleistet. Aber jener, der 45 Jahre im Betrieb gestanden ist, der hat, glaube ich, etwas geleistet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dem muß man die bäuerliche Sozialversicherungsanstalt gegenüberstellen. Die bäuerliche Sozialversicherungsanstalt, dieser Prunkpalast, in dem ein ehrenamtlicher Obmann werkt, der neben

seinem Nationalratsgehalt über 60.000,- Schilling monatlich als Ehrenaufwandsentschädigung bekommt. Das muß man jetzt gegenüberstellen der bäuerlichen Familie, wo das Ehepaar 7.500,- Schilling bekommt. Der Obmann, der über 60.000,- Schilling erhält. Und ich glaube, da ist der ÖVP einiges entglitten.

Im Bezug auf die Förderungen bin ich wirklich einig mit dem Kollegen Ing. Dautzenberg. Es ist eine Tragödie, wenn man einen Berufsstand, der für diese Kultur, für dieses Österreich so viel getan hat, zu Almosenempfängern abstempelt. Die Bauern können ohne diese Förderungen heute nicht mehr leben. Ich möchte sie nicht immer als Förderungen bezeichnen, aber das ist wirklich bezeichnend, daß es immer so betont wird, "Förderung" - "Subvention". Ich glaube, das sind schon Gelder, die wir uns verdient haben. Gelder, die wir durch die Mehrleistungen, Landschaftspflege usw. uns schon mehrmals erarbeitet haben. Und Gelder, die über den Tourismusbereich hereinkommen zum Beispiel in Erholungsgebieten usw. ohnehin.

Damit bin ich beim Hauptthema, das ist dieses EU-Verhandlungsergebnis, das ja da drinnen auch gepriesen wird. Es gibt einen Gewinner bei dem ganzen EU-Verhandlungsergebnis auf der landwirtschaftlichen Ebene, aber wirklich nur einen, und das ist der Herr EU-Kommissär Fischler. Der Gewinn ist ein 375.000,- Schilling-Job und ein 7er-BMW. Und der Herr Fischler war am Anfang, beim Hearing einer der besten Kommissare, das muß man jetzt auch einmal sagen. Aber sein Ruf in der Union hat schon stark gelitten, weil die schlechte Agrarpolitik, die er in Österreich vollzogen hat, hat er ja nach Brüssel mitgenommen. Ich zitiere dazu eine deutsche Zeitung, die "Neue Solidarität", die uns nicht nahesteht. Überschrift: "Europäische Union". "Der frisch gebackene EU-Agrarkommissar erweist sich als radikaler Freihändler. Agrarkommissar Fischler: Neuer Besen - alte Politik." Und dann wird da über eine Rede geschildert, in der sich der Herr Kommissar Fischler mit den deutschen Bauern angelegt hat, weil er gesagt hat, gerade in Deutschland ist die Agrarpolitik schlecht usw. Und da muß ich sagen, der deutsche Bauernverband, der ja nicht von einer Partei geführt wird, sondern das ist ein unabhängiger Verband, einfach ein Sammelbecken für die Landwirte, der wehrt sich da entschieden. Und der Herr Präsident Heeremann läßt sich in seiner Entgegnung hinreißen: "Wir sind nicht bereit, die deutsche Landwirtschaft spekulativen Weltagrarmärkten oder spekulativen europäischen Finanzmärkten zu opfern", sagt der deutsche Bauernverbandspräsident. Unsere

Bauernbundpolitiker sagen, es ist ohnehin alles in Ordnung da draußen. Und das wäre, glaube ich, einmal eine innerstaatliche Aufgabe für die Leute aus dem Bauernbund, daß man sich da einmal durchsetzt und daß man auch einmal zum Parteifreund Fischler geht und dort einen Protest deponiert. Und das letzte Gesetz, das möchte ich wirklich vollständig zitieren. Diese Journalistin, die Frau Rosa Tennenbaum schreibt: "Bis ins 21. Jahrhundert hinein, wie Fischler großspurig seine Rede überschrieb, wird diese Politik uns nicht weiter terrorisieren. Sie wird vielmehr von den tatsächlichen Entwicklungen am Markt, die von völlig überhitzten Finanzmärkten, Überschuldnern und Unterversorgung mit realen Gütern gekennzeichnet werden, hinweggewischt werden. Und die gegenwertigen Größen, mit ihnen Herr Fischler und seine ungeheuren Geistesblitze werden die Nachwelt mit Sicherheit nicht mehr belasten." Das heißt, die unabhängige deutsche Zeitung, sagt ganz einfach schon, daß diese Politik zum Scheitern verurteilt ist, die gesamte europäische Unionspolitik zum Scheitern verurteilt ist.

Und es geht weiter: Den oberösterreichischen Bauern, den ich einmal schon zitiert habe, den muß ich noch einmal zitieren aus den "Oberösterreichischen Nachrichten". Die Geschichte vom Bauern, der das Vertrauen in die EU verlor. Da hat ein gewisser Florian Weinzierl im Juni 1994, vor der Volksabstimmung für den EU-Beitritt geworben. Und er hat da geschrieben: "Ich sage Ja zu Europa am 12. Juni, weil es in der Landwirtschaft die besseren Chancen bietet." Florian Weinzierl heute: "Vieles, was Bauern vor der EU-Abstimmung gehört haben, stimmt nicht. Auf Patriotismus kann man nicht hoffen. Landwirtschaftsminister Molterer, EU-Kommissar Fischler und Kammerpräsident Schwarzenberger bieten den Bauern Hoffnung und Trost." Aber er ärgert sich, daß der Minister Molterer kürzlich gesagt hat, er könne das Wort Bauernsterben nicht leiden. Das kann ich mir schon vorstellen. Und es geht weiter. Der Herr Florian Weinzierl sagt: "Er muß sich wohl an das Wort gewöhnen. In meiner Umgebung gibt es einige Höfe, die bereits verkauft sind oder zum Verkauf stehen."

Die Situation in Niederösterreich? Da herinnen will auch niemand das Wort Bauernsterben hören. Ich kann das Wort Strukturwandel und Strukturwechsel nicht mehr hören. Das ist genau das Bauernsterben, das Ihr immer damit umschreibt. Ihr sagt immer, es muß der Strukturwandel eintreten. In Wahrheit heißt das nur, Bauernhöfe müssen zusperren usw.

Der Herr Landesrat Blochberger sieht am 26. Jänner 1995 in einer Aussendung der Landeskorrespondenz das auch noch alles anders, direkt euphorisch. Chancen für die Bauern sagt er, der Herr Landesrat. EU-Mitgliedschaft reduziert die GATT-Auswirkungen, Marktpreis, degressive Ausgleichszahlungen, Förderungen für umweltschonende Produktionsweisen und landschaftspflegerische Leistungen, das seien die Säulen, auf die sich das bäuerliche Einkommen stützt. Und es sei selbstverständlich, daß alles, was der Landwirtschaft vor dem 12. Juni 1994 zugesagt wurde, auch eingehalten werden müsse. Es ist nicht eingehalten worden, was versprochen worden ist. Wir kommen dann beim EU-Budget noch dazu, die Vorgangsweise des ÖVP-Parlamentsklubs, um die 83:83-Mehrheit herzustellen oder besser gesagt, die Nicht-Mehrheit herzustellen. Einfach, um im Wahlkampf ein Thema zu haben. *(Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege! Den Zusammenhang zwischen GATT und EU müssen Sie schon erkennen!)* Na freilich gibt es einen Zusammenhang.

Und jetzt komme ich noch auf einen Bereich, der mir sehr am Herzen liegt. Da sind wir immer belächelt worden, doch jetzt sind wir wieder so weit. Wir sperren wieder fünf Molkereien zu in Niederösterreich. Es gehen wieder 100 Arbeitsplätze verloren. Der ökologische Wahnsinn nimmt damit seine Fortsetzung. Jetzt kann man das Beispiel schon bringen: In St. Georgen am Ybbsfeld stellt der Bauer seine Milch aufs Milchbankerl, dann fährt sie mit dem Lastwagen nach Wr. Neustadt, dort wird sie pasteurisiert, dann fährt sie wieder nach St. Georgen am Ybbsfeld. Das Milchpackerl hat halt dann 400 Kilometer auf der Straße verbracht und die Milch ist an die 6, 7 Tage alt. Wir bekommen dadurch eine Gefährdung der Frischmilchversorgung und wir kommen genau dorthin, das haben wir ja auch vor der EU-Abstimmung gesagt in dieser Aktuellen Stunde damals, daß es in der EU eben Länder gibt, in denen zwischen 50 % und 60 % Haltbarmilch verwendet wird. Obwohl es aber auch Versuche gibt, die diese sogenannte "H-Milch" durchaus auch als möglicherweise krebserregend einstufen. Das ist eine Entwicklung, da wird überhaupt nicht gegen-gesteuert von seiten der Verantwortlichen. Ich kann mich sogar noch erinnern, als diese gemeinsame Delegation in Brüssel war. Da hast Du, Herr Landesrat, gesagt, wahrscheinlich wird es so kommen, daß wir in Österreich zwei Molkereien haben werden, eine im Osten, eine im Westen und irgendwann werden wir mit einer durchkommen müssen. Momentan setzt diese Entwicklung ein. Aber diese Entwicklung habt Ihr

den Bauern und den Arbeitern, die dort beschäftigt sind, nicht gesagt. Im Gegenteil! Der Arbeitnehmer ist gelockt worden, wenn ihr Nein sagt bei dieser Volksabstimmung, dann ist euer 13. und 14. Monatsgehalt in Gefahr. Der Pensionist ist gelockt worden, wenn ihr Nein sagt, sind eure Pensionen in Gefahr. Was ist jetzt? Die Menschen haben Ja gesagt und genau das alles ist jetzt in Gefahr. Die Pensionen sind in Gefahr! Der "Rentenklaue" ist wieder zur Tatsache geworden, die ÖVP will in bestehende Pensionsverträge eingreifen! *(Beifall bei der FPÖ.)* Also, nachher schaut die Welt immer ganz anders aus. Es wäre viel zum Ausmisten, ich glaube, gerade in Niederösterreich. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Das ist das Gute bei den Bauern, daß sie mit einer Mistgabel umgehen können, Ihr habt es wahrscheinlich nicht gelernt, das Arbeiten mit einer Mistgabel. *(Beifall bei der FPÖ.)* Wir werden es Euch beweisen, daß wir auch ausmisten können. *(Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Das glaube ich schon, daß Du Dich fürchtest. Es braucht sich aber kein Österreicher fürchten, keine Österreicherin fürchten, die ordentlich arbeiten und die ehrlich Geld verdienen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und eines muß man sagen, schön langsam wird die Interessensvertretung munter, weil sie, glaube ich, mit dieser Politik, die jetzt auf Bundes- und Landesebene passiert, nicht mehr leben kann. Und es gibt schon die Resolutionen der Landes-Landwirtschaftskammer, der Bezirksbauernkammern. Von der Landes-Landwirtschaftskammer gibt es diese einstimmige Entschließung der Vollversammlung vom 26. Juni, in der steht, die Senkung der Monatsreports bei Getreide um 10 Prozent ist eine Folge der gesenkten Interventionspreise. Die erste Aktion von EU-Kommissar Fischler war, daß er vorgeschlagen hat, beim Getreide die Interventionspreise um 8 Prozent zu senken. Ich muß sagen, sogar die Bürokraten in Brüssel haben das abgelehnt, weil die gescheitert sind als unser Mensch, den wir 'rausgeschickt haben, um die Bauern zu vertreten. Seine Aktion wäre gewesen, die Preise zu senken.

Und ich nehme nur einen Punkt heraus, aus dem, was die Kammer verlangt: Eine den geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragende Hauptfeststellung für die wirtschaftlichen Einheiten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens zum 1. Juli 1997 unter Beibehaltung des bisherigen Systems. Dazu haben wir auch schon vor längerer Zeit, gleich nach dem Beitritt festgestellt, wir müssen mit den Ein-

heitswerten herunter. Es hat damals auch einen Antrag von uns gegeben, und dieser Antrag ist ebenfalls von den beiden Fraktionen abgelehnt worden. Komischerweise wissen sie in der Kammer, daß es passieren muß. Nur da herinnen, wo die Gesetze gemacht werden, wissen sie es scheinbar nicht. Und das ist dieses Doppelspiel. Da steht dann im "Bauernbündler" drinnen, die Kammer verlangt, verlangt, verlangt. Dann wird es da eingebracht. Wenn es von uns eingebracht wird, wird es nicht durchgeführt.

Und einen dritten Punkt noch: Die steuerliche Belastung von Wein und Obstwein durch Wegfall der Getränkesteuer. Diesen Antrag über den Wegfall der Getränkesteuer hat der Abgeordnete Hrubesch von uns als Resolutionsantrag eingebracht und der ist ebenfalls in diesem Haus abgelehnt worden. Das ist halt die Doppelmoral, die da herinnen herrscht. (*Abg. Nowohradsky: Bringe bitte einen Gegenvorschlag für die Gemeinden! - LR Blochberger: Bringen Sie einen Ersatzvorschlag!*)

Was macht Euer Kammerpräsident mit den Gemeinden? Du wirst doch nicht sagen, daß der Herr Kammerpräsident ein unverantwortlicher Politiker ist, der sich keine Gedanken gemacht hat. Er verlangt das auch, er hat das ja unterschrieben. (*LR Blochberger: Abschaffen der Getränkesteuer schon, aber nicht ersatzlos!*) Das haben wir gesagt, freilich mit neuerlichen Verhandlungen über den Finanzlastenausgleichsfonds. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Also wir hätten schon Konzepte gehabt und die sind damals auch erläutert worden. Nur habt Ihr Euch diese gar nicht angehört, weil Ihr einfach gute Ideen nicht verwirklichen wollt. Nur wenn es Eure eigenen Leute sagen, ich weiß ja nicht, wie das ist, wie man dann argumentiert draußen. Da sagen Eure Kammerleute vom Bauernbund, die gehört weg und Ihr sagt, sie gehört nicht weg. Aber das ist nicht meine Angelegenheit, Ihr müßt mit dem leben, daß Ihr eine zwiespältige Politik macht. Und da gibt es noch eine Resolution von drei Bezirksbauernkammern Hollabrunn, Haugsdorf und Retz bezüglich der Trockenheit usw. daß auch die Einheitswerte neu festgestellt werden. Wir Freiheitlichen haben uns leicht getan, den Bezirksbauernkammerobmännern zurückzuschreiben, daß wir das eigentlich gewollt hätten, daß aber gerade die ÖVP und die Bauernbundabgeordneten mit dabei - das muß man sich vorstellen - dem nicht zugestimmt haben.

Ich glaube, das sind Argumente, die uns dazu kommen lassen, daß wir diesen Grünen Bericht

und damit auch die Agrarpolitik, wie sie in Niederösterreich gemacht wird, nicht zur Kenntnis nehmen werden. Wir werden erst Ruhe geben, wenn Ihr eine gescheite Agrarpolitik macht. Wenn Ihr wirklich versucht, etwas für die heimische Landwirtschaft zu tun, dann werden wir solche Berichte wieder zur Kenntnis nehmen. Und ich glaube, bei dem, was jetzt auf Bundesebene passiert - wir werden beim EU-Budget dann darauf eingehen - sieht man ja auch, wie doppelzünftig die ÖVP das betreibt. Daß man jetzt die Bauern ausnutzt. Diese Zahlen sprechen Bände. Es ist ja schade, daß nicht jeder Landwirt so einen Grünen Bericht bekommt. Das wäre, glaube ich, einmal eine Geschichte, wenn er einmal sieht, wieviel er arbeitet, wieviel er bekommt dafür und wieviel andere Berufsstände dafür bekommen. Und ich würde wirklich den Herrn Landesrat ersuchen und auch die gesamte ÖVP, daß man sich endlich etwas einfällen läßt. Daß man auch Druck auf die verantwortlichen Bundespolitiker macht, daß man vielleicht das, was man versprochen hat, zumindest diese Förderungen und die Zahlungen einhält. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Auf der Galerie haben Besucher des Freien Wirtschaftsverbandes Amstetten Platz genommen. Die erste Gruppe hat uns inzwischen bereits verlassen. Ich darf die Damen und Herren hier im NÖ Landtag begrüßen. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Maier.

Abg. MAIER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Der Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion für das Jahr 1994 zeigt eine erfreuliche Entwicklung im Hinblick auf die Abnahme der Unfallhäufigkeit im Beobachtungszeitraum. Die Tätigkeit in der Landwirtschaft im ländlichen Bereich ist eine von Natur aus schwere körperliche Arbeit, die natürlich durch laufende Mobilisierung und den Einsatz von technischen Geräten ständig verbessert wird. Gerade dieser Maschineneinsatz bringt neue Gefahren für die in diesem Beruf Tätigen, sodaß die Einhaltung der einschlägigen Schutzbestimmungen bei Arbeitsdurchführung natürlich besonders wichtig ist.

In Niederösterreich gibt es rund 70.000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe, in denen rund 127.000 Beschäftigte arbeiten. In diesen Betrieben fanden viele Kontrollen statt - man kann sie auch Besuche nennen - bei denen 4.279 Beanstandungen festgestellt wurden. Die Mängelbehebung scheint oftmals von den

Betriebsinhabern nicht entsprechend ernst genommen zu werden, da bei Nachkontrollen oftmals festgestellt wurde, daß den Anordnungen nur teilweise Folge geleistet wurde. Deshalb erscheint es besonders wichtig, daß im Zuge der Mängelfeststellung der Beratung und Aufklärung seitens der Untersuchungsorgane ein besonders hoher Stellenwert zuzuordnen ist. Entsprechende Schutzmaßnahmen wie Schutzbekleidung und umsichtige Handhabung von Gerätschaften ist besonders wichtig.

2.560 Unfälle sind trotz rückläufiger Tendenz eine Zahl, die viel menschliches Leid, Tragik für die Betroffenen und ihre Familien bedeutet. Es muß ganz einfach gelingen, die Akzeptanz von Arbeitsschutzbestimmungen bei den Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft weiter zu verbessern. Sinkende Unfallzahlen sind nicht unbedingt auf größere Umsicht und Sorgfalt der Beschäftigten zurückzuführen. In der Landwirtschaft verändern sich vielmehr die Strukturen unaufhaltsam, immer weniger Menschen sind in diesem Berufszweig tätig. In den meisten Betrieben, von den Gutsbetrieben abgesehen, werden die anfallenden Arbeiten von familieneigenen Arbeitskräften bewältigt.

Die Mehrzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe wird im Zu- und Nebenerwerb geführt. Die Sozialdemokraten haben sich immer dafür eingesetzt, daß die Schutzbestimmungen für die land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeiten auf alle Beschäftigten anzuwenden sind und so auch auf die familieneigenen Arbeitskräfte in diesen Betrieben. Denn es kann nicht sein, daß bei einem Sturz eines familienfremden landwirtschaftlichen Arbeiters durch die offene Heuluke für den Betriebsinhaber ein Arbeitsunfall vorliegt, stürzt jedoch die Bäuerin durch das gleiche Loch, so ist diese schicksalhafte Fügung als Gottgewollt abzutun. Deshalb wurde von uns immer gefordert und letztlich auch durchgesetzt, daß Arbeitsschutzbestimmungen auf die familieneigenen Kräfte in der Land- und Forstwirtschaft Anwendung finden.

Arbeitsschutzbestimmungen erfolgreich anzuwenden kann nur gelingen, wenn auch die entsprechenden Schulungs- und Ausbildungsmaßnahmen angenommen und besucht werden. Die Vielfalt der Gerätschaften bedingt großes Fach- und Spezialwissen zu ihrer gefahrlosen Bedienung, zum eigenen Schutz und zum Schutz natürlich auch der Mitbeschäftigten. Hier tragen die landwirtschaftlichen Schulen und die gesetzlichen Interessensvertretungen große Verantwortung, durch entsprechende Schulung und Lehrplange-

staltung das erforderliche Wissen zu vermitteln, daß Unfallverhütung und Unfallvermeidung in der Land- und Forstwirtschaft erfolgreich durchgeführt werden kann. Gerade in diesen Betrieben bedeutet oft ein einziger Unfall mit den Folgen von Invalidität oder Tod des Betriebsinhabers auch gleichzeitig das Ende dieses Betriebes.

In wohl keinem Betriebszweig ist aber auch die Gefährdung von Kindern so groß wie in der Landwirtschaft. Die Unfälle von Kindern in diesen Betrieben sind vom vorliegenden Bericht nicht erfaßt, sie sind jedoch, wie aus Zeitungsmeldungen erkennbar, eine traurige Tatsache. Immer wieder kommt es bei Feldarbeiten zu Situationen, wo Kinder schwere landwirtschaftliche Fahrzeuge bedienen. Kleinkinder halten sich oftmals unbeaufsichtigt im Bereich von Erntemaschinen auf und erleiden schwere und manchmal leider auch tödliche Verletzungen. Hier wäre im Inspektionsbericht bei Mängelfeststellungen ein entsprechender Hinweis angebracht, inwieweit die Inspektionsorgane derartige Mängel feststellen und welche Maßnahmen gesetzt werden, um in Zukunft Unfälle mit Kindern zu vermeiden.

Aus dem Bericht ist außerdem nicht ersichtlich, ob bei allen land- und forstwirtschaftlichen Saisonarbeitern aus dem Ausland entsprechende Arbeitsbewilligungen vorlagen oder Anzeigen wegen illegaler Beschäftigung durchgeführt wurden.

Zusammenfassend darf ich sagen, daß der Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion seitens der Sozialdemokraten zustimmend zur Kenntnis genommen wird.

Zum Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich darf ich auf den Bereich der Fischerei eingehen. Mit Inkrafttreten des EWR-Vertrages ab Jänner 1994 wurde diese Sparte unserer Landwirtschaft voll in den europäischen Markt einbezogen. Dies führte zu verstärktem Druck auf die Erzeugungsbetriebe. Der Marktpreis für Karpfen an den Fischgroßhandel sank damals um 10 Prozent. Galten zu Zeiten des EWR-Beitritts noch Zollschränken gegenüber Drittländern in der Europäischen Union, sind diese Schranken mit Jänner 1995 gefallen. Dies hatte zur Folge, daß der Produzentenpreis für Karpfen gegenüber 1994 um weitere 30 Prozent gesunken ist. Abfederungsmaßnahmen wie in anderen Bereichen der Landwirtschaft, die den Beitritt zur Europäischen Union unter schlagartig veränderten Marktbedingungen ausgleichen könnten, wurden nicht ausverhandelt. Demzufolge scheinen die

Teichwirte im Zukunftsvertrag, den Landeshauptmann Dr. Pröll und Landesrat Blochberger im Namen Niederösterreichs mit unseren Bauern abgeschlossen haben, natürlich auch nicht auf. Die Gründe hierfür können vielfältig sein. Vielleicht sieht der Herr Landesrat Blochberger die Probleme für unsere Fischproduzenten als nicht so wichtig an. Sie sind ja auch eine eher kleine Gruppe in unserer Landwirtschaft. Aber vielleicht haben auch die Vertreter des Verbandes der Teichwirte in Niederösterreich und Wien ganz einfach die Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union verschlafen. Sicher ist auf alle Fälle eines: Während in anderen Betrieben der Land- und Forstwirtschaft durch Unterstützungen und Förderungen in über 300 Fällen sogar Beiträge in Millionenhöhe gewährt wurden, hat man im Bereich der Fischerzeugung keinerlei Maßnahmen gesetzt.

In einem Schreiben an die Abgeordneten stellen die Vertreter des Teichwirteverbandes ihre Situation sehr dramatisch dar. Viele Betriebe sind in ihrem weiteren Bestand gefährdet. Es ist unter den derzeitigen Bedingungen nicht möglich, kostendeckend oder gar gewinnbringend zu produzieren. Als Folge dieser Situation stellt sich für viele Teichwirte die akute Frage ihrer weiteren Existenz. Ohne Perspektive ihrer weiteren Existenz werden viele Teichwirte ihre Teiche nicht mehr bewirtschaften und sie werden sie trockenlegen. Dies würde für die Zukunft bedeuten, daß eine ungünstige Beeinflussung auf Wasserhaushalt und Klima vor allem im Waldviertel zu befürchten wäre. Daß das Landschaftsbild dieser Region sich erheblich veränderte und der Schaden an Lebensqualität für die Bewohner und für den Tourismus derzeit gar nicht abschätzbar wäre.

Der Waldviertler Karpfen ist ein Naturprodukt. Er wird herangezogen in unbelasteten Gewässern und er ist deshalb auch von höchster Qualität. Diese Produktion eines hochwertigen Nahrungsmittels muß natürlich auch für die Zukunft abgesichert werden. Im Zukunftsvertrag mit Niederösterreichs Bauern hat sich das Land Niederösterreich unter anderem verpflichtet zur Erhaltung einer wirtschaftlichen, gesunden, leistungsfähigen und flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft in einem funktionsfähigen ländlichen Raum, Sicherstellung und Abgeltung der Erzeugung von Lebensmitteln mit hoher Qualität, Abgeltung einer Anwendung naturnaher Produktionsmethoden zwecks Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen, Pflege und Erhaltung einer vielfältigen Landschaft sowie Sicherung eines harmonischen Le-

bens- und Erholungsraumes. Wenn Sie, geschätzte Damen und Herren, die Entwicklung im Bereich der Fischzucht in unserer Landwirtschaft beobachten, so müssen Sie feststellen, daß die Teichwirte, wie gesagt, in diesen Zukunftsvertrag nicht einbezogen wurden. Und auch wir sehen diese schwierige Situation für diesen landwirtschaftlichen Erwerbsbereich und wir haben Verständnis für die NÖ Teichwirte.

Dennoch gibt es gerade in der Teichbewirtschaftung viele Möglichkeiten, eine die Existenz sichernde Wertschöpfung auch zu erzielen. Wenn man im touristischen Bereich die Vermarktung der Teiche in ein entsprechendes Angebot für Sportangler einbeziehen will, findet man kaum Gehör bei den Teichbesitzern. In Wirklichkeit wollen alle ihre herkömmliche Bewirtschaftung weiterführen, obwohl der Absatz der Produkte nicht mehr gewinnbringend möglich ist. Andererseits verschließt man sich auch gegenüber neuer möglicher Einnahmequellen. Durch Öffnung der Teichanlagen für die Zukunft und für die Freizeitaktivitäten der Bevölkerung, nicht nur für die Fischerei, sondern auch für Bootsfahrten, Surfen, Baden usw. könnte in vielen Fällen der Einnahmenrückgang aus der Fischproduktion wettgemacht werden. Natürlich muß in die Vermarktung der Tourismus- und Freizeitangebote entsprechend investiert werden. Die Trockenlegung von Teichen und die Nichtbewirtschaftung oder die Umwandlung in Ackerland oder die Aufforstung kann keinesfalls als zukünftiger Weg der Teichwirtschaft in Niederösterreich akzeptiert werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Hofmacher zu Wort.

Abg. HOFMACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Es wurde einiges schon gesagt von meinen Vorrednern, womit ich mich identifizieren kann. Herr Kollege Marchat, es ist allerdings eine Unwahrheit, wenn Du sagst, daß Präsident Donabauer, der Obmann der Sozialversicherung, ein Einkommen aus der Sozialversicherung hat von 60.000,- Schilling. Das stimmt nicht. Ein Telefonat vor fünf Minuten hat das bestätigt, daß das eine Unwahrheit ist. Und zwar verdient er 42.800,- Schilling brutto bitte. *(Abg. Marchat: Daß Ihr Euch das noch laut zu sagen traut!)* Jeder von uns kann bestätigen, was er netto hat bei einem Gehalt von 42.800,- Schilling. Außerdem wenn ich dann höre, die Bauern können noch recht gut mit der Mistgabel umgehen,

Herr Kollege Marchat, wenn Du sagst, die Bauern können noch recht gut mit einer Mistgabel umgehen: Wer hat das bewiesen? Wer will ausmisten? Wer "mit einer Mistgabel gut umgehen" kann, der könnte sich auch dort bedienen, wo die Bauern sind, wenn Du es schon so auslegst.

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß die Landwirtschaft sicher in einer schwierigen Situation ist, gekennzeichnet von großen Veränderungen. Das ist überhaupt keine Frage. Veränderungen hat es natürlich immer schon gegeben in der Vergangenheit, egal, ob mit oder ohne EU-Beitritt. In der Vergangenheit, in den letzten 50 oder mehr Jahren fanden auch große Umwälzungen statt.

Und wenn der Kollege Knotzer vielleicht sagt, die Landwirtschaft wäre zu gut bedient, dann stimmt das sicher nicht bei den Ausgleichszahlungen. Ich möchte das nicht Förderungen nennen, sondern das sind Ausgleichszahlungen. Ich muß aber auch eines dazu sagen: Der Blickhorizont, Herr Kollege Marchat, hört bei uns nicht an der Grenze auf. Wir sind vielmehr sehr stark abhängig vom Osten, davon, was sich im Osten in der Vergangenheit abgespielt hat. Und wir bekommen das sehr wohl in der Landwirtschaft in Österreich zu spüren. Für uns muß daher vordringlichstes Ziel sein, daß eine finanzielle Ausgeglichenheit im Vordergrund steht trotz der tiefgreifenden Veränderungen. Selbstverständlich ist Gesinnung gefragt. Wir wollen jedoch nur die zugesagten Förderungen. In unserem Land Niederösterreich haben wir dafür sinnvolle Einrichtungen, das beweist der landwirtschaftliche Förderungsfonds. Dort ist genau darauf verwiesen, daß uns ordnungsgemäße Vermögens- und Erfolgsrechnungen im Sinne der Zielsetzung vorliegen. Und ich würde sagen, daß die gegebenen Subventionen für die Landwirtschaft ja aufgewendet wurden für die Infrastruktur überhaupt im ländlichen Raum. Und ich glaube, daß sie dort sinnvoll angewendet worden sind. Die Ausgaben resultieren aus dem Siedlungsverfahren überhaupt und sinnvolle Darlehen, sei es nun für Alternativen, oder seien es auch Darlehen gegenüber den Landwirten generell wurden gegeben. Auch Darlehen zur Besitzfestigung halte ich für einen ganz großen Vorteil, auch infolge einer dementsprechend geringen Verzinsung.

Nicht unerwähnt soll bleiben die Vorfinanzierung der Ausgleichszahlungen, der Bericht bezieht sich ja auf das Jahr 1994, aber auch für die Bergbauern, das wurde bereits festgehalten,

für die Bergbauern und für die biologisch produzierenden Bauern.

Ich sage nämlich, in Österreich brauchen wir nicht eine kommerzielle Landwirtschaft oder Industriebetriebe, sondern in Österreich und in Niederösterreich insbesondere muß es unser vordringlichstes Ziel sein, den Familienbetrieb und natürlich den ökologisch produzierenden Betrieb zu erhalten. Und jeder, der das in Frage stellt, die Produktion und die Finanzierung derselben, erklärt sich natürlich nicht ident mit den Anliegen unserer Bauern, die biologisch produzieren.

Man muß außerdem betonen, daß Integrationsbemühungen dem bäuerlichen Berufsstand 1994 schon sehr viel abverlangt haben. Man sieht das im Grünen Bericht. Doch ich glaube, wir brauchen uns nicht zu schämen hier in der Gesetzgebung, wir können den Bericht auch der Öffentlichkeit präsentieren. Er beruht auf Tatsachen. Wie da gesagt worden ist, daß er erst versteckt werden sollte, das stimmt einfach nicht. Aber bitte, wir sind gefordert, die Gesetzgebung im Bund, aber auch im Land, für die Sicherung des EU-Förderungspaketes. Wir sind es nicht allein, die der EU beigetreten sind, andere Länder haben natürlich andere Voraussetzungen, etwa auf Grund ihres Produktpreisniveaus, das sich anders gestaltet, als das bei uns in Österreich der Fall war. Die uns zugesagten Förderungen schienen uns auch gesichert zu sein. Daher ist es umso unverständlicher für mich, auch als Landwirt, daß das auf Bundesebene bereits Ausverhandelte in Frage gestellt wird. Daß man jetzt vielleicht umstellen möchte und nach sozialen Aspekten auszahlen möchte. Im Bericht ist genau darauf verwiesen, daß die Vollerwerbsbetriebe rückläufig sind. Die soziale Staffelung trifft aber jeden Nebenerwerbsbauern, der nebenbei seinen Dienst versieht. Und auch daher ist eine soziale Staffelung sicher abzulehnen. Ich meine überhaupt, daß das nicht der politische Stil ist, den man sich in Österreichs Landwirtschaft erwartet. Ich glaube, damit wären -zigtausende bäuerliche Betriebe und deren Zielsetzungen gefährdet und in Abrede gestellt. Es kann doch nicht sein, daß man auf polemische Art zu verhindern versucht und den im Umweltprogramm vorgesehenen, versprochenen und zustehenden Ausgleichszahlungen die Zustimmung versagt.

Aber nicht nur bundesweit, auch in Niederösterreich sind wir auf Grund des Beitrittes in finanzieller Hinsicht entsprechend gefordert. Und in Niederösterreich wird das auch eingehalten, was versprochen worden ist. Im Vordergrund hat natürlich für uns die Einkommenssicherung für den

Berufsstand zu stehen und ist das sinkende Preisniveau in der Landwirtschaft aufzuhalten.

Meine Damen und Herren! Laut Grünem Bericht konnte man bemerken, daß sich strukturell - auch das wurde bereits angesprochen - daß sich strukturell die Situation der Landwirtschaft verändert hat. Die Prozentzahlen stimmen zwar nicht ganz, ich habe sie anders herausgelesen: Von 1,5 Millionen Niederösterreichern sind zirka noch in der Landwirtschaft tätig an die 8,5 Prozent. In Österreich sind es hingegen nur mehr 5 Prozent, die in der Landwirtschaft tätig sind.

Auch soll nicht unerwähnt bleiben, daß wir uns hinsichtlich der Betriebsstruktur zu bemühen haben. In der Betriebsstruktur gab es entsprechende Veränderungen, ich betone, aber nicht nur auf Grund des EU-Beitrittes. Sondern wenn man bedenkt, daß von 1970 bis 1980 die Anzahl der Betriebe um 15,2 Prozent geringer geworden ist und von 1980 bis 1990 um 12,3 Prozent, dann zeigt das, daß eine Veränderung in der Betriebsstruktur schon vor einem EU-Beitritt Platz gegriffen hat. Der Schwerpunkt der strukturellen Veränderungen lag mit 21,2 Prozent im Bezirk Mistelbach, bis - soviel Lokalpatriot darf ich sein - auf minus 2,5 Prozent im Bezirk Waidhofen. Dort, wo an sich kleine Strukturen herrschen, haben sich die Betriebe nicht mehr weiter verringert.

Im Bericht sind auch angeführt unsere Einrichtungen und natürlich unsere Schulen. Ich vertrete hier die Meinung bezüglich unserer Fachschulen, daß man auch hier umdenken soll, um etwa mit Schulversuchen den zukünftigen Bauern eine entsprechende Ausbildung zu gewährleisten. Das ist unbedingt sinnvoll und sollte auch ein Zweitberuf in unseren Schulen ermöglicht werden.

Im Bericht steht auch, daß die Zahl der Kandidaten, welche sich bewerben zur Facharbeiterprüfung oder zur Meisterprüfung, ebenfalls im Sinken begriffen ist. Man wird sich also über die Standorte Gedanken machen müssen. Ich glaube nämlich immer, wo die Schüleranzahlen nicht mehr gegeben sind, dort wird es unabdingbar sein, daß man in Zukunft auch Konsequenzen zieht. Weil das für uns eben nicht mehr finanzierbar ist. Auch in anderen Berufssparten - die Pferdewirtschaft wurde schon des öfteren angesprochen - wäre es sinnvoll, eine Alternative in der Landwirtschaft zu bieten. Die Haltung von Pferden böte eine Einkommenssicherung. Wenn ich aber bedenke, daß es 1966 19.000 Pferde in 14.900 Betrieben gegeben hat und 1994 16.400 Pferde in 3.500 Betrieben, dann bin ich nicht euphorisch,

daß Pferde und Betriebe in Zukunft etwa mehr werden. Und es wäre nicht richtig, hier die Meinung zu vertreten, wir brauchen für die Ausbildung unserer Pferdehalter ausgebildete Reiter. Das ist sicher nicht unsere Aufgabe. Wir brauchen für die Ausbildung unserer Pferdehalter auch nicht zwei verschiedene Schulstandorte. Ich bin der Meinung, daß ein Schulstandort, an dem die Infrastruktur bereits gegeben ist, in Niederösterreich für unsere niederösterreichischen Interessenten generell genügen müßte.

Meine Damen und Herren! Wir finden auch im Bereich unserer Verarbeitungsbetriebe - das wurde schon angesprochen von meinen Vorrednern - verschiedenste Veränderungen vor. Wenn es etwa heißt, im Warenbereich oder im Verarbeitungsbereich sind mehrere Betriebe von der Schließung bedroht und fünf Betriebe sind konkret angesprochen worden. Es ist schon richtig, Milch ist ein leicht verderbliches, ein hochqualifiziertes Lebensmittel und gehört raschest verarbeitet. Innerhalb eines Tages wird unter diesen Voraussetzungen unser Produkt, die Milch, auch verarbeitet. Ich betone daher, daß wir uns in Zukunft nur mehr so viel Betriebe leisten können im Landwirtschaftsbereich, wie wir unbedingt brauchen. Abgesehen davon, daß hier nicht Beschlüsse gefaßt werden sollen zur Erhaltung unserer Betriebsstruktur im Genossenschaftsbereich. Das wird vielmehr ausschließlich vom Vorstand und von den Funktionären der Genossenschaften beurteilt, ob der Betrieb erhalten bleibt oder ob er zusammengelegt wird, fusioniert wird. Es ist nicht die Aufgabe der Politik hier. Wir können Vorschläge unterbreiten, aber wer mit wem fusioniert, das zu entscheiden ist Aufgabe der Vollversammlung der Genossenschaften.

Im Jahre 1994 - auch das ist angeführt - waren wir noch nicht bei der EU und unser Preisniveau in der tierischen Produktion sank bereits auf das EU-Niveau. Ich betone das nur, weil es sich nicht um die Auswirkung der Integration handelte, sondern weil wir vom Weltmarkt einfach abhängig sind. Daher das Preisniveau.

Meine Damen und Herren! Generell werden und wurden im Förderungsbereich die Mittel - ich hoffe, sie werden es auch in Zukunft - welche der Landwirtschaft zur Verfügung standen, sinnvoll eingesetzt. Der Unmut über das Problem der Landwirtschaft, über das Problem der Bauern - ich nenne es so - ist sicher begründet, weil wir einen äußerst kurzen Anpassungszeitraum haben. Leider läßt es uns in der Landwirtschaft oder läßt es den Bauern keinen anderen Spielraum zur Alter-

native offen. Es muß daher in Zukunft konstruktiv an der Umsetzung, an der weiteren Umsetzung in der EU für unsere Bauern weitergearbeitet werden. Und muß natürlich auf Veränderungen, was uns hier im Land Niederösterreich betrifft, finanziell reagiert werden. Die ÖVP wird den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Einen einhelligen Tenor hört man hier eigentlich in bezug auf die Landwirtschaft, in bezug auf den Grünen Bericht, auf die drei Punkte, die diskutiert werden von allen Diskussionsteilnehmern. Es ist eine sehr schwierige Situation. Angesichts dieser Tatsache, daß es sich ja bei den Ausgleichszahlungen, die immer wieder angeführt werden, in der Masse um degressive Ausgleichszahlungen handelt, das heißt, sie werden bis 1998 dann abgebaut auf Grund des EU-Beitrittes, angesichts dieser Tatsache stellt sich die Frage, wenn es jetzt schon so schwierig ist, wie schaut es dann in zwei, in drei, in vier Jahren, wie schaut es nach 1998 aus?

Und die Antwort bleiben vor allem diejenigen, die immer wieder behauptet haben, sie seien Bauernvertreter, diese Antwort bleibt allen voran die ÖVP schuldig. Und ich glaube, daß es daher notwendig wäre, daß man hier deutliche Alternativen anbietet. Und da wird es dann traurig, wenn man sich diesen Grünen Bericht anschaut. Und wenn man blättert und blättern muß bis zur Seite 98, bis da ein paar Zeilen angeführt werden, was etwa die Alternativenergie betrifft.

Noch viel trauriger wird es allerdings, wenn man dann sieht, wie in Wirklichkeit in dieser Richtung gearbeitet wird, wie der zuständige Landesrat, den die Diskussion wieder einmal überhaupt nicht interessiert, hier eine Leistungsbilanz, die in Wirklichkeit eine Negativbilanz ist, darbringt. Ich darf nur anführen: Es gibt einen NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds, der im Jahre 1993 im bäuerlichen Bereich Alternativenergieanlagen in einer Größenordnung von 256 Stück mit insgesamt 18,64 Millionen gefördert hat. Eine ganz ansehnliche Summe an und für sich. Wenn man sich dann das Jahr 1994 anschaut, sieht man schon, in welche Richtung es geht; in welche Richtung Landesrat Blochberger in Wirklichkeit arbeitet. Hier gab es nur noch 95 Anlagen, die gefördert wurden mit einem Gesamtvolumen von

8,4 Millionen. Exakt 53.000,- Schilling habe ich noch vergessen, die dazu kommen. Das ist nur noch gut ein Drittel des Vorjahres. Das resultiert daraus, daß man gerade in diesem Bereich Förderungen streicht. Herr Landesrat! Gut, daß Sie kommen. Warmwasserbereitung etwa, Sonnenenergieanlagen, Wärmepumpen, das ist alles "gespritzt" worden in der Ära Blochberger. Das heißt, im Jahr 1992 Ende bzw. im Jahr 1993 Ende. Das ist ganz einfach die Realität. Ich wiederhole es noch einmal für den Herrn Landesrat, damit er auch hört, was er alles hat streichen lassen. Die Förderungen von Wärmepumpen für Wasserbereitung und Sonnenenergieanlagen wurden Ende 1993, die Kachelöfenförderungen Ende 1992 eingestellt. Hier nimmt man in Wirklichkeit den Bauern die Alternativmöglichkeiten. Hier werden die Förderungen des Landes, bitte, das sind die Förderungen aus dem NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds, also da kann man sich nicht auf den Bund ausreden. Da ist eine Reduktion - noch einmal für Sie, Herr Landesrat - von 18,4 Millionen auf 8,6 Millionen erfolgt. *(LR Blochberger: Sie übersehen, das wurde in der Wohnbauförderung gefördert!)*

Das ist gar kein parteipolitisches Problem, Herr Landesrat. Das ist primär gar kein parteipolitisches Problem. Denn es gibt durchaus Landesräte aus Ihren Reihen, die da positive Entwicklungen eingeleitet haben. Ich darf an Oberösterreich etwa erinnern, Herr Landesrat. Passen Sie ein bißchen auf, dann kommen wir vielleicht wieder in die andere Richtung. Nicht in die Negativrichtung, in die Sie die Bauernpolitik in diesem Land geleitet haben, in dem Sie die Zukunftschancen, was Alternativenergien oder Alternativindustrien betrifft, verhindern. Und da sind vor allem die Sozialdemokraten eingeladen, mitzumachen, daß wir in dieser Richtung etwas machen. Passen Sie auf, schauen Sie sich einmal an, was Ihr Landesrat, Ihr ÖVP-Landesrat in Oberösterreich etwa zustande bringt. Denn es gibt auch in Ihren Reihen durchaus Leute, die etwas tun in diese Richtung. Ich darf da einmal vorlesen, wie das in Oberösterreich läuft. Vielleicht wäre das ein Lehrbeispiel: Warmwasseraufbereitungsanlagen bzw. Übergangsheizungen mit 5.000,- Schilling, bei Wärmepumpen mit 10.000,- Schilling, stichwortartig. Bei Solarwärmepumpen oder Solaranlagen gibt es noch 1.000,- Schilling bis 1.500,- Schilling im Kollektorbereich als Förderungen. Und jetzt wird es interessant, nämlich bei den Beheizungsanlagen. *(Abg. Hiller: Das ist bei uns eben in der Wohnbauförderung!)* Horchen Sie mir einmal zu, dann wissen wir, wo wir hinkommen. Bei den Beheizungsanlagen etwa

S 30.000,- mit Erd- oder Wasserwärmepumpen,
S 20.000,- mit einer Luftwärmepumpe und
S 20.000,- mit einer Hackgutfeuerungsanlage.

Herr Landesrat! Damit komme ich auf den Punkt: Das Problem ist ganz einfach das, daß in diesem Land Niederösterreich alles immer nur mit einer EVN gemacht wird. Mit einer EVN von Ihnen aus gemacht wird, die umweltfeindlich ist in weiten Bereichen. Aus dem guten Grund, weil sie das Monopol im Energiebereich behalten will. Und Sie leisten dieser Politik laufend Vorschub, Herr Landesrat! Das ist das Problem. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daher, Herr Landesrat, bewegen wir uns im Land Niederösterreich laufend nur im Promillebereich, was Alternativenenergien betrifft. Da bewegen wir uns im Promillebereich in Wirklichkeit nur. Auf der anderen Seite, in Oberösterreich beispielsweise, fragen Sie einmal Ihren Kollegen von der ÖVP dort, den zuständigen Landesrat. Schauen wir uns Oberösterreich an, wie es dort aussieht: 6 Prozent haben wir dort, die Wasserkraft ausgenommen, bereits im Alternativenenergiebereich. Es gibt jetzt beispielsweise ein klares Konzept. Ich kann Ihnen die Zahlen vorlesen. In den nächsten sechs Jahren bis zum Jahr 2000, 2001 wird man auf 12 Prozent kommen. Zu diesen 12 Prozent kommt noch die Wasserkraft, die in Niederösterreich in der Masse in der Hand des Verbundes ist; nur kleine Teilbereiche gehören der EVN. Aber auch hier muß man die Landesgesellschaft einmal heranziehen. Denn die sind es, die verhindern, daß es Förderungsmodalitäten gibt wie in Oberösterreich. Die haben eine Windkraft. Wir können hinschauen, wo wir wollen, überall sind wir das Schlußlicht in Wirklichkeit. In Oberösterreich gibt es 15 Jahre lang eine Strompreisgarantie. In Niederösterreich drei Jahre lang. *(LR Blochberger: Das ist das einzig Richtige bis jetzt!)* Sehen Sie, wenn man zuhört. Sie waren ja gar nicht da, Herr Landesrat. Sie können ja gar nicht wissen, was gestimmt hat und was nicht. Denn das ist der erste Punkt, wo Sie mir zuhören, Herr Landesrat. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Das heißt, es sind nicht nur diese 15 Jahre, wo uns die Oberösterreicher weit voraus sind. Ich könnte auch in die Steiermark gehen. Ich könnte andere Bundesländer anführen, überhaupt kein Problem. Aber bleiben wir bei dem Vergleich Niederösterreich - Oberösterreich. Es sind nicht nur die 15 Jahre, es wird dazu noch von der EVN eine Netzgebühr bis zu 24 Groschen verlangt, die in diesem Bereich ganz einfach jedem Privaten eine Investition unmöglich macht. Weil er pleite gehen

muß dabei! Herr Landesrat, das ist Ihr Bereich. Das ist Ihr Bereich, in dem Sie gefordert sind. Gehen wir wieder zurück zu den Bauern, wo Sie gefordert sind sicherzustellen, daß 1998, wenn die degressiven Ausgleichszahlungen abgeschlossen sind, die Landwirtschaft überleben kann. Eines muß uns vollkommen klar sein. Ich habe das Beispiel Windkraft ganz bewußt angeführt, weil man im landwirtschaftlichen Bereich überall so handelt. Und es war nur das dritte Beispiel und das erste, wo Sie mir zugehört haben. Wir haben uns in Niederösterreich, Herr Landesrat, noch dazu im CO₂-Klimabündnis verpflichtet, hier die schrittweise Reduktion mitzumachen. Man hört und sieht nichts davon. Es gibt eine Mineralölabgabe von 20 Groschen auf jeden Liter Benzin, das sind etwa rund 180 Millionen Schilling pro Jahr, die budgetiert sind, die im Budget versickern, so wie andere Milliarden.

Es gibt das Problem, daß nur 40 Prozent des Waldes, der nachwächst herausgeschlagen werden. Das heißt, 60 Prozent bleiben bestehen. Schädlingsbefall, diverse Dinge sind natürlich die Folgen. Und es gibt - und das ist nur mit zwei, drei Zeilen in diesem Grünen Bericht angeführt, Herr Landesrat, es ist nämlich auch richtig - ich nehme an, daß Sie das richtig geschrieben haben, wenn Sie mir dann wieder zuhören - es gibt Ziel 5b-Maßnahmen, erneuerbare Energieträger. Darüber hätte man sich seitenweise auslassen können. Denn die Möglichkeit, von der EU gefördert zu werden in diesem Bereich ist gegeben. Das heißt, wir müssen nicht nur, wie wir das immer kritisieren dabei einzahlen. Es wäre auch durchaus möglich, daß wir gerade in diesem Bereich Finanzmittel aus Brüssel bekommen.

Daher stelle ich folgenden Resolutionsantrag *(liest)*:

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Haberler, Kurzreiter und Marchat zum Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses, Ltg. 369/B-14/2, Bericht der Landesregierung betreffend Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 1994, betreffend Landesförderung für erneuerbare Energie - Förderung von Hackschnitzelheizungen.

Um die Importe von Erdöl, Erdgas und Kohle zu reduzieren und somit zum Abbau des Handelsbilanzdefizits beitragen zu können, ist es erforderlich, erneuerbare Energien, wo immer möglich, zu fördern.

Derzeit wird seitens der Landesregierung ein Zuschuß für die Errichtung von Solaranlagen, Wärmepumpenanlagen und Photovoltaikanlagen gewährt. Eine Verbesserung der derzeitigen Förderungen für Hackschnitzelheizungen wird eine Verminderung des CO₂-Ausstoßes, eine verstärkte Nutzung des Schad- und Schwachholzes bzw. von Holzabfällen mit sich bringen. Zudem steht fest, daß die Pflanzung von Energiewäldern für viele Bauern eine Erwerbsquelle darstellen wird. Mit zunehmender Attraktivierung von Hackschnitzelheizungen werden im Bereich der Umwelttechnologie schließlich auch attraktive Arbeitsplätze geschaffen. Eine Förderung von Hackschnitzelheizungen bringt somit umwelt-, finanz-, agrar- und arbeitsmarktpolitische Vorteile mit sich, welche die Aufwendungen überproportional aufwiegen.

Eine verbesserte Förderungsrichtlinie liegt derzeit in Brüssel zur Genehmigung und soll am 23.11.1995 von der EU-Kommission genehmigt werden. Die entsprechenden Landesrichtlinien sollten ehestens beschlossen werden.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die erforderlichen Richtlinien ehestens zu erlassen."

Ich glaube, damit sind wir auf einem Punkt angelangt, und es freut mich, daß die ÖVP da mit hinaufgeht, auch wenn der Herr Landesrat noch dagegen schreit. Aber da sind wir in Wirklichkeit bei einem Punkt angelangt, wo wir hingehören: Die Entideologisierung gewisser Bereiche. Denn es bringt uns nichts, wenn wir das Spielchen spielen, "Arbeitnehmer gegen Bauern" und "Bauern gegen Arbeitnehmer". Hier bietet sich uns ganz einfach die Chance, daß wir hergehen und auf der einen Seite eine neue hochtechnologisierte Branche schaffen, wo Arbeitsplätze gesichert werden, oder geschaffen werden. Und daß wir auf der anderen Seite landwirtschaftlichen Betrieben die Möglichkeit geben, ihren Betrieb nicht einstellen zu müssen, wenn die degressiven Ausgleichszahlungen in wenigen Jahren vorbei sind. Und das muß man sehen. Chancen für die Landwirtschaft im Holzbereich etwa, im Bereich der Biomasse, bei den Abfällen selbst. Ich habe mir das schon angeschaut in Kautzen oben. Die Sonnenblumenreste werden mit einem Fettgehalt von 8 % bis 10 % ebenfalls dort verheizt. Es gibt

solche Anlagen dort bereits, solche Pilotprojekte in kleinster Form bis hin zu mittleren Anlagen, ja bis

hin zu größeren ... (*Zwischenruf bei Abg. Hiller.*)

Das ist durchaus positiv, keine Frage. Ich habe ja auch den "schwarzen" Landesrat in Oberösterreich angeführt, der ebenfalls durchaus positiv ist. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich war ja dort und habe mir die Geschichte angeschaut. Und wir sind in Wirklichkeit, dazu haben wir uns verpflichtet, ich habe es Ihnen schon gesagt, CO₂, Niederösterreichisches Klimabündnis, dem wir beigetreten sind. Die Mineralölabgabe wäre etwas, das man da endlich einmal zweckgebunden einsetzen könnte. Das Gesamtpaket in Oberösterreich kostet 50 bis 70 Millionen im Jahr. Das heißt, wir kämen maximal auf 100 Millionen, die Umwegrentabilität für das Land wäre in wenigen Jahren gegeben. Eine Umwegrentabilität, die sich in gewissen Bereichen durch den Stopp der Abwanderung aus der Landwirtschaft äußern würde. Auf der anderen Seite der Schaffung neuer Arbeitsplätze in einem hochtechnologisierten Bereich.

Es wurde immer wieder gesagt - heute hört man nichts mehr davon - Österreich als Feinkostladen in der EU. Meine Herrschaften und meine Damen und Herren des NÖ Landtages! Dieser heutige Antrag soll nur ein erster kleiner Schritt sein in diese Richtung für diesen Bereich der Landwirtschaft und ich möchte auch sagen, der Industrie. Weg mit der Ideologie aus diesem Bereich, hin zu einer Zukunft, in der wir tatsächlich in diesem Energiebereich der Feinkostladen Europas werden können. Ich bitte Sie daher alle, diesem Antrag zuzustimmen und einen ersten Schritt in eine bessere Zukunft zu tun. In eine Zukunft, die der Landwirtschaft auch wirklich eine bieten kann, und in der auf der anderen Seite Arbeitsplätze im Industriebereich geschaffen werden. Ich bitte Sie, diesen Schritt gemeinsam mit uns zu gehen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Schütz.

Abg. SCHÜTZ (SPÖ): Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zum Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft des Jahres 1994 in Niederösterreich möchte auch ich einige Anmerkungen einbringen. Dieser Bericht wurde zweifellos von verantwortungsbewußten,

objektiv handelnden Beamten erstellt und keineswegs von einer politischen Richtung beeinflusst. Dafür sage ich den Beamten ein Dankeschön. Wenn festgestellt werden konnte, daß sich nach drei schwachen Jahren die Produktion und Wertschöpfung kräftig erholt hat, dann ist es nur selbstverständlich, daß sich auch das erwirtschaftete Einkommen wieder positiv entwickelt hat.

Jedermann, der sich mit der Landwirtschaft befaßt, weiß natürlich, daß diese Entwicklung nach Produktionsart unterschiedlich ist. So konnten im Pflanzenbau durchaus Erträge erzielt werden, die keinen Anlaß zur Klage geben. Allerdings gab und gibt es noch immer erhebliche Einbußen bei der Tierproduktion, da die Preise nach wie vor auf einem, so meine ich, skandalös niedrigen Niveau für unsere Bauern sind. Sich hier nur auf die Auswirkungen des EU-Beitrittes auszureden, halte ich nicht nur für kurzsichtig, sondern auch für dumm. Hier sollte man mehr über die Rolle der großen Schlachthöfe und des Zwischenhandels nachdenken. Erfreulich ist auch, daß die Forstwirtschaft im Vorjahr wieder Zuwächse verzeichnen kann. Die Feststellung in dem vorliegenden Bericht, daß sich 1994 die land- und forstwirtschaftliche Einkommenslage für Haupterwerbslandwirte im Durchschnitt um 11,6 Prozent gegenüber 1993 verbessert hat, nehme ich natürlich mit Freude entgegen. Worauf dieser Zuwachs zurückzuführen ist, das sollte natürlich auch gesagt werden. Natürlich haben dieses Ergebnis in erster Linie die höhere Produktion, geringe Vorteile aus der Preisentwicklung und die Aufstockung der Direktzahlungen, die ja bekanntlicherweise unter einem sozialdemokratischen Landwirtschaftsminister schon vor vielen Jahren eingeführt wurden, gebracht.

Wenig Verständnis kann man aber der künstlich herbeigeführten oder besser gesagt, gespielten Empörung der Bauernbundfunktionäre zu einer WIFO-Meldung im Kurier vom 4. April dieses Jahres entgegenbringen, wo über die Einkommenssteigerungen der Landwirtschaft im Vorjahr berichtet wird und wo im wesentlichen aber die gleichen Aussagen getätigt werden wie in dem

uns vorliegenden Grünen Bericht. Aber da behält sich der Bauernbunddirektor Penz im "Bauernbündler" - auch den habe ich hier - vor, darauf hinzuweisen, daß die Einkommenszuwächse in den Jahren vorher so niedrig waren und diese Steigerung 1994 deshalb höher ausgefallen ist. Meine Damen und Herren! Das alles, um nur ja nicht in den Verruf bei den Bauern zu kommen, daß mit dem ewigen Gejammer endlich Schluß sein könnte. Oder hält man tatsächlich unsere Bauern für so dumm, daß sie nicht wissen, daß 1992 und 1993 ein wesentlich geringeres Einkommen erzielt wurde. Ich glaube, unsere Bauern sind vifver als man im "Bauernbündler" annimmt. Anstatt zu jammern, was letztendlich niemandem hilft, sollten lieber Sofortmaßnahmen als Hilfestellung für unsere Landwirte überlegt werden. Wie etwa eine Forderung an die EU, einen Strukturfonds für die Alpenregion generell zu schaffen, der eine umfassende Förderung vorsieht, welche auch die Einkommenssituation der kleineren Bauern berücksichtigt. Oder für Subventionen bzw. Förderungen betriebliche Obergrenzen einzuziehen, um so die bereits im Vorjahr gewaltig gewachsenen innerlandwirtschaftlichen Einkommensunterschiede zu verringern. Weil gerade die Betriebe mit geringerem Einkommen akut, wie wir alle wissen, gefährdet sind. Vor allem aber auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit muß in Zukunft darauf geachtet werden, daß es zu keiner Schwächung des Systems der Bauernsozialversicherungsanstalt durch den ständigen Rückgang der Versicherten kommt. Eine konsequente Reform der B-SVA ist daher einerseits notwendig um soziale Härten möglichst zu vermeiden und ist andererseits im Interesse einer ordentlichen Weiterführung in allen Bereichen dieses Institutes erforderlich.

Auf ein einziges Beispiel, das die ungleiche bzw. ungerechte Behandlung von Bauern aufzeigt, möchte ich Sie jetzt aufmerksam machen. Unsere Bauern sind nämlich die einzige Berufsgruppe, die ihre Beiträge zur Sozialversicherung nicht in einem fixen Prozentsatz vom Einkommen vorgeschrieben bekommen. Für die Beiträge in die B-SVA wird mittels eines sogenannten Versicherungswertes aus dem Einheitswert ein Monatseinkommen errechnet. Denn wenn das Einkommen aus einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb nicht über eine Buchführung ermittelt wird, ist der Einheitswert die Grundlage für sämtliche einkommensbezogenen Zahlungen, von der Steuer zum Kirchenbeitrag bis hin zum ÖVP-Bauernbundbeitrag, aber auch als Grenze bei Förderungen. Einzige Ausnahme, wie ich schon erwähnte, ist die Sozialversicherung. Nun ist aber der Einheitswert

bei landwirtschaftlichen Betrieben ein Vielfaches des Reinertrages, den der Betrieb im Durchschnitt der Jahre nachhaltig erbringen kann. Also bedeutet ein zweimal so großer Einheitswert zweimal soviel Gewinn. Ein zehnmals so hoher Einheitswert zehnmals soviel Gewinn. Mit der Versicherung wird für die B-SVA für einen Einheitswert von 90.000,- Schilling ein Monatseinkommen von 10.891,- Schilling errechnet, beim zehnmals so hohen Einheitswert jedoch von 900.000,- Schilling nur das Vierfache, nämlich 43.532,- Schilling. Schlicht und einfach gesagt, große Betriebe mit einem hohen Einheitswert zahlen nur mehr geringe Prozentsätze ihres Einkommens als Sozialversicherungsbeiträge.

Durch die ständigen Erhöhungen der Prozentsätze ist hier ein Problem herangewachsen, das die Existenz von Betrieben mit geringeren Einkommen akut gefährdet. Sie müssen Beiträge entrichten, die in manchen Fällen bei Unterschreiten der Mindestbeitragsgrundlage höher sind als das eigentliche Einkommen. Große Betriebe aber mit hohen Einheitswerten zahlen nur mehr geringe Prozentsätze ihres Einkommens als Sozialversicherungsbeiträge. Ich meine, der Versicherungswert gehört ersatzlos gestrichen und das tatsächliche Einkommen sollte zur Bemessung der Beitragsgrundlage gerechterweise herangezogen werden. Das heißt, der Sozialversicherungsbeitrag ist als fixer Prozentsatz vom Einheitswert zu berechnen.

Hohes Haus! Nun muß ich mich als ehrlicher Politiker zu einem Verhalten äußern, das ich zutiefst verabscheue und wo sich mir die Haare, weil das immer zitiert wird von manchen Politikern anderer Parteien, aufstellen. Da wurde allen Ernstes behauptet, der Finanzminister hätte die Vereinbarungen der Regierungspartner bezüglich der Landwirtschaftsförderung nicht eingehalten. Tatsächlich hat aber der säumige Landwirtschaftsminister Molterer, meine Damen und Herren der ÖVP, es verabsäumt, dem Finanzministerium die erforderlichen Unterlagen für das ÖPUL-Programm, welches 5,2 Milliarden an Förderung für die Bauern umfaßt, zeitgerecht vorzulegen. Und dies, obwohl die Bauern ihre Förderungsanträge fristgerecht bis zum 15. Mai dieses Jahres eingebracht haben. Erst am 30. Oktober, also vor wenigen Tagen, hat der Landwirtschaftsminister eine Unterlage, die eine Kostenschätzung zum Inhalt hat, dem Finanzminister übermittelt. Diese Kostenschätzung weist aber entgegen den Vereinbarungen einen Betrag von 7,5 Milliarden Schilling auf, also um 2,3 Milliarden mehr als ursprünglich im Parteienübereinkommen vereinbart wurde.

Meine Damen und Herren! Da redet die ÖVP immer vom Sparen und liebäugelt gleichzeitig nach einem mutwillig provozierten Koalitionsbruch mit den Freiheitlichen und deren Parteiführer, der am 5. März dieses Jahres im Fernsehen erklärte - auch das steht im "Bauernbündler", könnte ich ebenfalls zeigen - was er alles den Bauern wegnehmen werde. Ich sage nur zwei Beispiele: Er hat wortwörtlich erklärt, sollte er an die Macht kommen, dann würde er alle Förderungen der Bauern um 50 % reduzieren. Das ist unumstritten. Und die Grundsteuer würde er ebenfalls ordentlich erhöhen. Und das, meine ich, ist ein Skandal. Und daher, lieber Kollege Marchat, meine ich, wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Aber meine Damen und Herren der ÖVP, auch Ihnen muß ich etwas sagen. Sollte die ÖVP - nicht alle, das sage ich bewußt und korrekt, aber einige Scharfmacher der ÖVP im Parlament sind ja dafür - eine Koalition mit der Freiheitlichen anstreben ... *(Abg. Dr. Strasser: Wer, wer?)* Ihr Klubobmann Dr. Khol und verschiedene andere. Und wenn Ihr das tatsächlich ernst meint, dann muß ich auch hier ein altes bäuerliches Sprichwort anwenden, das da lautet: "Nur die dümmsten Kälber suchen ihre Schlächter selber." *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren, ich bin auch dem Kollegen Hofmacher dankbar, daß er das landwirtschaftliche Schulsystem hier angeschnitten hat. Ich wollte eigentlich darüber heute nur einige Anmerkungen anbringen, aber er hat mich geradezu herausgefordert, darüber mehr zu sagen. Einige Anmerkungen also wie gesagt, zum land- und forstwirtschaftlichen Schulwesen. Abgesehen von den drei Zeilen und einer Grafik über die Schulzahlen ist in diesem Bericht, im vorliegenden Grünen Bericht, über die Ausbildung der bäuerlichen Jugend eigentlich nichts zu lesen, obwohl die Qualität und die Vielfalt der Ausbildung eine unumstrittene und gegebene Tatsache ist. Es ist bedauerlich, daß hier nicht mehr drinnensteht, daß sich die Leiter der landwirtschaftlichen Schulen in unserem Land wirklich bemühen, unsere landwirtschaftliche Jugend so auszubilden, daß sie in Zukunft in dieser EU bestehen kann und daß sie wirklich unser Land hervorragend vertreten kann.

Trotz dieser hervorragenden Ausbildung und trotz der Bemühungen unserer landwirtschaftlichen Schulleiter und trotz manchem standortbedingten Rückgang an Schülerzahlen und - was viel schlimmer und fast ungeheuerlich ist - trotz

vieler Behinderungen zum Beispiel - ich muß hier die landwirtschaftliche Fachschule Gumpoldskirchen anführen am Rande des Wienerwaldes - diese Schule lehrt als einzige in Theorie und Praxis organisch-biologischen Weinbau und Landwirtschaft. Dazu ist aber auch eine Tierhaltung notwendig. Ein Standbein dieser Schule ist der Buschenschank und die Direktvermarktung, ebenfalls in Theorie und Praxis. Aber, man höre und staune, der Ausbau einer Vinothek, um die hervorragenden Weine dieser Thermenregion präsentieren zu können, wurde von der zuständigen Abteilung, vom zuständigen Hofrat, dieser Schule untersagt. Gleichzeitig wird aber vom Finanzkontrollausschuß kritisiert, daß der Weinabsatz in dieser Schule zu gering sei. Die Schule hätte aber die Chance gehabt, zum Beispiel auf der Messe in Verona ihren Qualitätswein einem breiten Publikum vorzustellen und zu präsentieren. Aber schon wieder hat der zuständige Hofrat das verboten, weil 1.800,- Schilling Anmeldegebühren hier zu entrichten gewesen wären. Ich sage ehrlich, wenn ich das gewußt hätte, hätte ich die 1.800,- Schilling selbst bezahlt. Aber leider habe ich das zu spät erfahren. Und ich glaube, dieser lächerliche Betrag, das ist ein Wahnsinn, wenn man so etwas erleben muß. Aber da die Qualität beim Wein bekanntlich Beratung erfordert, sollte es wohl, so meinen wir alle, selbstverständlich sein, daß das bestehende Weinlabor in einem solchen Weinbaugebiet selbstverständlich auf den modernsten Stand der Technik ausgebaut wird. Denn es kommen Unmengen von Weinbauern und Weinproduzenten in dieses Weinlabor und wollen dort ihre Proben untersuchen lassen. Leider ist hier alles veraltet.

Damit zu einem weiteren Standbein dieser Schule in Gumpoldskirchen, zur Pferdewirtschaft. Und zwar für den Sektor Freizeitreiten, alternatives Reiten und Behindertenreiten. Das ist ideal für den Urlaub am Bauernhof und eine faszinierende Kombination, verbunden mit einer exakten gastronomischen Ausbildung der Schüler in dieser landwirtschaftlichen Schule. Was läge nun näher, würde ein interessierter Zuhörer denken, als die

sen erproben, für eine Ausbildung der Jugend so wunderbar geeigneten Standort am Rande des Wienerwaldes, diesen mit einer hervorragenden Infrastruktur ausgestatteten Standort Gumpoldskirchen ohne großartige Investitionen auszubauen? Und damit schon jetzt eine großzügige Werbung für das Gebotene und das Künftige zu betreiben. Aber, meine Damen und Herren, hier gibt es ein einziges Hindernis: Diese Schule hat nämlich einen Schulleiter, der nicht der ÖVP angehört. Und deshalb wird der Schulstandort Gumpoldskirchen in Frage gestellt. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren der ÖVP! Ich bitte Sie umzudenken im Interesse unserer bäuerlichen Jugend, aber auch im Interesse unseres Landes Niederösterreich und unserer Landwirtschaft. Im übrigen werden wir dem Grünen Bericht unsere Zustimmung geben. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Kurzreiter.

Abg. KURZREITER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich werde mich in meiner Wortmeldung mit dem vorliegenden Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 1994 befassen. Niederösterreich ist unangefochten das führende Agrarland Österreichs. 8,5 Prozent der niederösterreichischen Bevölkerung sind im Bereich der Land- und Forstwirtschaft tätig und beschäftigt. Österreichweit sind dies nur mehr 5 Prozent. Fast ein Drittel, nämlich 32,2 Prozent der bäuerlichen Bevölkerung von ganz Österreich lebt in Niederösterreich, der Stellenwert der Landwirtschaft ist daher in diesem Bundesland ein weitaus höherer als in anderen. Von der österreichischen Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft des Jahres 1994 entfiel auf Niederösterreich mit 24,6 Milliarden ein Anteil von 31,4 Prozent. Wobei dieser Wert im Vergleich zum Vorjahr um 6,5 Prozent zunahm. Diese Zunahme erklärt sich weitgehend aus der gewichtigen Stellung des Pflanzenbaues in Niederösterreich. So gab es im Bereich des Getreidebaues nach zwei sehr schwachen Jahren wieder eine normale Ernte und einen Rohertragszuwachs von 11 Prozent. Die Weinernte lag um ein Drittel über der Mißernte von 1993, während zum Beispiel bei Mais und Kartoffel - beides Früchte, die ja erst im Herbst geerntet werden - die Erträge nicht entsprachen und sogar geringer waren als 1993. Die Erträge

aus der Tierhaltung waren um 3,5 Prozent rückläufig. Einbußen gab es insbesondere im Bereich der Schweinehaltung. Auch die Rinderhalter erzielten niedrigere Erträge. Je näher der bevorstehende EU-Beitritt rückte, desto stärker gaben die Preise nach. Die Milchlieferung war um 1,7 Prozent geringer, die Viehbestände wurden in Niederösterreich überdurchschnittlich reduziert. Die Forstwirtschaft profitierte von der Erholung der Holzmärkte, der Einschlag wurde kräftig erhöht.

In Summe ist die agrarische Produktion und die Wertschöpfung 1994 gestiegen. Nach zwei schwachen Jahren entwickelten sich die Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft wieder positiv. Im Vergleich zu 1993 ergab sich im Durchschnitt ein Zuwachs von 11 Prozent. So erfreulich diese Ziffer auch ist, so muß doch festgehalten werden, daß damit erst wieder das Niveau zu Beginn der neunziger Jahre erreicht wurde, es langfristig gesehen also zu keinen Einkommenszuwächsen in den neunziger Jahren gekommen ist. In diesem Zusammenhang - und das ist auch schon erwähnt worden heute - muß auch auf die neuerliche Abnahme der bäuerlichen Bevölkerung um 5 Prozent verwiesen werden, eine Entwicklung, die nun schon Jahrzehnte anhält.

Gerade in unseren strukturschwachen Regionen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie in den Berggebieten oder im Grenzraum, wird damit die Abwanderung anhalten. Eine Entwicklung, die uns Anlaß zur Sorge und auch zum intensiven Nachdenken geben muß. Nicht nur agrarpolitische, sondern auch regionale und gesamtwirtschaftliche Konzepte und Maßnahmen sind hier dringend notwendig, um durch Absicherung der vorhandenen und Schaffung neuer Arbeitsplätze vor allem auch in Gewerbe, Industrie - wo es eben eine gibt, leider gibt es zum Beispiel in manchen Grenzraumgebieten keine - aber auch im Dienstleistungsbereich und im Fremdenverkehr die Infrastruktur zu verbessern. Dies, um eine weitere Entvölkerung dieser Gebiete unter allen Umständen zu verhindern.

Neben dem innerlandwirtschaftlichen Einkommensvergleich in den einzelnen Produktionsgebieten und -sparten gibt es auch den Paritätsvergleich zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Wirtschaftsbereichen. Wobei hier anzumerken ist, daß jene Beträge, die hier im Bericht als bäuerliches Einkommen ausgewiesen sind, nicht allein zur Abdeckung privater Bedürfnisse und des persönlichen Konsums herangezogen werden, sondern sehr oft auch zur Finanzierung

von betriebsnotwendigen Investitionen. Im Bericht wird zum Beispiel auch auf die Einbußen im Fremdenverkehr hingewiesen. Die Urlaubsreisen ins Ausland sind stark angestiegen, wird hier vermerkt. Ich persönlich möchte hier anmerken, daß die Bauern dazu nicht beigetragen haben.

Als nun im Sommer dieses Jahres der Grüne Bericht über das Jahr 1994 über die Medien der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, wobei natürlich besonders der Einkommenszuwachs von 11 Prozent herausgestrichen wurde - man wurde ja direkt angesprochen bitte, auch von der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung, 11 Prozent, das sei ja enorm - gab es in der Bauernschaft Unruhe, Kritik und Verärgerung. Und, Herr Kollege Schütz, ich werde Dir jetzt auch sagen, warum. Zum ersten, weil es der Korrektheit halber einen Hinweis auf die zwei sehr negativen Vorjahre hätte geben müssen. Weil nämlich diese Werte in bezug auf das Vorjahr gesehen werden müssen. Und das waren eben äußerst schlechte Jahre. Und zum zweiten, weil der mit 1. Jänner 1995 erfolgte EU-Beitritt Österreichs für die Bauern zu Preiseinbußen bei ihren Produkten in einem Ausmaß geführt hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, welcher die Erwartungen in negativer Hinsicht bei weitem übertroffen hat. Und das haben natürlich die Bauern im Juli des heurigen Jahres mit aller Härte und mit aller Wucht gespürt. Und gerade zu diesem Zeitpunkt mit einer Meldung über 11 Prozent Einkommenszuwachs zu kommen, das hat natürlich Unruhe und Verärgerung bei den Bauern hervorgerufen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Getreidepreise sind ja bis zu 60 Prozent gefallen. Roggen zum Beispiel, dieser wird im Waldviertel angebaut, verzeichnete 63 Prozent Preiseinbuße, Raps mehr als 50 Prozent. Und die Bauern mußten feststellen, daß der Erlös für ihre gesamte Ernte in diesem Bereich, Getreide - Raps, rund 40 Prozent des Betrages ausmachte, den sie im Vorjahr - nämlich im Jahr 1994, worüber der gegenständliche Bericht handelt - erzielten. Wobei die Ernte von der Menge her ohne weiteres vergleichbar ist. Es gibt hier regionale Schwankungen, die sind aber nicht sehr groß. Obwohl die Ernte 1995 von der Menge her, ich betone es nochmals, ohne weiteres mit 1994 vergleichbar ist, beträgt der Erlös 40 Prozent des Vorjahres.

Es haben sich aber auch die Viehpreise bei Rindern, Schweinen, Geflügel und es hat sich auch der Milchpreis in einem Ausmaß verringert, wie man es eigentlich nicht erwartet hat. Damit kommen viele kleinere Betriebe, Vollerwerbsbetriebe, bei welchen diese arbeitsintensiven Pro-

duktionssparten bisher die Grundlage für ihr Überleben bedeutet haben, in echte finanzielle, wirtschaftliche und existenzbedrohende Schwierigkeiten.

Jetzt könnte man sagen - und sehr viele tun dies auch - das ist ja alles halb so schlimm, es gibt ja Ausgleichszahlungen, fälschlicherweise oft auch als Förderung bezeichnet, und mit diesen Ausgleichszahlungen werden diese Einbußen ja ausgeglichen. Es ist ja nun auch tatsächlich so, daß sowohl bei den Verhandlungen in Brüssel, bei welchen die berechtigten Forderungen der Bauernvertretung nach Übergangsfristen nicht akzeptiert wurden - mit dem Hinweis auf das Binnenmarktmodell wurden diese Forderungen nicht akzeptiert - als auch bei den anschließenden Verhandlungen auf nationaler Ebene wichtige, notwendige und für uns unverzichtbare Vereinbarungen zur Absicherung der bäuerlichen Landwirtschaft in Österreich vereinbart wurden. Noch vor der Volksabstimmung am 12. Juni 1994 wurde der sogenannte Europavertrag mit den Unterschriften des Bundeskanzlers, der zuständigen Ressortminister, Landeshauptleute und auch der Sozialpartner abgeschlossen. Er sollte über vier Jahre sowohl die dauerhaften Förderungen, die degressiven Ausgleichszahlungen, die es ja nach vier Jahren nicht mehr geben wird, als auch die Finanzierung der Maßnahmen im Bereich des Umweltprogrammes, genannt ÖPUL, regeln. Unter Ziffer 22 dieses Abkommens heißt es: "Die im österreichischen Umweltprogramm vorgesehenen Maßnahmen gemäß EU-Verordnung 2078 werden umgesetzt." Klar und eindeutig! Eineinhalb Jahre später bedeuten nun die Forderungen der SPÖ in diesen Bereichen einen eindeutigen Wort- und Vertragsbruch. Es wird das Europaabkommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, in seiner Gesamtheit in Frage gestellt.

Wenn man sich hier übrigens vor Augen führt, was im Zuge der Budgetverhandlungen, die gescheitert sind, das wissen wir alle, von seiten der SPÖ in diesem Bereich der Landwirtschaft gefor-

dert wurde: Drei Milliarden Einsparungen bei den EU-bedingten Ausgleichszahlungen, drastische Anhebungen der Einheitswerte um 45 Prozent und weitere 10 Prozent in den Folgejahren. Ich möchte das noch einmal ganz besonders hervorstreichen. Die Erhöhung der Einheitswerte um 45 Prozent, Herr Kollege Schütz, und weitere 10 Prozent in den Folgejahren. Der Kollege Marchat hat hier die Forderung erhoben, daß eigentlich die Einheitswerte gesenkt werden müßten. Ich gestehe ehrlich zu, ich schließe mich dieser Forderung an, weil sie hier berechtigt ist. *(Beifall bei Abg. Marchat.)*

Eine Erhöhung der Einheitswerte um 45 Prozent obwohl, wie Du richtig gesagt hast, der Einheitswert hier das Kriterium ist, nach dem alle Abgaben, die Steuern, die Sozialversicherungsbeiträge letztendlich berechnet werden. Dazu eine Erhöhung der Pensionsversicherungsbeiträge um 35 Prozent. Es ist heute auch schon hier gesagt worden, daß es im Sommer dieses Jahres Bauern gab, die zur Finanzierung dieser Pensionsversicherungsbeiträge Kredite aufnehmen mußten. Ich möchte nur darauf verweisen, daß der Prozentsatz, nach dem diese Pensionsversicherungsbeiträge aus der Landwirtschaft eingehoben werden, 12,5 Prozent des Einkommens beträgt. Also hier liegen wir höher als zum Beispiel viele Bereiche im Arbeitnehmerbereich, mit 12,5 Prozent. Zu einem Zeitpunkt daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, da die Landwirtschaft durch diese schon erwähnten massiven Preiseinbußen schwer um ihre Existenz zu kämpfen hat, diese Forderungen aufzustellen, das ist äußerst unseriös, möchte ich sagen. Das ist einer staatstragenden Partei unwürdig und auch sehr unfair! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ja, man könnte auch sagen zu diesen Forderungen, die ja ursprünglich nicht bei den Budgetverhandlungen am Tisch gelegen sind, die sind damals erst nach dem SPÖ-Parteitag gekommen, da war die Richtung klar vorgegeben, wohin es gehen muß zu diesen Forderungen bitte, über die man meiner Meinung nach auf der SPÖ-Seite genau gewußt hat, daß die Volkspartei sicher niemals mitgehen wird, weil sie eben einfach im Interesse dieses Berufsstandes nicht mitgehen kann, muß man sagen, vielleicht wollte man es damit auf einen Bruch dieser Budgetverhandlungen ganz bewußt ankommen lassen. *(Heftige Unruhe bei Abg. Dr. Bauer.)*

Herr Klubobmann Dr. Bauer! Mich würde wirklich ehrlich Deine Meinung darüber interessieren, ob Du glaubst, daß bei diesem Spektrum der Erhöhung der Einheitswerte um 45 Prozent, der Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge um 35 Prozent, Kürzungen bei den Ausgleichszahlungen um

3 Milliarden, ob Du glaubst, daß von unserer Seite diese Vorschläge annehmbar gewesen wären. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Bauer: Das glaubt Euch doch nicht einmal einer in der eigenen Partei! - Zwischenruf bei Abg. Kautz.)*

Herr Kollege Kautz, Du hast nicht aufgepaßt! Ich habe gerade erwähnt, daß die Sozialversicherungsbeiträge bei den Bauern 12,5 Prozent von der Berechnungsgrundlage betragen. Da liegen wir höher als andere Berufe, mit 12,5 Prozent. Das ist die Wahrheit! *(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)*

Herr Kollege Kautz, ich dachte, Du wüßtest, warum das so ist, bitte. Das weißt Du doch, nicht? Das brauche ich ja gar nicht hier besonders zu erwähnen. Daß viele junge Menschen, die hier aus der Landwirtschaft kommen, längst in anderen Bereichen ihre Beiträge einzahlen, während wir in der Landwirtschaft ein sehr ungünstiges Verhältnis haben. Es kommen mittlerweile auf einen beitragszahlenden Bauern 1,2 Prozent der Pensionisten. Aber anscheinend, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist Klassenkampf wieder "in" in dieser Partei. *(Abg. Kautz: Die Wahrheit darf man halt nicht sagen!)*

Ja, ich bin ja gerade dabei die Wahrheit zu sagen. Das "Feindbild Bauer" wird wieder hervorgeholt aus der Mottenkiste oder, Herr Kollege Keusch, und das wird Dir persönlich sehr entgegenkommen, ein deutlicher Linksruck in dieser Partei ist erkennbar. Aber damit wirst ja Du sehr wohl sehr gut einverstanden sein. *(Abg. Keusch: Reden Sie doch einmal über das Geld, das verwirtschaftet worden ist bei den Molkereien und Genossenschaften. Und dann sperrt man einfach zu. Und wir werden dann eines Linksruckes bezichtigt. Das ist ein Skandal, was Sie da machen!)* Auf die unqualifizierten Äußerungen des Kollegen Keusch möchte ich nicht eingehen. Ich kenne ihn ja schon, bitte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich würde mir nur erwarten, daß der Herr Klubobmann Dr. Bauer, der ja allein von seinem Namen her bitte prädestiniert ist, in dieser Partei eine positive Einstellung zur Landwirtschaft hervorzurufen, daß er sich in dieser Richtung mehr bemüht. Das würde ich mir wünschen, bitte, Herr Kollege. *(Abg. Dr. Bauer: Du kannst Dich verlassen, daß es keinen "Bauernkrieg" geben wird!)* Also, Du wirst in dieser von mir gewünschten Richtung tätig werden. Ich nehme das sehr erfreut zur Kenntnis.

Zu der von der SPÖ geforderten sozialen Staffelung, ich glaube, auch dazu sollte man etwas sagen. Die Agrarförderungen, insbesondere

im Bereich des Umweltprogrammes ÖPUL und im Bereich der Übergangshilfen für die Landwirtschaft, widersprechen eindeutig dem EU-Recht und sind auf Grund der direkten Wirksamkeit von Ratsverordnungen und Kommissionsentscheidungen rechtswidrig. Es ist ganz eindeutig: Diese gewünschte und geforderte soziale Staffelung widerspricht eindeutig dem EU-Recht und ist damit rechtswidrig. Regelungen, die die Förderungshöhe für die Umweltleistungen nach den ÖPUL-Programmen nachträglich beschränken wollen, oder die Umweltleistungen und die degressiven Ausgleichszahlungen sozial staffeln wollen, verstoßen nicht nur gegen die politischen Versprechungen, die den Bauern vor dem EU-Beitritt gegeben wurden, sondern - ich möchte das ganz besonders noch einmal betonen - sondern widersprechen auch dem geltenden EU-Recht.

Nach dem von der SPÖ vorgelegten Junktim zwischen Umweltförderung und Förderungsobergrenzen könnten Ackerbaubetriebe lediglich bis 20 ha Größe mit der vollen Förderung rechnen, Biobetriebe können bis zu 30 ha voll gefördert werden. Darüber hinaus gäbe es keine Umweltförderung mehr. Die 5b-Förderungsprogramme, Förderung in den benachteiligten Gebieten, sind meiner Meinung nach auch ganz besonders wichtig und hier auch ganz klar im Bereich der EU-Agrarpolitik verankert, ebenso wie Investitionsförderungen oder auch Währungsausgleichsmaßnahmen, auch diese sind für uns wichtig, wenn man etwa an die Abwertung der Lire denkt und welche Probleme wir dadurch hatten bei den Agrarexporten in den oberitalienischen Raum. All das käme für keinen dieser Betriebe über 30 Hektar mehr in Frage. Ich bin überzeugt, daß das ein eklatanter Bruch des Europaabkommens ist und eine extreme Benachteiligung der österreichischen Bauern auch gegenüber der EU-Konkurrenz. Das würde dazu führen, daß die überwiegende Mehrheit der österreichischen Betriebe hier echt in Schwierigkeiten käme und existentielle Probleme hätte.

Und es handelt sich auch um keine soziale Staffelung, weil hier kein kleiner Bauer auch nur um einen Schilling mehr bekommen würde, bitte. Das möchte ich auch hier besonders erwähnen. Das wird ja fälschlicherweise so dargestellt, als würde hier den Großen etwas genommen, was die kleineren Betriebe zusätzlich bekommen würden. So ist es ja bitte nicht. Man will nur von oben wegnehmen, ohne daß kleinere Betriebe zusätzlich etwas bekommen würden. Und das würde bitte auch ganz besonders die

Nebenerwerbsbauern treffen, weil denen ja das außerlandwirtschaftliche Einkommen angerechnet wird! Und, wenn man hier diese Grenzen ganz brutal einführt, würden auch die zu einem großen Teil aus den Förderungen herausfallen. Das können und das werden wir nicht akzeptieren, das möchte ich hier klar und eindeutig deponieren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Um die vielfältigen und unverzichtbaren Leistungen, welche unsere Bauern im Interesse und zum Wohle aller Mitbürger erbringen, von der Lebensmittelproduktion bis zur Landschaftspflege, die nicht nur unumstritten sind, sondern laut Umfragen auch einen sehr hohen Stellenwert bei den Österreicherinnen und Österreichern haben, auch für die Zukunft zu sichern und zu gewährleisten, ist es notwendig, die Bauern nicht durch parteitaktisches Gezänk und Klassenkampf noch mehr zu verunsichern. Sondern vielmehr gegebene Versprechen einzuhalten und staatspolitisches Verantwortungsbewußtsein letztendlich auch in Wahlzeiten, auch in Wahlzeiten an den Tag zu legen. Das Wecken von Neidgenossenschaften, wie zum Beispiel von Klubobmann Kostelka - nicht vom Klubobmann Dr. Bauer bis jetzt, aber von Klubobmann Kostelka - eindeutig betrieben, das Wecken von Neidgenossenschaften und klassenkämpferische Aussagen, die hier von Klubobmann Kostelka eindeutig kommen, sind auf das Schärfste zurückzuweisen. Und Herr Kollege Keusch, ich bin überzeugt, daß diesem Wecken von Neidgenossenschaften letztlich nicht der parteipolitische Erfolg beschieden sein wird. *(Abg. Keusch: Ich akzeptiere das! Aber ein Wettbewerb wird einkehren müssen in der Landwirtschaft!)*

Ein kurzes Wort möchte ich zum Herrn Kollegen Haberler sagen. Er hat sich anscheinend als ein großer Fan Oberösterreichs gezeigt. Das sei ihm unbenommen, Oberösterreich ist ein wunderschönes Land. Aber seine Meinung, sämtliche Förderungen in einem agrarischen Bereich wären dort um Häuser besser als bei uns, entspricht natürlich in keinster Weise den Tatsachen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Haberler! Es gibt in Niederösterreich 30.000,- Schilling zusätzlich zur Wohnbauförderung in diesem Bereich. In Oberösterreich gibt es meines Wissens das nicht. Wir haben in Niederösterreich, das mußt Du Dir genau anschauen, 70 kleinregionale Fernheizwerke. Das ist eine stattliche Anzahl und sie sind mit beachtlichen Landesmitteln auch gefördert worden, weil das ein Schwerpunkt der Agrarpolitik des Landesrates Blochberger ist. Hier ist uns einiges gelungen. Ich stehe ja nicht an zu sagen, daß auch die

Oberösterreicher gut sind. Aber zu sagen, hier ist nichts geschehen, ist falsch. Ich bin Mitglied, Herr Kollege Haberler, einer RME-Genossenschaft, fahre hier seit drei oder vier Jahren in meinen Traktoren ausschließlich Raps-Methyl-Ester, bin dadurch nicht mehr so stark von der Erhöhung der Dieselölpreise betroffen, Herr Kollege Marchat, wie andere Kollegen. Wir haben bitte schon etwas gemacht. Hier ist etwas geschehen. Und man kommt aus dem Ausland und schaut sich diese Anlagen an. Also das ist ja bitte um Himmelswillen nicht richtig, daß hier in diesem Bereich nichts geschehen ist. Es gibt in Michelbach ein Windkraftwerk, das ist das größte in Österreich. Und es ist eine gute Anlage. Natürlich muß auf diesem Gebiet noch vieles geschehen. Aber es ist uns ja auch bekannt, wie schwierig hier das von der Kostensituation her ist und wie schwer diese an und für sich richtigen Ideen auch umzusetzen sind.

Zu Deinem Antrag betreffend Förderung von Hackschnitzelanlagen möchte ich sagen, daß wir mitgehen werden. Es gibt zwar in diesem Bereich schon eine Förderung, wenn aber dieser Antrag hier von Dir dazu beiträgt, daß diese Förderung verbessert wird, so soll es uns recht sein. Wir werden hier mitgehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte abschließend sagen, daß meine Fraktion den drei vorliegenden Berichten die Zustimmung geben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schütz.

Abg. SCHÜTZ (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Dem vorliegenden Resolutionsantrag der Kollegen Haberler, Kurzreiter, Marchat betreffend Hackschnitzelheizungsförderungen treten wir natürlich gerne bei. Insbesondere deshalb, weil in Brüssel verbesserte Förderungsrichtlinien aufliegen und wahrscheinlich oder sicher sogar noch im November bewilligt werden. Und wir werden natürlich hier gerne zustimmen und diesem Antrag beitreten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Landesrat Blochberger.

LR BLOCHBERGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich darf vielleicht noch ganz kurz ergänzen, weil der Abgeordnete Kurzreiter hier die Ausführungen von Abgeordneten Haberler richtiggestellt hat. Meine Damen und Herren! Sich hier an das Rednerpult zu stellen, Herr Abgeordneter ... Ich habe Verständnis für einen jungen Abgeordneten, ich gehöre diesem Haus auch schon 26 Jahre lang an und war 10 Jahre lang der jüngste Abgeordnete. Ich hätte aber wirklich an Sie die Bitte, wenn Sie ans Rednerpult treten, dann bitte informieren Sie sich auch über Richtlinien, die es in Niederösterreich gibt. Heute habe ich so den Eindruck gehabt, Sie waren irgendwo vielleicht zufällig in Oberösterreich oder haben zufällig irgendwo einen Bericht über das Land Oberösterreich zu Gesicht bekommen. Ich sage Ihnen heute hier, wir in Niederösterreich sind, gerade was die Biomasse anlangt und die Erzeugung von Energie aus Biomasse das führende Bundesland, gemeinsam mit der Steiermark. Ich bin so objektiv, daß ich sage, auch die Steirer sind mit uns gleichauf.

Der Herr Abgeordnete Kurzreiter hat darauf hingewiesen, daß es bereits über 70 kleine regionale Heizwerke gibt auf Hackschnitzelbasis, auf Strohbasis. Wir haben über 300 Millionen Schilling an Landesmitteln dort hinein investiert. Es werden jährlich auch zirka 200, 300 private Hackschnitzelheizungen vom Land Niederösterreich gefördert.

Das Problem, das sich hier darstellt im Bericht ist, daß natürlich durch die Verbesserung der Wohnbauförderung - und das ist logisch - nun die Förderung eben aus dem Wohnbauförderungstopf erfolgt. Und zwar wesentlich mehr als in Oberösterreich. Denn schauen Sie sich das an, bei uns gibt es bis zu 30.000,- Schilling für Solarheizanlagen bzw. Warmwasserbereitungsanlagen. Und es gibt auch für Wärmepumpen, für all die Dinge eben aus der Wohnbauförderung in Niederösterreich zusätzliche Kreditmöglichkeiten.

Also hier zu sagen, das Land Niederösterreich und der Landesrat wird aufgefordert, hier tätig zu werden, also Herr Abgeordneter, nicht böse sein, hier passiert täglich eine zukunftsorien-

tierte Politik. Sie müssen sich halt einmal informieren, was in diesem Land wirklich vorgeht, bevor Sie ans Rednerpult treten. (*Unruhe bei der FPÖ.*)

Zweitens möchte ich sagen, wenn hier erwähnt wird, wir sollen Energie aus Biomasse produzieren: Ganz Europa kommt nach Asperhofen und nach Starrein, sage ich Ihnen, und informiert sich über die Biodieselanlage. Dr. Barrer hat ja internationales Know-how. Ich war vor einigen Monaten in Sachsen mit dabei, als dort eine Biodieselanlage nach österreichischem Know-how errichtet wurde. Viele Biodieselanlagen sind in Planung, in Ungarn, in Kroatien und vielen anderen Staaten. Also hier zu sagen, Niederösterreich hinkt nach, das ist wirklich bei weitem übertrieben und entspricht ganz einfach nicht den Tatsachen.

Meine Damen und Herren, und jetzt könnte man hier so fortsetzen. Mein Einsatz hat immer der Energieerzeugung gegolten. Und deswegen auch meine Forderung nach einer Ökologisierung des Steuersystems. Da sind wir einer Meinung. Eine Ökologisierung des Steuersystems bringt uns hier weiter. Meine Damen und Herren! Wo keine blanken Pflugeisen mehr sind, da gibt es auch keine Arbeitsplätze mehr. Das vor allem an die Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion. Hier müssen wir wirklich gemeinsam überlegen, ob es Sinn macht, daß wir 60 Prozent der Energie nach Österreich importieren, damit CO₂-Ausstoß erzeugen und all die Probleme, die wir haben. Wir könnten doch einen Großteil dieser Energie wirklich selbst erzeugen. Mit einem Sechstel der Fläche könnte sich zum Beispiel die Landwirtschaft mit Diesel versorgen. Warum gehen wir nicht diesen Weg? Das macht doch keinen Sinn, den Bauern dafür etwas zu zahlen, daß sie nicht mehr produzieren dürfen, und umgekehrt geben wir Devisen aus für Energieimporte. (*Zwischenruf bei Abg. Marchat.*)

Die ÖVP, Herr Abgeordneter Marchat, steht auch in dieser Zeit für die Ökologisierung des Steuersystems. Das ist der einzige Punkt, wo wir sagen, eine Steuererhöhung ist hier sinnvoll. Gleichzeitig sollen aber auch die Lohnnebenkosten reduziert werden. Und, Herr Abgeordneter Haberler, wenn Sie heute den Antrag hier stellen, wenn Sie den Antrag hier stellen, daß Sie sagen, man muß hier eine verbesserte Richtlinie vorlegen, dann sage ich Ihnen, wir haben eine gute Förderung. Der Bund hat diese Förderung vor eineinhalb Jahren eingestellt. Umweltminister Barstenstein, so hoffe ich und es ist auch zugesagt, wird diese Fernwärmeförderung im nächsten Jahr von der Bundesseite her wieder eröffnen. Die Richtlinie liegt in Brüssel, sie liegt bereits in Brüs-

sel. Wir brauchen nicht zu warten, bis Sie daherkommen und einen Antrag stellen. Sie sind hier Nachläufer. Wir sind trotzdem mitgegangen, weil uns an der Sache etwas liegt und ich werde selbstverständlich nach Genehmigung dieser Richtlinie hier raschest auch eine Landesrichtlinie vorlegen.

Eines gestehe ich Ihnen zu, was die Windkraft anlangt. Hier haben wir noch Probleme. Aber auch hier gibt es das größte Werk Österreichs in Michelbach. Ich persönlich habe es am 15. August eröffnet. Dazu gibt es seit einigen Monaten zwei Arbeitsgruppen, wo die zuständige Fachabteilung mit der EVN Gespräche führt über Einspeisetarife, über den Zeitraum dieser garantierten Tarife und auch über Leitungskosten, die meines Erachtens nach nicht gerechtfertigt sind. Also hier sind wir auf einem Weg.

Ich darf abschließend noch sagen, Herr Abgeordneter, hier herzugehen und ganz einfach etwas zu behaupten, so unter dem Motto "wird schon etwas hängenbleiben", das ist typisch Ihre Art der Politik. Das ist Bierdunstpolitik. Und nicht böse sein, aber wenn Sie so weitermachen, dann werden wir Sie ganz einfach hier im Landtag zum Bierdunstgeneral ernennen. Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, die Berichterstatter haben das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. LEMBACHER (ÖVP): Ich verzichte!

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Ich verzichte!

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Wir kommen daher zur Abstimmung und ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten.

(*Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses, Ltg. 349/B-11/2, betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds, Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 1994*): Einstimmig angenommen!

(*Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses, Ltg. 368/B-9/2, betreffend Tätigkeit und Wahrnehmungen in der NÖ Land- und Forstwirtschaft*): Einstimmig angenommen!

schaftsinspektion im Jahr 1994): Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses, Ltg. 369/B-14/2, betreffend Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 1994): Mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP, des Liberalen Forums angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Zu diesem Geschäftsstück liegt ein Resolutionsantrag der Abgeordneten Haberler, Kurzreiter, Marchat und Schütz vor betreffend Landesförderung für erneuerbare Energie und Förderung von Hackschnitzelheizungen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dirnberger, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 358/V-2/24 einzuleiten.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf zu diesem Geschäftsstück berichten. Der Landtag von Niederösterreich hat am 29. Juni 1995 das erste EU-Anpassungsbudget 1995 beschlossen. Dieses hatte im wesentlichen den Anteil Niederösterreichs am Mitgliedsbeitrag Österreichs zur Europäischen Union und die Förderung der Landwirtschaft im damals bekannten Ausmaß zum Inhalt. Gleichzeitig wurde festgehalten, daß weitere budgetäre Anpassungen in einem zweiten Schritt durchgeführt werden können, sobald das endgültige Gesamterfordernis für die Landwirtschaft feststeht.

Förderung der Landwirtschaft:

Wie schon im 1. EU-Anpassungsbudget 1995 berichtet, wurde die Förderung der Landwirtschaft aus Anlaß des EU-Beitrittes im Europa-Abkommen der Regierungsparteien vom 22. April 1994 fixiert. Damit steht der Landwirtschaft von 1995 bis 1998 insgesamt ein Betrag von 117,2 Mrd. S zur Verfügung. Davon entfallen 54,5 Mrd. S auf Zahlungen der EU und 62,7 Mrd. S auf innerstaatliche Leistungen. Von den 62,7 Mrd. Schilling entfallen 40 Mrd. S auf die "permanenten Agrarförderungen" (Förderungsschwerpunkte) für die Jahre 1995-1998. Diese werden vom Bund und von den Ländern im Verhältnis 60 : 40 getragen. Demnach

entfallen auf die Länder für den vierjährigen Zeitraum 16 Mrd. S, in einem Jahr 4 Mrd. Schilling. Daraus ergibt sich für Niederösterreich eine Quote, welche vom Umfang der einzelnen Förderungsschwerpunkte in Niederösterreich im Verhältnis zu Gesamtösterreich abhängig ist. Diese beträgt 27,7 %. Daraus errechnet sich in diesem Jahr ein zusätzlicher Bedarf für Niederösterreich von S 1.085,088.000.

Aus dem laufenden Voranschlag 1995 stehen im Landwirtschaftsbereich noch 88,1 Mio. S zur Verfügung, welche für Maßnahmen im Rahmen der EU-Landwirtschaftsförderung herangezogen werden können. Der angeführte Bedarf von S 1.085,088.000 reduziert sich daher um diese Summe auf S 996,988.000. Die Aufteilung dieses Betrages auf die einzelnen Maßnahmen bzw. Voranschlagsstellen ist in der Beilage A ersichtlich.

Um eine möglichst hohe Flexibilität bei der Bewirtschaftung dieser Mittel zu gewährleisten, werden die Voranschlagsstellen gegenseitig deckungsfähig erklärt. Da es sich weiters um mehrjährige Programme handelt, sollen nicht verbrauchte Kreditreste über Rücklagen der Verwendung in den nächsten Jahren zugeführt werden können. Damit ist die Möglichkeit eröffnet, EU-Förderungsmittel für Niederösterreich im größtmöglichen Ausmaß anzusprechen.

Sonstige Anpassungen:

Darüber hinaus ergibt sich seit der Erstellung des Landesvoranschlages für das Jahr 1995 durch verschiedene Umstände, die in der Beilage B näher erläutert werden, die Notwendigkeit, Kredite des Voranschlages 1995 anzupassen bzw. neue Kredite zu bewilligen, wobei die Mehrausgaben durch Minderausgaben und Mehreinnahmen in der gleichen Höhe bedeckt und daher abgangneutral sind. Aufgrund der bisherigen Entwicklung der Steuereinnahmen des Bundes muß damit gerechnet werden, daß die präliminierten Budgetzahlen beträchtlich unterschritten werden. Das bedeutet, daß aufgrund des Finanzausgleiches auch beim Land Niederösterreich die Einnahmen aus Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben und in der Folge auch die Landesumlage sowie der Ertragsanteilkopfquoten-Ausgleich deutlich unter der erwarteten Höhe bleiben. Der Einnahmefehl ist in der Hauptsache auf die Umstellung der Einfuhrumsatzsteuer auf Erwerbsteuer für innergemeinschaftliche Lieferungen im Zuge des EU-Beitrittes zurückzuführen, was bei Erstellung des Landesvoranschlages 1995 im Herbst 1994 noch nicht berücksichtigt werden konnte.

Die Mindereinnahmen betragen

insgesamt S 568,182.000
und ergeben mit der EU-Land-
wirtschaftsförderung von S 996,988.000
den Gesamtabgang von S 1.565,170.000

Ich darf daher namens des Wirtschafts- und
Finanz-Ausschusses folgenden Antrag stellen
über die Vorlage der Landesregierung betreffend
EU-Anpassungsbudget 1995 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Das 2. EU-Anpassungsbudget des Landes
Niederösterreich für das Jahr 1995 wird mit
nachstehenden, in Beilage A aufgeschlüssel-
ten Gesamtbeträgen genehmigt:

Einnahmen	S -354,362.000
Ausgaben	S 1.210,808.000
Abgang	S 1.565,170.000

Damit ergibt sich folgender Gesamtvorschlag 1995:

	2. EU-Anpassungsbudget 1995	Voranschlag 1995 (inkl. 1. EU-Budget)	Gesamtvoranschlag 1995
	Beträge in S	Beträge in S	Beträge in S
EINNAHMEN			
Ordentlicher Teil	-354,362.000	38.766,627.000	38.412,265.000
Außerordentlicher Teil	0	611,408.000	611,408.000
Gesamteinnahmen	-354,362.000	39.378,035.000	39.023,673.000
AUSGABEN			
Ordentlicher Teil	1.213,669.000	44.465,158.000	45.678,827.000
Außerordentlicher Teil	-2,861.000	1.594,681.00	1.591,820.00
Konjunkturausgleichsteil		160,000.000	160,000.000
Gesamtausgaben	1.210,808.000	46.219,839.000	47.430,647.000
ABGANG			
Ordentlicher Teil	1.568,031.000	5.698,531.00	7.266,562.000
Außerordentlicher Teil	-2,861.000	983,273.000	980,412.000
Konjunkturausgleichsteil	0	160,000.000	160,000.000
Gesamtabgang	1.565,170.000	6.841,804.00 0	8.406,974.000

2/45914
2/64902

1/45914
1/64902

2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt,
soweit der Abgang von S 1.565,170.000 nicht
durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben
gedeckt ist, Anleihen, Darlehen und sonstige
Kredite im erforderlichen Ausmaß aufzuneh-
men.

3. Abschnitt IV Punkt 1 des Landtagsbeschlus-
ses über den Voranschlag 1995 'Zweckwid-
mung' wird wie folgt ergänzt:
Im ordentlichen Teil des Voranschlages wer-
den bei folgenden Teilabschnitten die Ein-
nahmen für Ausgaben als zweckgebunden
erklärt:

Einnahmen	für	Ausgaben
2/41073		1/41073

4. Abschnitt V Punkt 2 des Landtagsbeschlus-
ses über den Voranschlag 1995 'Deckungs-
fähigkeit einzelner Sachausgaben' wird wie
folgt ergänzt:

Im ordentlichen Teil des Voranschlages wer-
den die Sachausgaben folgender Teilab-
schnitte als gegenseitig deckungsfähig er-
klärt:

1/77108, 1/77118, 1/77119 und 1/77140
1/74901, 1/74902, 1/74903, 1/74904,
1/74905, 1/74906, 1/74907, 1/74908 und
1/74909.

5. Abschnitt VI des Landtagsbeschlusses über
den Voranschlag 1995 'Übertragbarkeit von
Kreditresten' wird wie folgt ergänzt:
Bis zum Ende des Haushaltsjahres nicht ver-

brauchte Mittel für EU-Förderungen bei den Teilabschnitten 1/74901 bis 1/74909 können Rücklagen zugeführt und ohne neuerliche Genehmigung des Landtages für die gleichen Zwecke verwendet werden.

6. Der Bericht und die Erläuterungen (Beilage B) werden genehmigend zur Kenntnis genommen.
7. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung dieses Landtagsbeschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Danke für den Bericht und Antrag. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort ist gemeldet der Herr Landesrat Mag. Freibauer.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Zuerst zum EU-Anpassungsbudget 1995 im engeren Sinne. Wie der Berichterstatter ja jetzt ausführlich berichtet hat, sehen wir, daß das EU-Anpassungsbudget, es ist ja das zweite in diesem Jahr, drei wichtige Punkte enthält. Der erste Teil beschäftigt sich mit der Bereitstellung der Landesmittel für den zweiten Teil der Landwirtschaftsförderung 1995. Wir haben ja heuer schon einmal ein EU-Anpassungsbudget hier beschlossen, das hat sich mit den einmaligen Förderungen im Landwirtschaftsbereich beschäftigt. Jetzt geht es um die permanenten Agrarförderungen. Da hat Niederösterreich auf Grund der Vereinbarungen der Gebietskörperschaften und mit der EU S 1.085.000.000,- nun zur Verfügung zu stellen. Dazu kommen dann bekanntlich die Bundesmittel und die EU-Mittel. Der NÖ Budgetbeitrag erfüllt voll und ganz die Vereinbarungen des Europaabkommens und damit ist die Möglichkeit eröffnet, die EU-Förderungsmittel für die NÖ Landwirtschaft im vereinbarten Ausmaß anzusprechen.

Das ist der Stand heute. Alle anderen Beschlüsse, die darüber hinaus irgendwo angestrebt werden, verlangen natürlich wieder Vereinbarungen auch der Finanzausgleichspartner. Wenn also auf Bundesebene es zu weiteren Beschlüssen kommt, dann muß der Bund wieder mit den Finanzausgleichspartnern verhandeln und sagen, wie nun die Vereinbarungen, die EU-Vereinbarungen, insgesamt einzuhalten sind. Denn wir sind

am 1. März davon ausgegangen und haben auch auf dieser Basis abgeschlossen, daß insgesamt in vier Jahren rund 117 Milliarden für die Landwirtschaftsförderung in Österreich zur Verfügung gestellt werden. Das war für uns eine Summe und die ist dann zu unterteilen auf Jahre, auf Bundesländer, auf Gebietskörperschaften und wie immer. Das ist der Stand heute.

Es hat übrigens Leute gegeben, die haben mir im Juni schon gesagt, wie das alles sein wird und daß ich eigentlich alle Zahlen schon kennen müßte. Ich glaube, heute ist der Beweis erbracht, daß man heute nicht einmal noch weiß wie die einzelnen Förderungsteile in Schilling wirklich ausschauen. Aber das ist ja ein anderes Kapitel.

Der zweite Teil des Anpassungsbudgets beschäftigt sich mit dem Einnahmefall in Höhe von 568 Millionen. Das ist schmerzlich für einen Finanzreferenten, wenn er feststellen muß, daß die Steuerschätzungen, die mitgeteilt werden, dann nicht halten. Warum kam es dazu? Weil EU-bedingt Steuerumstellungen notwendig waren und im Jänner und Februar eine Einfuhrumsatzsteuer nicht eingehoben werden konnte. Und das wirkt sich aus im Bundesland Niederösterreich mit einem Ausfall von 568 Millionen. Das ist der Hauptgrund dieses Steuerausfalles. Der ist nun berücksichtigt in unserem Budget, wie das im Sinne der Budgetwahrheit notwendig ist.

Der dritte Teil enthält abgangsneutrale Umschichtungen im Ausmaß von 378 Millionen. Bezüglich dieses dritten Teiles möchte ich erinnern an meine Budgetrede im Dezember des Vorjahres und an die Budgetverhandlungen im September des Jahres 1994. Im Herbst 1994 habe ich also angekündigt, daß es im Jahre 1995 keinen Nachtrag geben wird, der zu einer Vergrößerung des Haushaltsabganges führt. Und durch strenge Budgetverwaltung werden wir dieses Ziel auch

erreichen. Es wird am Ende des Jahres das vom Landtag genehmigte Ausgabenvolumen nicht nur eingehalten, sondern - ich kann das heute noch einmal hier vor dem ganzen Landtag und nicht nur vor dem Finanzausschuß sagen - es kann mit sehr großer Sicherheit damit gerechnet werden, daß Einsparungsmaßnahmen von 500 Millionen Schilling im Lauf dieses Jahres sich positiv auswirken werden und daß der Abgang um diese 500 Millionen niedriger sein wird. Das ist eine Leistung aller Regierungskollegen hier im Land Niederösterreich, durch die von den bereits vom Landtag genehmigten Ansätzen eben diese Summe von 500 Millionen im Lauf dieses Jahres eingespart wurde. In Anbetracht der angespannten Situation, in der wir uns befinden, möchte ich noch einmal sagen, das ist eine außerordentliche Leistung aller Regierungskollegen. Und ich bin froh als Finanzreferent, daß diese Einsicht vorhanden ist und daß wir damit den Abgang um diese Summe vermindern können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist natürlich ganz etwas anderes als das, was die FPÖ bei Pressekonferenzen und Aussendungen über diese Situation schreibt. Ich möchte all die Worte nicht wiederholen, es ist schade darum. Aber, Herr Klubobmann, wenn wir am Gang stehen und miteinander reden und eine halbe Stunde später kommt aus der gleichen Quelle dann eine Aussendung, die das alles wieder enthält, was wir vorher besprochen haben. Also, von "Schwindelbudget" kann man eigentlich nicht reden. Sie haben diesen Begriff mir gegenüber, zumindest habe ich den Eindruck gehabt, zurückgezogen. Daß also unser Budget kein Schwindelbudget ist. Und alle anderen Ausdrücke; wenn ich die jetzt wiederhole, stehen sie wieder da im Protokoll. Ich wiederhole sie nicht. Ich möchte aber doch eingehen auf ein oder zwei Aussagen des Herrn Klubobmannes. Klubobmänner haben bei mir schon ein hohes Ansehen. Ich war selber einmal Klubobmann und ich erinnere mich noch daran. Ich weiß, was Klubobmänner zu verantworten haben. Und da denke ich an Ihre Vorgänger, die waren "Sirs" dagegen, das möchte ich schon sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine der letzten Aussendungen heißt zum Beispiel: "Als ungeheuerliche politische Entgleisung bezeichnete heute der freiheitliche Landesobmann Bernhard Gratzler die jüngste bewußte Falschmeldung von Landesrat Freibauer." Und jetzt geht es weiter: "Die Freiheitlichen hätten ihr entschiedenes Veto gegen die im zweiten EU-Anpassungsbudget vorgesehene Agrarförderung bereits lauthals angekündigt." Also, der Text ist

überhaupt nicht von mir. Da sind zwar einige Anführungszeichen, das kann aber nur die Aussage Gratzers sein, nicht meine. Diesen Text wird man nirgends finden. *(Abg. Marchat: Der Text ist aus "täglich Alles"! Da wurde das zitiert: "Freibauer: 'Die FPÖ hat ihr entschiedenes Veto bereits lautstark angekündigt' ". Das stand sogar unter Anführungszeichen!)*

Jetzt weiß ich, jetzt ist das klar. Ich lese diese Zeitung nicht, ich habe diese Zeitung auch nicht informiert, ich habe auch dort die Anführungszeichen nicht gesetzt. *(Abg. Marchat: Dann müssen Sie klagen, wenn das nicht stimmt!)* Aber, Herr Marchat. Sie sind vielleicht ein "Streithansl", der einmal irgendwen klagt, ich nicht. *(Unruhe im Hohen Hause.)* "Lauthals" ist auch nicht mein Stil. "Lauthals" ist Ihr großer Führer der F-Bewegung, der Schutzpatron namens H.J., aber ich bin nicht lauthals. Das wollen wir einmal festgestellt haben.

Ich will aber dieser Aussage, die da steht, sehr wohl meine Presseaussendung entgegenstellen. Sie können alle meine Presseaussendungen nachlesen. In meiner Presseaussendung steht etwas, das ich hier noch einmal betone, weil es voll und ganz richtig ist. Da steht nämlich: "Mit dem 2. EU-Anpassungsbudget werden die Förderungszusagen an die NÖ Bauern wie versprochen voll und pünktlich erfüllt. Das 2. EU-Anpassungsbudget wird am 9. November vom NÖ Landtag mit großer Mehrheit beschlossen werden. Nur die FPÖ verweigert mit ihrer Ablehnung die Beschaffung der notwendigen Finanzmittel." Haben Sie hingehört, was ich gesagt habe? Sie sagen im Finanzausschuß und heute wahrscheinlich genauso wieder, ich darf das Geld ausgeben für die Landwirtschaftsförderung. Und den anderen Punkten, jenen davor und danach, stimmen Sie nicht zu. Doch was bedeutet die Ablehnung der anderen Punkte? Sie verweigern damit die Beschaffung der notwendigen Finanzmittel! Das ist ein Leichtes: Ich kann immer sagen, ich gebe Dir einen Tausender und ich sage nicht dazu, woher. Diese Methode betreiben Sie. Und das ist Ihre zwiespältige Haltung gegenüber unseren Bauern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und daß sich "Freibauer nicht immer bedingungslos an die Wahrheit klammere" - ich weiß nicht, wer der Erfinder dieser Formulierung ist, wahrscheinlich der Sekretär, weil das kann einem Klubobmann gar nicht so einfallen - das würde auch aus seinem EU-Anpassungsbudget hervorgehen. Und so geht das weiter, mit "Horror" und "Schwindel" etc. Ich möchte Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen: Bei der Budgeterstellung für das Jahr 1995 haben wir gesagt, dieses Budget enthält alles, was wir zu diesem Zeitpunkt miteinan-

der wissen. Und es steht sogar drinnen in dem Budget, daß selbstverständlich zum gegebenen Zeitpunkt die Anpassungen kommen müssen. Ein EU-Anpassungsbudget wird also dann kommen, wenn wir Bescheid wissen, was das ausmacht. Und so war es. Es kam nun zu einem ersten und einem zweitem EU-Anpassungsbudget. Es ist aber zu keinem Nachtrag gekommen, der in übrigen Bereichen unser Defizit vermehrt hätte. Und damit haben wir Wort gehalten. Und es ist nicht so, wie Sie behaupten, daß ich nicht ein wahrheitsliebender Mensch wäre. Auf Ihren Plakaten steht das ja auch immer, mit der Wahrheit und mit Lügen haben die zu tun. Aber lassen Sie mich aus dem Kraut dabei, kann ich mir nur wünschen.

Ich komme jetzt zu einem weiteren Punkt, der aus aktuellem Anlaß hierher gehört. Nachdem sich ein Finanzreferent nicht zu oft melden soll, sage ich das auch gleich jetzt in einem. Wir haben am 6. November 1995, also jetzt am Montag, neuerlich, in diesem Jahr schon zum x-ten Mal, Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und diesmal auch mit den Sozialversicherungsträgern im Wiener Rathaus geführt. Und zwar unter dem Vorsitz des Herrn Finanzministers und in Anwesenheit der Bundesminister Hums und Krammer. Und wir haben uns - und das ist beachtenswert - dort auch in allen Punkten geeinigt. Das schreiben ja die meisten nicht und man redet auch nicht viel davon, aber es ist doch in so schwierigen Zeiten eine Leistung, daß sich Finanzausgleichspartner wirklich wie Partner verhalten und hier miteinander auch die notwendigen Vereinbarungen treffen.

Wir haben uns geeinigt über das Kapitel Wohnbauförderung. Warum war dies notwendig? Weil mit Erkenntnis vom 28. September 1995 der Verfassungsgerichtshof ja einen Teil des Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetzes aufgehoben hat und natürlich damit die Gefahr verbunden war, daß mindestens die Hälfte der Wohnbauförderungsmittel auf einem Sonderkonto liegen bleibt und nicht verteilt werden kann. Und das hätte verheerende Auswirkungen auf die Bauwirtschaft und auf den Wohnungsbau gehabt in allen Bundesländern. Ich selbst konnte also hier wesentlich dazu beitragen, daß es zu einem Kompromiß gekommen ist. Man muß auch die anderen Partner verstehen. Man muß wissen, was kann ich den Wienern zumuten. Denn alle haben ja Wünsche an das Bundesland Wien. Wien hat ja jetzt 26,4 Prozent der Mittel und Niederösterreich hat zum Beispiel 16,4 Prozent der Mittel bei ungefähr gleicher Bevölkerungszahl. Und so geht es den anderen Bundesländern auch. Mein Kompromiß-

vorschlag wurde akzeptiert: 93 Prozent des gesamten Topfes werden ausgeschüttet nach den Richtlinien wie jetzt üblich, und 7 Prozent kommen auf ein Sonderkonto. Und wir werden uns im Jahr 1996 über einen neuen Schlüssel einigen und dann noch über die 7 Prozent verfügen. *(Abg. Gruber: Auf welches Bundesland fallen die 7 Prozent?)*

Auf alle. Das ist nicht einzeln angelastet sondern fällt auf ein Sonderkonto aller Bundesländer miteinander. Und wir werden nach Einigung über einen neuen Schlüssel das mit 1. Jänner rückwirkend wieder verrechnen. Man muß ja annehmen, daß das nicht in einem Jahr bewältigt werden kann, sondern eine Etappenlösung sein muß. Die Einigung kann jedenfalls positiv bewertet werden.

Auch der zweite Punkt, die Finanzausgleichsverlängerung ist ganz wichtig. Das war nämlich hier mit einigen Nebenthemen behaftet. Zum Beispiel war die Siedlungswasserwirtschaft einer der Punkte. Wir haben uns darauf geeinigt, daß im Jahre 1996 der Siedlungswasserwirtschaft keine Mittel aus dem Finanzausgleich zugeführt werden. Das heißt nun nicht, die dürfen nicht mehr bauen und das Bauvolumen wäre gefährdet. Nein. Dort liegen vielmehr soviel Rücklagen der Gebietskörperschaften, des Bundes, der Länder und der Gemeinden, daß man eben im Jahr 1996 keine Mittel zuweisen muß. Und am Ende des Jahres 1996 ist trotzdem noch über eine Milliarde sozusagen auf Rücklage. Das ist einmal das eine. Auf diese Rücklagen komme ich dann zurück, wenn ich von der Krankenhausfinanzierung rede. Es ist nämlich alles miteinander verbunden. Wenn man über das eine Kapitel redet, muß man immer an die anderen denken. So ist es einmal beim Finanzausgleich.

Es ist dann auch geredet worden über die Lehrerbesoldung, über die Kraftfahrzeugsteuer, über die Mineralölsteuer, alles natürlich mit Einigung. Und über das Finanzausgleichspaktum. Wir haben uns wieder darauf verständigt, ein Finanzausgleichspaktum abzuschließen. Es ist ein Unterschied, ob wir uns treffen und halt was beschließen und sagen, jedes einzelne Land soll dann zustimmen oder nicht. Ein Finanzausgleichspaktum hat auch vor Höchstgerichten einen ganz besonderen Stellenwert, weil da die Absicht der Partner zum Ausdruck kommt, wie wollen wir das eigentlich bewerkstelligen. Und in diesem Paktum steht drinnen, daß die Vereinbarung von jetzt, vom November auch vollinhaltlich das Ergebnis des Finanzausgleichspaktums vom 1. März 1995 enthalten soll. Da ist die gesamte EU-Finanzierung

enthalten. Und eine Festlegung, daß Gesetze und Verordnungen, die unmittelbar finanzielle Belastungen im Krankenanstaltenwesen verursachen, jeweils nur im gegenseitigen Einvernehmen der Gebietskörperschaften beschlossen, erlassen oder geändert werden können. Das ist auch wichtig. Es ist ein Schutz sowohl der Gemeinden mit ihren Spitälern, als auch des Landes und beider gegenüber dem Bund. Also sozusagen kreuz und quer ein wechselseitiges Schützen, daß nicht neuerlich daraus Kostenschübe auf uns zukommen. In diesem Paktum enthalten ist auch all das, was wir am 27. September 1995 ausgehandelt haben. Das hat uns niemand mehr zugetraut, daß nämlich dann, wenn das so kommt, wie am 27. vereinbart, der Finanzausgleich dann weitere vier Jahre gelten soll. Also ab 1. Juli 1997 weitere vier Jahre. Das ist alles an diesem Montag vereinbart worden.

Und jetzt komme ich zum nächsten Punkt, zur KRAZAF-Verlängerung. Das war sicher der schwierigste Punkt. Warum? Die allgemeine Unzufriedenheit mit dem KRAZAF, die kennt bereits jeder, und dann nicht die Möglichkeit, zu einer Einigung zu kommen. Also auch bei Weiterbestehen der Regierung wäre das wahrscheinlich bis Jahresende nicht gelungen, muß man sagen, weil noch kein Ausgleichsmodell da war. Die Belastung der einzelnen Bundesländer nach den letzten drei Varianten, die vorgelegt wurden im September war so unterschiedlich und für Niederösterreich so groß, daß man hier nicht zustimmen konnte. Daher war die Suche nach einem zufriedenstellenden Modell noch nicht abgeschlossen.

Jetzt haben wir also verlängert, weil das die Rechtssicherheit in der Finanzierung auf Gemeindeebene, Landesebene, für private Krankenhäuser usw. wieder herstellen soll. Und das wird es ja auch damit. Es wird aber natürlich, wie immer bei der Verlängerung um das Geld gestritten, das notwendig ist, um eine Verlängerung zu erwirken. Im Jahr 1995 haben die Sozialversicherungen 1.250.000.000,- Schilling zur Verfügung gestellt, damit es zur Verlängerung für das Jahr 1995 kommen konnte. Diese haben aber jetzt festgestellt, das geht im Jahr 1996 nicht mehr. Wir haben das Geld nicht mehr. Auch die Kassen in den Sozialversicherungen sind leer. Daher mußten jetzt 1.250.000.000,- Schilling gefunden werden, sonst gibt es keine Verlängerung. Und wir haben sie gefunden: 300 Millionen aus den Sozialversicherungen und 950 Millionen aus einer Rücklage, die den Gebietskörperschaften gehört und die auf einem Sonderkonto beim Wasserwirtschaftsfonds liegt, aber im Jahr 1996 nicht benötigt wird. Ab

1997 müssen natürlich alle Partner wieder den Wasserwirtschaftsfonds dotieren. Die 950 Millionen sind von dort mehr oder weniger ausgeborgt. Sind ja zu 70 % Bundesgeld, 17 % davon sind Landesgelder und 13 % Gemeindegelder. Diese 950 Millionen und die 300 Millionen der Sozialversicherungen ergeben jene 1.250.000.000,- Schilling, mit denen der KRAZAF verlängert werden konnte. (*Abg. Gruber: Das ist Ihre Interpretation, "ausgeborgt". Es ist ein Kompromiß!*)

Ja, es ist ausgeborgt. Wir müssen es dort wieder einmal bezahlen.

Schließlich ist noch Einigung erzielt worden über die Sondernotstandshilfe. Die Gemeinden haben den Wunsch gehabt, daß diese Sondernotstandshilfe nicht mit 1. Jänner 1995, sondern erst mit 1. Mai 1995 fällig wird. Minister Hums hat in Anbetracht der übrigen Lösungen dem auch zugestimmt. Und die Gemeinden, glaube ich, sind damit zufrieden, weil viel von diesen Berufungen damit wegfällt, weil das ja eine rückwirkende Lösung war.

Und jetzt möchte ich noch einmal betonen in diesem Zusammenhang, weil mir diese Krankenhausfinanzierung - und ich glaube, allen hier im Haus und im ganzen Land - ein besonderes Anliegen ist: Ich bin fest überzeugt, daß wir die Probleme lösen können. Nur braucht man zum Lösen der Probleme auch Zeit. Und man muß vor allem offen die Positionen darlegen. Je länger man miteinander redet, umso besser versteht man natürlich auch die Sorgen des anderen. Die Wiener haben ihre berechtigten Sorgen, wie natürlich auch die Tiroler oder die Niederösterreicher oder die Burgenländer die ihren. Und natürlich auch die Bundesebene. Ich nehme also auch diese Ebene nicht aus. Es ist so, daß wir den Sozialminister durchaus verstehen und auch die Gesundheitsministerin. Jeder hat seine Anliegen und jeder hat natürlich seinen Schwerpunkt und hat den zu sehen. Doch man kommt zu Lösungen, wenn man genügend Geduld aufbringt. Und ich möchte hier noch einmal betonen, es sind da wirklich Menschen am Werk, die Lösungen suchen und die nicht irgendwo nur Parteitaktik betreiben.

Jetzt zum KRAZAF: Man kann hier ruhig behaupten, die rechtliche Situation ist mehr als kompliziert. Da denke ich immer an Ex-Bundeskanzler Dr. Sinowatz. Der hat auch immer gesagt, das ist alles so kompliziert. Beim KRAZAF stimmt das hundertprozentig. Auch die Summen, die hier partnerschaftlich finanziert werden müssen, sind beträchtlich. Denken wir nur an Niederösterreich: Der Aufwand in allen Krankenhäusern Niederösterreichs liegt im nächsten Jahr in einer Grö-

ßenordnung von 11 Milliarden. Und das soll partnerschaftlich finanziert werden. Österreichweit ist das ein Brocken von rund 100 Milliarden, also wirklich keine Kleinigkeit.

Ich weiß und ich stimme dem auch zu, es gibt eine berechtigte Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Finanzierungssystem, das KRAZAF heißt. Aber man muß natürlich auch sehen, was war vor dem KRAZAF, wie ist das Ganze entstanden, und was soll nach dem KRAZAF kommen? Und da möchte ich nur alle daran erinnern, daß im Krankenanstaltengrundgesetz des Jahres 1957 schon die Betriebsabgangsdeckung verankert wurde. Man hat damals schon gemeint, es wird ein Provisorium sein. Dann hat man den KRAZAF eingeführt. Übrigens war auch die Regelung aus dem Jahr 1957 schon irgendwo eine Nachfolge für ein Gesetz aus dem Jahre 1920. Dann hat man also den KRAZAF eingeführt mit Vereinbarungen nach Artikel 15a B-VG und hat das immer betrachtet als eine kurzfristige und kündbare Lösung. Also auf deutsch immer als ein Provisorium, bis man halt etwas Besseres findet. Und es war allen bewußt, daß in dieser KRAZAF-Regelung kritikwürdige Regelungen enthalten sind, die, wenn ich sage, es ist ein duales Finanzierungssystem oder partnerschaftliches Finanzierungssystem, den betriebswirtschaftlichen Kostenbegriff im Prinzip negieren. Oder es ist ein System der einheitlichen Pflegegebühr pro Pflegetag und nicht eine leistungsorientierte Abrechnung vorgesehen. Es ist ein System der Betriebsabgangsdeckung, welches immer den belohnt, der am schlechtesten wirtschaftet. Wer den größeren Abgang hat, der bekommt den größeren Teil aus dem gemeinsamen Fonds. Also, diese Kritik kann man üben, das sehe ich ein.

Wenn man aber den KRAZAF jetzt genauer betrachtet, dann wären eigentlich positive Ansätze vorhanden. Denn es werden ja nur 60 Prozent der Betriebszuschüsse aus dem KRAZAF nach dem Betriebsabgangsdeckungssystem vergeben. Und 40 Prozent der Mittel werden so vergeben, daß man sehr wohl Rücksicht nimmt auf Leistungsparameter. Aber diese Leistungskomponente ist eben zu schwach. Sie ist - das muß ich sagen - natürlich nicht von den Erfindern des KRAZAF so schwach gestaltet worden, sondern von allen Partnern, die in der Fondsversammlung sitzen. Dort läßt man manches nicht zu. Einmal geht es um das eine Land, einmal geht es um den Bund und so ist halt der Kompromiß dann derart, daß man auf diese Komponente immer wieder nicht so geachtet hat, wie man achten hätte sollen. Bei einer Summe von hundert Milliarden österreichweit, für die der KRAZAF steht, sind die 17

Milliarden im KRAZAF auch zu schwach. Es ist also ein Steuerungsinstrument, das funktionieren könnte, wenn es besser dotiert wäre und wenn die Leistungskomponente stärker ausgeprägt wäre.

Also seit Jahrzehnten leben wir mit Provisorien. Jetzt glaubt mancher vielleicht, man hätte eine sofortige Patentlösung schon im Sackel. Also diese hat niemand. Die hat die Bundesebene nicht und die haben auch die anderen nicht. Es wird also nichts übrig bleiben, als schrittweise an die Sache heranzugehen und schrittweise die Einführung der leistungsorientierten Spitalsfinanzierung mit modifizierter KRAZAF-Lösung weiterzuverfolgen. Das ist durchaus vernünftig, wenn man realistisch überlegt.

Das Zweite: Ein Konsens über eine praktische neue Lösung, das habe ich schon gesagt, erfordert sicher Zeit. Geduld, Geld, alles gehört dazu. Wir haben aus niederösterreichischer Sicht dabei zu bedenken, es hat auch im KRAZAF immer Länderquoten gegeben. Wir setzen, so wie andere Bundesländer auch, mehr auf ein föderalistisches System, also ein Ländermodell. Ich kann mir aber genauso ein Bundesmodell vorstellen, wenn es gerecht ist. Mir soll es recht sein, so oder so. Aber Länderquoten gibt es jetzt schon im KRAZAF und Länderquoten sind in einem Bundesstaat nichts Schlechtes. Es führt eher dazu, daß man sich miteinander verträgt. Denn das Steuern der Finanzströme, die natürlich bei einem bundesweiten Modell dann auch über die Landesgrenzen fließen, führt eben zu erheblichen Mehrbelastungen in diesem Fall. Nach letzten Vorschlägen des Ministeriums betrügen die Belastungen im Land Niederösterreich so zwischen 800 und 1.200 Millionen pro Jahr. Und das ist nicht akzeptabel. Da muß man noch Ausgleichsmechanismen finden, dann könnten wir auch darüber reden.

Ein weiteres Kapitel ist unsere Fremdpatientenfrage. Ich meine, ich will hier nicht irgendein Verhältnis vergiften. Wir haben nämlich schon eine ganz gute Gesprächsbasis zwischen Wien, Burgenland und Niederösterreich. Aber so kann es natürlich auch nicht sein, daß man sagt, die Nachbarn, also die Burgenländer und Niederösterreicher sind in Wien "Fremdpatienten". Das widerspricht allen modernen Auffassungen im Gesundheitswesen und im Sozialwesen. Und es ist sicher auch nicht so zu lösen, wie die Wiener das einmal in ihrem Wiener Krankenanstaltengesetz gelöst haben. Das ist ja sogar vom Bund beansprucht worden und war von der Verfassung her sicher bedenklich.

Drittens: Eine bundesweite leistungsorientierte Krankenhausfinanzierung ist derzeit noch nicht reif, ist nicht einföhrungsfähig. Aus einigen Äußerungen der Frau Bundesminister Dr. Krammer - und ich habe öfter mit ihr geredet im Laufe des Jahres - entstand der Eindruck auch in der Öffentlichkeit, das System einer ausschließlich leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung sei soweit ausgearbeitet, daß nur mehr die dafür erforderlichen und bereits im Entwurf vorhandenen Gesetzestexte vom Nationalrat und von den Landtagen beschlossen werden müßten. Auch wurde der Eindruck erweckt, daß mit einer leistungsorientierten Abrechnung die Finanzprobleme insgesamt gelöst wären. Das ist ein Denkfehler! Das neue Abrechnen nach Tagen oder nach Leistung ist noch keine Lösung der Gesamtfinanzierung des Krankenhauswesens. Wir haben daher, glaube ich, unser Auge auf Vorarlberg zu werfen. Dort hat man einen Schritt in die richtige Richtung getan. Dort gibt es zwar auch kein bundesweites leistungsorientiertes Abrechnungssystem, dort gibt es aber ein leistungsorientiertes Modell. Und das bringt auch schon zufriedenstellende Ergebnisse, obwohl es erst ein gutes halbes Jahr in Betrieb ist.

Es funktioniert also in einem Bundesland jetzt schon. Der Beweis ist erbracht in Vorarlberg, ohne daß man dazu irgendein Gesetz braucht. Vorarlberg hat kein Gesetz dazu gebraucht und wir brauchen auch keines in Niederösterreich. Aber es funktioniert die leistungsorientierte Abrechnung eben nicht bundesweit, weil wir da die Probleme haben von Bundesland zu Bundesland mit all diesen Finanzströmen. Und ich möchte am besten jetzt sagen, das Beispiel Vorarlberg, das gibt etwas her. Wir sollten uns auch in Niederösterreich diesem Beispiel stärker zuwenden. Das wird Aufgabe vor allem auch des Landesrates für das Gesundheitswesen sein. Notwendig ist das deshalb, weil, ich schätze das so ein, ich sage das, Herr Kollege Wagner, auch wenn es unangenehm ist, aber als Realist glaube ich, daß vor dem 1. Jänner 1998 eine bundesweite, voll funktionierende Lösung nicht möglich sein wird. Das sind meine Erfahrungen. Diese sind jetzt rein subjektiv, ich habe keine Beweise dafür. Aber ich glaube, aus all dem, was ich jetzt weiß und erfahren habe bei den Verhandlungen, daß es dauern wird bis 1. Jänner 1998.

Doch die Zeit bis dahin kann man sehr wohl nützen durch Maßnahmen in die richtige Richtung. So wie die Vorarlberger das machen, so können das auch die Niederösterreicher. Und das habe ich gemeint gegenüber dem Redakteur der

"NÖN", dem Herrn Sepp Bauer. Dieser hat den Artikel geschrieben am 31. Oktober 1995. Mit ihm habe ich vorher telefoniert, und er schreibt hier, und das will ich zitieren: "Niederösterreichs Finanzlandesrat Freibauer: 'Der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds soll verlängert werden. Das hat Sinn, wenn ab 1. Jänner die Länder die Spitalskosten leistungsorientiert abrechnen dürfen. Die Spitalsfinanzierung wäre gesichert und die Kostenexplosion würde gebremst', hofft Freibauer, daß dann ein neues Finanzierungsmodell in Ruhe erarbeitet werden kann."

So gesehen ist der Resolutionsantrag, der hier zur Diskussion steht von der FPÖ in seiner ersten Fassung ganz im Sinne meiner Aussagen, die ich am 31. Oktober getroffen habe. Es ist eingetroffen, daß wir den KRAZAF verlängern sollen. Das war eine Woche danach. Und ich glaube, es wird auch eintreffen, daß Niederösterreich gut damit fährt, dieses Modell zu übernehmen. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Sie können es sich jetzt aussuchen, ob ich dann später noch darüber rede oder jetzt gleich. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Bitte, also gleich. Im Modellversuch in Vorarlberg schaut das so aus. Es gibt seit September einen Bericht darüber, der liegt vor, hat 27 Seiten. Der wird keiner dieser Fraktionen unbekannt sein, davon gehe ich aus. Jeder liest das, was wichtig ist. Und da heißt es in Kurzfassung - ich werde jetzt nicht alle 27 Seiten bringen, sondern nur drei Seiten davon:

Das Land Vorarlberg, die Städte Bludenz, Dornbirn und Hohenems, der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger namens der am Modellversuch beteiligten Sozialversicherungsträger und das Ministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz haben eine Vereinbarung zur Durchführung eines Versuches zur praxisgerechten Erprobung des Modells leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung abgeschlossen. An diesem Modellversuch - also im Bundesland Vorarlberg im Jahr 1995 - beteiligen sich die Krankenhäuser Bregenz und Feldkirch - die Landeskrankenanstalten in diesen beiden Gemeinden - und die Krankenanstalten der Städte Bludenz, Dornbirn und Hohenems, die Vorarlberger Gebietskrankenkasse, die BVA, die SVB, die Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft, die Versicherungsanstalt der Österreichischen Eisenbahnen und die Versicherungsanstalt des Österreichischen Bergbaues.

Wie wird das abgewickelt? Zur Umsetzung der IKf wurde im Bundesministerium - also das Land arbeitet mit dem Ministerium zusammen -

eine Verrechnungsstelle eingerichtet, der die beteiligten Krankenanstalten monatlich maschinenlesbare Diagnose- und Leistungsberichte übermitteln und an die Zahlungen der beteiligten Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträger und des KRAZAF überwiesen werden. Die Verrechnungsstelle führt die Abrechnungen durch und bringt monatlich die an sie überwiesenen Mittel zur Auszahlung. Also ist ein echtes Vertrauensverhältnis da zwischen dem Land, den Krankenanstalten und dem Ministerium, so, wie es unter Partnern sein soll.

Die Zahlungen der beteiligten Sozialversicherungsträger für den ambulanten Bereich fließen gemäß den Ambulanzverträgen den Krankenanstalten weiterhin direkt zu. Wie werden die Mittel aufgebracht? Es werden drei Finanzierungsteile gebildet. Je einer für den stationären Bereich, für den ambulanten Bereich und für den Nebenkostenstellenbereich. Die am Modellversuch beteiligten Krankenkassen zahlen für die bei ihnen versicherten Patienten den auf Basis der Pflegetage des Jahres 1994 ermittelten Pflegegebührensatz, der zur Gänze dem Finanzierungsteil für den stationären Bereich zufließt. Die vorläufigen Leistungen der Gebietskörperschaften, der Krankenanstaltenträger und des KRAZAF zum Betriebsabgang werden auf die drei Finanzierungsteile im Verhältnis der nicht durch Einnahmen gedeckten Endkosten der beteiligten Krankenanstalten aufgeteilt. Und die Leistungen nicht am Modellversuch beteiligter Krankenkassen, die Privatversicherungen, die Aufzahler, die Selbstzahler, die Selbstbehalte, die Kostenbeiträge etc. werden wie bisher angerechnet.

Wie werden die Mittel verteilt? Im stationären Bereich erfolgt die Abrechnung von 85 Prozent der Mittel nach Diagnosefallgruppen, also leistungsorientiert. Die verbleibenden 15 Prozent der Mittel werden auf Grund des für jedes Krankenhaus individuell festgelegten Personalfaktors verteilt. Also wichtig: Es wird ein individuell festgelegter Personalkostenfaktor festgestellt, der die Personalgruppen, Ärzte, Krankenpflegefachdienst und Hebammen, medizinisch-technischer Dienst etc. umfaßt. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Nun, ich habe ja gefragt, ob Ihr es gleich haben wollt oder später. Ich bin gleich fertig. An sich gehört alles zum Budget. Ich brauche nur noch fünf Minuten. (*Abg. Dr. Bauer: Herr Landesrat! Ich war bis jetzt sehr geduldig. Behandeln wir nun den KRAZAF oder ist das ein anderer Tagesordnungspunkt? Es sollte auch Herr Landesrat Wagner Stellung nehmen können, doch er kann sich schwer melden dazu. Wir haben einen eige-*

nen Punkt "Krankenanstaltenfinanzierung!" - Abg. Ing. Dautzenberg: Wir sind beim Tagesordnungspunkt EU! - Heftige Unruhe im Hohen Hause.)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Am Wort ist der Herr Landesrat, bitte.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Gut. Ich schließe ab. Lieber Herr Klubobmann! Du weißt, bei Budgetangelegenheiten, unter Budgetanpassung ist von "Agrar" bis "Kultur", von "Krankenhaus" bis "Kindergarten" alles möglich. Das ist in diesem Haus durchaus üblich. Ich rede ja nicht über das Jahr 1995. Ich rede über die Budgetangelegenheiten, die mit der KRAZAF-Vereinbarung vom 6. November zu tun haben. Aber ich schließe auch schon ab. Ich will Eure Geduld nicht strapazieren. Allen kann man es nie recht machen. Es kann ja jeder nachlesen.

Die Mittelverteilung ist geregelt, die Endabrechnung wird dann im Jahr 1996 stattfinden. Wichtig ist noch: Welche Auswirkungen hat das Ganze in Vorarlberg? Positive Auswirkungen! Folgende Konsequenzen sind jetzt schon feststellbar: Eindämmung der Zunahme der Anzahl der stationären Patienten, erstmals eine Verringerung der Anzahl der Pflegetage, Abnahme der Auslastung der Krankenanstalten, Zunahme der tagesklinischen und tageschirurgischen Leistungen, Zunahme der Nulltagespatienten. Das sind die, die aufgenommen werden und am gleichen Tag wieder entlassen werden, weil sie schon wieder heim dürfen. Das ist gut, besser, als wenn sie dort liegen müßten. Und Rückgang der Belagsdauer. Das sind die positiven Auswirkungen. Und all das bewegt mich zu der Feststellung, es ist gut, wenn wir uns um dieses Modell auch in Niederösterreich annehmen. Es kann dazu beitragen, daß wir in den Krankenhäusern beschleunigt zu einer Strukturreform kommen, aber sicher zu einer Kostendämpfung kommen. Daß wir in Niederösterreich die Leistungen für die Patienten uneingeschränkt anbieten können, aber zu viel günstigeren Bedingungen.

Das ist mein Vorschlag an meinen Regierungskollegen Wagner, daß er so wie in Vorarlberg auch in Niederösterreich eine Vereinbarung schließen möge, die es uns erlaubt, hier Kosten im Gesundheitswesen zu sparen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Landesrat Ewald Wagner.

LR WAGNER Ewald (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich mich hier hineindränge, aber es paßt halt einfach dazu. Herr Kollege Freibauer! All die Dinge, die jetzt aufgezählt wurden als die positiven Auswirkungen in Vorarlberg, die finden in Niederösterreich ohne LKF auch statt. Wir haben in jedem Jahr weniger Verpflegstage. Wir haben auf der anderen Seite immer mehr Patienten, haben eine immer kürzere Belagsdauer, also diese Daten alleine werden sozusagen nicht überzeugend sein, warum IKf in Wahrheit so notwendig ist.

Ich gebe aber zu - und hier sind wir wieder einer Meinung - daß natürlich ein leistungsbezogenes Finanzierungssystem dazu führen wird, daß in den nächsten Jahren die Struktur in den Krankenhäusern einfach auch dem Geld angepaßt wird. Denn es ist völlig klar, wenn ein Bürgermeister draufkommt, daß bei einer Abteilung durch Jahre hindurch infolge schlechter Auslastung einfach das Geld, das ihr dann wirklich zugeordnet wird, nicht mehr stimmt, dann wird man den Bürgermeister nicht mehr überzeugen müssen, daß es wahrscheinlich gescheiter ist, auf diese Abteilung zu verzichten. Und das sind sicher die positiven Auswirkungen, die von einem leistungsbezogenen Finanzierungssystem zu erwarten sind.

Eines muß ich aber auch an dieser Stelle sagen und ich meine es nicht so böseartig, wie es vielleicht jetzt klingt: Wenn die Finanzreferenten der Länder sich jetzt so viele Monate und Jahre bemühen, ein leistungsbezogenes Finanzierungssystem zu starten und sozusagen auf diesem Weg immer wieder scheitern - ich möchte jetzt nicht untersuchen, warum - dann werden den Gesundheitsreferenten sozusagen über die Finanzreferenten Aufträge erteilt, wie diese es in der Zukunft lösen sollen. Ich glaube, so kann diese Zusammenarbeit auch nicht ausschauen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich habe im KRAZAF die Auseinandersetzung erlebt, als es darum ging, in Vorarlberg dieses leistungsbezogene Finanzierungssystem einzuführen. Ich war damals als Vertreter des Kollegen Freibauer in dieser KRAZAF-Sitzung. Und es war eigentlich vom KRAZAF gewollt, daß dort ein Beschluß gefaßt wird. Doch der Beschluß kam nicht zustande, weil hier vor allem Wien dagegen sehr heftig aufgetreten ist. Weil die Vorarlberger wollten, wenn dieses System dazu führt, daß die Vorarlberger zu mehr Geld kommen wollen, dann

wurde überlegt, daß hier eine zusätzliche Finanzierung auch gegeben wäre. Und dagegen haben die Wiener vor allem, aber auch andere Bundesländer, sehr heftig demonstriert. Und daher ist es dann zu diesen Vereinbarungen gekommen, die in Wahrheit bedeuten, zumindest nach meinem Wissensstand, daß das Ganze jetzt im eigenen Saft stattfindet.

Ich gebe schon zu, daß das eine Möglichkeit ist, zu erproben, wie weit man ist. Um seine eigenen Schwachstellen zu erkennen. Das gebe ich alles gerne zu. Aber es wird in Wahrheit das Problem nicht wirklich grundsätzlich lösen. Denn das, was ich gerne hätte, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist eine leistungsbezogene Verrechnung, die gleichzeitig auch sicherstellt, daß wir in der Ostregion nicht mehr über Fremdpatienten klagen müssen. Und das ist es ja, was die Vorarlberger nur in sehr eingeschränktem Maße haben. Und wenn es also hier nicht zu dieser Vereinbarung kommt, dann werden wir das große Problem haben, daß eines Tages hier in der Ostregion vor allem zwischen Wien, Niederösterreich und dem Burgenland es zu großen Problemen kommen könnte.

Wenn daher heute - wie man es annehmen kann - einige Tagesordnungspunkte später dieser Antrag beschlossen wird, der in Wahrheit herausfiltert, daß im nächsten Jahr hier in Niederösterreich einmal ein Pilotversuch gestartet werden sollte, dann kann ich damit leben. Ich werde mich auch bemühen, ein Krankenhaus zu finden, das imstande ist, das zu machen. Denn es ist halt schon so, daß die lange Diskussion dazu geführt hat, daß man in Wahrheit sich nicht wirklich in den Krankenhäusern darauf vorbereitet hat. Weil man gesagt hat, es wird ohnehin wieder nichts. Daß das natürlich kein guter Zustand ist, das gebe ich gerne zu. Und ich hoffe, daß es gelingen wird, hier ein Krankenhaus zu finden, das sich genau mit dem Problem beschäftigt und einmal aufzeigt, wo bei uns in Niederösterreich der Hebel anzusetzen ist.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich hoffe nach wie vor, daß das, was der Finanzreferent hier in den Raum gestellt hat, daß man erst im Jahre 1998 sich einigen wird können auf ein österreichweites Modell, nicht wirklich so ist, wie es sich jetzt anhört. Denn das wäre sicherlich auch insgesamt gesehen keine gute Entwicklung. Als gelernter Österreicher weiß ich schon, daß vielleicht seine Annahmen realistisch sind, nur begeistern und beruhigen mich diese Überlegungen in keiner Weise. Denn in Wahrheit ist es natürlich ein Eingeständnis, daß man zwischen den

Bundesländern und dem Bund in dieser so schwierigen Materie auch wieder nicht zurande kommen wird. Und wie gesagt, das ist, wie ich glaube, auch kein gutes Zeichen für die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und dem Bund in dieser Republik. Aber gut, wir werden das zur Kenntnis nehmen müssen. Ich hoffe aber trotzdem noch immer, daß es vielleicht im nächsten Jahr möglich ist, die Wege so zu ebnen, daß dann ab 1997 endlich mit diesem neuen Modell begonnen werden kann. Und wir haben die Aufgabe, im nächsten Jahr uns halt sozusagen fit zu machen, daß wir dann auch wirklich daran teilhaben können.

Aber - und ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit - hier sind die Wege von den Finanzreferenten zu ebnen. Und die Gesundheitsreferenten werden versuchen, natürlich bestmöglich die gegebenen Rahmenbedingungen zu erfüllen. Aber der Ball liegt eindeutig, und ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit, bei den Finanzreferenten. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Klubobmann Gratzler.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eigentlich finde ich es ein bißchen unfair oder unfein, wenn die SPÖ den Landesrat Freibauer abwinkt und meint, er darf nicht weiter über den KRAZAF reden. Und dann geht der Landesrat Wagner heraus und setzt das Thema fort. *(Abg. Dr. Bauer: Da hast Du meinen Zwischenruf nicht gehört. Wenn Freibauer darüber spricht, dann auch Landesrat Wagner!)*

Da waren schon eindeutige Rufe, "zur Sache" und "Thema ist EU" und alles mögliche. Und dann geht es munter weiter. *(Abg. Gruber: Wir haben eine Tagesordnung!)*

Ja genau, Herr Abgeordneter Gruber! Wir haben eine Tagesordnung. Und dann frage ich, ob die Tagesordnung nur für die einen oder nicht auch für die anderen gilt. *(Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege! Wenn einer ausdehnt, dann sei ihm das zugestanden. Aber dann muß der andere auch die Möglichkeit haben, dazu Stellung nehmen zu können!)* Ich muß sagen, Herr Landesrat Freibauer bedarf meiner Fürsprache nicht. Aber er hat eigentlich sehr flott auf Euren Zwischenruf hin dann abgebrochen und gesagt, er setzt später fort.

Nun, der Herr Landesrat Wagner ist ja leider schon weg, aber er wird sicher zu seinem Tagesordnungspunkt wieder da sein; damit er dann auch fortsetzen kann. Nur eines geht mir nicht ein: Wenn ein Landesrat, der zuständig ist für das Krankenhauswesen in dem Land, Diktionen findet wie, naja, wir werden ein Krankenhaus suchen und vielleicht eines finden, wo wir das umsetzen, was an und für sich heute angeordnet wird. Es muß sich halt der Herr Landesrat Wagner - leider ist er nicht mehr da, ich hätte ihm das gerne selbst gesagt - auch einmal seiner Verantwortung bewußt werden, daß er etwas umsetzen muß. Und er ist kein Pfadfinder, der ein Krankenhaus sucht und vielleicht eines findet. Sondern er soll endlich das umsetzen, was man von ihm fordert! *(Beifall bei der FPÖ, Abg. Ing. Dautzenberg sowie auf der Galerie.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich bitte, auf der Galerie von Beifallskundgebungen Abstand zu nehmen.

Abg. GRATZER (FPÖ): Es ist halt beim Herrn Landesrat Wagner, um das auch hier klar und deutlich auszusprechen, so, daß sich der Herr Landesrat halt nicht unbedingt seiner Verantwortung bewußt ist. Ich nehme nur einmal her, es liegt seit Monaten in der Schublade ein Entwurf für ein Naturschutzgesetz. Aber seit zweieinhalb Jahren, seit der Angelobung von diesem Landtag ist der Naturschutzbeirat noch immer nicht einberufen worden. Und da frage ich mich, wie man seine Arbeit erledigt.

Aber nun zum zweiten EU-Anpassungsbudget. Und Herr Landesrat Freibauer! Es gibt vielleicht dort und da schon Mißverständnisse. Nur, ich glaube, man soll nicht so empfindlich sein, wenn die Opposition den Ausdruck "Schwindelbudget" gebraucht, wo doch der Herr Obmann Schüssel den Ausdruck in den letzten Wochen nicht nur geprägt hat, sondern ihn bei jeder Gelegenheit strapaziert. Und wenn er beim Koalitionspartner und über sein eigenes Budget immer vom Schwindelbudget spricht, so ist das in Anbetracht dessen, was uns jetzt vorliegt, natürlich schon auch angemessen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Um jetzt darauf einzugehen, Herr Landesrat: Es ist so, daß dieser Nachtrag - und es ist ein Nachtrag - ja nicht stattfinden hätte sollen. Weil vor einem Jahr in der Budgetrede eindeutig gesagt wurde, es wird kein Nachtragsbudget geben. Und man kann nun diskutieren, ob man jetzt sagt, ja, es hat Mindereinnahmen und Mehrausgaben gegeben und wie verfährt man mit

diesen. Bei den Mehrausgaben hätte man ja auch so verfahren können. Dort ist es ja auch ähnlich passiert, wie Sie es angekündigt haben, mit den Umschichtungen. Aber man hätte die Mehreinnahmen durchaus nicht für die Umschichtung verwenden müssen, sondern als tatsächliche Einsparung verwenden können. Das ist halt ein bißchen unsere Sicht der Dinge. Und daher haben wir halt eine unterschiedliche Sicht. Wir haben auch in dem Gespräch bereits eine differenzierte Ansicht dargelegt, am Freitag glaube ich, war das. Und ich muß nach wie vor sagen, ich habe mich erkundigt bei Kollegen, die dabei waren: Bei jeder Veranstaltung, in der die Abgeordneten über den EU-Beitritt informiert wurden - und das haben mir alle bestätigt - kam klar die Aussage, daß die Kofinanzierungen für den EU-Beitritt im Budget enthalten sind. Daß also, was wir ausgeben für Landwirtschaft usw., daß das hergenommen wird aus der Kofinanzierung. Und ich habe mich erkundigt: Das war schließlich auch der Grund, weshalb die SPÖ, zumindest bei einer Regierungssitzung, das 2. EU-Anpassungsbudget kurzfristig blockiert hat. Möglicherweise gab es Auffassungsunterschiede.

Allerdings, wenn ich mir Ihre Rede ansehe vor einem Jahr anlässlich des Budgets, so sagen Sie, ich darf da zitieren: "Zusätzliche Aufgaben, ausgenommen die EU-Beitrittskosten, müssen durch Umschichtung im Budget finanziert werden." Das heißt, auch bei dieser Formulierung sind die Kofinanzierungen nicht erwähnt. Und daher ist diese Auffassung von uns auch nach diesem Vortrag entsprechend weitergetragen worden. Und daher sind wir auch zu dieser Auffassung und Beschreibung des Budgets gekommen.

Nun zu den Aussagen in "täglich Alles". Ich gestehe es Ihnen zu, daß Sie die Zeitung nicht lesen, der Sie selbst Interviews geben, oder daß eine Zeitung Sie unter Anführungszeichen bringt, also zitiert, und Sie sagen, Sie haben mit dieser Zeitung überhaupt nie gesprochen. Das mag so sein. Aber es war natürlich für mich sehr interessant, daß es dann doch eine Zeitung gibt, mit der Sie reden, von der Sie auch richtig interpretiert werden. Nur, das riecht halt für uns schon sehr stark nach Wahlkampf. Wenn der Herr Landesrat Mag. Freibauer am Sonntag, wo noch die meisten Leute auch diese Zeitung lesen, sagt, die Freiheitlichen sind gegen die Bauernförderung. Und da muß ich sagen, Herr Landesrat, das war für uns ganz einfach ein Untergriff. Und den kann man meinerwegen unter das Kapitel Wahlkampf einreihen. Selbst wenn man ihn dort einreicht, ist

es ein äußerst unfairer Untergriff. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Nun, es geht heute um das EU-Anpassungsbudget. Wir werden selbstverständlich dieser Förderung und dieser Kofinanzierung zustimmen. Für uns ist das selbstverständlich, daß das auch die Finanzierung dieser Gelder betrifft. Herr Landesrat, bitte uns nichts anderes zu unterstellen. (*LR Mag. Freibauer: Da müssen Sie bei der punktweisen Abstimmung ein paar Punkte mehr dazu nehmen!*)

Die punktweise Abstimmung wird dann auch noch gefordert werden. Die wird noch gefordert werden, Herr Landesrat. Alles wird ordnungsgemäß stattfinden. Auf alle Fälle, uns zu unterstellen, wir sind gegen die Bauernförderung ist erstens nicht richtig und dann zweitens auch weit hergeholt.

Aber wir haben beim 2. EU-Anpassungsbudget schon sehr viel Geld ausgegeben von Niederösterreich auch für die EU. Und man fragt sich, in welche Richtung geht jetzt unser EU-Beitritt? Was bringt er uns und was sagen uns die Verantwortlichen eigentlich? Und da ist es ganz interessant, wenn man sich mit den Aussagen unseres neuen Wirtschaftsministers auseinandersetzt, was er uns mitteilt über den EU-Beitritt und was er uns bringt.

Wir geben ja eine Menge Geld aus dafür, wir sind Nettozahler. Und daher wollen wir auch wissen, was erhalten wir dafür. Und der Herr Minister Ditz, mittlerweile Wirtschaftsminister, hat eine Broschüre herausgegeben, ein "Taschenbuch zur Europäischen Union". Und da verrät er uns, was er uns bringt, dieser EU-Beitritt. Zum Beispiel auf Seite 30 bis 33: Auf vier Seiten erklärt der Herr Wirtschaftsminister Ditz den österreichischen Bürgern, wie sie billig ein Auto zum Beispiel aus Italien importieren können. Also dafür wendet er in der zitierten Broschüre vier Seiten auf. Da steht zum Beispiel drinnen: "Mit dem EU-Beitritt können Sie sich die immer noch erheblichen Preisunterschiede innerhalb der EU zu Nutzen machen." Da ist die genaue Anleitung, wie man das mit den Kennzeichen macht, wie man sich ein Auto aus Italien importiert. (*Abg. Gruber: Der ARBÖ warnt davor!*)

Aber der Herr Wirtschaftsminister rät das den Österreichern. Der Herr Wirtschaftsminister, der sich ja so um die heimischen Betriebe kümmert, verrät uns auf Seite 34 folgendes: "Mit dem Beitritt zur EU steht dem grenzenlosen Einkaufsvergnügen nichts mehr im Wege. Für den privaten Bedarf kann man nach Herzenslust 'shopping'

machen. Jeder Österreicher kann für den Eigenbedarf im EU-Ausland einkaufen, ohne an der Grenze Einfuhr-Umsatzsteuer zahlen zu müssen." Da gibt er dann noch die genauen Mengen an, 90 Liter Wein darf man kaufen, 60 Liter Schaumwein, 110 Liter Bier usw. Der Herr Wirtschaftsminister lädt uns ein, im Ausland einzukaufen. Aber er ist noch viel besser, der Herr Wirtschaftsminister, weil er kümmert sich auch um die heimischen Banken, der Herr Wirtschaftsminister Ditz. Und zwar gibt es ein eigenes Kapitel "Sparen im Ausland". Und das beginnt wiederum richtig einladend: "Dem Sparvergnügen im Ausland steht nichts mehr im Wege." Und dann kommt ein unheimlich wichtiger Satz, und wenn der Wirtschaftsminister das sagt, muß man sich schon daran halten: "Legt man sein Geld als braver Sparer im Ausland geschickt an, oder nimmt einen Kredit auf, so kann daraus ein finanzieller Vorteil entstehen." Also, der Wirtschaftsminister erklärt uns, das Auto sollen wir in Italien kaufen, die Waren im EU-Ausland, weil sie billiger sind und das Geld sollen wir auch noch dort anlegen.

Aber er hat noch mehr auf Lager für uns. Für den Autokauf gibt es übrigens vier Seiten, für die Landwirtschaft zwei Seiten, damit man ein bißchen das Verhältnis auch sieht. Unter Kapitel 14 "Geeintes Europa" steht, ich zitiere wieder den Herrn Minister Ditz: "Der daraus resultierende stärkere Wettbewerb verstärkt die Möglichkeiten für Sie, als Konsument billiger einzukaufen und aus einem reichhaltigeren Angebot auszuwählen. Machen sie daher von ihren Chancen im EU-Markt Gebrauch, so zahlen sie die Mehrwertsteuer der gekauften Waren im jeweiligen EU-Land." Weil er ja weiß, daß bei uns die Mehrwertsteuer höher ist, empfiehlt er uns, die Mehrwertsteuer dort zu zahlen. Eines möchte ich Ihnen noch zu Gemüte führen, weil damit wirklich nur die letzte Branche auch vernichtet wird bei uns, "Gut versichert in Europa". Und hier sagt der Herr Minister Ditz, der Wirtschaftsminister für Österreich, angeblich: "Wünschen Sie sich eine preiswerte Haushaltsversicherung, die das Risiko Wasser oder Einbruch nicht enthält und konnten sie diese bisher im Inland nicht bekommen, so ist es in der EU für sie möglich, bei einer ausländischen Versicherung die gewünschte Polizza zu unterzeichnen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Broschüre verteilt seit zirka drei oder vier Wochen der Herr Bundesminister Ditz als sein neuestes Machwerk. Das ist Verrat an Österreich! Das ist Verrat an der heimischen Wirtschaft! Und dafür brauchen wir eigentlich nicht weiß Gott wie-

viel Geld für unsere Anpassungsbudgets ausgeben. *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe bei Abg. Dr. Bauer.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Herr Klubobmann Dr. Bauer! Sind das jetzt noch Zwischenrufe zur letzten Rede oder beziehen sie sich schon auf meine. Oder ist das eine Zwiesprache? *(Abg. Dr. Bauer: Daher mein Zwischenruf: Der "Schüssel-Ditz-Kurs" muß um jeden Preis verhindert werden!)* Das ist Ihre Schlußfolgerung. Unsere ist eine andere.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Am Wort ist Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich werde gleich erklären, warum der "Schüssel-Ditz-Kurs" insgesamt gesehen für Österreich jener Kurs ist, den wir gehen müssen, damit die Zukunft unseres Landes gesichert ist. Und ich werde auch gleich auf diese Broschüre dann eingehen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Wir haben heute mit dem 2. EU-Anpassungsbudget die logische Konsequenz des EU-Beitrittes hier in diesem Haus zu bearbeiten. Wir wußten immer, daß wir als relativ wohlhabendes Land, als Nettozahler in die EU gehen. Und gleich ein Wort dazu: Auch die Deutschen sind seit Beginn der EU, seit 1956, 1958 die größten Nettozahler. Und wenn man mit deutschen Wirtschaftsforschern oder auch Unternehmern redet, so kann man sehen, daß die Deutschen von diesen Zahlungen immer auch wirtschaftlich am meisten profitiert haben. Und wenn Sie jetzt zitieren aus der Broschüre des Wirtschaftsministers, so ist das ein logisches Prinzip, das wir vorher auch gewußt haben: Die Europäische Union bringt den Wettbewerb. *(Abg. Dr. Bauer: Glauben Sie, daß ein französischer Minister schreiben würde, "fahren Sie nach Österreich einkaufen!")*

Ihre Frau Ex-Staatssekretärin Ederer beklagt in der Fernsehdiskussion, daß die Preise für den Konsumenten noch nicht günstig sind. Nur durch den Wettbewerb werden die Preise für den Konsumenten gesenkt. Und es ist Ihre Frau Ex-Staatssekretärin Ederer, die dieses Noch-nicht-Nachziehen der Wirtschaft gestern erst wieder

beklagt hat. (*Abg. Dr. Bauer: Ja, daß Preiserlässe weitergegeben werden! - Heftige Unruhe im Hohen Hause.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Am Wort ist Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch. Herr Klubobmann Dr. Bauer, Du bist zu Wort gemeldet. Ich darf bitten, das dann am Rednerpult zu äußern.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Dieser Wettbewerb ist die logische Folge, die uns diese Vorteile bringt. Ein Unternehmen, das nicht im Wettbewerb steht, wird die Preise nicht reduzieren und der Vorteil für den Konsumenten liegt ja gerade darin. Deshalb haben wir etwa auch ein Vergabegesetz beschlossen, das für die Gemeinden und für das Land Kostenvorteile bringt. Und diese Kostenvorteile sind insgesamt gesehen in den Wirtschaftskennzahlen ja schon zu spüren. (*Neuerlich heftige Unruhe im Hohen Hause.*)

Daß die Insolvenzen 50 Milliarden erreichen, daran hat wesentlichen Anteil der "Konsum", das brauchen wir nicht zu erklären. Ich glaube, da wissen wir gemeinsam, was dafür die Ursache ist. Ich beziehe mich auf jene Zahlen, die Herr Professor Eiginger vom Institut für Wirtschaftsforschung am 23. Oktober 1995 bei einem Vortrag im Parlament präsentiert hat. Er hat für das Jahr 1995 die Inflationsrate gegenüber dem Verbraucherpreisindex 1995 abgeschwächt, 2,3 Prozent nach 3 Prozent noch im Vorjahr. Das ist ein gewisses Faktum. Auch jene 0,4 Prozent Ja oder Nein, aber auf die gesamte Preisentwicklung gerechnet, das ist ein erheblicher Faktor. Oder die Investitionsströme, um gleich zur Investitionstätigkeit zu gehen: Lenzing, Siemens - Gesamtinvestitionen in diesem ersten Halbjahr 1995 plus 8 Prozent, Industrieexporte gleichermaßen plus 10 Prozent, Industrieexporte gleichermaßen plus 10 Prozent. Ich glaube, daß das Zahlen sind, die für sich sprechen. Man kann nicht, und das sei auch dem Wirtschaftsminister gegönnt, man kann nicht davon reden, daß Österreich - und Österreich wickelt zwei Drittel seiner Exporte mit der Europäischen Union ab - auf den Auslandsmärkten sich behauptet und wir andererseits den österreichischen Konsumenten verbieten wollen, dort zu kaufen, wo sie die Leistungen mit vertretbaren Kosten erhalten. (*Neuerlich heftige Unruhe.*)

Der Wirtschaftsminister hat den Bürger über das Projekt Europa zu informieren versucht. Und das Projekt Europa hat ja einen Sinn für die Bürger insgesamt. Es geht ja nicht darum, für irgendwelche Unternehmen etwas zu bringen, sondern Europa hat als Projekt nur dann Erfolg, wenn der

Bürger unter dem Strich auch etwas davon hat. Und daher hat der Bürger auch in der Vergangenheit gewußt, wie er seine Chancen zu nützen hat. Ob es immer ganz legal war, sei dahingestellt. Und das weiß er heute auch. Und das tut er auch.

Insgesamt gesehen, glaube ich, kommt es ja nicht darauf an, daß wir den Österreichern sagen, kauft ja nur im Inland - auch das ist eine Aufgabe des Wirtschaftsministers und das wird auch getan. Dazu gibt es ja auch eine ganze Menge Aktionen. Aber der Bürger ist mündig und soll seine Freiheit haben, auch das zu tun, was ihm beliebt und, wo er sozusagen mit seinen Beiträgen auch für die EU etwas leistet.

Ob mit oder ohne EU, die Österreicher gehen wie jedes sich am Markt bewegende Subjekt und orientieren sich nach den Preisen. Es geht letztlich um Angebot und Nachfrage. Das ist das System der Marktwirtschaft, daß wir mit ökosozialen Komponenten forcieren und das Österreich sicher auch den Wohlstand gebracht hat, den wir heute haben. Wohin Planwirtschaft und Mehrkantilismus führen, das hat man in der Vergangenheit an vielen Beispielen ja auch gesehen. (*Abg. Dr. Bauer: Der Mehrkantilismus war aber eine bürgerliche Idee, eine total bürgerliche Idee! Wenn man schon darüber diskutiert, dann aber richtig!*) Das ist aber lange vorbei. Wir leben heute in einem Zeitalter des Freihandels. (*Unruhe bei der FPÖ.*)

Insgesamt gesehen bringt der EU-Beitritt - es ist natürlich schwierig, das vor Abschluß des Jahres festzustellen - für die österreichische Wirtschaft Vorteile, sicher auch Schwierigkeiten, die aber bewältigt werden können und die wir auch, so wie in der Vergangenheit, bewältigen werden.

Ich wollte aber auch noch auf den Bereich der Landwirtschaft eingehen, weil 50 Prozent des EU-Anpassungsbudgets, mehr als 50 Prozent, für die Landwirtschaft verwendet werden. Gerade von den Sozialdemokraten ist das ja angesprochen worden. Und daher ist es auch logisch, daß von unseren Beiträgen zur Europäischen Union große Bereiche in diesen landwirtschaftlichen Sektor gehen. Ich habe bereits vor dem EU-Beitritt das verglichen und immer gesagt - die Preise, die Einkommen der Landwirtschaft waren auch vor dem EU-Beitritt zu einem hohen Anteil, nämlich zu über 50 Prozent durch öffentliche Stützungen gewährleistet. Das war halt damals nicht so bewußt, weil das auch den Bauern nicht bewußt wurde, weil diese Stützungen für die Exporte zu Weltmarktpreisen verwendet wurden. Dieser Anteil lag damals in der EU bei 50 Prozent, und bei

uns auch, da waren nur 1 Prozent bis 2 Prozent Unterschied. Und diese Förderungen sind damals auch zuerkannt worden, egal, ob die Produkte in einem Betrieb mit kleiner Fläche oder einem Betrieb mit großer Fläche erwirtschaftet wurden. Daher ist es doch nur logisch, wenn man zum damaligen Zeitpunkt den Bauern einen Europavertrag angeboten hat, daß man diesen Europavertrag jetzt erstens einhält und die damals einkommensunabhängige Förderung an der Produktmenge nunmehr auf das Flächensystem überwälzt und daher die Einkommenseinbußen, die aus der Produktion in der Fläche sich ergeben, daß man diese Einkommenseinbußen linear ausgleicht. Das ist keine Frage des sozialen Gefüges, sondern eine betriebswirtschaftliche Frage. Wer auf einer größeren Fläche produziert, hat einen größeren Verlust und muß daher auch einen größeren Ausgleich bekommen.

Ich glaube aber, daß die Landwirtschaft insgesamt auch einen psychologischen Aspekt anspricht. Wer vor dem Beitritt unterwegs war und diskutiert hat, der hat gemerkt, daß auch die Bevölkerungskreise, die nicht unmittelbar ihr Einkommen aus der Landwirtschaft beziehen, ein großes Interesse an der Landwirtschaft hatten. Es ist auch erhoben worden in Umfragen, das waren mehr als 25 Prozent. Und daher glaube ich, daß der ländliche Raum insgesamt von diesen Förderungen betroffen ist. Und daß sie daher zur Gänze jetzt auf Strich und Beistrich verwirklicht werden müssen.

Ein weiterer Aspekt ist das GATT-Abkommen, gegenüber dem wir uns im Binnenmarkt - und da möchte ich den Kollegen Kurzreiter ergänzen - natürlich erheblich leichter tun, weil die Exportstützungsverbote uns innerhalb der EU nicht treffen, weil wir uns da in einem Wirtschaftsraum befinden. *(Abg. Marchat: Und von den Freihandelsabkommen mit der Slowakei, mit Ungarn und Tschechien erwähnst Du nichts!)* Aber wir können das innerhalb der EU trotzdem besser bewerkstelligen, als würden wir uns allein dort bewegen.

Ein letzter Punkt zur Landwirtschaft: Die österreichische Landwirtschaft hat sich in dieser Binnenlage extrem schwer getan. Herr Kollege Marchat, vielleicht interessieren Dich diese Zahlen. Unsere Agrarhandelsbilanz hat seit 1982 immer ein Defizit aufgewiesen, das hat sich immer vergrößert. Im heurigen Jahr scheint es so, daß zum Beispiel im Handel mit Italien unsere Importe sich nur um 10 Prozent vergrößert haben, die

Exporte aber trotz der Schwierigkeiten mit dem Lirakurs sich um 23 Prozent vermehrt haben. *(Abg. Marchat: Und das erzählst Du dem Stiermäster, der seinen Stier in Italien nicht an den Mann bringt!)*

Das sind realistische Zahlen. Und das sind Zahlen, die belegen, daß man diese Chancen nutzen kann, wenn man die Ansätze, die es jetzt gibt, auch konsequent verfolgt.

Ich glaube, daß man das Thema Europa aber zu kurz behandelt, wenn man nur auf die wirtschaftlichen Aspekte, auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, auch mit den Problemen der Landwirtschaft, so wichtig diese sind, eingeht. Ich glaube, daß es darüber hinaus ganz einfach eine Frage gibt, wie wir uns auf diesem, unserem Kontinent, auf dem wir nun einmal leben, orientieren. Es ist eine gesamtpolitische Entscheidung gewesen, nicht nur eine wirtschaftliche Entscheidung. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Da gehen wir wieder konform. Es wechselt halt jetzt ein bißchen mehr. Wir haben das früher vielleicht mehr im Paarlauf gemacht, jetzt sind halt die Argumente differenzierter und isoliert zu sehen. Ich halte das durchaus auch für einen Vorteil.

Ich glaube, das erste Dreivierteljahr kann man sagen, hat in der Mitentscheidung schon ein paar Belege gebracht hat, daß sich auch kleine Länder durchsetzen können. Wir konnten unsere Schwerpunkte durchaus einbringen und auch Positives erreichen. Ich möchte nur die "Mochovce-Entscheidung" im Europäischen Parlament nennen, die, glaube ich, ohne das stete Engagement Österreichs nicht zustande gekommen wäre. Hier haben wir einen wesentlichen Akzent gesetzt für unsere Sicherheit. Und wenn auch jetzt eine Alternativfinanzierung überlegt wird, so schwankt diese doch und es entsteht die Hoffnung, daß dieses Werk insgesamt nicht in Betrieb geht und uns daher eine Belastung nahe unserer Grenzen erspart bleibt. Es gibt da noch viele detaillierte Bereiche von Futtermittelzusätzen, wo wir gemeinsam mit den Dänen etwa uns auch gegen die Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt haben. Also es gibt eine ganze Reihe von kleinen Entscheidungen, in denen wir uns durchgesetzt haben. Natürlich auch andere, die wir weniger gern haben. Und auch diese müssen wir zur Kenntnis nehmen. Aber wir können unsere Stimme erheben auch im Zusammenhang mit Dingen, die uns jedenfalls als Nachbar in Europa betroffen hätten.

Interessant scheint mir auch ein Mitwirken an der weiteren Entwicklung der Europäischen Union, was die Regierungskonferenz 1996 betrifft. Es ist für uns sicher ein Vorteil da, die kleinen Länder stärker vertreten zu können, gemeinsam mit den Skandinaviern. Es wäre äußerst unangenehm für uns gewesen, in einer Warteschlange zu stehen gemeinsam mit den Tschechen, den Polen, den Ungarn, der Slowakei und Slowenien, um zu schauen, was eine EU der 12 sozusagen sich ausmacht. Und dann gemeinsam mit diesen anderen Ländern abzuwarten, was da passiert. Wie überhaupt das Problem der Erweiterung, das spürt man auch in jeder Diskussion, für uns ein brennendes Problem ist. Nicht nur im Bereich der Landwirtschaft, vor allem im Bereich der Sicherheit, der Exporte, der Arbeitsplätze. Hier ist es für uns von vitalem Interesse, mitzuentcheiden, wann und zu welchen Bedingungen unsere mittel- und osteuropäischen Nachbarn in die Europäische Union eintreten können. Ich glaube, daß wir hier auf der einen Seite sicher Mittler sind. Und daß wir für diese Länder auch viel interessanter sind, weil wir in der Europäischen Union sind. Diese Länder sind nicht an Insellösungen interessiert, die wollen unmittelbar und mit ganz Europa handeln, wollen da integriert sein. Und daher sind wir als Partner und als Mitglied für diese Länder interessanter und können unsere vitalen Interessen besser in der EU als außerhalb der EU wahrnehmen.

Als Resumé dieser kurzen Betrachtung möchte ich festhalten, daß es in der Europäischen Union wie in jeder Gemeinschaft Vor- und Nachteile gibt. Es gibt erhebliche Zahlen, die sich aber im wesentlichen im Rahmen der seinerzeitigen Prognosen, also 30 Milliarden Beitrag, 17 Milliarden Rückflüsse, bewegen werden. Und es ist uns gelungen, diese Rückflüsse doch, so wie es jetzt scheint, in einem erheblichen Ausmaß auch wirklich anzusprechen. Die Spanier haben seinerzeit in einigen Bereichen, so habe ich gelesen, bis zu 80 Prozent liegenlassen müssen, weil sie halt die Richtlinien und Programme nicht so geschickt eingereicht haben. Da sind wir etwa mit unserem Ziel 5b-Programm und mit unseren 5a-Programmen sehr gut unterwegs. Also wir haben diesen Lernprozeß, der sicher gegeben war, einigermaßen gut abgeschlossen.

Die Kosten sind da, sie treffen uns heute auch. Das ist eine Herausforderung für jeden Haushalt, für den Bundeshaushalt wie für unseren Landeshaushalt. Ich hoffe aber, daß ich trotz des turbulenten Verlaufes des ersten Teils meiner Wortmeldung zeigen konnte, daß in der volkswirt-

schaftlichen Gesamtrechnung wir summa summarum unsere Zukunftschancen in der EU besser als außerhalb nutzen. Und daß wir mit diesem 2. EU-Anpassungsbudget einen wesentlichen Schritt dafür in Niederösterreich tun. Arbeitsplätze habe ich vergessen zu zitieren, aber ich glaube, Sie haben das alle gelesen: Die Arbeitsplatzsituation in Niederösterreich ist in diesem Jahr von Rekord zu Rekord geeilt. Sicher auch durch einen gewissen Standortvorteil, den wir hier nutzen konnten.

Wesentliche Teile bleiben uns natürlich als Hausaufgaben weiter zu lösen. Es geht um die Bedingungen des Wirtschaftsstandortes Österreich, um die Rahmenbedingungen für die Beschäftigung von Arbeitsplätzen. Hier schließt sich auch der Kreis zu den Ausführungen von Landesrat Mag. Freibauer. Wenn ich die Lohnnebenkosten hernehme - die Spitalsfinanzierung schlägt mit 11 Milliarden sich in diesem Bereich ja mehr oder weniger direkt nieder - und wenn ich Berechnungen habe, daß bis zum Jahr 2007, wenn die Kostenentwicklung so weitergeht, alle staatlichen Ausgaben nach dem Niveau des Vorjahres dann für das Gesundheitswesen aufzuwenden sind, dann besteht in diesem Bereich Handlungsbedarf. Genauso wie im Pensionsbereich, wo ich neben aller Verbesserung der Produktivität schauen muß, daß ich das nicht wieder auffresse für ein soziales Netz, das mißbraucht wird. Und das deshalb nicht halten kann.

Und daher auch der "Schüssel-Ditz-Kurs", der hier ansetzt und der hier Sorge trägt, daß wir diese Vorteile auch nutzen können. Und daß der Wirtschaftsstandort Österreich und im speziellen Niederösterreich diese Zukunftschancen, die wir mit und in der EU haben, auch wirklich nützen kann. Ich danke vielmals. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landesrat!

Mit dem 2. EU-Anpassungsbudget ergibt sich nun einmal ein Defizit von 8,4 Milliarden Schilling. Weil Sie das Wort "Horrordefizit" nicht so gern hören, sage ich halt ein Defizit, das für uns ein Horror ist. Weil es einfach um 3 Milliarden mehr sind als im Grundbudget für 1995 vorgesehen. Und wenn der Herr Dr. Michalitsch, mein Vorredner, die Zuwachsraten der österreichischen Indu-

strie, der Wirtschaft genannt hat, des Exportes, so hat er halt die Österreich-Zahlen genannt, aber nicht die Niederösterreich-Zahlen. In Niederösterreich ist uns eines klar: Daß die Bauwirtschaft floriert, weil St. Pölten gebaut wird. Daß aber wir und unsere Kindeskinde das irgendwann einmal bezahlen müssen.

Und da der Herr Finanzlandesrat auch so gern zitiert, darf auch ich jetzt im Anschluß an den Dr. Michalitsch zitieren vom 10. November 1994: "Der Finanzreferent begründete die Ausgabensteigerung beim Grundbudget unter anderem mit der Notwendigkeit, langfristige Investitionen jetzt in Angriff zu nehmen und die Chancen des EU-Beitrittes zu nützen." Mir ist keine langfristige Investition außer St. Pölten bekannt, die praktisch sich in positiven Wirtschaftsdaten Niederösterreichs niedergeschlagen hätte. *(LR Mag. Freibauer: Über diese Frage können wir uns jetzt dann einmal eine Stunde unterhalten!)*

Ich bin gerne bereit, daß wir uns unterhalten. Aber es gibt nur im Baugewerbe die positiven Zahlen.

Ich gehe aber jetzt auch auf den "Schüssel-Ditz-Kurs" ein bißchen ein. Mir gefällt es ja so, wenn ich durchs Land fahre. Ich glaube immer, wir haben schon wieder einen Weltspartag. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was der Herr Klubobmann Gratzner noch nicht gesagt hat, ist nämlich das - und das ist für mich eigentlich das Schlimme an diesem Buch, zu dem der Herr Wirtschaftsminister Ditz das Vorwort geschrieben hat - daß er lauter Anleitungen gibt, wie es die Österreicher im Ausland machen sollen. Aber daß keine einzige Zeile in diesem Buch drinnen steht, wie die österreichischen Exporte angehoben werden können. Dann kann ich noch eines sagen: Es wird von der Österreichischen Volkspartei auch immer der Vergleich Raab - Kamitz mit Schüssel - Ditz gemacht. Da darf ich schon sagen, Raab - Kamitz haben den Investitionsfreibetrag eingeführt, Schüssel - Ditz haben ihn abgeschafft. Das sind beweisbare Tatsachen, bitte! *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe im Hohen Hause.)* Ich zeig' es Ihnen. Vielleicht kann ich so, wie der Herr Landesrat mit mir sprechen will, mit Ihnen auch einmal sprechen, und dann werde ich es Ihnen sagen.

Herr Landesrat, ich darf eines sagen: Sie haben heute in Ihren Ausführungen für mich teilweise das Budget so ein bißchen als eine Momentaufnahme darzustellen versucht und ich glaube, wir waren uns schon einmal einig, daß das eine dynamische Entwicklung ist. Sie stoßen sich so an dem Wort "Horrordefizit". Wenn ich das

Budget von 1995 insgesamt so ein bißchen betrachte, so ergibt das einmal die Endzahl, von mir schon genannt, von 8,4 Milliarden. Und wenn ich die Budgets früherer Jahre heranziehe, so waren die Abgänge der Haushaltsjahre 1988 bis 1992 so zwischen 1,7 und 2,5 Milliarden. 1993 ist es hinaufgegangen auf 3,1 Milliarden und 1994 auf 4,4 Milliarden. Und ich habe auch in Ihrer Budgetvorschau gelesen, daß Sie das ebenfalls als eine dynamische Entwicklung sehen. *(LR Mag. Freibauer: Was mich stört ist, daß Sie so tun als wüßten Sie nicht den Grund für diese Steigerung! Sie tun immer so, als hätte ich schlecht gewirtschaftet!)*

Nein, den Grund wissen wir auch. Der Grund ist jetzt einmal das 2. EU-Anpassungsbudget, der sogenannte "Schüssel-Ditz-Kurs", der Kaufkraftabfluß in das Ausland, der Grund ist der Einbruch beim Tourismus. Die Gründe sind vielfältig, das kennen wir schon.

Herr Finanzlandesrat! Sie haben uns auch zitiert bitte, Sie haben einen Seitenblick gemacht, Sie haben das nicht ganz in den Mund genommen, haben nur 'übergeschaut und haben gesagt, im Juni haben wir das alles schon gewußt. Ich habe im Juni - ich habe es gar nicht so auf mich bezogen - nur eines gesagt: Mit dem nächsten EU-Anpassungsbudget wird sich unser Abgang zumindest um eine Milliarde Schilling erhöhen. Und das habe nicht nur ich gewußt, das habe ich auch im Juni betont, sondern auch Sie. Weil der Landesrat Blochberger schon sehr richtig im Herbst 1994 einmal an Hand seiner Aufstellung, mit der er in die Budgetverhandlungen gegangen ist, Ihnen diese Zahl gesagt hat. Sie hat nicht ganz gestimmt, aber ungefähr ist er hingekommen. *(LR Mag. Freibauer: Unser Meinungsunterschied war der: Sie haben gemeint, ich soll schon im Juni genau das budgetieren, was wir auch jetzt noch nicht genau wissen!)*

Es wäre sich aufs Gleiche herausgekommen. Aber auf den Weg der Budgetentwicklung 1995 darf ich noch zurückkommen. Ich will jetzt nur einmal alles, was da so in den Raum gestellt wurde, auch ein bißchen beantworten. Sie haben uns heute vom Rednerpult kundgetan über die Besprechungen der Finanzausgleichspartner. Ich glaube, ich habe sehr gut aufgepaßt, aber Sie haben da nur einzelne Punkte heraus zitiert. *(LR Mag. Freibauer: Nein, alle!)*

Alle? Haben Sie "alle" gesagt? Haben Sie auch gesagt, bei der Kommunalsteuer wird der durch die Ausgliederung der Post eintretende Mehrertrag auf 500 Millionen geschätzt. *(LR*

Mag. Freibauer: Geschätzt! Das ist ja keine Vereinbarung!)

Das steht ja alles drinnen. Haben Sie auch gesagt - das habe ich dann wirklich überhört - die geplante Energieabgabe wird als ausschließliche Bundesabgabe konstruiert werden, die Länder erhalten für Maßnahmen einen Anteil von rund 11 Prozent? *(LR Mag. Freibauer: Das habe ich berichtet! Ich habe gesagt, in dem Paktum sind auch die Vereinbarungen von 27.9.1995 enthalten. Und das von Ihnen Genannte war nicht die Vereinbarung vom 6.11. Ich habe korrekt berichtet!)*

Aber diese einzelnen Punkte, daß Sie sich schon gefreut haben über 110 Millionen Schilling Einnahmen, als Finanzreferent gestehe ich es Ihnen zu, würde ich mich an Ihrer Stelle auch freuen. Aber angesichts des Sparpaketes, das auf die Familien zukommt, für das wir wirklich nicht verantwortlich sind, kann ich mich nicht freuen, wenn die Familien in diesem Fall durch Strompreiserhöhungen belastet werden. *(Beifall bei der FPÖ.)* Gut! Haben wir das mit 6. November und 27. September auch erledigt. *(LR Mag. Freibauer: Der Finanzreferent von Niederösterreich hat nicht über Belastungen der Familien verhandelt, sondern daß wir, wenn eine neue Steuer eingeführt wird, auch für Niederösterreich einen gerechten Anteil kriegen. Über nichts anderes habe ich verhandelt!)*

Das ist richtig. Ich habe gesagt, das gestehe ich Ihnen auch zu. Herr Finanzlandesrat! Sie müssen mir bitte schon auch konzedieren, wenn ich da im "Kurier" lese, keine Kürzungen für die Familien sagt Landeshauptmann Dr. Pröll, dann kann ich eigentlich als Finanzreferent das nicht machen. Oder ich würde es nicht machen. Ich würde sagen, ich bekomme 110 Millionen Schilling, aber nicht, daß ich mich darüber freue, wenn ich andererseits weiß, daß es die Familien belastet. Und das kann ich Ihnen vorlesen, daß das in einer Aussage von Ihnen enthalten ist.

Herr Finanzlandesrat! Ich sage folgendes: Ich sage heute, ich freue mich, wenn der Abgang von 8,4 Milliarden Schilling, wo wir jetzt einmal sind, hält. *(LR Mag. Freibauer: Herr Kollege! Sie machen dann hundert Vorschläge, wie ich die 110 Millionen ausgeben soll, das weiß ich heute schon; davon bin ich überzeugt!)* Sind Sie überzeugt? Warten wir es ab.

Sie haben auch gesagt, im Juni haben wir das alles schon gewußt. Jetzt ist es eingetreten, ich würde mich freuen, wenn es nicht eintritt. *(LR Mag. Freibauer: Beim Rechnungsabschluß kön-*

nen wir das besprechen! Heute wäre das Wahrsagerei!)

Nein, das ist keine Wahrsagerei. Ich habe ja schon einmal recht gehabt, bitte schön. Ich bin kein Wahrsager. Schauen Sie, Sie wissen genauso wie ich, Sie verfolgen die Zahlen genauso wie ich. Die Umsatzsteuer etwa ist rückläufig, bis Jahresende wird erwartet ein Minus von rund 9 Prozent. *(LR Mag. Freibauer: Das wurde schon budgetiert!)* Ich komme gleich darauf zurück, Sie haben ungefähr 500 Millionen zurückgenommen. Bei der Einkommens-, bei der Körperschaftsteuer, bei der Lohnsteuer - positiv jetzt von mir angenommen - ist mit einem Minus von 4 Prozent zu rechnen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Wir werden sehen. Man kann immer leicht Zwischenrufe machen, jetzt werde ich einmal meine Rechnung aufstellen. Der Finanzlandesrat will es ja auch wissen, daß er dann nicht sagt, ich bin ein Wahrsager, sondern dann kann man im Protokoll bitte nachlesen, was ich heute gesagt habe. Und wenn ich das jetzt mit den Prozenten hochrechne - und darum habe ich ja gesagt, ich würde mich freuen, wenn es bei diesem Abgang bliebe - dann würde ich sagen - jetzt habe ich noch nicht von den Einsparungen geredet - daß sich der Abgang noch um 300 bis 500 Millionen laut den Berechnungen erhöhen wird. Darum sage ich, ich freue mich, wenn es einmal bei den 8,4 Milliarden bleibt.

Bei den sogenannten Anpassungen, was da geschrieben wird, da hätten wir auch schon einmal ein bißchen den Abgang absenken können. Weil in Wirklichkeit ist es bei den Anpassungen - und das begrüßen wir wirklich - bei den Personalausgaben zu einer Reduzierung von 160 Millionen gekommen. Aber auf der anderen Seite sind von diesem Betrag bereits 80 Millionen Schilling vom Herrn Landeshauptmann sofort wieder für kulturelle, museale Angelegenheiten, für Denkmalpflege, für Festspielförderungen ausgegeben worden.

Und jetzt komme ich zu den Einsparungen: Wir sind uns einig, beim 1. EU-Anpassungsbudget am 29. Juni hat der Landtag einen Punkt beschlossen, ich brauche ihn nicht zu zitieren. Es wurde erklärt, daß man im Ermessensbereich von rund 6 Milliarden Schilling 20 Prozent einsparen können wird. Der Landtag hat der Regierung die Vorgabe gegeben, daß von den gesamten Kreditkürzungen 500 Millionen Schilling überbleiben sollen. Das haben Sie im Ausschuß schon dargelegt, das werden wir dann beim Rechnungsabschluß sehen. Ich bin da anderer Meinung als Sie. Ich bin der Meinung, wenn der Landtag der Regie-

rung hier am 29. Juni 1995 den Auftrag gegeben hat, so hätte man - heute haben wir den 9. November 1995 - auch angesichts der Budgetvollzugskontrolle bis Ende Oktober klipp und klar sehen müssen, können wir das einsparen, können wir das nicht einsparen? Es bedarf beim Budget einer Vorlaufzeit. Man hätte das bis 30. September 1995 sehen können und hätte diese 500 Millionen Schilling bei den Ausgabenansätzen ganz simpel zurücknehmen können, dann hätten wir heute nicht das Defizit in dieser Höhe beim 2. EU-Anpassungsbudget. *(Beifall bei der FPÖ. - LR Mag. Freibauer: Das geht nicht! Sie müssen dem einzelnen Regierungskollegen in seinem Bereich die Möglichkeit geben, innerhalb eines Jahres umzuschichten! Er muß nur am Ende des Jahres diese Summe eingespart haben. Das kann man nicht anders. Wenn man das wieder in Zahlen festlegt, erreichen wir nicht das, was wir wollen. Dann sind es nicht 500 Millionen!)*

Bei den Ermessensausgaben haben wir die Deckungsfähigkeit, Herr Finanzlandesrat. Das hätten wir doch zurücknehmen können, dann hätten wir heute ein Budgetdefizit, das unter einer Milliarde läge. *(LR Mag. Freibauer: Herr Kollege Dkfm. Rambossek! Sie werden es im Rechnungsabschluß sehen. Das betrifft hunderte verschiedene Positionen!)*

Na und? Dann hätten Sie die Regierungsmitglieder gezwungen, bitte. Herr Finanzlandesrat! Wenn ich 500 Milliarden Schilling insgesamt eingespart habe, jeder Ressortverantwortliche hat bestimmte Ermessensausgaben. Und wenn ich die Ermessensausgaben zurücknehme, dann habe ich die Garantie, daß ich die 500 Millionen Schilling wirklich beim Rechnungsabschluß herinnen habe. Und wir werden ja den Rechnungsabschluß sehen. Ich würde mich freuen, wenn Sie recht hätten. Weil dann haben wir wirklich die 500 Millionen herinnen. So, bin ich der Meinung, so hätte ich die Regierungskollegen gezwungen, daß ich sie habe. Und da wäre ich mir viel sicherer, weil sonst ist es immer so eine gewisse Annahme, und da sage ich schon bitte, für mich hat der Landtag ... *(LR Mag. Freibauer: Der Unterschied ist der: Wir arbeiten partnerschaftlich und nicht mit Zwangsjacke! Wir arbeiten kollegial und wir werden am Ende des Jahres die 500 Millionen eingespart haben!)*

Schauen Sie, ich rede nicht von Zwangsjacken, sondern Sie haben uns ja erklärt, daß Sie das schon im April mit den Regierungskollegen vereinbart haben. Dann wären Sie bei Ihrer Vereinbarung geblieben! Nur sehe ich, daß der Land-

tag die Budgethoheit hat. Und der hat das am 29. Juni 1995 beschlossen. Doch das 2. EU-Budget ist - das ist der Hauptgrund für unsere Ablehnung - ganz einfach dem nicht nachgekommen, was der Landtag der Regierung bitte vorgegeben hat. Auf die weiteren Abweichungen, Herr Finanzlandesrat, gegenüber der Budgetprognose brauche ich ja heute gar nicht mehr einzugehen. Ich möchte nur eines sagen. Ich verstehe das alles, wie Sie das machen. Nur einen Satz möchte ich schon herausgreifen. Sie haben in diesem Budgetprogramm, in dieser Budgetvorschau - für mich ist das auch nur eine Vorschau und keine festgelegten Zahlen - von 1996 bis 2005 einen wichtigen Satz für mich festgeschrieben. Sie haben gesagt, Sie wollen die Entwicklung des Schuldenstandes aufzeigen, "was geschieht, wenn nichts geschieht." Wenn also keine finanzpolitischen Entschlüsse gefaßt werden. Sehen Sie! Und da wäre für mich und für uns Freiheitliche insgesamt der finanzpolitische Entschluß gewesen, daß man im 2. EU-Anpassungsbudget diese 500 Millionen Schilling praktisch eingebaut hätte. Warum haben Sie die 500 Millionen jetzt nicht budgetiert? Damit Sie dann Ende Juni 1996 die Lobeshymne singen können, ich habe gegenüber dem Budget 1995 einen geringeren Abgang. *(LR Mag. Freibauer: Herr Abgeordneter! Seien Sie doch nicht so mißtrauisch! Die 500 Millionen sind überhaupt nicht in Frage gestellt. Die 500 Millionen sind am Ende des Jahres da als Einsparung! Ich habe Sie doch schon im Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß gebeten, haben Sie ein wenig Geduld und warten Sie bis zum Rechnungsabschluß!)* Da warte ich wieder ein halbes Jahr und dann habe ich die böse Überraschung.

Herr Finanzlandesrat! Ich möchte aber auch abschließend wirklich etwas von Ihnen positiv anerkennen, ja, wirklich. Das ist nämlich Ihre Ehrlichkeit, daß Sie überhaupt ein EU-Budget gemacht haben. Nämlich im Vergleich zu den Finanzlandesräten in anderen, von der ÖVP dominierten Bundesländern. Weil die haben versucht, sich daran vorbeizuschwindeln und haben das alles, die Probleme der leeren Kassen in ihren Bundesländern versucht, mit so einer Regierungsermächtigung zu lösen. Lösen können sie es ohnehin nicht, weil irgendwie kommt man dann durch den Rechnungsabschluß bei denen negativ drauf. Sie kündigen das als eine positive Entwicklung an. Sie haben schon recht gehabt, Herr Finanzlandesrat. Abschließend ersuche ich den Herrn Präsidenten um eine getrennte Abstimmung über die Haushaltsansätze 1/74901 bis 1/74909 einerseits und über den Rest des 2. EU-Anpassungsbudgets andererseits. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Wir waren immer uneingeschränkte Verfechter des EU-Beitrittes und bleiben es auch. Auch wenn so Kurzzaufnahmen vielleicht manche Sachen nicht in dem Licht erscheinen lassen als sie wirklich darzustellen sind. Hier kann ich nur meinen Vorwurf aus meiner letzten Rede an die ÖVP, die sich als Wirtschaftspartei ausgibt, wiederholen: Daß sie ihre Darstellung und ihre Informationspflicht an die Bevölkerung gröblichst vernachlässigt. Es ist unwahrscheinlich, daß man den EU-Beitritt als ein reines Agrarproblem darstellt. Daß man nur davon spricht, daß Förderungen fließen, was die Bauern heute verlieren - so dramatisch es ist - und überhaupt nicht den Ansatz findet, welche Leistungen und welche Überlegungen sonst hinter diesem Beitritt stehen. Und ich kann auch nicht umhin, sehr geehrter Herr Landesrat, eigentlich das schon ins Lächerliche zu ziehen, daß Sie sich wieder unterstellen, die Landesumlage als Grund für Ihre Schulden anzuführen. Weil die Landesumlage, und ich werde das heute einmal in aller Deutlichkeit sagen, wurde wieder genannt. Das steht wieder hier, daß das einer der Gründe wäre. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ja, es handelt sich um ein Minus an Einnahmen, richtig. Und jetzt muß ich einmal sagen, was ich wirklich denke. Ich habe mich immer zurückgehalten, aber heute sage ich es: Die Freiheitlichen, die SPÖ und die Liberalen haben die Landesumlage abgeschafft. Der Herr Landeshauptmann hat den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Höger dann über den Tisch gezogen und sie dann wieder eingeführt. In unserer Auflage ist klar drinnengestanden, daß es nicht zulässig ist, daß das Budget daraus belastet wird. Und Sie haben hier genau dasselbe gemacht, wie Sie es beim EU-Anpassungsbudget machen. Sie sind hergegangen und haben nichts getan in der Struktur, in der gesetzlichen Voraussetzung, daß Sie Einnahmen zurückerhalten können. Diese Arbeit kann ich der Regierung nicht ersparen, wenn der Landtag so einen Beschluß faßt. Und jetzt trauen Sie sich jedesmal zu sagen, ich Armer habe kein Geld, die Landesumlage hat man mir weggenommen. Aber die Pflichtarbeit, die eigentlich im Erstantrag drinnen war, den wir unterschrieben haben, daß sie auch die rechtlichen Voraussetzungen für das Zurückerhalten der Zahlungen schaffen, wurde nicht durchgeführt.

(LR Mag. Freibauer: Herr Abgeordneter! Nennen Sie ein, zwei Beispiele, damit die Vertreter der Gemeinden wissen, was Sie damit meinen!)

Ich denke jetzt nicht daran, sehr geehrter Herr Landesrat, die gleiche Diskussion wie mein Vordröner mit Ihnen abzuführen. Das will ich den Damen und Herren Abgeordneten nicht zumuten. Wir können nachher diskutieren. Grundsätzlich ist es eigentlich so, daß ich nicht Ihre Hausaufgabe machen will. Ich kann es wahrscheinlich auch gar nicht. Sie haben sicher viel mehr Einblick.

Mit dem EU-Budget verhält es sich gleich. Wir haben das neue Budget auch schon vorliegen. Es sind überhaupt keine strukturellen Veränderungen versucht worden, daß die Progression der Ausgaben in der Zukunft sich fallend gestaltet. Es wird nur hochgerechnet. Und Sie haben selbst ganz stolz gesagt, ich habe das Budget gut verwaltet. Verwaltung ist zu wenig in der Situation, in der wir heute sind. Es sind Maßnahmen zu setzen, die in das vorhandene Ausgabengefüge eingreifen und es verändern! *(LR Mag. Freibauer: Das kann nur der Gesetzgeber!)* Ja richtig, das kann nur der Gesetzgeber. Aber Vorschläge können Sie machen, dafür wird Sie niemand bestrafen. *(LR Mag. Freibauer: Sie auch, Herr Abgeordneter!)* Bitte, ich kann es auch machen, ich werde es auch machen. Wir machen sie.

Wir stimmen trotzdem zu, weil wir der Meinung sind, daß diese eminent wichtige Sache des EU-Beitrittes nicht von solchen Kleinigkeiten hier - und zwar Kleinigkeiten in dem Sinn, daß wir uns politisch nicht verstehen - gebremst wird. Auf der anderen Seite muß ich sagen, wenn ich jetzt vorher gehört habe, wie stolz Sie sind, daß Sie 500 Millionen einsparen bei 9 Milliarden Verlust, bei 7 Milliarden Nettoabgang bitte, und das bei Einnahmen von "nur" 40 Milliarden, da kann ich nicht mehr davon sprechen, daß ich mit 500 Millionen einen Erfolg erziele. Weil ich glaube, daß das 20 Prozent sind, wenn ich richtig rechnen kann. Und das ist ein Abgang, der nicht mehr vertretbar ist. Das erkennt die Bundesregierung und sie tritt zurück, was auch nicht schön ist, weil flüchten ist nicht der Weg. Aber auf der anderen Seite ist es so, daß man heute weltweit und europaweit erkennt, man muß strukturell eingreifen. Wir in Niederösterreich warten. *(LR Mag. Freibauer: Das wünsche ich mir vom Gesetzgeber! Da sind wir einer Meinung!)* Ja sicher. Aber wenn Sie jetzt wollen, daß ich Finanzlandesrat werde, da bin ich zu klein mit meiner Partei. Das wird nicht funktionieren. Aber grundsätzlich, Herr Landesrat, will ich das nicht so verstanden sehen, daß das ein persönlicher An-

griff ist. Ich weiß, Sie bemühen sich. Aber Sie lassen sich politisch vergewaltigen von allen anderen Regierungsmitgliedern, die nichts anderes machen als Ihnen vorzuschreiben, was Sie auszugeben haben und Sie sagen halt dann doch ja. So wird es nicht weitergehen, ich glaube es nicht. Ich weiß nicht, wie die anderen Damen und Herren das sehen. Grundsätzlich möchte ich dazu noch einmal sagen, man hat eine Verpflichtung. Wir sind in die EU gegangen, wir waren alle dafür, bis auf die Freiheitlichen, die waren dagegen, das ist klar. Nur glauben sie seit neuestem, seit es im Fernsehen jetzt eine blaue Kuh gibt, die für Schokolade Werbung macht, die Landwirtschaft ist ein Parteimitglied von Ihnen. Aber das glaube ich nicht. Sie werden kein Glück haben mit dieser Politik, jetzt die Bauern noch mehr aufzuhetzen und noch mehr zu verunsichern. Es ist nicht etwa ein Agrarproblem. Es ist keines, glauben Sie mir!

Ich würde daher vorschlagen, daß dieses Budget wirklich von Ihnen als das Letzte gesehen wird, das in dieser Hochrechnungsmethode erstellt wurde. Mit Kugeln kann man das eigentlich machen, 3 Prozent überall aufrechnen und jetzt haben wir einen Erfolg damit. Sie haben das unterschrieben, das Europaabkommen, daß die Verschuldung nur um 3 Prozent pro Jahr steigt und 60,4 Prozent vom Bruttonationalprodukt die Verschuldung ausmacht. Mit den Vorgangsweisen, mit dem System, das sie jetzt haben, entfernen Sie sich von dieser Unterschrift. Und ich glaube, das kann sich Niederösterreich, das kann sich Österreich nicht leisten.

Ich möchte noch kurz eine Bemerkung zu der Landwirtschaft machen, weil mir das wirklich so am Herzen liegt. Wenn wir dieses Budget anschauen, dann sieht man eigentlich, daß ein Großteil dieser Mittel nach meinem Dafürhalten - ich kann das leider nicht belegen - gar nicht den Bauern zukommt, sondern von den bauernnahen Organisationen und Betrieben aufgesaugt wird. Und hier sollte man auch einmal nachschauen, ob man nicht wirklich Abhilfe schaffen kann, daß dieses Netz an Mitverdienern an der Landwirtschaft reduziert wird, rationalisiert wird. Und das ist ein Aufruf an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat Blochberger, wirklich einmal auch den Kammermantel, den Bauernbundmantel zu vergessen und zu versuchen, so zu denken, wie es notwendig ist. Es ist ja insofern interessant, wenn man schaut, daß um 4,7 Milliarden von Deutschland ohne weiteres hereingeliefert werden kann. Daß die Deutschen wirtschaftlich sind. Das müßte einmal untersucht werden, warum. Wie ist das möglich, daß die den grenzüberschreitenden Warenverkehr in

der EU spielend schaffen und wir brechen zusammen? Aber man darf es nicht nur negativ sehen. Nach Italien haben wir eine Ausweitung. Die Verantwortlichen sind aufgerufen zu untersuchen, warum. Das sind dann strukturelle Maßnahmen, die zu setzen sind.

Im wesentlichen noch einmal: Wir sind nach wie vor unbeirrt der Meinung, daß der EU-Beitritt gut war und ich bin sehr negativ eingestellt darüber, daß es niemandem einfällt, auch die positiven Seiten wirklich den Leuten, die jetzt Probleme haben, nahezubringen und sie zu der Stange zurückzubringen, bei der die österreichische Bevölkerung bei der Wahl für die EU war. Das war schließlich ein überwältigendes Mehrheitsergebnis. Mit dieser Vorgangsweise aber fördern Sie nur die Haltung der Freiheitlichen. Sie fördern nur das, was hier gesagt wird. Und es ist fast nicht zu entkräften, wenn Sie sich hier treiben lassen. Das hat die Regierung jetzt gemacht. Zum Rücktritt hat sie der Herr Haider getrieben und wir lassen uns da treiben. Und das ist nicht notwendig. Danke. *(Beifall bei LIF.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Dieser Tagesordnungspunkt läßt eine Fülle von Stellungnahmen in verschiedenste Wirkungsbereiche hier zu. Es wurden verschiedene Dinge schon angesprochen, auf die ich eingangs gleich Stellung nehmen möchte. Ich möchte vor allem auch dem Obmann des Kontrollausschusses, dem Herrn Kollegen Dkfm. Rambossek eine Antwort geben, wenn er wieder einmal behauptet, wie die Freiheitlichen es immer wieder tun, daß an den Kosten der Errichtung der Landeshauptstadt auch noch unsere Kinder zahlen werden. Es ist bekannt, daß Lügen, auch wenn sie noch so oft erzählt werden, auch nicht um eine Spur wahrer werden. Es ist nochmals darauf zu verweisen oder neuerlich darauf hinzuweisen, daß es lediglich eine Werteverlagerung gegeben hat. Das heißt, es sind Liegenschaften in Wien verkauft worden und es ist Vermögen aus der EVN herangezogen worden um den Bau dort zu errichten, der gleichzeitig wieder einen Wert darstellt in derselben Höhe. Und wenn St. Pölten - und das wird es sicherlich auch werden - ein interessanter Wirtschaftsstandort ist, so wird der Realwert dieser Anlagen steigen. Ich bitte, das endlich einmal zur Kenntnis zu nehmen! Es ist einfach nicht seriöse Politik, wenn hier etwas dargestellt wird, daß da extra Kredite

aufgenommen werden für die Finanzierung, das sei einmal klargestellt.

Eine zweite Sache: Mir hat also hier diese Empörung bezüglich dieses Heftchens nicht gefallen. Ich gebe schon zu, daß das sicherlich unglücklich ist. Aber seien wir uns alle hier ehrlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir transportieren doch selbst auch Kapital ins Ausland durch unsere Reiselust. Ich möchte nicht fragen hier in diesem Saal, wer in diesem Jahr irgendwo auf Urlaub war und vielleicht auch 10.000,-, 20.000,-, 30.000,-, 40.000,- oder 50.000,- Schilling dafür ausgegeben hat. Und damit auch keinen besonderen Patriotismus gezeigt hat. Gar nicht zu reden vom Import fossiler Energie, wo man ganz leichtfertig sich, egal, in welcher Form, um Erdöl, Erdgas, und nicht um die Alternativen aus der heimischen Produktion bemüht. Wie gesagt, mir gefällt das sicherlich nicht. Ich glaube nicht, daß das im Sinn des Ministers Ditz gewesen ist. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Es geht sicher auch mir öfter so, daß ich irgendwo drinnen stehe, aber nicht für den Inhalt letztendlich verantwortlich bin.

Dem Kollegen Ing. Dautzenberg kann ich nur recht geben, wenn er sagt, daß der EU-Beitritt nicht allein ein Agrarproblem ist. Sicherlich ist einmal die nachgelagerte Agrarindustrie zutiefst betroffen von dieser ganzen Situation. Und es gibt verschiedene Bereiche auch im Gewerbe und im Handel. Einerseits durch die offenen Grenzen - im Bereich zu den Reformstaaten ist das sicherlich nicht EU-bedingt - aber natürlich auch an den Grenzen zu Italien, zu Deutschland ergeben sich diverse Probleme. Und daher ist also die Problematik umfassend zu sehen. Wenn man aber gleichzeitig beklagt, daß hier die Budgetansätze nicht gehalten haben, so muß man einfach diesem Jahr 1995, diesem Beitrittsjahr doch auch zugestehen, daß es ein Jahr der Anpassung ist. Und daß wir all die Probleme, die auftauchen können und aufgetaucht sind, auch bestmöglich bewältigen werden, wenn wir dann in den nächsten Jahren ehrlich und aufrichtig daran gehen - und daran ist nicht zu zweifeln - einfach die Finanzen, so wie wir es bis jetzt gehalten haben, dann, wenn diese außergewöhnlichen Finanzleistungen nicht mehr notwendig sind, in Zukunft auch entsprechend wieder gut zu gestalten.

Ich möchte überhaupt den Herrn Landesrat Freibauer in dieser Sache loben. Bei ihm ist die Budgetpolitik immer nachvollziehbar. Er hält mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg und berichtet uns periodisch immer wieder, inwieweit sich

neue Entwicklungen hinsichtlich des Kapitalbedarfes und am Einnahmensektor ergeben. Und ich glaube, das ist sehr wichtig. Er beweist eine hohe Sachlichkeit in diesem Bereich und das kann der Debatte, wenn wir sie ernst nehmen, nur gut tun.

Ich glaube, daß in Niederösterreich zügig weitergearbeitet werden soll und daß an den verantwortlichen Stellen der Landesregierung sicherlich die Leute am Werk sind, die einerseits dieses Handwerk bestens verstehen und letztendlich die Situation erkennen und danach den Kurs unserer Finanzpolitik ausrichten. Und das unterscheidet uns, sehr geehrte Damen und Herren, sehr wesentlich von der Situation an anderen verantwortlichen Stellen, im speziellen jenen des Bundes. Hier gelingt es dem neuen Bundesfinanzminister zweifellos nicht, diese Probleme in den Griff zu bekommen. Er ist bis jetzt sein Lehrstück schuldig geblieben und es ist zu befürchten, daß die Lehrzeit verstreichen wird und letztendlich auch ein klarer Finanzkurs nicht erkennbar ist. Auch die Medien haben diese Bedenken ja sehr breit aufgezeigt.

Ich glaube, daß auf Bundesebene einfach auch von der Realität ausgegangen werden muß, daß einfach dieser Staat nicht mehr und zusätzlich durch Einnahmen in Form von neuen Steuern und der Erhöhung von Gebühren seine Ausrichtung finden wird. Sondern so, wie wir es im "Schüssel-Ditz-Kurs" sagen, daß wir lediglich in einem Bereich für Steuererhöhungen sind, das ist der Energiebereich. Daß aber in allen anderen Bereichen sukzessive die Ausgabenseite herangezogen werden muß, damit wir als Wirtschaftsstandort im Wettbewerb mit den europäischen Staaten uns behaupten können.

Und ich glaube, daß auch die Wirtschaft selbst nicht ins Gerede gebracht werden kann trotz des Wahlkampfes. Daß man sagt, der Wirtschaft, der österreichischen Wirtschaft insgesamt geht es schlecht. Wir haben große Probleme mit der Dotierung der öffentlichen Haushalte, aber das Wirtschaftswachstum wird in etwa zwischen 1,5 % und 2,5 % plus sich befinden! Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung und ist auch im Bereich dieser Diskussionen, der Wahlauseinandersetzungen und der Diskussionen ums Budget, und der neuen Ausrichtung der österreichischen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu sehen.

Die Budgetverhandlungen auf Bundesebene haben im Gegensatz zu jenen Verhandlungen, die hier im Land permanent zu führen sind, mehr gewirkt wie ein komödienhaftes Trauerspiel, möchte

ich sagen. Einerseits hat der Regisseur versagt und zum anderen, wenn man beim Theater bleibt, auch der Theaterdirektor. Publikum und Schauspieler sind enttäuscht, ja sind, möchte ich sagen, um es volkstümlich auszudrücken, "angefressen".

Nun, wie es halt so ist bei so einem Desaster, es werden Schuldige gesucht. Und da ist es nicht weit zum Bauernopfer. Die Sozialisten sind in dieser Sache immer schon sehr erfinderisch gewesen. Schon lange sind die vielen Schalmeientöne vor und unmittelbar nach der Volksabstimmung verschwunden. Die SPÖ hat scheinbar vergessen, daß gerade die Landwirtschaft von großer Skepsis bewegt war, aber daß es dennoch verantwortungsbewußte Bäuerinnen und Bauern mit ihren Familien waren, die, nicht in Erwartung von besseren Zeiten für die Landwirtschaft, sondern eher in einer Form von Staatsräson und Sorge, daß die österreichische Wirtschaft von der Entwicklung des dynamischen europäischen Wirtschaftsgroßraumes abgekoppelt werden könnte, letztlich Ja gesagt haben. Das war die Motivation des Bauernstandes. Und das habe ich auch immer wieder in meinen Ansprachen betont. Ich glaube, auch die österreichische Bevölkerung hat zu diesem Zeitpunkt sehr vehement eingefordert, daß die österreichische Landwirtschaft in der neuen Konkurrenzsituation nicht unter die Räder kommt. Sondern daß eben, wenn wir unsere qualitätsbetonte und ökologisch ausgerichtete und orientierte Produktion in der Landwirtschaft aufrecht erhalten wollen, daß wir entsprechende Hilfestellungen geben sollen. Und daß auch weiterhin die Landwirtschaft eine wichtige und wesentliche Grundlage für die Weiterentwicklung und die Absicherung des Fremdenverkehrs sein sollte. Und nicht als ein EU-Opfer hier geopfert werden sollte.

Damit war aber auch gemeint, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß für die Landwirtschaft Ausgleichszahlungen aus öffentlichen Mitteln für die Preis- und Einkommensverluste erstattet werden. Und es war und es ist jedenfalls der österreichischen Bevölkerung bewußt und von dieser gewünscht, daß die österreichische Landwirtschaft ihren hohen Umweltstandard beibehält, ja noch weiter entwickeln solle. Da am freien Markt der Europäischen Union aber derzeit diese Umwälz- und Qualitätsstandards nicht bezahlt werden, hat man sich in vergangenen Zeiten in der Bundesregierung und auch mit Brüssel darauf geeinigt, daß diese Umweltprämien ausgebaut und angehoben werden.

Es ist daher äußerst erfreulich, sehr geehrte Damen und Herren, und aus diesem Licht muß

man es sehen, daß unsere Landwirtschaft in diese Umweltprogramme, in das sogenannte ÖPUL-Programm in einem höheren Ausmaß eingestiegen ist als das zu erwarten gewesen ist. Das zeigt von Fortschritt und soll nicht so dargestellt werden, als hätten etwa hier Landwirte ein System ausgenützt. Die Landwirtschaft ist in diesem Zusammenhang zu loben und zu belohnen für dieses Engagement im Dienste der Umwelt und der Volksgesundheit.

Mit diesem 2. EU-Anpassungsbudget 1995, sehr geehrte Damen und Herren, löst nun der NÖ Landtag seine Zusagen und seine Vertragstreue gegenüber der Landwirtschaft ein. Es ist dazu festzustellen, daß ehrlichen Worten auch Taten folgen. Und so beschließen wir heute im Landtag in diesem Nachtragsbudget insgesamt fast eine Milliarde Schilling an Ausgaben für landwirtschaftliche Belange, welche sich mit dem Sinn und dem Geist des Europavertrages des Landes Niederösterreich decken.

Mehr als die Hälfte des landwirtschaftlichen Ansatzes mit rund 500 Millionen Schilling sind für dieses umweltorientierte landwirtschaftliche Programm vorgesehen. Mit diesem Umweltprogramm können neue, wesentlich umweltschonendere Nahrungsmittelproduktionen aufgebaut werden. Andererseits wirkt gerade aber dieses ÖPUL-Programm auch gegen die Gefährdung des Grundwassers durch freigesetztes Nitrat, indem nämlich vorgegeben wird, daß möglichst viele Flächen sehr lange begrünt bleiben. Somit kann auch die Bodenerosion bestens hintangehalten werden, speziell in den sehr gefährdeten Weinbauregionen.

Ganz besonders wichtig scheint es auch, daß dieser Budgetnachtrag die Unterstützung für den landwirtschaftlichen Investitionsbereich mit beinhaltet. Und es stehen zweifellos viele dringende Investitionen bevor. Denn wir haben auch feststellen können in der Landwirtschaft, daß in den letzten zwei Jahren die investiven Entscheidungen eher zurückgenommen und zurückgehalten wurden. Und nun werden natürlich nach Beurteilung der neuen Situation unter Abschätzung der neuen Chancen die Investitionen letztendlich auch getätigt werden müssen, wenn wir haben wollen, daß die österreichische und die niederösterreichische Landwirtschaft im speziellen sich den neuen Herausforderungen in moderner Weise bestmöglich stellt. Speziell sei darauf hingewiesen, daß durch diesen Beschluß auch Mittel für den Aufbau von Vermarktungs- und Markengemeinschaften eingesetzt werden können. Ebenso sind dadurch Investitionshilfen für die Agrarindustrie möglich,

welche sich zwingend den internationalen Bedingungen bezüglich Schlagkraft und Ausrichtung stellen muß und sich in dieser neuen Situation behaupten wird müssen.

170 Millionen Schilling werden als 40prozentiger Anteil an nationalen Mitteln zur Bergbauernförderung und für Direktzahlungen in den benachteiligten Gebieten eingesetzt. Unterstützung ist hier auch zugesagt zum Ausbau der Infrastruktur. Diese ist in verschiedenen Gebieten und Sektoren in verschiedener Dringlichkeit gegeben und ist ein Gebot der Stunde. Der Ausbau der Maschinenringe muß vorangetrieben werden, um hier vor allem auf dem Kostensektor in den nächsten Jahren, wenn einzelne EU-Förderungsmaßnahmen restriktiv zurückgehen, das Bestehen zu garantieren. Genauso ist hier enthalten auch eine Effizienzsteigerung im Bereich der Zuckerrübenanlieferung, wo Transport- und Lagereinrichtungen auf ein neues System umgestellt werden sollten, um die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Markt zu erhalten.

Sehr erfreulich ist, daß im Bereich der Tierhaltung nunmehr gegen das Problem der Aujeszkyschen Krankheit in Form von Untersuchungen, die das Land zahlt, und durch Prämien für die Mutterkuhhaltung eine wesentliche Stütze gewährleistet werden kann.

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stehe nicht an, mich beim Landtag, bei der Landesregierung, beim Agrar- und Finanzreferenten dafür zu bedanken, daß sie mit uns Bauern sehr ehrenvoll und ich möchte sagen, sehr verantwortungsvoll und vertrauensbildend umgehen. Und daß sie uns damit auch Motivation geben und uns nicht Kraft durch Ärger in anderen Bereichen abfordern.

Ganz anders - und ich habe darauf schon hingewiesen - ist es von der Bundesebene her verspürbar, wenn ich die Attacken der Sozialistischen Partei auf die Landwirtschaft im Bereich der Förderungsgestaltung ansprechen darf. Leider ist dieser Stil, das ist mir heute besonders bewußt geworden, auch in diesem Haus durch den Landtagsabgeordneten Knotzer übernommen worden und wie ich fürchte, wird wahrscheinlich Klubobmann Dr. Bauer nach mir in dasselbe Horn stoßen. *(Abg. Kurzreiter: Nein, Kollege Hiller! Der tut das nicht!)* Ich fürchte, daß er in dasselbe Horn stoßen wird

wie sein Kollege bzw. seine Rundfunkmeldung hier versucht, darzustellen und zu behaupten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist klar, jetzt ist die Zeit gekommen, den Solidarvertrag mit den Bauern zu erfüllen, daran gibt es nichts herumzudeuteln. Unsere Bauern haben sich, beginnend mit dem August 1994, auf die vom Bund vorgegebenen Umweltprogrammrichtlinien in jeder Bewirtschaftungsweise eingestellt. Nicht aus Gewinnsucht, sondern eben aus Umweltverantwortung. Sie haben Saatgut eingekauft, sie haben das Saatbeet bereitet, sie haben die Saat aufgebracht. Sie haben enorme Kosten an Treibstoff, sie haben Kosten an Maschinenleistungen und natürlich auch Arbeitsleistung eingebracht. Und das aliquot je Hektar. Daher kann ich nichts damit anfangen, daß ich einfach einen Betrag gebe, der nicht an die Fläche gebunden ist. Denn wenn ich hier einen Betrieb habe mit 10 Hektar, dann habe ich denselben Fixkostensatz pro Hektar gegeben, wie wenn ich 100 Hektar bewirtschaftete. Wo soll da ein sozialer Aspekt einerseits die Ertragseinbußen egalisieren und zum anderen die gesteigerten Kosten abdecken? Also das kann sicherlich nicht gehen und ist nur eine, möchte ich sagen, sehr oberflächliche politische Forderung, um hier auf dem Rücken der Bauern eine Diskussion im Rahmen des Nationalratswahlkampfes zu führen.

Wir haben derzeit, sehr geehrte Damen und Herren, für diese Leistung, für die unsere ersten Kosten bereits mit August 1994 beginnend aufgelaufen sind, noch keinen Schilling bekommen. Noch kein einziger Schilling wurde für die Landwirtschaft im Bereich des ÖPUL-Programmes ausbezahlt. Und das muß man sehen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir bekennen uns nach wie vor zu diesem Programm. Es ist ein Programm, das die österreichische Bevölkerung fordert, es akzeptiert und auch in entsprechender Weise wertschätzt. Daher soll es nicht politisches Gezänk sein, das hier diesen modernen umwelt- und ökologieorientierten Ansatz in Frage stellt! *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Bauer: Erst am 20.10.95 hat Ihr Minister die Unterlagen geliefert!)*

Lieber Herr Kollege Dr. Bauer! Ich verspüre draußen zunehmend unverhohlenen Zorn darüber, was Ihr Sozialisten hier in neuen klassenkämpferischen Tönen auf das Tablett legt: Falsche Darstellungen, halbe Wahrheiten. So ist das. Da werden die Bauern einfach als Millionäre hingestellt, welche nur das Geld an sich raffen und die Staatskassa plündern wollen. So wird das hingestellt. Da werden Bruttoerlöse und Umsätze als bäuerliches Nettoeinkommen dargestellt. Und

dieses ist ein garstiges Spiel, sehr geehrte Damen und Herren, der roten Klassenkämpfer. Ja, ich möchte sogar sagen, das ist eine Sauerei. Und das werden wir uns nicht gefallen lassen! (*Beifall bei der ÖVP. - Heftige Unruhe bei der SPÖ.*)

Doch Du, Herr Klubobmann Dr. Bauer, Dir bringe ich einiges an Wertschätzung entgegen. Ich schätze Dich als einen Kenner der Wirtschaft, das gebe ich ohne weiters zu. Daß Du auch so einen Blödsinn, möchte ich sagen, daß Bruttoerlös und Nettoeinkommen eins seien, vertrittst bzw. nicht aufklärst, das ist zumindest Fahrlässigkeit. Da wird einfach nicht mit ehrlichen, sondern mit falschen Mitteln argumentiert. Wir werden daher alles daransetzen, sehr geehrte Damen und Herren, daß dieses ungebührliche Spiel baldigst beendet wird, darauf können Sie sich sicherlich verlassen.

Die österreichische Bundesregierung hat den Bauern einvernehmlich einen Europavertrag angeboten. Wir Bauern haben dazu Ja gesagt. Wir haben das angenommen und haben darauf vertraut, daß es auch so kommen wird, wie es im Europavertrag paktiert ist. In der Politik muß eine gewisse Handschlagqualität gelten. Darauf bestehen wir und darauf werden wir auch pochen. Wir lassen uns einfach nicht von irgend jemand diese Dinge, die ausverhandelt sind, streitig machen. Denn da ist jede Orientierungsmöglichkeit für die Landwirtschaft, die sich wie ein jeder anderer Betrieb, wie verschiedene andere Sparten natürlich auch ausrichten muß, verloren und ist hier nicht mit entsprechender Sorgsamkeit und Ehrlichkeit gegeben.

Ich darf auch daran erinnern, daß gerade beim Abschluß des Europavertrages der Bundeskanzler sehr oft das Wort genommen hat und sehr breitpurig erklärt hat, daß mit den Bauern alles ausverhandelt und abgesichert ist. Ich sehe bis heute keinen Beistrich davon erfüllt. Man möchte offenbar in Österreich ein sozialistisches, besser gesagt noch, ein postkommunistisches Agrarsystem einführen. Denn nicht ein EU-Land hat das, was die Sozialisten in Österreich bezüglich der Agrarförderungen fordern, irgendwo in einem Programm bzw. gibt es Beispiele, daß Brüssel grundsätzlich diese Staffelung nach sozialen Argumenten und auf sozialer Basis ablehnt. Daß es aber natürlich die Möglichkeit gibt, für den Bauernstand in anderen Bereichen soziale Staffellungen zu treffen. Und das gibt es ja auch in verschiedenen Bereichen, nicht nur im Bauernstand, sondern auch in anderen Berufsgruppen.

Die Bewirtschaftungskosten je Hektar sind eben auf einem Hektar aliquot dieselben als in der Bewirtschaftung von hunderten Hektar. Und ich sehe dem Ertragsrückgang einerseits natürlich ein Mehr an Kosten speziell im Umweltprogramm gegenüber. Wir von der Volkspartei stehen daher nach wie vor zum Vertrag mit den Bauern, weil wir wissen, was wir diesem Berufsstand in unserem Land verdanken können. Und wir als Agrarland Nummer 1 wollen das sicherlich auch bleiben und hier gerade in der Landwirtschaft mit unserer Qualität auch eine gute Voraussetzung für Lebensqualität, für Umweltqualität auch in den nächsten Jahren sichern und garantieren.

Daher ist es hoch angebracht und dringlich erforderlich, daß unsere Landwirtschaft vor der Vertragsuntreue der Sozialisten in Schutz genommen wird. Ich darf daher, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Hiller und
Ing. Dautzenberg zur Vorlage der
Landesregierung betreffend 2. EU-
Anpassungsbudget 1995, Ltg. 385/V-2/24,
betreffend Umweltförderung, Bereitstellung der
notwendigen Finanzmittel auf Bundesebene.

Der EU-Beitritt mit 1.1.1995 brachte für unsere Bauern eine zwangsweise Angleichung der Agrarpreise auf das wesentlich niedrigere EU-Preisniveau. So ging der Bruttoerlös je Hektar Getreide um ca. 50 Prozent zurück. Ein Milchbauer hat seither einen Erlösrückgang von ca. 35 Prozent zu verkraften.

Um diese Einkommenseinbußen der Bauern wettzumachen, war es von Anfang an politische Absicht, daß durch die EU-Förderungen ein Ausgleich geschaffen werden soll. Es wurde sowohl bei den Beitrittsverhandlungen, als auch im Rahmen der Verhandlungen zum Europasolidarabkommen ein Maßnahmenpaket entwickelt, um den Einnahmefall in etwa auszugleichen.

Ein Teil dieses Maßnahmenpaketes stellt die Umweltförderung (ÖPUL) dar, wobei die wesentlichen Ziele der Schutz und die Verbesserung der Umwelt, die Erhaltung des natürlichen Lebensraumes, der Landschaft, der natürlichen Ressourcen und der Böden sowie die Einkommenssicherung für die Landwirte sind.

Die österreichische Landwirtschaft hat sich konsequent in Richtung stärkere Ökologisierung

entwickelt. Die EU anerkennt dieses Programm und zahlt hierfür 2,3 Mrd S jährlich.

Erfreulicherweise haben die österreichischen Bauern das Umweltprogramm über das geplante Ausmaß angenommen. Dieser erwünschte Trend in der Landwirtschaft darf keineswegs gebrochen werden, im Gegenteil, es ist alles zu unternehmen, daß die österreichische Landwirtschaft ihren Umweltkurs weiter einhält.

Die Förderungen im Umweltprogramm sind als Abgeltung für in den Jahren 1994 und 1995 erbrachte Umweltleistungen bzw. für Ertragsbußen anzusehen. Es ist daher notwendig, die Umweltförderung nach den vorliegenden Richtlinien für das ÖPUL auszuzahlen und damit die Zusagen an die Österreichische Bauernschaft einzuhalten.

Eine soziale Staffelung der Agrarförderung würde dem Prinzip der leistungsbezogenen Agrarförderung, die im Regierungsübereinkommen verankert ist, widersprechen und für Nebenerwerbslandwirte gravierende Nachteile bedeuten. Eine derartige Staffelung wurde überdies von der EU-Kommission abgelehnt und eine im bayerischen Kulturlandschaftsprogramm festgelegte betragsmäßige Obergrenze mußte abgeschafft werden, weil sie mit den Zielen und Grundsätzen der bezugnehmenden Richtlinie 2078/92 nicht in Einklang zu bringen ist.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung an die Bundesregierung und die im Nationalrat vertretenen Parteien heranzutreten, um die Umweltförderung entsprechend den vorliegenden Anträgen in voller Höhe und termingerecht auszuzahlen."

Ich ersuche um Unterstützung dieses Antrages. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Schade, daß der Herr Kollege Dr. Michalitsch nicht da ist. Es wird sicher die Wirtschaftstreibenden bei uns dann interessieren, daß er gesagt hat, es geht ihm nicht um den Unternehmer, oder

es soll dem Unternehmer ja nichts bringen. Wir werden schauen, daß das auch dementsprechend unter die Leute kommt. Damit man sieht, wie ein ÖVP-Abgeordneter denkt. *(Abg. Hoffinger: Das ist so aus dem Zusammenhang gerissen!)*

Zur Sache mit dem Italienmarkt, zu dieser Bilanz. Das ist ja leicht erklärt. Die Kärntner Bauern haben sich teilweise selber zusammengeschlossen und haben selbständig Weizen nach Italien exportiert. Am Rindfleischsektor schaut die Welt natürlich ganz anders aus. *(Abg. Kurzreiter: Wir haben sogar mehr exportiert, nur die Preise waren nicht in Ordnung!)*

Ja, in Niederösterreich gibt es auch eine Erzeugergemeinschaft, aber die Kärntner Bauern haben um einiges mehr in die Wege geleitet.

Am Rindfleischsektor ist der Italienmarkt zusammengebrochen, trotz - und da bin ich wieder bei den Versprechungen - der Aussagen, wenn wir nicht zur EU gehen, können wir nach Italien kein Rindfleisch mehr exportieren. Es war genau umgekehrt, weil dadurch natürlich die bilateralen Verträge außer Kraft getreten sind und der Wettbewerb frei war. Und damit haben wir keine Chance mehr. Ich glaube, das war ein EU-Versprechen, das einfach gebrochen worden ist. Und, Herr Abgeordneter Hiller, das sind für mich Lügen. Da sind die Bauern angelogen worden. Nicht, wenn unser Kontrollausschußobmann sagt, daß Ihr die Finanzierung des Regierungsviertels nicht im Griff habt, das ist für mich eine klassische Lüge.

Zum Kollegen Ing. Dautzenberg: Ich gebe Dir vollkommen recht - er ist leider auch nicht da - daß es einfach zu viele Mitverdiener gibt an der Landwirtschaft. Auf die werde ich aber später noch eingehen. Der Herr Landesrat Freibauer bestreitet es ja, was in "täglich Alles" gestanden ist. Ich lese es jetzt trotzdem vor, weil man muß es sich schon auf der Zunge zergehen lassen. "Freibauer, der sich für die Beschaffung der notwendigen Geldmittel eine große Mehrheit erwartet. Freibauer: 'Nur die FP hat ihr entschiedenes Veto dazu bereits lautstark angekündigt. Das beweist einmal mehr die zwiespältige Haltung der FP gegenüber unserer Bauernschaft'. " *(LR Mag. Freibauer: Bitte, da haben sie den Originaltext meiner Aussendung und nur dafür bin ich verantwortlich!)*

Ja, Herr Landesrat, dann müssen Sie das entgegennehmen. Oder Sie haben bewußt in Zeiten des Wahlkampfes die österreichischen Bäuerinnen und Bauern angelogen, wenn Sie es nicht entgegennehmen. Weil das ist doch eine klassische Lüge, wenn wir im Ausschuß für die Bauerngelder stimmen.

(Beifall bei der FPÖ.)

Da steht drinnen, die Freiheitlichen stimmen dagegen, was überhaupt nicht stimmt, was wir da mit unserem Abstimmungsverhalten beweisen werden. Wo Sie im Ausschuß Zeuge waren. Sie waren Zeuge im Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß und haben gesehen, daß wir für die Bauerngelder gestimmt haben. (LR Mag. Freibauer: Im Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß hat die FPÖ mit ihrer Abstimmungsart die Beschaffung der notwendigen Finanzmittel verweigert!)

Ich kenne den Pressedienst, ich habe ihn ohnehin schon gelesen. Aber das steht halt da so drinnen. Und für uns war es von Anfang an klar und es hat überhaupt keine Debatte gegeben, daß wir diesem Kapitel über die versprochenen Bauerngelder, daß wir dem zustimmen. (LR Mag. Freibauer: Der Verteilung, aber nicht der Beschaffung der Mittel!)

Das ist doch ganz klar: Wenn ich einem Budgetkapitel - das ist bei der Budgetdebatte genauso - wenn ich einem Budgetkapitel die Zustimmung erteile, ist es auch klar, daß man das Geld auch aufnehmen muß. Das ist für mich ganz klar. (Beifall bei der FPÖ.)

Und wenn ich dann heute in das Zentralorgan hineinschaue, in den "Bauernbündler", "Doppelspiel der FPÖ mit Niederösterreichs Bauern", ist es dieselbe Diktion. "Die Freiheitlichen wollten mit diesem Abstimmungstrick verhindern, daß die Bauern jetzt tatsächlich ihr Geld erhalten." Also im Volksmund heißt er schon "Bauernschwindler", jetzt ist er es tatsächlich. Weil da werden die Leute angelogen in der Zeitung. Und Dich als Obmann, Herr Landesrat, würde ich wirklich ersuchen, daß Ihr ein bißchen objektiver oder ein bißchen zumindest ehrlicher Bericht erstattet und daß Ihr die Bauern nicht dauernd anlügt in dieser Zeitung. (Beifall bei der FPÖ.)

Daß wir von Anfang an für die Bauerngelder waren beweist auch die Tatsache, daß wir die ersten waren, die den Antrag gestellt haben auf die 60:40-Regelung. Dieser Antrag ist da herinnen einstimmig von allen vier Parteien beschlossen worden. Und ich gebe doch nicht meinen Namen her und bin der Erste um das zu sichern mit einer 60:40-Regelung und dann schreibt Ihr hinein, wir sind dagegen. Was ist das für eine Politik? Das ist zutiefst unseriös. Wir haben die 60:40-Regelung gefordert, damit das gesichert ist. Das ist einstimmig über die Bühne gegangen, alle Parteien waren damit einverstanden und dann macht Ihr so etwas. Aber mir ist das schon klar, es geht um die

Wahlen. (LR Blochberger: Ihr müßt bei der Abstimmung aufpassen, daß Ihr richtig stimmt!)

Nein, wir haben schon richtig gestimmt bei den Bauerngeldern. Wenn man sich diese Budgetposten anschaut, diese 996 Millionen, dann sieht man ja, daß zirka die Hälfte, also fast eine halbe Milliarde eben für dieses ÖPUL-Programm da enthalten ist. Und wir wissen auch genau, wenn wir das da beschließen und im Bund wird das nicht beschlossen, dann bringt das gar nichts, weil es nur gemeinsam geht. Und damit komme ich auf diese Parlamentssitzung, auf diese 83:83-Abstimmung. Und da muß man sich halt anschauen, wer gefehlt hat. Es haben zwei freiheitliche Abgeordnete gefehlt, die ordnungsgemäß entschuldigt waren. Und es haben acht ÖVP-Abgeordnete gefehlt, unter ihnen zwei Bauernbündler. (Heftige Unruhe im Hohen Hause.)

Zwei waren entschuldigt, die acht waren nämlich nicht entschuldigt. Erkundigt Euch besser, von den acht war die Hälfte vorher bei der Sitzung anwesend. Und jetzt gibt es böse Zungen, die behaupten, der Klubobmann Khol hat seine Leute weggeschickt - das glaube ich nämlich auch - um daraus ein Wahlkampfthema zu machen. Genau das ist es nämlich! (Beifall bei der FPÖ.)

Ihr trampelt auf den Gefühlen der Menschen herum und dann habt Ihr da Euren Landwirtschaftsminister, ÖVP-Antrag, jetzt müssen alle im Nationalrat Farbe bekennen. Bis zuletzt dramatisches Ringen um Rechtsfinanzierung des Umweltprogrammes. Schon lange könnten wir es haben, wenn Ihr wollen hättet. Ihr habt gar nicht wollen. Ihr habt die Bauern belogen und arbeitet mit den Emotionen der Menschen. Und wenn ich dann heute die "Kronen Zeitung" nehme: "Die ÖVP mobilisiert jetzt die Bauern." Zuerst habt Ihr geschaut, daß sie das Geld nicht bekommen, und jetzt mobilisiert Ihr die Bauern. Die sozialistischen Damen und Herren geben mir Gottseidank schon recht. Weil eines wissen wir auch: Jedesmal, wenn wir einen schwarzen Landwirtschaftsminister gehabt haben, ist es den Bauern schlechter gegangen als wenn die am Ruder waren. Das gehört ja auch einmal gesagt. Die ÖVP mobilisiert jetzt 10.000 Bauern. Am Montag werden sie vor Beginn der Sondertagung vor dem Kanzleramt und vor der SPÖ-Bundeszentrale demonstrieren. Ja, wenn das Eure Politik ist, daß Ihr die Bauern nach Wien herein zitiert, daß Ihr ihnen einen Arbeitstag nehmt. Daß sie demonstrieren sollen für das, was Ihr eigentlich selber verhindert habt, dann muß ich sage ... (Heftige Unruhe bei der ÖVP. - Beifall bei der

FPÖ.) Ich werde mir übrigens anschauen, wer die Einsatzkosten für die Exekutive dort bezahlt. Ob das auch vorgeschrieben wird.

Also, damit einmal das klargestellt wird. Hier die Retter der Bauern, die unbedingt schauen müssen, daß die Bauern zu ihrem Geld kommen. Wir hätten es schon lange miteinander beschließen können. Und wenn der Herr Schlüssel jetzt sagt, wir wollen schon wieder und wir müssen halt mit den Grünen reden, na wollt Ihr sie jetzt haben oder nicht? Jetzt steht ja Gottseidank drinnen im "Bauernbündler", es wird eine schwarz-blau-grüne Mehrheit wahrscheinlich geben. Ich glaube es erst, wenn es soweit ist. Vielleicht schickt Ihr wieder die Leute nach Hause, daß Ihr ein Wahlkampfthema bis zum 17. Dezember habt. (*Heftige Unruhe im Hohen Hause.*)

Man muß natürlich jetzt bei diesen Zahlungen auch sagen, das ist ja schon gefallen, daß sie unser Budget unheimlich belasten. Und da sieht man wieder, wie schlecht erstens das Verhandlungsergebnis war. Und das Tragische für mich ist, daß in Brüssel soviel Geld liegt, daß sie gar nicht wissen, wohin damit. Und wir müssen raufen. Und jetzt habe ich da ein Protokoll aus dem Europäischen Parlament, ein Sitzungsdokument von der Budgetdebatte. Und ich darf da zitieren: "Das Europäische Parlament beobachtet mit Sorge, daß per 31. Mai 1995 rund 5 Milliarden ECU an Zahlungsermächtigungen aus den Strukturfonds 1989 bis 1993 nicht ausgeschöpft sind und verfallen werden, falls sie nicht bis Ende des laufenden Jahres ausbezahlt werden. Fordert daher die Kommission auf, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, einschließlich des technischen Beistandes in den Mitgliedstaaten um die vollständige Nutzung dieses Betrages bis Ende 1995 sicherzustellen." Und das Europäische Parlament bedauert, daß 1995 wie schon 1994 die für die Strukturfonds bestimmten Mittel voraussichtlich nicht in ihrer Gesamtheit ausgeschöpft werden. Fünf Milliarden ECU, 65 Milliarden Schilling, liegen da draußen auf einem Konto, die gar keiner haben will. Und wir müssen zu Hause raufen, ob wir den Familien einen Hunderter wegnehmen müssen im Monat, daß wir das alles rauszahlen können. Und das haben Eure Leute zu verantworten, die "Helden von Brüssel", die angeblich so gut verhandelt haben. Das müßte man wirklich den Bürgern auch sagen. Daß man sagt, da draußen liegt das Geld und wenn das bis Ende des Jahres heuer nicht aufgebraucht wird, kommt es nämlich in den Kohäsionsfonds. Und dann bekommen es die Portugiesen, die Griechen und vielleicht bekommt auch die italienische Mafia ein

bißchen etwas von dem Geld, das wir uns blutig erarbeitet haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Damit möchte ich jetzt noch einmal auf die Rolle des Bauernbundes eingehen bei dieser leidigen Misere mit den Auszahlungen usw. Man kann das verfolgen, wenn man das chronologisch aufzieht. Am 28. September 1995 sagt Bundesminister Molterer noch, in den nächsten Tagen beginnt die Überweisung der Ausgleichszahlungen. Am 19. Oktober, trotz Neuwahl am 17. Dezember, "EU-Ausgleichszahlungen an Bauern sind nicht gefährdet". Und da wird genau geschildert, daß wir eh alles bekommen. Und dann kommen wir eben auf diese 860 Millionen neu für die Bauern, das Umweltprogramm. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

So steht das da: "Alle Parteien wurden eingeladen, dem zuzustimmen. Leider stimmten nur die Abgeordneten der Volkspartei und der FP dem zu und fanden, da nicht alle anwesend waren, keine Mehrheit." Schreibt hinein, daß acht von Euch gefehlt haben! Dann könnt Ihr auch hineinschreiben, daß zwei gefehlt haben, das könnt Ihr auch hineinschreiben. Schreibt das hinein, daß die Bauern einmal wissen, wie gut Ihr sie vertreten. Für mich ist das ganz klar.

Und ich komme jetzt zu den Auszahlungen, die bis jetzt getätigt wurden. Ölsaatenbereich usw. Und da bitte ist ja eine Schlaperei vorhanden, das ist für mich eine totale Katastrophe. Ich habe einen AMA-Bescheid, wo der Bauer abgewiesen wird, weil - ich lese nur einen Satz vor aus der Begründung: "Da ihr Antrag die Mindestanbaufläche von 0,3 Hektar unterschreitet, war wie im Spruch ersichtlich, abzuweisen." Und der Bauer hat auf 3,58 Hektar Raps angebaut, das hat er schwarz auf weiß. Wie kommt es zu so etwas? Das ist aus dem Bezirk Bruck a.d. Leitha, dort sind uns alleine 70 Fälle bekannt, wo falsche Bescheide ergangen sind, 70 Fälle. Und ein Bescheid kommt in einem Brief, der nicht einmal eingeschrieben kommt. Das heißt, da muß es ja einem Juristen die Haare aufstellen, wenn ich einen Bescheid innerhalb von 14 Tagen beeinspruchen kann, aber keiner weiß, wann er gekommen ist. (*Abg. Hiller: Das wurde saniert. Diese Fälle sind alle saniert!*)

Wahrscheinlich haben sie die AMA saniert. Das ist überhaupt nicht saniert, weil genug Leute einen Bescheid bekommen haben, in dem steht, im März können sie das Geld bekommen. Und dann steht ja auch drauf, sie sollen dort nicht anrufen, weil das hält dort die Organisation auf und dann können sie das Geld nicht auszahlen. Und damit bin ich ja bei dieser AMA, die total unfähig

ist, das auszuzahlen. Das Geld wird ja von Brüssel bereitgestellt. Aber wir sind nicht fähig, das Geld zu dem hinzubringen, dem es gehört, nämlich dem Bauern. Wir leisten uns eine Organisation, die erstens viel kostet und überhaupt nichts bringt. Ich habe da ein Original von der Agrarmarkt-Austria, ein Organisationspapier. Da ist ein Stempel drauf, das ist sicher nicht von mir. Wenn man sich diesen Personalplan anschaut, da muß man sich auch fragen. Wir waren heute schon bei den Bauerngehältern. Ein Bauer verdient im Jahr zirka 120.000,- Schilling, eine Familienarbeitskraft. Hier sehen wir einen Personalplan mit 313 Personen, das sind die Fixangestellten. Und wenn man zusammenrechnet die Gehälter, die Sozialabgaben, Vergütungen, Fahrtspesen, Pensionsauszahlungen - das wird wahrscheinlich heißen -anzahlungen - kommen für diese 313 Personen jährlich 237 Millionen Schilling zustande. Das heißt, wenn man das dividiert, kostet ein Mitarbeiter, der dort auf der Gehaltsliste steht - und da sind die Sekretärinnen und alles dabei - im Schnitt 760.000,- Schilling im Jahr. Das müßt Ihr verantworten. 120.000,- bekommt der Bauer, ein AMA-Mitarbeiter hat im Schnitt 760.000,- Schilling. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Bitte, das ist ein Papier der AMA. (*Abg. Hiller: Das ist ja auch nicht das Nettoeinkommen! - Anhaltende heftige Unruhe im Hohen Hause.*) Also das ließe ich mir nicht gefallen. Dem Kollegen Hiller lasse ich das Papier gerne einsehen. 760.000,- Schilling im Jahr brutto ist ja, glaube ich, auch nicht schlecht. Fragt die Leute, die da hinten sitzen, wer das verdient. Das ist ein Schnitt, da ist jede Sekretärin eingerechnet, die viel weniger verdient.

Und dann gibt es dieses Organigramm der AMA. 313 Personen arbeiten dort, davon sind 42 Chef einer Abteilung oder eines Referates. Das heißt, 42 Chefs. Bitte, wer arbeitet dort noch? Da sind lauter Nehmer. Ich würde sagen, die 42 sind einmal die Sauger, die der Landwirtschaft irgendwo draufhängen. Und die saugen herum, 338 Millionen Schilling, ohne die Abwicklung bis jetzt. Weil die wird über Werksvertrag von anderen Leuten erledigt, die sicher viel arbeiten müssen. 4 Vorstände, Abteilungschefs, Referatschefs, 42 Chefs in einem Betrieb mit 313 Personen. Das erklärt draußen einem privaten Unternehmer, wie Ihr das verantworten könnt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und daß die AMA mit den Beiträgen insbesondere den Weinbau usw., aber auch die Milchbauern, aber auch bei jedem geschlachteten Tier belastet, wissen wir. Und wir haben schon einmal gefordert, daß die Beiträge die öffentliche Hand

übernehmen soll. Ich habe da einen prominenten Mitstreiter, den Herrn Präsidenten Mag. Romeder, der am 13. Jänner in der Landeskorespondenz schreibt: "Romeder: Milchbauern brauchen Hilfe." Und ich zitiere wörtlich: "Daher muß sofort etwas geschehen. Den Bauern Österreichs, also auch den Milchbauern, wurde wiederholt vom Staat versprochen, daß sie beim EU-Beitritt Hilfestellung bekommen und so der Preisrückgang zumindest teilweise ausgeglichen würde. Was jetzt Not tut, ist Hilfe. Und zwar nicht irgendwann, sondern ehe

baldigst, erklärt dazu Niederösterreichs Landtagspräsident Franz Romeder. Der Politiker schlägt konkret vor, daß jene Beiträge, welche die Milchbauern an die AMA zahlen müssen, sowie die Kosten für die Milchleistungskontrolle von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden, wie das auch in anderen Staaten innerhalb der EU der Fall ist." Er sagt, mitfinanziert.

Das wäre es. Und das hat uns dazu bewogen, einen Resolutionsantrag einzubringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Marchat zum Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, LtG. 385/V-2/24, Bericht der Landesregierung betreffend 2. EU-Anpassungsbudget 1995, betreffend Übernahme der AMA-Beiträge durch die öffentliche Hand und Adaptierung einer Abteilung beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, die mit der Abwicklung der Ausgleichszahlungen betraut wird.

Aufgrund der enormen Einkommenseinbußen für die Landwirte im heurigen Jahr ist jede unnötige Belastung für diese unzumutbar. Zudem ist im Sinne einer schlankeren Verwaltung und des Spargedankens die Konzentration der Kompetenzen im Förderungswesen für die Landwirtschaft auf eine Stelle, nämlich auf das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, dringend erforderlich. Bei der Auszahlung der EU-Ausgleichszahlungen kam es immer wieder zu unrichtigen Bescheiden, welche in der Folge wieder von den Bauern beeinsprucht wurden. Jede Berufung verursacht bekanntlich einen erheblichen Verwaltungsaufwand. Es ist daher durch die oben erwähnten Komplikationen der Eindruck entstanden, daß die AMA trotz ihres Verwaltungsapparates, der jährlich 338 Millionen Schilling verzehrt, nicht in der Lage ist, die ihr gestellten Aufgaben ordnungsgemäß durchzuführen.

Im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wäre es durch Umstrukturierungen sicher möglich, bei gleichem Personalstand, eine Abteilung mit dem Förderungswesen zu betrauen. Die von den Landwirten eingehobenen AMA-Beiträge blieben mit diesen Maßnahmen in der Landwirtschaft und würden nicht von der Verwaltung verzehrt. Außerdem könnte der finanzielle Aufwand, den die AMA verschlingt, den Bauern zugute kommen.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um zu erreichen, daß die AMA-Beiträge vorübergehend vom Bund getragen werden, die Verlegung der Förderungsstelle in eine Abteilung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft - bei Beibehaltung des Beschäftigtenstandes - stattfindet, und die Auflösung der AMA soll damit in die Wege geleitet werden."

Das heißt, man könnte - und Ihr seid ja da ohnehin Weltmeister beim Sparen - man könnte unheimlich viele Kosten einsparen. Man könnte die Stelle dorthin verlegen, wo sie meines Erachtens hingehört, zum Landwirtschaftsministerium. Und man müßte die AMA auflösen. Es werden ja nicht 338 Millionen sein, es wird ja heuer ein weit höherer Aufwand sein, weil die mit Werkvertrag Angestellten, die dort arbeiten, auch bezahlt werden müssen. (*Zwischenruf: Und wie soll dann die Abwicklung erfolgen?*)

Von den Beamten im Landwirtschaftsministerium. Ihr redet ja immer, wir haben viel zu viel Beamte. Die Beamten im Landwirtschaftsministerium sollen das machen. Die AMA gehört aufgelöst und wir können damit, sage ich jetzt einmal grob, wahrscheinlich eine halbe Milliarde einsparen und den Bauern das Geld zukommen lassen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zum Resolutionsantrag der ÖVP möchte ich nur sagen, daß wir den selbstverständlich unterstützen, weil ich, wie ich glaube, ausreichend argumentiert habe, wenn es an uns gelegen wäre, hätten die Bauern schon lange ihr Geld. Da müßt Ihr Euch selber bei der Nase nehmen, aber mitstimmen werden wir trotzdem. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (*SPÖ*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, die heutigen Diskussionsbeiträge haben sehr deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, daß die sozialdemokratische Partei die stärkste Partei in dieser Republik bleibt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn ich davon ausgehe, wenn ich das, was hier gesagt wurde, umsetze, so könnte das gefährlich sein. Und diese Entwicklung sollten wir den Österreicherinnen und Österreichern durch eine starke Sozialdemokratie ersparen.

Wir haben also davon gesprochen und es wurde heute eigentlich einige Male der Wunsch geäußert, daß man den Wahlkampf nicht hereintragen soll. Nun, ich trage den Wahlkampf durchaus nicht herein und werde daher auch gleich vorweg zusagen, daß wir Sozialdemokraten diesem 2. EU-Anpassungsbudget unsere Zustimmung geben werden. Um das einmal klar zu sagen und gleich vorweg zu schicken.

Ich denke, daß aber doch eine Reihe von Anmerkungen gemacht werden müssen. Und daher stelle ich fest, daß, wenn man einen Sparwillen dokumentiert und der auch, ganz gleich, wie die Zusammensetzung der Bundesregierung ist, eigentlich eine Selbstverständlichkeit aus der budgetären Lage heraus ist, so haben wir bis zum Schluß versucht, tatsächlich diese Einigung über ein Budget zu bekommen. Ein Budget, durch das - und ich sage das deshalb, weil hier Anmerkungen gemacht wurden, die schärfstens zurückgewiesen werden müssen - tatsächlich große Einsparungen in allen Bereichen angepeilt wurden.

Wenn man bei einem Erfordernis von rund 50 Milliarden Einsparungspotential 25 Milliarden Schilling allein im Bereich der Ausgaben im sozialen Bereich einzusparen versucht, durch vernünftige Neuregelungen, die noch dazu strukturell auch nach dem Jahr 1996 hinaus wirken werden, nämlich von den 50 Milliarden werden 40 Milliarden strukturell wirksam, würden wirksam bleiben, muß ich jetzt hinzufügen, dann kann man wahrlich nicht sagen, von den 50 Milliarden sollten 40 Milliarden strukturell wirksam ... *(Abg. Mag. Schneeberger: Bitte, da habe ich doch über 20 Milliarden Veräußerung von Familiensilber dabei!)* Insgesamt betragen die Verkäufe 15 Milliarden, Herr Kollege. Die Privatisierungen bringen lediglich 5 Milliarden und mehr ist nicht im Betrag drinnen. Daher gehen wir davon aus, daß es auch Mehreinnahmen gibt, zum Beispiel durch Ökologisierung in bezug auf Steuern usw., also alles das sind ja Mehreinnahmen, die auch nachhaltig wirken, sodaß man nur 5 Milliarden eigentlich zum Abzug bringen müßte.

Also, gehen wir ganz grob von 25 Milliarden aus, ich sage nur die Grobdaten. Dann haben wir genannt das Schließen von Steuerschlupflöchern, steuerliche Subventionskürzungen in einer Gesamtgrößenordnung von rund 10 Milliarden Schilling. Und 15 Milliarden an einnahmenseitigen Maßnahmen, sodaß man diese 50 Milliarden insgesamt hätte. Was dazu geführt hätte, daß wir ein Budget gemeinsam beschließen hätten können, von dem ich glaube, daß jede Österreicherin und jeder Österreicher überzeugt ist, daß wir diesen

Wahlgang am 17. Dezember 1995 uns dadurch ersparen hätten können. Doch ich möchte das nicht bewerten. Es ist der Beschluß gefaßt und wir haben am 17. Dezember diese Möglichkeit zur Entscheidung den Wählerinnen und Wählern vorgelegt. Aber wenn ich dann weitere Vorschläge - ich gehe gar nicht ins Detail - aber wenn ich Vorschläge lese, daß die Versicherungsdauer von 420 auf 450 Versicherungsmonate ausgedehnt werden sollte, dann hieße das, daß jeder Pensionist, der unter 65 Jahre ist, ein Frühpensionist ist nach dieser Regelung und den Vorschlägen der ÖVP. Und daß somit also tatsächlich die Pensionistensteuer eingeführt würde, die wir ja abgelehnt haben. Oder wenn man die Leistungen von 120 Versicherungsmonate auf 180 erhöhen wollte. Oder wenn man Anhebung der normalen Wartezeit für Frühpensionen krankheitshalber von 60 auf 120 Monate anheben wollte. Wenn man die Kürzung der Arbeitsmarktförderung von 1,5 Milliarden Schilling angestrebt hätte, was dazu geführt hätte, daß die EU-Kofinanzierung wegfällt. Wenn man versucht hätte, die Anhebung der Anwartschaft von 26 auf 30 Wochen anzuheben usw. usw. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann kann man doch in anderen Bereichen nicht so tun, als wäre das alles nur für einen bestimmten Bereich vorgesehen. Und ich habe hier eigentlich immer die Stimme des ÖAAB vermißt. Tatsache ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir tatsächlich in einer Budgetsituation stehen, wo - und ich bekenne mich dazu - die Konsolidierung zu erfolgen hat. Weil wir davon auszugehen haben, daß wir Budgetspielräume wiedergewinnen müssen, um nämlich unsere Gesamtpolitik weiter fortsetzen zu können. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Herr Kollege, ich möchte Ihnen jetzt keine Vorlesung über Budgetpolitik halten, es würde zu weit führen. Und außerdem erhebt sich die Frage, ob das richtig ankommen würde.

Ich habe heute erlebt, daß von Klassenkampf gesprochen wird. Und zwar, daß mir da unterstellt wird, daß ich auch zu jenen gehöre, die da Klassenkampf betreiben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erstens einmal ist es sehr, sehr einfach zu sagen, alles, was sich gegen mich richtet, ist der Klassenkampf der "Roten". Als zitiert wurde zum Beispiel - ich zitiere das deshalb, weil es auch schon im Fernsehen der Kollege Nowotny getan hat - als wir zum Beispiel gesagt haben, daß der Wegfall dieses Steuervorteiles beim "Fiskal-LKW" - der ja in Wirklichkeit ein Jagdauto für Begüterte ist, denn nicht jeder kann mir erzählen, daß er den wirklich für den Beruf braucht - eine Milliarde Schilling an Einsparung bringen würde, da hat man gleich auch das Wort

Klassenkampf verwendet. Nämlich der Herr Kollege Stummvoll glaube ich war es bei dieser Diskussion; jedenfalls wurde gleich der Begriff Klassenkampf verwendet. Und interessanterweise haben die gleichen, die das Wort Klassenkampf verwendet haben, überhaupt nichts dabei gefunden, als sie eine Milliarde Schilling Kürzung bei den Arbeitslosengeldern herbeiführen wollten. Da haben sie überhaupt nichts dabei gefunden, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*) Und ich könnte diese Liste fortsetzen. (*Abg. Kurzreiter: Sie sollten auf die Einheitswerterhöhung Bezug nehmen, Herr Klubobmann!*)

Ich komme schon noch dazu. Was wir zu besprechen haben, betrifft nicht nur die Landwirtschaft. Es gibt auch Dinge, die über die Landwirtschaft hinaus interessant sind, Herr Kollege! Und da stimme ich durchaus überein mit Herrn Kollegen Ing. Dautzenberg, der da gemeint hat, da wird über die EU gesprochen, als sei es nur ein Landwirtschaftsproblem. Das ist es natürlich nicht. Es ist ein großer Bereich, der sehr viel Aufwand und Mittel erfordert. Und der auch letztlich in Ordnung zu bringen und in Ordnung zu halten ist, das ist ganz unbestritten. Wir haben aber der Europäischen Union alle gemeinsam zugestimmt, zumindest der Großteil dieses Hauses hat zugestimmt. Auch in der Werbung für die Europäische Union - ich habe selbst mit Kollegen Dr. Michalitsch einige Veranstaltungen gemeinsam gemacht - wurde die EU immer als mehr begriffen und auch dargestellt, als rein rechnerisch nachvollziehbare Dinge wie Reduzierung von Preisen und anderes. Darauf kann die EU einfach nicht reduziert werden, nämlich auf eine Preisdebatte. Natürlich gibt es Unterschiede. Und damit komme ich auf das, was Gratzner gesagt hat, der Unterschied zur Staatssekretärin Ederer, die seinerzeit gesagt hat, wir müssen trachten, daß Preisvorteile aus der Europäischen Union weitergegeben werden an die österreichischen Konsumenten. Da sehe ich aber keine Aufforderung darin, im Ausland einzukaufen! Da sehe ich keine Aufforderung darin, daß man diese Kaufkraft geradezu zur Abwanderung auffordert. Sondern ich sehe darin den einfachen Antrag oder das Ansinnen, daß auf Grund der geänderten Wettbewerbsbedingungen die Preisvorteile an die Konsumenten Österreichs weitergegeben werden sollen. Und ich muß sagen, ich glaube, es war vielleicht eine andere Absicht dahinter. Der Herr Kollege Dr. Michalitsch hat versucht, einen Minister seiner Partei zu verteidigen, der in dieser Frage, ich sage noch einmal, vielleicht etwas anderes wollte, aber in der Formulierung ist eigentlich ein Handbuch für Einkäufe außerhalb Österreichs herausgekommen. Und ich glaube und sage das

noch einmal, daß kein Land in der Europäischen Union einem Wirtschaftsminister das durchgehen lassen würde. Das würde in jedem anderen Land, ich garantiere Euch, zu einer Rücktrittsaufforderung führen, was natürlich jetzt nicht mehr notwendig ist, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es stand auch die Frage der Europäischen Union und ihrer Erweiterung heute schon zur Debatte. Und da stimme ich wieder mit Dr. Michalitsch überein, der da sagt, daß die Frage der Osterweiterung oder der Erweiterung der Europäischen Union gerade für Österreich eine ungemene Bedeutung hat. Die Sozialdemokraten haben am 12. Juni 1995, ein Jahr nach der EU-Abstimmung, im Austria Center die Position klargestellt und klargelegt. Nämlich: Wir sind für eine Osterweiterung und zwar so rasch als möglich, aber so langsam als notwendig. Und zwar deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil natürlich die Wettbewerbsbedingungen sich allmählich erst anzupassen haben. Und etwas, das in die Argumentation der Freiheitlichen Partei überhaupt nie Eingang finden kann oder nicht will, ist die Tatsache, daß Österreich durch die Mitgliedschaft zur Europäischen Union einen Vorteil hat, der vielleicht zuwenig beleuchtet wird. Nämlich den, daß nachdem diese Frage dem Prinzip der Einstimmigkeit unterliegt, nur dann erweitert werden kann, wenn die Österreicher ausreichend ihre Mechanismen in der Wirtschaft erfüllt sehen und dem zustimmen. Das heißt, in allen anderen Fällen würden die hineingehen und wir würden uns mit der Konkurrenz aus den EU-Staaten als Drittländ zu schlagen haben, während wir jetzt den Zeitpunkt und den Vertrag bestimmen können, ob das nun in Zwischenschritten als Europäischer Wirtschaftsraum, durch bestimmte Freihandelsabkommen, oder wie immer erfolgen soll. Es kann keine Erweiterung, kein Vertrag in Europa ohne Österreichs Zustimmung erfolgen. Diese Position, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine ungemein starke und wichtige für Österreich und für die österreichische Wirtschaft. Und daher wollte ich das einmal auch hier angemerkt haben.

Ich glaube auch, daß es wichtig ist, daß wir die Bedeutung Europas in einem großen Zusammenhang sehen und bei der Regierungskonferenz 1996 unsere Vorstellung von einem sozialen Europa, einem wirtschaftlich starken, aber sozialen Europa, einbringen. Und da ist es auch wieder besser, die Stimme im Rahmen der 15 Unionsstaaten zu erheben, als von außen gute Ratschläge zu geben, die nicht einmal auf der Tagesordnung stehen oder aufgenommen werden. Da-

her ist das eine wichtige Entscheidung für Österreich gewesen. Und die Österreicherinnen und Österreicher haben das auch als solche erkannt, von der Beteiligung her und vom Abstimmungsverhalten her.

Nun möchte ich nicht auf manche Töne eingehen. Auch Abgeordneter Kurzreiter hat vom Klassenkampf gesprochen, aber sonst sind wir nicht so kämpferisch, wenn wir uns in anderer Umgebung vielleicht treffen. Es sollte halt auch einige Wochen vor der Wahl das Gespräch so sein, daß man am 18. Dezember weitermachen kann. Das meine zumindest ich. Besonders der Herr Kollege Hiller, für den das gleiche gilt, hat mit großer Vehemenz ein paar Mal dazwischengeschrien "Sozialismus" und alles, was hier an Lügen herumgeistert. "Roter Klassenkampf" hat er verwendet, ich habe es mir aufgeschrieben, das Wort "roter Klassenkampf". Wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schon eigenartig - und ich warne da schon die ÖVP - wir haben mit dem Wort Sozialismus kein Problem im Sinne des österreichischen Sozialismus, weil er eine Tradition in der Demokratie hat wie keine andere Partei. Während wir durch unserem Bekenntnis zur Demokratie 1934 und viele von uns 1939 interniert wurden, haben andere ein nicht so uneingeschränktes Bekenntnis vorzuweisen, was auch durch die Namensgebung 1945 zum Ausdruck gekommen ist. Aber ich möchte eines klar herausstellen: Wenn wir als Sozialdemokratische Partei uns nun gegenüber den Wählerinnen und Wählern präsentieren, dann beginnt plötzlich die Österreichische Volkspartei nicht zufällig von den letzten 25 Jahren des Sozialismus zu sprechen. Nicht zufällig schon lange nicht mehr über Budgets zu reden, die eigentlich auch die ihren sind. Denn wenn einer acht Jahre Regierungsbeteiligung hat, davon der Wirtschaftsminister so lange Zeit im Finanzministerium gesessen ist, dann müßte er eigentlich wissen, wie ein Budget 1996 aussehen kann. Und da müßte er eigentlich nicht so überrascht tun, als würde er von einer Budgetentwicklung überrascht werden. Als würde er das erste Mal ein österreichisches Budget sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und genau das wird ja getan! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und ich möchte daher meinen, wenn man acht Jahre zusammengearbeitet hat und im 9. Jahr nicht zusammenkommt, dann sollte nicht auf einmal ein so erfolgreicher Wirtschaftskurs, der auch viele Jahre von Euch so bezeichnet wurde, einfach weggeschmissen werden. Ihr müßt erst warten, ob Ihr einen so guten fortsetzen könnt, um Euch das ganz deutlich zu sagen,

meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese Entwicklung hat begonnen am Parteitag in Krems, als diese 25 Jahre zitiert wurden. Es ist ja klar, man muß ja Jahre dazunehmen. Und jetzt sage ich einmal als Sozialdemokrat und als ein Österreicher, der in dieser Zeit auch seinen Beitrag geleistet hat: Vor 25 Jahren, im Wahlkampf 1970 hat Kreisky die Parole verwendet, Österreich europareif zu machen. Und wißt Ihr warum? Weil Österreich am unteren Drittel der europäischen Staaten hinsichtlich des Wohlstandes gestanden ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, heute stehen wir an dritter Stelle des Wohlstandes in der Europäischen Union. Und da sprechen manche von einem Notstand in diesem Lande, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese Dinge kann man nicht so verdrehen. Und ich sage Euch, alle Österreicherinnen und Österreicher sind froh, daß diese 25 Jahre erfolgreiche waren, ganz gleich, wo man politisch gestanden ist, ganz gleich, wo man seinen Beitrag geleistet hat. Sie sind froh, daß diese 25 Jahre diesen Aufstieg Österreichs bedeutet haben und daß nicht im alten Stil weitergearbeitet worden ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich halte keine Wahlkampfreden! Wißt Ihr, da wird von Wahlkampf gesprochen, aber sofort wird der Klassenkampf hereingebracht. Und da wird der "rote Klassenkampf" gebracht. Gottseidank haben wir erfolgreich gearbeitet für unsere Menschen. Und jetzt komme ich zur Landwirtschaft. *(Abg. Lembacher: Herr Klubobmann! Es geht jetzt noch nicht um das Budget '96 sondern um das EU-Anpassungsbudget '95)* Frau Kollegin, keine Angst! Wenn ich mir Eure Ausführungen zum Budget angehört habe, so waren bestenfalls einige Sätze dazu vorhanden, daß Ihr auch dafür seid. Viel mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, habt Ihr rein inhaltlich überhaupt nicht herausgebracht. Der Abgeordnete Hiller hat sich sehr stark ergangen in großen Angriffen gegen die "Roten", die anderen haben ins gleiche Horn gestoßen.

Gehen wir zur Landwirtschaft, weil es tatsächlich ein wichtiger Bereich ist. Nicht, weil innerhalb der EU das einzige Kapitel Landwirtschaft uns da die Tagesordnung aufzwingen soll. Weil nämlich in zwei EU-Anpassungsbudgets die Landwirtschaft in einem sehr hohen Maße beteiligt ist. Und deshalb ist es zwangsläufig auch eine Debatte um die Landwirtschaft. Heute haben wir ja sehr viel über Landwirtschaft schon gehört.

Und ich möchte sagen, daß wir in den EU-Verhandlungen als wichtige Ziele gleich mit der ÖVP verstanden haben, daß die Einkommenssicherung für die Bauern im Vordergrund steht. Weiters die Sicherung der flächendeckenden Bewirtschaftung, der Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen, ökologische Produktionsweisen, existenzsichernde Maßnahmen, so haben wir das gemeinsam formuliert. Und daher, glaube ich, sollte man die Förderung des ländlichen Raumes insgesamt sehen, für die es uns gut gelungen ist, sie in die Ziel 5b-Förderungsgebiete hineinzubringen. Immerhin haben wir über 600.000 Einwohner in diesen Gebieten wohnhaft. Und daher glaube ich, ist das ein sehr wichtiger Beitrag, wenn man nicht nur von Landwirtschaft spricht, sondern vom ländlichen Raum spricht, der ja über die Landwirtschaft hinausgeht. Und daher muß sich jeder, wenn er über diese EU spricht, über Anpassung spricht, auch über ein EU-Anpassungsbudget spricht, zwangsläufig nicht nur mit der Landwirtschaft, sondern auch mit all dem, was darüber hinausgeht beschäftigen.

Wir haben in Niederösterreich eine sehr große Verpflichtung, weil wir immerhin 32 Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Wohnbevölkerung Österreichs haben. Daher haben wir eine ganz besondere Verpflichtung. Aber wenn ich mir den Bericht anschau und die Zahl der Betriebsauflassungen anschau in den letzten 10 Jahren, dann kann man eine Tendenz erkennen. Nämlich die Tendenz, daß eine starke Abnahme bei den Betrieben in der Größenordnung von 1 bis 25 Hektar Platz greift, während in der Größenklasse 30 bis 200 Hektar ein eindeutiges Plus verzeichnet wurde, wobei ganz besonders in der Gruppe der 50- bis 100-Hektarbetriebe eine starke Zunahme erfolgte, während in den Bereichen der Betriebe mit einer Größe von unter einem Hektar keine Veränderung erkennbar war. Das ist auch de facto nur mehr fast ein "Hobbybauer", außer er hat eine Spezialkultur, wie ich zum Beispiel. Aber ich bekomme keine EU-Mittel, um das gleich klarzustellen. Da kann jeder nachschauen.

Wir sollten eigentlich die Landwirtschaft so diskutieren, daß wir stolz sind auf unsere Landwirte und auf die Arbeit, die dort geleistet wird. Und man sollte einmal feststellen, daß zum Beispiel Niederösterreich 64 Prozent des Bedarfes Österreichs decken könnte. Das heißt, wir könnten rund 5 Millionen Menschen in Österreich aus der Produktion Niederösterreichs ernähren. Das ist etwas, was durchaus als stolze Bilanz anzurechnen ist und ich glaube, daß wir daher Landwirtschaft auch begreifen müssen als einen

Wirtschaftssektor, der einem enormen technologischen Wandel unterworfen war und enorme Produktivitätsfortschritte erzielt hat. Nun meine ich, daß wir auch als Sozialdemokratische Partei uns zu dieser Landwirtschaft immer bekannt haben und auch am Parteitag durch viele Anträge das unter Beweis gestellt haben. Daß wir Agrarpolitik nicht nur unmittelbar verstehen, was die Bauern betrifft, sondern was die ländliche Region eben insgesamt betrifft. Und wir haben in all unseren Anträgen Agrarpolitik so verstanden, daß es eine Politik für die Menschen ist, die in den ländlichen Regionen leben. Und daher haben wir auch im Oktober die Einsetzung einer Kommission "Lebendiges Land" beschlossen, die über eine unmittelbare bäuerliche Interessensvertretung hinausgeht und von der ich meine, daß in der Tat das eine sehr, sehr wichtige Gesamtschau bringen wird.

Nun zu den sogenannten Förderungssystemen und dem Vertragsbruch. Ich möchte einmal das Förderungssystem darstellen. Natürlich sind wir in unseren Aussagen für ein sozial gerechtes Förderungssystem. Es wird ja auch kein vernünftiger Mensch etwas anderes sagen. Und das bedeutet für uns, zu erkennen, daß nicht alle Beschäftigten in der Landwirtschaft unter gleichen Bedingungen leben und arbeiten. Das heißt, genauso wenig wie unselbständig Erwerbstätige. Es gibt unselbständig Erwerbstätige mit einem Mindesteinkommen und welche mit einem Millioneneinkommen. Das heißt also, da zu reden, das wäre ja eine Schweinerei sozusagen, wenn der auch noch etwas bekommt. Die soziale Staffelung bei den Sozialleistungen ist ja von der Österreichischen Volkspartei verlangt worden für die unselbständig Erwerbstätigen. Die ÖVP hat die soziale Staffelung vieler Leistungen nach dem Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen verlangt. Daher ist es nur logisch, daß diese soziale Staffelung natürlich auch im Bereich der Land- und Forstwirtschaft einzusetzen ist. Und ich verstehe überhaupt nicht, ich weiß nicht, Ihr wart einmal so stolz auf den Kudlich im Jahre 1848. Ihr sollt Euch heute auch daran erinnern, daß es nicht nur darum geht, die Großen zu schützen. Sondern Ihr müßt einmal schauen, daß die Masse der Kleinen überleben kann. Darauf kommt es ja an, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und das habt Ihr offensichtlich nicht begriffen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das heißt also für mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß jede Berufsgruppe, auch die Selbständigen, die Greißler, differenziert zu sehen ist. Der eine hat vielleicht gerade genug und bei sehr hoher Stundenleistung bekommt er

vielleicht gerade noch ein Einkommen von 10.000,- Schilling. Und daneben gibt es sehr große Kapitalisten, die mit einem kleinen Greißler sich gar nicht vergleichen wollen oder das auch gar nicht sein wollen. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß die soziale Verpflichtung gegenüber den sozial Schwächeren klar zum Ausdruck kommen. Unabhängig von der jeweiligen beruflichen Zugehörigkeit, um das ganz klarzustellen. *(Beifall bei der SPÖ. - Heftige Unruhe bei der ÖVP.)*

Ich habe gesagt, daß wir zu unseren Verpflichtungen gegenüber den Bauern stehen. Und ich habe gesagt, daß es auch in unserem Sinne war und ist. Bitte, 1972 wurde die Direktförderung des Bergbauernzuschusses entwickelt gegen den Widerstand der ÖVP. Weil da haben auch ein paar Große geglaubt, daß sie nicht genug bekommen. *(Beifall bei der SPÖ. - Heftige Unruhe bei der ÖVP.)*

Also die Bundesregierung hat im Jahre 1972 den Bergbauernzuschuß eingeführt, eine konsequente Entwicklung, den Schwächeren mehr zu geben als den Starken. Das ist halt der Hintergrund gewesen, daß man gesagt hat, wir wollen für die, die in einer besonderen Erschwernisregion leben und arbeiten, eben daß sie überleben. Und ich bin deshalb so interessiert, daß viele kleinere Bauern und kleine Bauern überleben, weil es auch eine Frage der Erhaltung der Dorfstrukturen ist. Weil es auch eine Frage der Wohndichte ist. Weil es auch eine Frage der Lebensqualität aller Österreicherinnen und Österreicher ist. Und deshalb bin ich so dafür, daß da möglichst viele erhalten werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich zitiere daher eine Zeitung vom 6. Oktober 1995, nämlich die "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Es wurde heute schon viel zitiert. Die "Frankfurter Allgemeine" ist eher in das Lager der Konservativen einzuordnen, wenngleich nicht in die Richtung Bauernbund, sondern sie ist in eine Richtung konservativ. Und da wurde ausgeführt zum Kapitel Landwirtschaft, ich zitiere wörtlich: "Es entsteht innerhalb der Landwirtschaft massiver sozialer Sprengstoff durch die zum Teil hohe direkte Subventionierung der Betriebsinhaber, vor allem solcher mit großen spezialisierten Ackerbaubetrieben." Ich zitiere nur die "Frankfurter Allgemeine". Und ich füge weiter hinzu als einer der Verhandlungsteilnehmer - von Euch war keiner dabei bei der Mitverhandlung, der Schwarzböck natürlich, aber da im Saal ist keiner anwesend - ich kann sagen, ich war beim Europaabkommen dabei, bei den Verhandlungen auf Parteebene. Am 22. April haben wir dieses Europaabkommen unterschrieben. Wir haben

auch das Landwirtschaftsbudget auf 25 Milliarden Schilling angehoben, weil wir gesagt haben, dazu kommen die 5 Milliarden aus den Ländern, damit stehen rund 30 Milliarden zur Verfügung, was dem Europaabkommen entspricht. Und wir haben gesagt, daß hier - und ich möchte das Regierungsprogramm auf Seite 31 zitieren, nämlich das Übereinkommen der letzten Regierung - daß hier sehr wohl Bedacht darauf genommen werden soll. Und ich führe das dann gleich auch wörtlich aus.

Aber worum geht es uns eigentlich? Uns geht es darum, daß wir jetzt sagen, in einer neuen Budgetsituation müssen wir einfach auch die soziale Komponente und die Ökologisierung stärker berücksichtigen. Um mehr geht es uns überhaupt nicht. Und ich habe mir daher folgendes herausgesucht: Ein Ackerbaubetrieb zum Beispiel mit 50 Hektar würde 536.000,- Schilling bekommen, dem gegenüber ein Bergbauernbetrieb 72.000,- Schilling. Durchschnittliches Bruttojahreseinkommen, nur zur Anmerkung, eines Industriearbeiters 270.000,- Schilling, wovon noch die Abgaben usw. zu entrichten sind. Ich weiß, das hört man nicht gerne. Doch das ist nur ein Vergleich. Und jetzt sage ich, es gibt keine einheitliche Haltung von seiten der ÖVP. Schwarzböck und Schüssel haben die Großbauern vertreten, aber der Präsident der Tiroler Landwirtschaftskammer hat folgendes gesagt. Alfred Steger, wirklich ein Zeuge, der Euch als Präsident der Tiroler Landwirtschaftskammer unverdächtig erscheinen muß. Was sagt der am 12. Oktober 1995? "Bauernzuschüsse: Steger für soziale Gerechtigkeit." Jetzt führt er wörtlich aus: "Zweifelsohne kann man auch im Landwirtschaftsbereich über Einkommensobergrenzen reden und darüber, daß auch wir die soziale Gerechtigkeit ernst nehmen müssen." Zitat des Tiroler Präsidenten der Landwirtschaftskammer. Nicht so ein "böser Roter", weil das ist ja furchtbar, wenn das so ein "Roter" sagt. Das ist furchtbar. Aber was sagt Ihr, wenn das ein "Schwarzer" sagt? Nämlich genau dasselbe. Da wird es dann schwierig in der Argumentation. Es ist jetzt auch viel ruhiger geworden, seit ich das hier zitiert habe. Und ich führe weiter aus: Wir haben also die Sparappelle von Schüssel gehört und innerhalb dieser Sparappelle hat er offensichtlich ohne Rücksicht auf Österreich anders gehandelt. Aber ich möchte jetzt keine weiteren Ausführungen mehr treffen in diese Richtung, sondern einiges noch dazu feststellen, was die Prämien betrifft. Nehmen wir ein anderes Rechenbeispiel, weil Euch das nicht so gefallen hat. Nehmen wir den 100 ha-Betrieb, wenn Euch der 50 ha-Betrieb nicht gefällt. Da gibt es eine Flächenprämie in der Größenordnung von 439.000,-

Schilling, wenn ich alles zusammenzähle. Es kann alles nachgerechnet werden, alles nachvollzogen werden. Dann gibt es abnehmende Ausgleichszahlungen von 298.000,- Schilling, das bringt eine Ausgleichszahlung von 737.000,- Schilling in der Summe. Der dritte Punkt, die Förderung nach dem Österreichischen Agrarischen Umweltprogramm bringt weitere 277.000,- Schilling, sodaß man, wenn man zusammenzählt und richtig rechnet, 1,014.000,- Schilling herausbekommt, also über eine Million an reiner Subvention. *(Unruhe im Hohen Hause. - LR Blochberger: Das ist ein Einkommensausgleich, ein Preisausgleich!)*
Sagen wir Unterstützung, Einkommensausgleichsunterstützung. Herr Kollege Landesrat Blochberger, ich nehme das Wort Subventionierung zurück. Ich nehme das Wort Subventionierung zurück, es ist wirklich nicht angebracht, es ist eine Unterstützung für die Landwirtschaft, einigen wir uns darauf. *(LR Blochberger: Ein Preisausgleich!)*

Jetzt nehme ich aber den Betrieb mit 72 Hektar und einem Einheitswert von 890.000,- Schilling her. Und zwar deshalb, weil die Kollegin Lembacher gemeint hat, das wird ja mit einbezogen in die Besteuerung. Da meinte sie offensichtlich nur die buchführenden Landwirte und die, die einer normalen Einkommenssteuer unterliegen. *(Abg. Lembacher: Nein, wirklich nicht, sondern 31 Prozent wird berechnet vom Einkommen. Und das wird besteuert!)*

Sie haben das gesagt. Ich habe deshalb 890.000,- Schilling verwendet, weil 900.000,- Schilling ist die Grenze für die Pauschalierung. Ich kenne auch das Betriebsplitting, ich kenne auch die Praxis des Betriebsplittings. Ich rede aber nur von jener bis 900.000,- Schilling. Da habe ich also bekommen diese Ackerfläche, bestehend aus 40 ha Getreide, 10 ha Körnermais, 3 ha Eiweißpflanzen, 10 ha Ölsaaten, 9 ha Stilllegung. Da kommt heraus eine Summe, das ist sehr interessant jetzt. Da kommt heraus ein Jahreseinkommen im Jahre 1994 bei diesem Betrieb. Weil es ein pauschalierter Betrieb ist, errechnet sich das Jahreseinkommen so, daß auf Grund des zu versteuernden Gewinnes, der ja nicht besteht, 31 Prozent des Einheitswertes, das sind 275.000,- Schilling, gerechnet werden. Daher 275.000,- Schilling. Dazu rechne ich noch fairerweise die 110.000,- Schilling - muß man ja wohl, es ist ja auch Einkommen - vom Sozialbereich, also 386.000,- Schilling insgesamt, was man als Einkommen vergleichbar erhalten hat. Sonst könnte man die 110.000,- Schilling nicht wegzählen.

Also 386.000,- Schilling im Jahre 1994. Wenn dieser Betrieb im Jahre 1994 ein Einkommen von 386.000,- Schilling erzielt, so hat er 1995 tatsächlich wesentlich weniger und bekommt daher Zahlungen in Ausgleichsweise, weil durch das EU-Programm weniger an Einkommen tatsächlich realisiert werden kann. *(Unruhe bei der ÖVP. - Abg. Hiller: Was hat der Betrieb für Betriebskosten?)*
Laß' Dir etwas sagen: Ich vergleiche das Einkommen aus dem Jahre 1994 mit dem Einkommen aus dem Jahr 1995 und stelle dazu fest, daß das Einkommen von 386.000,- Schilling zweifellos reduziert wird im Jahre 1995 durch diese EU. Daß er dafür einen Ausgleich, um bei Deinem Begriff zu bleiben, von 767.000,- Schilling bekommt. Er bekommt einen Ausgleich von 767.000,- Schilling für ein reduziertes Einkommen von 386.000,- Schilling. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind die Fakten. Herr Kollege Hiller! Daher würde ich nicht so vom roten Klassenkampf reden, sondern froh sein, daß Euch die zur Seite stehen. Daß Ihr nämlich solche Verordnungen einigermaßen noch unter Dach und Fach bekommt, um das einmal ganz klar festgestellt zu haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zu den Vorwürfen der ÖVP, es wird das Regierungsübereinkommen nicht eingehalten. Was haben wir denn gesagt auf Seite 31 des Regierungsübereinkommens? "Die Regierungspartner bekennen sich zu einer flächendeckenden bäuerlich strukturierten Land- und Forstwirtschaft." Dann kommt der ganze Text, was wir da alles tun wollen, und vor allem die klare Aussage, daß die Land- und Forstwirte für die vor- und nachgelagerten Sektoren im Interesse der Gesamtgesellschaft unverzichtbare Arbeit leisten. Und dazu bekenne ich mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Sinne des Regierungsübereinkommens und auch im Sinne meiner persönlichen Überzeugung. Das ist unverzichtbar, was die Bauern da für uns sozusagen leisten. Aber es wird weiter gesagt: "Dazu sind insbesondere die Marktchancen für die landwirtschaftlichen Produkte aus Österreich zu wahren um die umwelterhaltenden und umweltverbessernden Maßnahmen der Land- und Forstwirtschaft sowie die Bewirtschaftungsergebnisse dauerhaft" - jetzt kommt es - "dauerhaft, leistungsbezogen sowie nach sozialen und ökologischen Grundsätzen und nach regionaler Ausgewogenheit abzugelten." Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns da zu sagen, das stünde nicht im Regierungsprogramm! Das ist das Regierungsprogramm, abgeschlossen vor zehn Monaten, in dem die ÖVP und die SPÖ das vereinbart haben. Und da steht ganz deutlich, daß die Maßnahmen der Land- und Forstwirtschaft für

die Bewirtschaftungserschwerisse dauerhaft, leistungsbezogen sowie nach sozialen und ökologischen Grundsätzen und nach regionaler Ausgewogenheit abzugelten sind. Wißt Ihr, das erscheint mir so wichtig, und ich hoffe, daß das im nächsten Programm auch drinnen steht. Weil das ist es, was die Landwirte brauchen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und wir in den Regionen brauchen diese soziale Ausgewogenheit. Darauf kommt es an, meine lieben Freunde. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und nun zu dieser Aussage, die SPÖ verhindere die zugesagten Mittel. Da habt Ihr Euch gefunden mit den Freiheitlichen. Ich möchte dem nichts hinzufügen. Aber solche, sagen wir "Freundschaften" können ja nicht wirklich tragfähig sein. Jedenfalls ist die Abstimmung im Parlament 83:83 ausgegangen und das war schon beim ersten Mal ein sehr dünnes Eis, auf dem Ihr tanzen gegangen seid. Das ist einmal die erste Feststellung. *(Abg. Lembacher: Aber warum? Weil darüber abzustimmen von vornherein Unrecht war!)*

Die zweite Feststellung: Man muß einmal sagen, wir haben im April 1995 gesagt, daß wir der Landwirtschaft 5,2 Milliarden Schilling zur Verfügung stellen werden für den Bereich des Umweltprogrammes; die EU 2,2 Milliarden, der Bund 1,8 Milliarden und die Länder einen Beitrag von 1,2 Milliarden Schilling. Die Landwirtschaft will nun - und darum geht es eigentlich - darüber hinaus 2,3 Milliarden insgesamt realisieren. Das würde bedeuten, daß die Länder mit weiteren 900 Millionen insgesamt betroffen sind. Und genau darum geht es. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht nicht, es geht uns wirklich nicht darum, daß nur ein Jota von dem zurückgenommen wird, was wir vereinbart haben. Sondern es soll ja in diesem Rahmen eine Ausweitung erfolgen. Und das in einer Situation, wo alle anderen zur Kassa gebeten werden. Und genau das ist ja die Position, die zwar nach außen so furchtbar gut klingt, aber da nicht wirklich erkannt wird. *(LR Blochberger: Herr Kollege! Da gibt's einen Ministerratsbeschluß an den Minister Molterer zur Umschichtung!)*

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon gesagt, wir bekennen uns zu der Vereinbarung. Aber in Anbetracht von Vorschlägen, die überall in Sparappelle münden - und ich bekenne mich zum Sparen und auch zu den Veränderungen struktureller Art in den Budgets - und daß man hier zum Beispiel uns vorwirft, daß wir große Betriebe sozusagen besonders treffen, muß ich schon eines sagen: Da wird vorgeschlagen - und ich sage das noch einmal - die soziale Staffelung bei staatlicher Leistung, wie etwa bei Geburtenbeihilfe, wie etwa in anderen Bereichen. Die soziale Staffelung von gut verdienenden Menschen, die Einkommen von über 50.000,- Schilling haben oder wie immer man das staffelt. Dort will die ÖVP die soziale Staffelung. Und warum kann sie nicht sozusagen auch hier eine Obergrenze akzeptieren im Sinne degressiver Zahlungen. Ich bin ja nicht so, mit mir könntet Ihr ja Freude haben. Da würdet Ihr zum Beispiel eine degressive Leistung bekommen, die ja andere sich gar nicht vorstellen können, um das Euch einmal klar zu sagen.

Dann wäre das zweite eine Marktordnungsprämie. Alle diese Fragen der Marktordnungsprämien und Obergrenzen, die Euch hier so unheimlich aufgebracht hat in einer Weise, die ich nicht verstehe. Wenn man das nämlich durchrechnet, muß man ja selber draufkommen, daß da hier einiges zu machen wäre. Ich glaube, daß wir doch eines feststellen müssen: Die ÖVP stellt einen Resolutionsantrag und sagt auf der zweiten Seite, eine soziale Staffelung würde dem Prinzip

der leistungsbezogenen Agrarförderung usw. Nachteile bringen und würde auch den EU-Bestimmungen widersprechen. Tatsache ist, daß die EU einen Teil tatsächlich unabhängig von sozialen Überlegungen auszahlt, den nehmen wir auch aus, um das klar zu sagen. Aber andere Bereiche könnte man sehr wohl da mitüberlegen.

Von Herrn Kollegen Hiller wurde die Richtlinie 2078 zitiert, die für Bayern aufgehoben wurde, weil angeblich nicht EU-konform. Nun, ich habe mir eine andere Richtlinie von Baden-Württemberg geholt - auch ein schwarzes Bundesland, um Euch da nicht unsicher zu machen. Da wurden sehr deutlich die zuwendungsfähigen Maßnahmen zum Beispiel angeführt in einem Punktesystem, das sehr wohl auf Großvieheinheiten zum Beispiel abgestimmt ist. Und das sagt, bis zu 1,2 bekommst du fünf Punkte, von 1,2 bis 1,8 bekommst du drei und über 1,8 bekommst du zwei Punkte. Das heißt, eine Richtlinie, die sehr wohl den betrieblichen Größenordnungsgedanken mitberücksichtigt. Und soweit ich informiert bin, ist dieses Programm von Baden-Württemberg zum Beispiel noch in Geltung.

Nun möchte ich zum Budget selber feststellen, weil der Herr Landesrat Blochberger ja für sein Budget kämpft und sozusagen seinen Kopf und Kragen dafür einsetzt, um es zu bekommen. Nun, der Kopf kann sozusagen, nachdem wir zustimmen werden, oben bleiben. Es ist so, daß ich auch mit ihm ein Gespräch geführt habe und klargestellt habe, es geht mir darum, daß auch in der Landwirtschaft erkannt werden muß, daß wir unsere Verpflichtungen einhalten. Aber der Gedanke zum Beispiel, den der Landesrat da immer verfolgt, daß wir alles aufwenden müssen, um ja sozusagen keinen Schilling zu versäumen, ist bei der Frage der Kürzung der Arbeitnehmerförderung von 1,5 Milliarden und damit des Verlustes der EU-Kofinanzierung eigentlich nicht Pate gestanden. Und daher sage ich, ich möchte ja wirklich ein Budget beschließen, das ich auch innerlich verantworten kann. Und das heißt, wir haben, im Mai 1995 ist das behandelt worden, am 29. Juni den Aussagen aus der Budgetdebatte zu Weihnachten folgend gesagt, es kommt ein Nachtragsbudget und das ist auf die EU bezogen und alles andere wird eingehalten. Und dafür möchte ich mich auch bei Landesrat Mag. Freibauer bedanken, weil tatsächlich auch am 29. Juni 1995 nur diese EU-bezogene Anpassung erfolgte. Und daher erfolgte auch von uns vereinbarungsgemäß die Zustimmung. Es war für uns überhaupt keine Frage. Und da haben wir folgende Feststellung zu

treffen: Der Herr Landesrat Blochberger hat 611 Millionen Schilling als deckungsfähige EU-Förderung vorgeschlagen und hat gemeint, zur teilweisen Bedeckung des Erfordernisses werden Ausgabenkredite des ordentlichen Teiles des Voranschlages, die dem Verwendungszweck nach für EU-Förderungen herangezogen werden können, zugunsten des landwirtschaftlichen Förderungsfonds als einseitig deckungsfähig erklärt. Und er zählt dann auf und kommt auf diese 611 Millionen. Und jetzt erwartet man sich von einem Landesrat, der da eingebunden ist in die Gesamtregierungsverantwortung doch erstens einmal, daß er alle EU-Gelder über diese Deckungsfähigkeit hinaus nützt. Um damit möglichst seine eigenen bisherigen Aktionen der Landwirtschaft in Niederösterreich zu verstärken um den Effekt der EU-Kofinanzierung und des Bundes. *(LR Blochberger: Das ist auch passiert!)* Auf den Zwischenruf habe ich gewartet, denn der erleichtert mir die folgende Argumentation. Insgesamt ist es Ihnen nämlich gelungen, ganze 80 Millionen letztlich dafür zu reservieren. Und da kommen wir jetzt zum 2. EU-Anpassungsbudget, in dem aufgeführt wird, im laufenden Vorschlag 1995 sehen wir 88,1 Millionen Schilling zur Verfügung. Ziehen wir das von S 1.085.000.000 ab, kommen wir auf die Summe von 996 Millionen. Ich meine daher, mit ein bißchen mehr Anstrengung und Mühe hätte man mehr für die Bauern tun können, aber auch mehr dem Konsolidierungsgedanken Rechnung tragen können. *(LR Blochberger: Das stimmt ja nicht! Bitte, wo ist 1 Schilling EU-Geld liegengeblieben?)* Ich habe nicht gesagt, daß es liegengeblieben ist. *(Zwischenruf bei LR Blochberger.)* Moment einmal! Wir haben ein normales Budget für die Landwirtschaft, wie jedes Jahr. Davon haben Sie erklärt, daß rund 611 Millionen Schilling aus den bisherigen Aktionen heraus deckungsfähig sind im Rahmen der EU-Förderungspolitik. *(LR Blochberger: Theoretisch!)* Nicht theoretisch, Sie haben das ja behauptet. Das ist ja niedergeschrieben, das ist ja nicht theoretisch. Das haben Sie ja niedergeschrieben. Das ist ja nicht mein Budget, das ist ja Euer Budget. Ich habe es ja nur hier sozusagen durchgearbeitet, durchdiskutiert und sage, aus meiner Gesamtverpflichtung heraus stimmen wir diesem Budget zu. Aber man muß doch wohl die Anmerkung treffen, daß ein überragender Beitrag von Ihrer Seite da nicht geleistet wurde hinsichtlich einer Deckungsfähigkeit. Und jetzt sage ich noch dazu, 88 Millionen und 996 Millionen sind jetzt sozusagen mitzubeschließen im 2. EU-Anpassungsbudget. Es kommt noch einiges dazu, aber es ist rund eine Milliarde. Jetzt hat diese Landwirtschaft 500.500.000,- im Jahre 1995 mit 29. Juni als ein-

malige Abgeltung bekommen. Da sind wir d'accord. Rund eine Milliarde bekommt sie jetzt. Aber ich kann doch nicht die ganze Förderung sozusagen noch oben draufsetzen, und alles, was Sie bisher behauptet haben, nämlich deckungsfähig gegenüber der EU-Förderung zu sein, also mehr oder weniger unter den Tisch fallen lassen.

Ich will Ihnen das nur deshalb sagen, weil ich mich zur Landwirtschaft bekenne, daß ich aber auch sagen muß gegenüber den anderen Ressorts, wo die Sparsamkeit eine viel stärkere ist und wo es um kleine Beträge geht, wo es um 5 Millionen geht und man zu Recht sehr genau schaut. Während hier vielleicht die Deckungsfähigkeit etwas großzügiger gesehen wird. Und in diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, verstehen Sie meine Kritik. Sie bezieht sich nicht darauf, daß jetzt die Bauern etwas bekommen, ganz im Gegenteil! Wir geben dem Budget die Zustimmung, weil wir wirklich der Auffassung sind, daß diese Leistung, die erbracht wird, eine gesellschaftliche Bewertung zu erfahren hat. Und diese gesellschaftliche Bewertung werden wir durch unsere Zustimmung dokumentieren. Dennoch möchte ich einen Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Dr. Bauer zur Vorlage der Landesregierung betreffend 2. EU-Anpassungsbudget 1995, Ltg. 385/V-2/24.

Die Budgets aller Gebietskörperschaften stehen derzeit vor der Situation, daß Maßnahmen gesetzt werden müssen, die auch für die Zukunft noch den notwendigen Spielraum gewährleisten, um durch budgetpolitische Maßnahmen für das Land notwendige Strukturmaßnahmen setzen zu können. Es ist daher notwendig, sämtliche Ausgaben auf ihre Effizienz, aber auch auf ihre soziale Gerechtigkeit hin zu überprüfen. Daher gibt es etwa bereits im Familien- und Sozialförderungsbereich soziale Staffelungen der Förderungsmittel nach dem gewichteten Pro-Kopf-Einkommen mit degressiven Förderungsstufen. Aber auch im Wirtschaftsförderungsbereich sind in weiten Bereichen Umsatzobergrenzen in den Förderungsrichtlinien vorgesehen.

Wenngleich es im Landwirtschaftsbereich vertragliche Verpflichtungen aus dem EU-Vertrag für die Gebietskörperschaften Bund und Land gegenüber den Bauern gibt, die jedenfalls einzuhalten sind, müssen in Anbetracht der Tatsache, daß sich das Landwirtschaftsbudget des Landes Niederösterreich mit der

Beschlußfassung des 2. EU-Anpassungsbudgets im Verhältnis zum ursprünglichen Landwirtschaftsbudget des Voranschlages für das Jahr 1995 bereits verdreifacht hat, Maßnahmen zur sozialen und effizienten Begrenzung der Ausgaben gesetzt werden.

Diesen Umständen folgend und um den notwendigen sozialen Interessensausgleich herzustellen, sollte auch im landwirtschaftlichen Förderungsbereich eine soziale Staffelung mit degressiven Förderungsstufen und eine betriebsbezogene Maximalförderungsbegrenzung geschaffen werden. Dies würde nicht nur eine Gleichstellung der Landwirtschaft mit anderen Interessensgruppen, sondern auch eine soziale Ausgewogenheit innerhalb der Landwirtschaft herbeiführen. Es müßten daher die bestehenden Förderungen im Landwirtschaftsbereich dahingehend überarbeitet werden, daß ebenfalls eine soziale Staffelung und eine betriebsbezogene betragsmäßige Höchstgrenze der Förderungsmittel vorgesehen wird.

Daneben muß auch versucht werden, eine möglichst hohe Ökologisierung der agrarischen Produktion zu erreichen. Dies kann durch Aufnahme von ökologischen Mindeststandards in die verschiedensten Förderungsrichtlinien verwirklicht werden.

Die NÖ Landesregierung und insbesondere der für den Agrarbereich zuständige Landesrat Blochberger werden daher aufgefordert,

1. im Sinne der Antragsbegründung eine Überarbeitung der landwirtschaftlichen Förderungsrichtlinien vorzunehmen,
2. bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, damit die österreichischen Vertreter in den Institutionen der Europäischen Union darauf hinarbeiten, daß Agrarförderungen der Europäischen Union nicht mehr grundsätzlich nach Betriebsgröße, sondern stärker nach sozialen und ökologischen Kriterien orientiert werden."

Ich würde Sie hier um Ihre Zustimmung bitten.

Abschließend möchte ich noch hinzufügen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Man sollte auch in Vorwahlzeiten nicht mit Angstparolen arbeiten. Wir tun das nicht, wir bekennen uns zu unserem Vertrag. Und alles, was über die Vertragsgröße hinausgeht, muß wohl diskutiert werden in Anbetracht der budgetären Situation der Budgets aller Gebietskörperschaften. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Blochberger.

LR BLOCHBERGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren des Hohen Landtages!

Ich darf vorweg natürlich auch, so wie es Klubobmann Dr. Johann Bauer getan hat, einige grundsätzliche Betrachtungen zur wirtschaftlichen Lage in Österreich anstellen. Ohne Zweifel, Herr Klubobmann, können wir stolz sein auf die Leistungen, die Österreich erbracht hat. Ich darf aber auch hier festhalten, man könnte nämlich beim Zuhören so den Anschein gewinnen, daß diese Leistungen eigentlich nur die Sozialisten erbracht haben, ich darf hier eindeutig festhalten, es war das österreichische Volk. Es waren die tüchtigen Arbeitnehmer, es waren die tüchtigen Unternehmer und es waren auch die tüchtigen Bauern, die Beamten und die Angestellten. Wir sind froh darüber. Wir stehen aber trotzdem vor einer schicksalhaften Entscheidung. Und ich zitiere dazu auch einen unverdächtigen Zeugen, den Herrn Professor Kramer, der vor einigen Wochen in der Pressestunde erklärt und die Österreicher und Österreicherinnen aufgefordert hat, wir sollen bei dieser Wahlauseindersetzung die Programme der Parteien uns genau anschauen. Und der uns gewarnt hat, vor jenen Parteien und Programmen, die uns versprechen, es ist alles "klaß", es geht alles weiter, das soziale Fangnetz, alles ist finanzierbar. Tut's euch nichts an, das Budgetdefizit von 120 oder vielleicht 130 oder 140 oder gar 150 Milliarden Schilling spielt keine Rolle.

Meine Damen und Herren! Wenn wir hier nicht eine Kurskorrektur durchführen - das hat auch Herr Professor Kramer erklärt - dann besteht für Österreich wirklich die Gefahr, daß wir die EU-Kriterien nicht erreichen. Und daß wir dann in die Stufe 2 abgestuft werden. Was das bedeutet am Zinsssektor der öffentlichen Haushalte brauche ich gerade hier in diesem Hohen Hause nicht zu erklären. Und vor dieser Entscheidung stehen wir. Herr Klubobmann Dkfm. Bauer! Du hast hier doch diesen Versuch unternommen, uns einzureden, wir sind ohnehin alle Weltmeister. Es ist alles so "klaß", wir müssen zwar sparen, aber es darf nichts geschehen. Meine Damen und Herren! Sparen heißt, daß wir in allen Bereichen nachdenken. Und ich sage auch gleich dazu, na selbstverständlich ist auch die Landwirtschaft bereit, in allen Bereichen wo sie angesprochen ist, im sozialen Bereich, auch über Sparmaßnahmen nachzudenken. Meine Damen und Herren! Wir können ganz einfach nicht verstehen, daß die Sozialisten nach wie vor Systeme verteidigen, die ganz ein-

fach nicht mehr finanzierbar sind. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht damit. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich komme noch dazu. Es kann Euch doch nicht verborgen geblieben sein, daß im Sozialbereich so manche Zeitgenossen manche Dinge schamlos ausnützen. (*Heftige und anhaltende Unruhe im Hohen Hause.*) Ich verstehe Eure Aufregung nicht. Ich bitte mir zuzuhören, was ich damit meine.

Es ist das Schrecklichste, meine Damen und Herren, für einen Menschen, wenn er arbeitslos wird. Damit das unmißverständlich klar gestellt ist. Man hat einmal versucht, auch im Westen von Niederösterreich, im Amstettener Bereich, mir in die Schuhe zu schieben, daß ich für die Demontage des sozialen Fangnetzes und der Arbeitslosenversicherung bin. Nein! Ganz im Gegenteil! Mit mir können Sie sofort reden, daß die, die wirklich arbeitslos sind auch noch mehr bekommen als bisher. Meine Damen und Herren! Aber ich kann Ihnen - ich glaube, daß Krumbach in der Buckligen Welt keine Ausnahme ist - ich kann Ihnen ein Dutzend Leute sofort nennen. Ich zitiere nur einen, der ist so alt wie ich, war mit mir bei der Musterung, hatte vor 15 Jahren eine Bandscheibenoperation, ist bei der Wildbachverbauung beschäftigt gewesen, ist seit 15 Jahren "hackenstad", wie man sagt im Jargon, weil er ganz einfach sich keine Arbeit gesucht hat. Es ist ihm welche angeboten worden. Er ist ein schwerer Alkoholiker. Es gibt offenbar nur zwei Linien, entweder schwerer Alkoholiker - das ist eine Tragik für die Menschen - oder eine "Pfuscherpartie". Ich kenne reihenweise Menschen, die sind jünger als ich, die sagen, bin ich denn wahnsinnig? Wenn ich zwei Tage in der Woche pfuschen gehe, habe ich doch mehr, als wenn ich aktiv bleibe! Meine Damen und Herren, dies sind die Dinge, die die Menschen überhaupt nicht verstehen. Da zahlen alle Tüchtigen drauf, auch die tüchtigen Arbeitnehmer. Und Ihr wollt dies verteidigen! (*Zwischenrufe und Beifall bei der ÖVP. - Heftige Unruhe bei der SPÖ.*)

Na selbstverständlich! Na selbstverständlich! Es gab gerade hier den Aufschrei. (*Abg. Dr. Bauer: Herr Landesrat! Wir haben 25 Milliarden zur Einsparung im Sozialbereich vorgeschlagen! - Nach wie vor heftige und anhaltende Unruhe im Hohen Hause.*)

Meine Damen und Herren! Ich sehe auch nicht ein, daß es auch im Krankenversicherungsbereich Diskussionen gibt. Ich gehöre einer Berufsgruppe an, Herr Abgeordneter, die 10 und 20 Prozent Selbstbehalt haben und dies seit Jahren. Es gibt einige Berufsgruppen. Warum

kann man nicht darüber reden? Ich bin dafür, daß in der Vorsorgemedizin kein Selbstbehalt eingeführt wird. Ich bin dafür, daß beim Spitalsaufenthalt kein Selbstbehalt eingeführt wird, meine Damen und Herren. Aber warum nicht in anderen Bereichen? Ich würde jenem, der wenig Kurzkrankenstände hat, einen Bonus geben. Ich bin auch dafür, daß bei sozial Schwachen kein Selbstbehalt eingeführt wird. Da könnte man -zig Millionen einsparen. Meine Damen und Herren! Zahlen tun das die tüchtigen Menschen. Es wäre daher viel vernünftiger, einmal über diese Reformen nachzudenken. Aber das ist scheinbar nicht angesagt. Sie gaukeln uns vor, es ist alles bestens. Wir haben gute Wirtschaftsdaten, man kann also ruhig hier weiter verteilen.

Meine Damen und Herren! Auch wenn Sie jetzt böse sind. Ich habe also hier mit Interesse auch den Gewerkschaftskongreß verfolgt. (*Heftige Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Knotzer: Und der Blochberger hat sich's immer gerichtet!*)

Bitte? Also, dann kommen Sie heraus und sagen Sie uns wo! Kommen Sie 'raus und sagen Sie mir, wo bitte! Das ist eine Pauschalverdächtigung, die weise ich zurück, Herr Abgeordneter! Die weise ich zurück! Entweder Sie nehmen zurück, daß ich mir etwas gerichtet habe oder Sie begründen das da! Es gibt nur die zwei Möglichkeiten. Das lasse ich mir von keinem Abgeordneten gefallen, daß ich mir was gerichtet habe. Kommen Sie 'raus, Herr Abgeordneter Knotzer, begründen Sie oder entschuldigen Sie sich! (*Beifall bei der ÖVP. - Nach wie vor heftige Unruhe im Hohen Hause.*) So mit mir nicht!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (*nach mehrmaligem Klingelzeichen*): Meine Damen und Herren! Ich würde bitten, hier die Diskussion so zu führen, daß sie dem Stil dieses Hauses entspricht. (*Abg. Kautz: Wie war das beim Autobahnbau?*)

LR BLOCHBERGER (ÖVP): Herr Abgeordneter, kommen Sie und sagen Sie, wo ich mir etwas gerichtet habe! Ansonsten bestehe ich darauf, daß das zurückgenommen wird und entschuldigt wird! Begründen Sie es! Herr Kollege Kautz! Kommen Sie 'raus, begründen Sie, wo ich mir was gerichtet habe. Ansonsten sehen wir uns woanders, denn das lasse ich mir von niemandem bieten, auch von Ihnen beiden nicht. Ich habe in meinem Leben noch nichts gerichtet und werde mir auch nichts richten, damit das klar ist hier! (*Zwischenruf bei Abg. Keusch.*)

Ich habe nichts zurückzunehmen, Herr Kollege Keusch! Bitte hört doch einmal in die Leute hinein! Euch ist tatsächlich das Gefühl verloren

gegangen. Es ist kein Wunder. Wir müssen wieder die Sprache der "kleinen" Menschen sprechen. Es ist der kleine Mensch, der das nicht versteht. Der hier zuschauen muß, wie manche sozialen Fangnetze wirklich schändlich mißbraucht werden. Bitte, hört einmal zu. *(Abg. Keusch: Denken Sie doch einmal nach, wieviel wir in die Landwirtschaft hineinbuttern und dann werfen Sie anderen Gesellschaftsschichten vor, daß sie tachinieren. Ihnen ist noch nicht klar, woher die Förderung für die Landwirtschaft finanziert wird. Das verdienen andere Gesellschaftsgruppierungen, womit wir heute die Landwirtschaft finanzieren, bestreiten Sie das?)* Herr Kollege Keusch! Das ist so primitiv, Sie entschuldigen, mir hier zu unterstellen, ich kapiere nicht woher die Förderungen kommen. Sicherlich nicht von der Sozialistischen Partei, sicherlich von den Arbeitnehmern, von den Steuerzahlern in Österreich. Damit das klar ist. Natürlich von allen! Das ganze Staatsbudget, auch unser Budget, ist zusammengesetzt aus Steuerneinnahmen. *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER *(nach mehrmaligem Klingelzeichen)*: Meine Damen und Herren! Ich bitte, ich darf das bewußt wiederholen, die Diskussion so zu führen, daß sie dem Stil dieses Hauses angepaßt verläuft!

LR BLOCHBERGER (ÖVP): Meine Damen und Herren! Und nun zum EU-Budget. Ich verstehe schon, daß Sie da nervös werden. Das trifft nämlich genau dort, wo die Nerven zu Hause sind. *(Nach wie vor Unruhe im Hohen Hause.)* Ich habe gesagt, arbeitslos zu sein, ist das tragischste Schicksal, das einem gesunden Menschen passieren kann. Dabei bleibe ich. Aber daß über manche Dinge man diskutieren muß, das vertrete ich auch. Ich nehme zur Kenntnis Ihr seid nicht dazu bereit.

Nun zum EU-Budget! Meine Damen und Herren! Es bedeutet sicher eine gewaltige Anstrengung für den öffentlichen Haushalt, dieser Ausgleich. Herr Klubobmann Dkfm. Dr. Bauer, der Ausgleich - nicht des Einkommens sondern des Preisverlustes, und das ist ein riesiger Unterschied. Na, Du bist ja Diplomkaufmann, ein Wirtschaftsfachmann. Es wird doch nicht schwer sein, auseinanderzuhalten, daß also der Preisausgleich, den der Bauer bekommt 1. keine Subvention ist - das hast Du zurückgenommen - 2. nur ein kleiner Teil sich im Einkommen niederschlägt. Ein Beispiel: Meine Damen und Herren, ich habe mir erlaubt, für Sie eine kleine Broschüre vorzubereiten, auch mit Grafiken. *(LR Blochberger hält eine Broschüre hoch.)* Damit wir endlich

einmal wissen, worüber wir reden. Ich finde es unseriös, bitte, ich finde es unseriös, heute einem Berufsstand vorzuwerfen, daß er für seine Produkte 30 bis 50 Prozent weniger bekommt. Und da redet jetzt der Bauer. *(Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege Blochberger! Jetzt muß ich aber eines sagen: Als der Stahlpreis halbiert war, hat es überhaupt kein Erbarmen gegeben bei Ihnen! - Unruhe bei der SPÖ.)* Ich will also auf die Stahldiskussion nicht einsteigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER *(nach Klingelzeichen)*: Ich ersuche, die Emotionen etwas zurückzunehmen!

LR BLOCHBERGER (ÖVP): Ich darf wieder zur Sache kommen. Ich bitte wirklich, mir hier zu folgen. Herr Klubobmann! Ich hoffe, daß wir uns alle wieder beruhigen. Ich bin ein Bauer und da spricht der Bauer aus mir. Herr Kollege Dr. Bauer! Du heißt glücklicherweise Bauer, ich bin einer. Ich bin ein praktischer Bauer. *(In der Folge anhaltende, äußerst heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, in einem anderen Stil miteinander zu diskutieren!

LR BLOCHBERGER (ÖVP): Kann ich weiterreden? Danke. Ich wollte eines sagen: Wenn also hier - jetzt kommen wir zur Sache - für Weizen statt rund 3,50 Schilling 1,50 Schilling bezahlt wird, wenn für die Milch statt 6,60 Schilling bis 7,- Schilling 4,50 Schilling bis 5,- Schilling bezahlt werden, wenn für ein Kilogramm Stierfleisch statt 54,- Schilling 37,- Schilling inkl. Mehrwertsteuer bezahlt werden, daß dann natürlich der Staat hier eine Verpflichtung hat - und das ist auch im Paket zugesagt - das erscheint doch klar. Hier diese Preiseinbrüche auszugleichen, das versteht sich doch von selbst, das kann man doch nicht in Frage stellen. Das wäre unseriös. Das kann man doch nicht den Bauern als Subvention anlasten. Das ist es, was ich kritisiere, denn Du mußt es genau wissen, da ist ein kleiner Teil davon Einkommen. Wenn der Bauer 5.000 Kilo Weizen hat, rechnen Sie mit, und er bekommt um gute 2 Schillinge weniger, so sind das 10.000,- Schilling. Ja, wenn ich ihm das nicht ausgleiche, dann gehen tausende Bauern vor die Hunde. Das wollen wir nicht. *(Abg. Dr. Bauer: Herr Landesrat! Was mich ärgert ist nur, wir stimmen einem EU-Budget zu. Wir geben unsere Zustimmung zum Budget, aus unserer Verantwortung heraus. Und Du stellst Dich her und wirfst uns vor, daß wir für die Bauern nichts übrig haben! Das ärgert mich! - Beifall bei der SPÖ. - Unruhe im Hohen Hause.)* Das habe ich nicht gemacht. Herr Kollege! Herr

Klubobmann! Ich habe der sozialistischen Fraktion nicht vorgeworfen, daß sie für die Bauern nichts übrig hat. Darf ich es erklären aus meiner Sicht? Ich habe nicht den Vorwurf erhoben, daß Ihr nicht zustimmt. Sondern ich will darauf hinweisen, weil ich glaube, daß hier ein großer Irrtum vorliegt. Ich fürchte, daß ein großer Irrtum vorliegt, weil man hier bewußt ganz einfach Ausgleichszahlungen mit Einkommen verwechselt. Und das Zweite, das genauso nicht vergleichbar ist: Meine Damen und Herren! Ein Bauer ist ein Unternehmer mit all den Vor- und Nachteilen. Er trägt Risiko. Ein Arbeitnehmer ist eben ein Unselbständiger. Und wenn ich jetzt das Einkommen vergleiche, so ist das sicher nicht dasselbe. Dies sind einfach zwei Paar Schuhe. Bitte, das muß doch ein seriös Denkender zugeben. Das ist nicht vergleichbar.

Nun konkret zum Antrag. Wenn wir dem sozialistischen Antrag zustimmen, meine Damen und Herren, dann tritt nämlich genau das Gegenteil ein, Herr Klubobmann, von dem, was Du uns hier erzählt hast. Denn dann kriegt kein kleiner Bauer nur um einen einzigen Schilling mehr im Umweltprogramm. Sondern Euer Vorschlag lautet, ab 270.000,- Schilling gibt es Null. So lautet der Staribacher-Vorschlag. *(Zwischenruf bei Abg. Dr. Bauer.)*

Herr Kollege! Ich muß mich doch auch mit dem Staribacher-Vorschlag auseinandersetzen, weil das ja hier seine Fortsetzung findet. Ich habe Verständnis dafür. Man muß eine politische Linie durchziehen. Wir haben auch gesprochen darüber, Herr Klubobmann. Ich habe Verständnis dafür. Nur darf ich sagen, bitte, er geht vom Ansatz her daneben. Und zwar aus 2 Punkten: Erstens kann man nicht alle Förderungen zusammenzählen. Denn wenn man das tut, wenn man die Bergbauernförderung dazuzählt, die Investitionsunterstützungen dazuzählt, die Jungübernehmerförderung, die fallweise eintritt, und wenn man auch das außerlandwirtschaftliche Einkommen dazuzählt, dann würden etwa Nebenerwerbsbauern reihenweise aus der Förderung hinausgeschmissen. Wenn man das außerlandwirtschaftliche Einkommen dazuzählt, dann sind wahrscheinlich der Großteil der kleinen Nebenerwerbsbauern, gerade jene, von denen Ihr hier gesagt habt, Ihr setzt Euch für die ein, eigentlich nicht förderbar. Ich bitte Euch, das genau zu überlegen. Zweiter Punkt: Wenn wir diesem Antrag folgen, dann ist auch die Ökologie in Gefahr. Das sage ich jetzt auch als Umweltverantwortlicher der NÖ Landesregierung.

Meine Damen und Herren! Für einen Bauern, wenn er Vollerwerbsbauer ist, ist es nach Eurem Vorschlag bei 25 ha oder ungefähr 30 ha vorbei. Wenn er von dem Betrieb lebt, dann ist es vorbei mit ihm, sobald er mehr hat. Wenn er einen Nebenerwerb hat, ist es schon vorher vorbei, dann kann er mit schon 10 ha aus der Förderung fallen. Bitte, sich das genau anzuschauen. Natürlich wird er dann wieder in die Chemie einsteigen. Denn wenn er nichts dafür bekommt, wenn er ökologisch produziert, dann wird er voll in Chemie und voll mit Dünger einsteigen. Wollt Ihr das denn? Was wollen wir eigentlich erreichen, Hannes? Ich habe mir das angeschaut, bitte glaube mir das. Es gibt 329 Ackerbaubetriebe mit über 100 Hektar in ganz Österreich. Und wir diskutieren, als ob das die Mehrheit der Bauern wäre. Schauen Sie sich das bitte an, worüber überhaupt geredet wird. Und wenn dann gesagt wird, ein Antrag soll ökologisch orientiert sein, meine Damen und Herren, dann ist das der Beweis, daß Ihr Euch keine einzige dieser Richtlinien durchgelesen habt. Ich stelle dies nur fest. Weil das ist bitte ein Umweltprogramm. Was will ich da noch ökologisch orientieren? Das ist ein Umweltprogramm. Und zum Thema Ökologie: Der Bauer muß selbstverständlich ökologische Leistungen erbringen. Deswegen sage ich heute, es ist durchschaubar, was man damit will. Ich weiß schon, und es ist auch diskutiert worden, sprechen wir es offen an: Es ist doch gesagt worden, die Bauern sollen 3 Milliarden bringen. Wir müssen also auf der Bundesebene einsparen. Meine lieben Damen und Herren! Es wäre genauso, und da glaube ich, verstehen wir uns auch, wenn man heute bestehende Pensionen angreifen würde. Wir haben sichergestellt durch klare Aussagen, daß bestehende Pensionen in keiner Weise angegriffen werden. Und genau so gilt das für die Bauern! *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich bitte um Verständnis. Genauso gilt das für die Bauern. Wenn ich den Bauern im April Richtlinien gebe - und das ist geschehen - die in Brüssel sanktioniert sind und dann komme ich im November zur Ansicht, ich muß jetzt statt 5,3 Milliarden Schilling - das ist politisch paktiert mit der EU - halt 6, 7 oder 8 Milliarden Schilling bereitstellen, dann sage ich, na Gott sei Dank. Weil die Bauern bewiesen haben, daß sie umweltmäßig wirklich gut unterwegs sind in Österreich. Da soll man sich doch eigentlich freuen! Ich weiß schon, das es schwierig ist, auch für das Landesbudget. Aber ich kann jetzt doch nicht deshalb bestrafen! Und es gibt hier ja ein Limit in der Umwelt. *(Unruhe bei der SPÖ. - Abg. Dr. Bauer: Herr Landesrat! Warum gibt es nicht mehr Deckungsfähig-*

keit bei bisherigen Förderungen? Ich bin ja dafür, daß das ausgenützt wird!)

Herr Klubobmann! Ich komme gleich zum Umweltprogramm. Hier gibt es 9.500,- Schilling, das ist in der EU paktiert. Mehr kann der Bauer pro Hektar aus dem Umweltprogramm nicht bekommen. Es gibt auch hier soziale Staffelungen, in der Bergbauernförderung, in der Zone I 30 ha, in der Zone II 40 ha oder in Zone III 50 Hektar. Es gibt auch bei den Stieren die Obergrenze mit 90 Stieren. Ansonsten gibt es bei der EU keine Staffelung nach oben. Das ist von der EU bisher abgelehnt worden. Und gerade im Umweltprogramm ist doch dieser Denkansatz völlig verkehrt. Es ist völlig verkehrt, wenn ich ein zweites Mal alles zusammenrechne. Ich bitte, sich das zu überlegen, ich schmeiße doch reihenweise die Nebenerwerbsbauern hinaus. Ich glaube, es ist zuwenig bedacht worden, was man hier wirklich damit erreichen will. Bitte, das ist leider so. Aber bitte, das wird so verlangt von den Sozialdemokraten auf Bundesebene, vom Finanzminister, mit 280.000,- Schilling. Herr Klubobmann Dr. Bauer! Wenn du einen Antrag einbringst auf soziale Staffelung, dann nehme ich an, daß sich der an den Bundesantrag anlehnt oder den gleichen Inhalt hat. Sonst muß man das hier definieren. *(Abg. Dr. Bauer: Es steht drinnen, "soziale Staffelung! Da ist keine Ziffer drinnen!")*

Damit jetzt zu den 100.000,- Schilling pro Monat. Meine Damen und Herren! Diesen Bauern gibt es nicht. Der Herr Finanzminister hat hier falsch informiert - ich bin heute vornehm - weil es hier keine monatlichen Auszahlungen gibt und er hat von monatlichen Auszahlungen von 100.000,- Schilling gesprochen. Ich bitte, diesen Betrieb uns vorzuzeigen. Den gibt es nicht. Deswegen war das eine reine Effekthascherei, bitte nicht böse sein. Da denkt man dann darüber nach, denn das sind natürlich wieder Klassenkampfmethoden. Und, meine Damen und Herren, ich sagen Ihnen eines, und das ist schade. Weil wir gerade in Niederösterreich, in diesem Hohen Hause uns ausgezeichnet verstanden haben bisher. Und da trägt auch Ihr Parteivorsitzender einen großen Teil und einen großen Anteil daran. Es ist sicher auch mit sein großer Verdienst, daß wir über Parteigrenzen hinweg einander ordentlich verstehen. Daß wir auch vernünftig Politik machen. Daß wir auch heute in der Früh noch in einigen Dingen vernünftig und zügig weitergekommen sind. Meine Damen und Herren, verlassen wir diesen Weg nicht! Und lassen wir nicht von der Bundesebene Dinge hereintragen in diesen Landtag. Meine Da-

men und Herren! Ich bitte um Verständnis, daß wir den Staffelungsantrag hier ablehnen müssen.

Was also das EU-Budget betrifft, selbstverständlich ist auch der Landesrat Blochberger aufgerufen, seinen Beitrag zu den 500 Millionen an Einsparungen 1995 zu leisten. Ich sage auch heute hier, weil das auch vom Kollegen Dkfm. Rambossek hier gegenüber Landesrat Mag. Freibauer immer wieder verlangt wurde, hier wird bis auf den letzten Schilling in meinem Ressort auch dieser Beitrag geleistet. Was es wiegt, das hat es!

Meine Damen und Herren! Ich bitte aber, auch mich zu verstehen und ich bin gerne bereit, Euch die Ziffern zu geben. Ihr könnt sie jederzeit haben. Es ist alles offenkundig. Ich bin gerne dazu bereit. Nur, bitte, hier ist eines übersehen worden: Es gibt in der EU neue Töpfe, die cofinanzierbar sind. Ich nenne als ein Beispiel den Wegebau. Beim Wegebau werden wir nächstes Jahr zirka 15, 20 Millionen von den rund 80 oder 100 Millionen, die bis jetzt im Budget waren, der EU gegenüberstellen. Da werden wir ein Mehrfaches von dem zurückbekommen. Aber die alten Wegeprojekte sind nicht förderbar. Die müssen jedoch auch fertiggemacht werden. Und das könnten wir in den verschiedensten Sparten fortsetzen. Es müssen die alten Projekte fertiggestellt werden. Und dafür gibt es also Bundesmittel aber keine EU-Mittel. Und dann müssen neue begonnen werden. Und deswegen kann man nicht sagen, ich bin leichtfertig gewesen, weil ich die 600 Millionen hier eigentlich nicht aufgehoben habe. Oder weil ich das nicht ausgenützt habe. Ich sage hier bitte, der Landesrat Blochberger hat dafür gesorgt, daß jeder Schilling, der 1995 EU-mäßig ausnützlich war, auch tatsächlich ausgenützt wurde. *(Abg. Dr. Bauer: Das ist ja richtig! Aber die Deckungsfähigkeit hätten Sie mehr ausnützen müssen!)*

Da sind wir uns schon wieder einig. Theoretisch kann ich den gesamten Förderungsfonds, Herr Klubobmann, den gesamten Förderungsfonds gegenüberstellen. Das wird auch in 3 bis 4 Jahren soweit sein. Aber das ist jetzt die Einschleifphase. Nur, den Vorwurf, der Blochberger hat flott das Geld ausgegeben und es sind nur 88 Millionen übergeblieben ... *(Zwischenruf bei Abg. Dr. Bauer.)* Gut! Also haben wir jetzt aufgeklärt, wovon wir reden.

Nun, meine Damen und Herren, darf ich zum Schluß kommen. Ich will ja Ihre Geduld nicht über Gebühr beanspruchen. Aber ich habe mich heute einmal verpflichtet gefühlt, einige Dinge hier klar-

zustellen. Ich darf natürlich all jenen danken, die diesen Weg hier mitgehen. Und ich darf als Bauernvertreter wie auch als Umweltpolitiker ein herzliches Dankeschön sagen für jene, die hier also mitstimmen beim EU-Budget. Weil dies ganz wichtig ist. Da geht es, meine Damen und Herren lediglich darum, daß die Bauern erhalten bleiben. Und da sind wir wieder einer Meinung, Herr Klubobmann. Nur müssen wir es umsetzen. Da sind wir halt gegensätzlicher Auffassung. Wenn der Bauer stirbt, dann stirbt der ländliche Raum. Dann sterben die Dorfgemeinschaften, dann stirbt auch die ländliche Kultur. Da sind wir uns einig, Herr Kollege Wöginger, da sind wir einig. Nur bei den Instrumenten liegen wir sehr weit auseinander. Und überlegt auch, Euer Antrag geht vom Ansatz her wirklich in die verkehrte Richtung. Das hat mit Polemik nichts zu tun. Es geht darum, wollen wir als Fremdenverkehrsland auch in Zukunft eine Bedeutung haben? Das wollen wir! Und jetzt auch ein klares Wort zur EU, meine Freunde, auch an die Freiheitliche Partei. Es wäre sicher - ich hoffe, daß ich keine neuen Emotionen auslöse - es wäre sicher ein Fehler gewesen, nicht Mitglied der EU zu sein. Denn ich fürchte mich nicht vor dem großen Markt, wenn die gleichen Startbedingungen da sind. Wenn der gleiche Wettbewerb herrscht. Ja, da wären wir doch feige, meine Damen und Herren! Was die anderen können, können wir auch. Und ich sage, ich wehre mich gegen ein Europa der Gleichmacherei.

Meine Damen und Herren, eines tut mir weh: Wir diskutieren heute nicht, weil uns die EU hängen lassen hat. Wir diskutieren nicht, weil wir einen schlechten EU-Vertrag abgeschlossen haben, was uns immer wieder versucht wird, über Fischler und so weiter in die Schuhe zu schieben. Sondern, wir diskutieren heute darüber, ob das österreichische Parlament auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt. Damit also das, was hier versprochen wurde, damit diese Mittel auch zur Verfügung gestellt werden. Und da steht drinnen, daß im Umweltbereich der Bauer seine Mittel bekommen soll. Das ist auch der Beweis - dort wollte ich hin, Freunde - das ist auch der Beweis, daß wir gleiche Startbedingungen am Marktsektor brauchen. Das ist auch logisch. Da dürfen wir bei Kilo und Liter keine Subvention geben. Das ist logisch. Aber ob wir im Parlament und hier im Landtag für die Umwelt, für unsere Landschaft, für das Gut, das wir wirklich gemeinsam verteidigen und damit den Bauern helfen sollen, ob wir hier mehr oder weniger Geld zur Verfügung stellen, das ist bitte unsere politische Entscheidung. Und das ist auch die Chance für die Bewegung in der Zukunft. Da darf ich wirklich bitten, auch über Parteigrenzen hinweg zu

schauen, was für einen Weg wir hier gehen. Sonst gibt es keine Entwicklung. Gibt es nicht! Die zweite Chance liegt im Energiebereich. Und ich bin froh, - was es wiegt, das hat es - daß heute in der Sache auch ein Engagement der Freiheitlichen feststellbar ist. Ich bin sehr froh und sage ein Dankeschön dafür. Nur, mir ist, als ob das erst der Anfang wäre. Ich glaube, wir sind hier gut unterwegs, aber man kann immer noch besser werden. Freunde, das sind die zwei Wege, die wir gehen müssen. Dann wird es funktionieren und wir werden einen guten Start haben. Denn wenn der Bauer funktioniert, funktioniert der ländliche Raum, funktioniert der Fremdenverkehr. Und dort lukrieren wir Milliarden an Devisen, bitte vergessen wir dies nicht! Der Bauer ist Umweltschützer, er ist Garant für unsere Erholungslandschaft, von Luft und Boden und von allem, was wir hier haben. Freunde, das soll uns den Einsatz wert sein!

Ich darf abschließend jedem danken, der hier mitgeht und der das versteht. Und ich darf bitten und hoffen, daß auch nach dem 17. Dezember 1995 wirklich wieder vernünftige, besonnene Kräfte diese Politik fortsetzen. Alles andere wäre für Niederösterreich und wäre für Österreich ein verkehrter Weg. Ich darf herzlich dazu einladen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich nehme kurz zu den zwei Resolutionsanträgen Stellung. Dem ersten Resolutionsantrag des Abgeordneten Marchat bezüglich der Übernahme der AMA-Beiträge durch die öffentliche Hand werden wir nicht zustimmen, denn es sind im Bereich der AMA bereits Reformen angesagt. Das heißt also, es werden die einfachen Verwaltungsaufgaben ab dem nächsten Jahr in den Bezirksbauernkammern abgewickelt unter vernetztem EDV-Einsatz. Und außerdem brauchen wir die AMA als Marketinginstrumentarium. Wir wissen alle, daß Österreich ein Hochpreisland ist durch seine harte Währung. Wir wollen, wenn wir unsere speziellen Produkte aus der Landwirtschaft im Ausland vermarkten wollen, natürlich auch ein Marketinginstrumentarium haben. Daher können wir uns nicht vorstellen, daß diese Institution in das Landwirtschaftsministerium wieder eingegliedert wird. Es wäre hier vom Dienstrecht her wesentlich weniger Flexibilität

gegeben als das derzeit mittels privatwirtschaftlicher Verträge der Fall ist.

Zum Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Klubobmann Dr. Bauer zum EU-Anpassungsbudget darf ich folgendes sagen: Es wurde auch vom Herrn Landesrat Blochberger bereits ausgeführt, daß man unterscheiden muß zwischen sozialen Förderungen, Ausgleichszahlungen und Umweltprämien. Hier sind unterschiedliche Bewertungen anzusetzen, da im Umweltbereich pro Hektar die gleichen Kosten je nach Betriebsfläche anfallen und Leistungen erbracht werden. Für uns ist unvorstellbar, daß das einer sozialen Staffelung unterliegt. Ich möchte auch darauf verweisen, daß wir auch mit diesem Budget 170 Millionen Schilling sozial gestaffelte Mittel über die Bergbauernförderung und die Förderung in benachteiligten Gebieten auszahlen. Es ist ja nicht so, daß es das im landwirtschaftlichen Bereich nicht gibt. Nur wie gesagt, im Bereich, wo Preisausgleichszahlungen geleistet und Prämien gegeben werden, muß das aliquot gegeben werden. Das entspricht unserem Verständnis. Wir werden daher diesem Antrag nicht die Zustimmung geben.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek hat den Antrag gestellt auf getrennte Abstimmung. Bezüglich des Abschnittes V Punkt 2 soll eine eigene Abstimmung vorgenommen werden und zwar betrifft das die Ziffern 1/74901 bis 1/74909. Ich lasse daher getrennt abstimmen als erstes über den Punkt 4) "Abschnitt V Punkt 2 ...", die erwähnten angegebenen Zahlen. Ist damit klar, was diese Abstimmung umfaßt? Danke. Damit wird über diesen Antragsteil als erstes abgestimmt.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 385/V-2/24, betreffend EU-Anpassungsbudget 1995, Punkt 4.): Einstimmig angenommen!

Nunmehr lasse ich über den Antrag selbst, d.h. über die übrigen Punkte des Antrages des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, die vorliegende Geschäftszahl betreffend, abstimmen. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 385/V-2/24, betreffend EU-Anpassungsbud-*

get 1995, außer Punkt 4.): Mit Mehrheit angenommen! Für das Protokoll sei festgehalten, die Abgeordneten der FPÖ haben nicht mitgestimmt. (Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)

Wir kommen zur Abstimmung über drei Resolutionsanträge. Als erstes lasse ich über den Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Hiller und des Herrn Abgeordneten Ing. Dautzenberg betreffend Umweltförderung, Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel auf Bundesebene, abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Mit Mehrheit angenommen! Im Protokoll ist festgehalten, die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion haben hier nicht zugestimmt. (Zustimmung ÖVP, FPÖ, LIF; Ablehnung SPÖ.)*

Als nächstes lasse ich über den Antrag des Herrn Abgeordneten Marchat betreffend Übernahme der AMA-Beiträge durch die öffentliche Hand und Adaptierung einer Abteilung beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! Zugestimmt haben die Mandatäre der Freiheitlichen Partei und des Liberalen Forums. (Zustimmung FPÖ, LIF; Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

Wir kommen damit zum letzten Resolutionsantrag, der hier vorliegt. Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Bauer betreffend EU-Anpassungsbudget, Überarbeitung der landwirtschaftlichen Förderungsrichtlinien. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! Im Protokoll ist festgehalten, die Zustimmung gaben die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion. (Zustimmung SPÖ; Ablehnung ÖVP, FPÖ, LIF.)*

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Hoffinger, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 370/F-14/1 einzuleiten. Ich ersuche um Aufmerksamkeit, damit der Bericht und der Antrag, über den dann abzustimmen ist, auch dem Hohen Haus entsprechend zur Kenntnis gebracht werden kann.

Berichterstatter Abg. HOFFINGER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zu Ltg. 370/F-14/1 vom 26. September 1995. Es betrifft das NÖ Fleischuntersuchungsgebührengesetz.

Hoher Landtag! Das NÖ Fleischuntersuchungsgebührengesetz, LGBl. 6401-0 geht davon

aus, daß das Fleischuntersuchungsorgan, soweit es nicht in einem Dienstverhältnis zu einer Gemeinde steht, von seinem Fleischuntersuchungsorganaufwand nach den Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes die Umsatzsteuer zu entrichten hat. Das Bundesministerium für Finanzen hat nunmehr mit Erlaß vom 23. Mai 1995 unter anderem folgendes bekanntgegeben: "Personen sind als Funktionäre von öffentlich-rechtlichen Körperschaften im Sinne des § 29 Z. 4 EStG 1988 anzusehen, wenn diese als Organe einer Körperschaft tätig werden, namens einer Körperschaft handeln und innerhalb eines festgesetzten Gebietes mit Macht- und Entscheidungsbefugnis ausgestattet sind.

Eine derartige Rechtsstellung wird den mit der Fleischuntersuchung beauftragten Organen (Tierärzten und Fleischuntersuchern) durch das Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982 in der Fassung BGBl. Nr. 118/1994, eingeräumt. Nach der Novelle (BGBl. Nr. 118/1994) werden die mit Bescheid des Landeshauptmannes bestellten Fleischuntersuchungsorgane nicht nur wie bisher mit behördlichen Aufgaben, wie die Erteilung der Erlaubnis zur Schlachtung und der Beurteilung des Fleisches mit den daraus gesetzlich festgelegten Rechtsfolgen betraut, sondern auch zusätzlich für ein bestimmtes Gebiet mit Macht- und Entscheidungsbefugnis eingesetzt. Die Fleischuntersuchungsorgane sind daher ab 1994 in ihrem Sprengel zweifelsfrei nicht nur gutachterlich, sondern entscheidend tätig. Sie sind ab 1994 als Funktionäre einer Körperschaft öffentlichen Rechts anzusehen."

Die Zuständigkeit des Landtages von Niederösterreich zur Regelung der Fleischuntersuchungsgebühren ergibt sich aus §§ 7 Abs. 3 und 8 Abs. 1 F-VG 1948, Art. 12 und 15 B-VG und § 47 des Fleischuntersuchungsgesetzes in der Fassung BGBl. Nr. 118/1994. Die Fleischuntersuchungsgebühren, welche bisher Bundesabgaben waren, sind nach dieser Regelung ausschließliche Landes- und Gemeindeabgaben.

Ich stelle daher namens des Landwirtschafts-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Fleischuntersuchungsgebührengesetzes folgenden Antrag (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Fleischuntersuchungsge-

bührengesetzes wird in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.

2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Herr Präsident! Ich ersuche, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke für Bericht und Antrag. Zu Wort ist niemand gemeldet, wir kommen daher zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt und ich ersuche den Herrn Abgeordneten Hoffinger, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 356/B-27/2, Bericht der Landesregierung betreffend Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Geschäftsbericht 1994, einzuleiten.

Berichterstatter Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte über den Geschäftsbericht der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Zahl Ltg. 356/B-27/2.

Hoher Landtag! Mit dem NÖ Marchfeldkanalgesetz, LGBl. 6961, wurde die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal eingerichtet. Gemäß § 13 Abs. 2 NÖ Marchfeldkanalgesetz ist der Geschäftsbericht der Gesellschaft über das abgelaufene Kalenderjahr jeweils von der Landesregierung dem NÖ Landtag vorzulegen. Dieser uns nun vorliegende Bericht gliedert sich in vier Abschnitte:

- A. Bericht über den Jahresabschluß 1994 des vom Kuratorium bestellten Abschlußprüfers.
- B. Vergleich Voranschlag - Abschluß 1994,
- C. Tätigkeitsbericht des Kuratoriums 1994,
- D. Tätigkeitsbericht der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal.

Ich darf zum Prüfungsergebnis kommen: Auf Grund der von Dr. Anton Egger durchgeführten Prüfung wird festgestellt: "Der Jahresabschluß vom 31. Dezember 1994 entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Gliederung des Jahresabschlusses und die Bewertung der einzelnen Vermögensteile und Schulden erfolgte unter Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen. Die Prü-

fung des Jahresabschlusses hat zu keinen Beanstandungen geführt. Demgemäß bin ich in der Lage, den Jahresabschluß 1994 in der in diesem Bericht erläuterten und unter Anlage 1 - 5 dargestellten Form mit dem folgenden Bestätigungsvermerk zu versehen:

Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach meiner pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft."

Ich darf daher namens des Finanz- und Wirtschaftsausschusses folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Vom Geschäftsbericht der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal für das Geschäftsjahr 1994 wird Kenntnis genommen."

Herr Präsident! Ich ersuche, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke für Bericht und Antrag. Hohes Haus! Ich habe heute am Beginn der Landtagssitzung angekündigt, die Geschäftszahlen Ltg. 375/V-11/9 bzw. Ltg. 401/K-1/3, welche in der Debatte zusammengefaßt werden, vor der Geschäftszahl Ltg. 356/B-27/2 zu verhandeln. Ich wollte damit Rücksicht nehmen und Herrn Landesrat Ewald Wagner die Möglichkeit geben, an der Beratung dieser beiden Geschäftsstücke teilzunehmen. Nachdem der Herr Landesrat wegen anderweitiger Verpflichtungen nicht mehr da sein kann - er hat sich auch entschuldigt, das möchte ich dem Hohen Haus zur Kenntnis bringen - habe ich diese Umstellung nicht vorgenommen. Ich bitte auch diesbezüglich um Kenntnisnahme. Ich eröffne nunmehr die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Zukunft des Marchfeldes liegt uns wohl allen sehr am Herzen. Und ich glaube, daß gerade diese Region sehr viele Probleme offen hat und die Beteiligten gezwungen sind, systematisch die Lösungen zu erarbeiten. Ob das jetzt der Marchfeldkanal ist, ob es der

Nationalpark Donau-Auen, der Donau-Oder-Kanal oder der Ausbau der Verkehrsverbindungen nach dem Wegfallen des Eisernen Vorhanges, der Brückenschlag nach Tschechien und in die Slowakei ist, oder ob es Wasser, Umwelt, Land- und Forstwirtschaftliches sowie wirtschaftliche Probleme sind.

Der uns vorliegende Bericht befaßt sich mit einigen dieser Themen, da sie in der Obliegenheit der Marchfeldkanal/Errichtungsgesellschaft bzw. der Betriebsgesellschaft liegen. Zum Marchfeldkanal haben wir hier im Haus schon öfter Stellung bezogen. Ich darf noch einmal den Standpunkt des Liberalen Forums darlegen: Es ist für uns unverständlich, daß dieser Kanal bis heute, nach zwei Jahren, noch immer nicht einer betrieblichen Nutzung zugeführt wird. Es ist für uns auch unverständlich, daß man eigentlich den wesentlichsten Schritt, die Nutzung und den Ausbau der Hochterrasse nicht fortsetzt. Weil die Versteppung voranschreitet. Ich habe jetzt erst einmal im Fernsehen im Niederösterreich-Bild gesehen, wie katastrophal die durch den Grundwasserabfall hervorgerufenen Auswirkungen bereits sind.

Wenn ich jetzt betrachte, ich würde fast sagen, welch' Dilettantismus hier herrscht, daß die Errichtungsgesellschaft nicht imstande ist, an die Betriebsgesellschaft zu übergeben, daß das alles aber unter Kontrolle des Landes stattfindet, dann kann ich mir nur vorstellen, daß das dadurch geschieht, weil dort nach wie vor weisungsgebundene Beamte unter dem Mantel der Privatwirtschaftlichkeit tätig sind. Anders kann ich mir das nicht erklären.

Ich kann auch nicht verstehen, daß das Wasser heute noch in den Kanal hineinrinnt und auf der anderen Seite wieder hinaus, ohne genutzt zu werden. Obwohl Gutachten feststellen, daß es Trinkwasserqualität hat. Und daß man jetzt erst draufkommt, daß enorme Altlasten zu beseitigen sind, bevor man überhaupt daran denken kann, den Grundwasserspiegel wieder auf einen gesunden "Level" anzuheben, auf eine entsprechende Höhe anzuheben. Es verwundert allerdings, wenn eine Gesellschaft, die mit diesen doch sehr naheliegenden Problemen nicht fertig wird, jetzt schon beim Donau-Oder-Elbe-Kanal nach den Aktien greift. Das kann ich nicht verstehen und wir können einer derartigen Vorgangsweise sicher nicht zustimmen.

Die Hochterrasse halte ich aus dem Grund für so erforderlich und ich würde auch die zuständigen Landesräte - es sind ja einige daran beteiligt von der Kompetenz her - ersuchen, hier

mit Nachdruck darauf hinzuwirken, weil die Versteppung ansonsten irreparable Schäden verursacht, die auch bei einem späteren Ausbau des Kanals in der Hochterrasse nicht mehr repariert werden können.

Wenn man jetzt dann zum nächsten Thema, das da drinnen abgehandelt wird, dem Nationalpark Donau-Auen kommt, so kennen Sie meinen persönlichen Standpunkt. Es ist dies mittlerweile auch der Standpunkt des Liberalen Forums und Gottseidank auch der Standpunkt vieler aus anderen Parteien. Es wird immer von Nationalparkgegnern gesprochen, wenn man sich nicht bedingungslos der Meinung des WWF anschließt oder anderer Extremmeinungen. Ich darf dazu folgendes sagen: Ich glaube, daß das Problem von Haus aus verzerrt dargestellt wurde. Für mich stellt es sich so dar: Es geht einmal um die Sanierung der Donaueintiefung. Das hat mit einem Nationalpark überhaupt nichts zu tun. Das ist nur eine Funktion, die einmal erledigt sein muß und dann kann man weitere Schritte setzen, was immer sich dann durchsetzt. Eines hoffe ich, daß sich nämlich der Schutz der Natur, der Schutz der Au durchsetzt. Dazu brauchen wir aber - und das traue ich mir hier zu sagen - kein Pickerl "international" auf den Bäumen. Sondern, was wir brauchen ist eine Au, ich habe das schon einmal so gesagt, nicht wie ein Garten, entwickelt nach der Vorstellung von Wissenschaftern, sondern eine Au, die sich so weiterentwickelt, wie es die Natur will. Und diese Donausanierung wird auf das Größte verhindert. Wir haben in Bayern, vor der Haustür, das gleiche Problem. Dort hat man von, glaube ich, 20 Experten - 8 davon habe ich hier - von der Universität Karlsruhe, Universität Innsbruck, Stuttgart, Dresden, Wien, München, noch einmal München, Gutachten ausarbeiten lassen, die die "Ogris-Methode" vernichtendst beurteilen. Diese Gutachten werden verheimlicht, die werden in dem Bericht überhaupt nicht erwähnt! Im Gegenteil, man spricht wieder davon unter Punkt 1 auf Seite 4, daß man Gelder ausgeben wird um die Korngrößen zu bestimmen, die erforderlich sind. Ich weiß nicht, woher man diese Ignoranz von Fakten nimmt und warum man nicht den Mut hat, sich Fachleuten zu einem Gespräch zu stellen, der Herr Ogris und andere Kollegen. Das müßte doch möglich sein, daß man sagt, bitte, hier gibt es international reputierte Herren, die holen wir her, die sollen uns einmal erklären, was sie da vorhaben.

Ich muß ehrlich sagen, ich habe mich der Mühe unterzogen und habe mit einigen dieser Herren gesprochen. Und die haben ganz einfach erklärt, die Panzerung kann nicht funktionieren.

Weil die Panzerung nichts anderes verursacht, als daß sich in den Zwischenräumen in kurzer Zeit die Schwebestoffe ablagern und diese Schwebestoffe dann die Kommunikation des Flusses mit dem Grundwasser verhindern und die Donau durch einen Kanal durchfährt, solange das halt gemacht wurde. Genau das, was die "Grünen" - unter Führungszeichen, weil die brauchen wir eigentlich gar nicht, wir sind alle grün genug heute - fordern, um die Natur zu schützen. Daß die Donau eigentlich nicht mehr die Kommunikation mit dem Grundwasser hat und das Ganze noch mehr ruiniert wird. Daher hat man in Bayern entschieden, auf Grund dieser vielen Gutachten, mit einer leichten Ausbaustufe vorzugehen, nicht mit einem Kraftwerk. Aber ich muß Ihnen ehrlich sagen, für mich bedeutet auch ein Kraftwerk nicht den Zerstörungseffekt, wenn dadurch die Au saniert wird.

Hier muß ich sagen, ich verstehe die Marchfeldkanalgesellschaft nicht, daß sie diese Gutachten, die so schwerwiegend sind, die Entscheidung einer Bayerischen Landesregierung - und die wohnen ja auch nicht in einem Dorf, das wissen wir - daß man diese Erkenntnisse nicht einfließen läßt und zumindest der Öffentlichkeit zugänglich macht. Es wird ja hier der Eindruck erweckt, daß jeder, der gegen den Herrn Ogris ist, ein "Betonierer" ist, ein Kraftwerksfan und im übrigen unbrauchbar. So kann es nicht sein! Ich muß daher auch den Bericht kritisieren, daß man darin nicht weiter darauf eingeht. Und eben objektiv die Probleme, die dort anstehen, vorzeigt.

Zu dem Anliegen, sich am Donau-Oder-Elbe-Kanal durch Übernahme von Aktien zu beteiligen, also Aktionär zu werden, kann ich nur sachlich sagen, daß bis heute niemand weiß, wo der Kanal genau verlaufen wird, daß niemand weiß, was er kosten wird und daß niemand weiß, wie das überhaupt durchgeführt wird. Wir sind für diesen Kanal in der Form, daß wir vorschlagen, ordentliche Untersuchungen, Studien von neutralen Fachleuten zu machen und wenn dann ein Ergebnis vorliegt, daß er gebaut wird und wenn ein Ergebnis vorliegt, wo er gebaut wird, dann sollte man darüber reden, wer die Interessen Niederösterreichs in dieser Gesellschaft vertritt. Aber ich kann mir nicht vorstellen, wenn der zum Beispiel in der Slowakei errichtet wird, daß dafür dann die NÖ Marchfeldgesellschaft zuständig ist. Die kann ja ihren Kanal bauen in der Hochterrasse. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Herr Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Der Bericht 1994 der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal ruft wie jedes Jahr eine ganze Reihe ungelöster Probleme in dieser Region in Erinnerung. Für uns reicht der Bogen der Probleme vom Projekt selbst, das momentan in einer Sackgasse steckt, über den Nationalpark Donau-Auen in Verbindung mit der Frage der Stromgewinnung bis zur Wasserstraße. Es wurden bislang keine endgültigen Entscheidungsgrundlagen erstellt. Der Bogen reicht aber auch bis zur Diskussion über den Donau-Oder-Elbe-Kanal, wie es Kollege Ing. Dautzenberg schon angezogen hat. Ein Projekt, das für mich von den verantwortlichen Politikern nur halbherzig betrieben wird. Der Bogen der Probleme reicht aber auch bis hin zur Thematik des Ausbaues der Verkehrsverbindungen.

Wie aus dem Bericht hervorgeht, hat sich auch der Rechnungshof mit dem Marchfeldkanalprojekt auseinandergesetzt. Er hat dazu als grundlegendes Problem festgestellt, und das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen, daß die gesamte Zielerfüllung und die Fortentwicklung des Konzeptes nach neun Jahren Gesellschaftstätigkeit und zwei Jahre nach Inbetriebnahme des Marchfeldkanales und des Rußbaches noch nicht erreicht wurde. Das heißt, daß die Umsetzung des Projektes, die Anreicherung des Grundwassers im Marchfeld mit Donauwasser, die Sanierung des Wasserhaushaltes des Marchfeldes unbefriedigend verlaufen ist. Kollege Ing. Dautzenberg hat es auch schon angeschnitten, es fehlt der wichtigste Bauabschnitt, die Hochterrasse. Und aus dem Bericht, was für mich betrüblich ist, geht hervor, daß auf Grund der budgetären Entwicklung in Bund und Land eine kurzfristige Finanzierung der Wasserführung auf der gesamten Hochterrasse eher unwahrscheinlich ist. 200 Millionen Schilling, so der Bericht, sind als Finanzierungsrahmen für die Leitungen derzeit reserviert. Der Rest des wichtigen Hochterrassenprojektes würde jedoch weitere rund 800 Millionen Schilling erfordern. Ein entsprechender Vertrag zwischen Bund und Land Niederösterreich hätte bereits 1991 geschlossen werden sollen. Ich meine, hier wurde politisch viel zerredet, eine Problemlösung ist derzeit nach wie vor ungewiß.

Tatsache ist auch, daß das Land Niederösterreich in den nächsten Jahren für die Rückzahlung und Verzinsung der Darlehen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds für eine Verpflichtung mit Stand 31. Dezember 1994 von rund 648 Millionen Schilling aufkommen wird müssen. Ungelöst ist

auch weiterhin die Frage der Betriebskostenfinanzierung. Wir finden in dem Bericht schöne Tabellen. Sie zeigen zwar Kostenschätzungen für Betrieb und Instandhaltung für 1996 mit rund 27 Millionen Schilling, für 1997 mit rund 32 Millionen Schilling, für die Zeit ab 1998 mit rund 38 Millionen Schilling auf. Nur, wer zahlt ist bis heute nicht klar.

Bereits aus dem Geschäftsbericht 1992 der Marchfeldkanalgesellschaft konnte man erfahren, und ich zitiere das wörtlich: "Das Jahr 1993 sollte zur einvernehmlichen Lösung dieses Finanzierungsproblems in ruhiger und sachlicher Atmosphäre genützt werden, denn 1994 müßten die gesetzlichen und oder politischen Voraussetzungen für die Finanzierung der Betriebskosten geschaffen werden um bis zum zusätzlichen Finanzbedarf wenigstens ein Jahr Spielraum für Unvorhersehbares zu haben." Hohes Haus! Heute haben wir das Jahr 1995. Die Frage der Betriebskostenfinanzierung ist nach wie vor ungelöst und wie dem Bericht entnommen werden kann, hat alleine - das ist jetzt auch sehr wichtig und der Finanzlandesrat ist leider nicht da - hat alleine das Land Niederösterreich zuerst die Finanzierung der Betriebskosten und die Rückzahlung der Darlehen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zu klären, bevor es eine weitere Gesprächsbereitschaft des Bundes zur Frage der Restrukturierung der Marchfeldkanalgesellschaft gibt. So steht es im Tätigkeitsbericht des Kuratoriums. Dieser Stand der Dinge, meine sehr geehrten Damen und Herren, macht eigentlich die wesentlichen Fehler der politischen Verantwortungsträger bei den seinerzeitigen Vertragsverhandlungen zwischen Bund und Land deutlich. Es wurde auch schon die Thematik des vorhandenen Gefährdungspotentials für die Grundwasseranreicherung erwähnt. Die Frage der Altlastensicherung bzw. -sanierung ist nach wie vor ungelöst. Ich meine, da es sich hierbei um ein Projekt für das Land Niederösterreich handelt, sind Lösungen seitens des Landes auch rasch anzustreben, da die derzeitige Gesellschaft den tatsächlichen Erfordernissen augenscheinlich nicht mit dem nötigen Nachdruck nachgekommen ist, ein Umstand, den ich eigentlich mit Unvermögen gleichsetze.

Was den geplanten Nationalpark Donau-Auen betrifft erinnere ich daran, daß es eigentlich nicht um die Festlegung eines Eröffnungstermines mit 26. Oktober 1996 durch Politiker - wir haben das von Politikern der Österreichischen Volkspartei, wir haben es von Politikern der Sozialdemokratischen Partei gehört - daß es nicht um die Festlegung eines Eröffnungstermines gehen sollte, sondern nur um

Entscheidungsgrundlagen, die aufzeigen, was machbar ist, was nicht machbar ist bzw. was gemacht werden müßte.

Ich erinnere hier an die allen bekannte Presseaussendung der Nationalpark-Vorbereitungskommission vom 16. Dezember 1993, die grundsätzlich festgestellt hat, daß ein Nationalpark machbar ist, aber derzeit noch nicht entscheidungsreif ist. Es wurde damals festgestellt bzw. gefordert in der Presseaussendung, daß verschiedene Themen, die ich heute glaube ich, gar nicht mehr aufzählen muß, einer abschließenden Beurteilung zu unterziehen sind. Ich erinnere aber auch daran, daß am 9. Juni 1994 hier im Hohen Haus ein Resolutionsantrag der Abgeordneten Klupper und Dr. Bauer mit dem Ziel beschlossen wurde, daß diese Themen durch zusätzliche Untersuchungen rasch aufbereitet werden sollen, um endgültige Entscheidungsgrundlagen zu erlangen. Ich erinnere ferner daran, daß dieser Resolutionsantrag der Herren Abgeordneten Klupper und Dr. Bauer aber auch den ganz wichtigen Bereich der Klärung aller Finanzierungsfragen umfaßte, weiters aber noch die ganz wesentliche Forderung für mich enthielt, nämlich Erhebungen über die Siedlungs- und Verkehrsstruktur durchzuführen. Ich erinnere an eine parlamentarische Anfragebeantwortung von Minister Mag. Klima. Ich darf daraus zitieren im Zusammenhang mit dem Nationalpark: "Dabei ist davon auszugehen, daß bei der Errichtung eines derartigen Nationalparks wasserbauliche Maßnahmen notwendig wären, die über die Erfordernisse des Nationalparks hinaus auch jene der Schifffahrt, also eine ausreichende, ganzjährig gewährleistete Fahrwassertiefe zu berücksichtigen haben. Nach Abschluß der Untersuchungen, was bis Ende des Jahres 1995 zu erwarten ist, wird die erwähnte politische Entscheidungsfindung stattfinden." Dem heute vorliegenden Bericht der Marchfeldgesellschaft kann ich im Gegensatz zu den Hoffnungen von Mag. Klima jedoch nur entnehmen - ich weiß schon, der Bericht umfaßt das Jahr 1994 - daß diesbezüglich erste Ziele definiert wurden, daß es erste Vorüberlegungen gab - so der Wortlaut - daß erste Begehungen im Gelände durchgeführt wurden. Und daß hinsichtlich der Gewässervernetzung mit einem umfangreichen Literaturstudium begonnen wurde. Ich kann da nur dem Rechnungshof, den ich anfangs zitiert habe, sehr recht geben, wenn er sagt, die Zielsetzung wurde nach neun Jahren Gesellschaftstätigkeit und zwei Jahren Inbetriebnahme nicht erreicht.

Ich habe daher den Eindruck, daß bei der Marchfeldkanalgesellschaft, aber auch bei verschiedenen Politikern im Bund und in den Ländern eine gewisse "Nationalparklähmung" vorliegt. Denn die geforderten Entscheidungsgrundlagen kennen wir bislang nicht. Das heißt, daß sich aus freiheitlicher Sicht an der Problematik Nationalpark Donau-Auen, an dem Projekt, das von der Bevölkerung zu einem großen Teil nicht mitgetragen wird, nichts verändert hat. Und so gesehen finde ich eigentlich das Gejammer eines Vorstandsdirektors in einer Gazette "Lokal Niederösterreich Süd" vom 8. Oktober 1995 unter dem Titel, "Ist nun unser Nationalpark in Gefahr?" als wirklich skurril. Denn die bereits 1993 und 1994 formulierten Fragen als auch die Finanzierungsfrage sind noch immer ungelöst, das Konzept des Nationalparks in seiner jetzigen strengen Form wird vermutlich aber auch außerstande sein, die wesentlichen Probleme zu lösen, da diese einerseits wasserbaulicher Natur sind, und andererseits nur durch eine umfassende Raumordnungspolitik gelöst werden können und nicht durch ein strenges Schutzkonzept. Selbst seitens des Bundesministers wurde ja, wie ich zitiert habe, zugegeben, daß es hier vor allem auch um die Erfordernisse für die Schifffahrt geht. Ich meine daher, es sollten alle, die hier eine Lösung wollen, Überlegungen in diese Richtung anstellen und dies auch in der Zukunft berücksichtigen.

Ich möchte aber auch deponieren, daß die zuletzt über die den Medien von Politikern sowohl der Österreichischen Volkspartei als auch der SPÖ vorgeschlagene Gründung einer neuen Gesellschaft zur Umsetzung des Nationalparkes von uns Freiheitlichen entschieden abgelehnt wird. Denn ich glaube, daß die Gefahr dabei zu groß ist, daß eine solche neue Gesellschaft wieder bei der Stunde Null beginnt und so die bisherigen Steuermillionen für Planen und Forschen beim Fenster hinausgeschmissen wären.

Abschließend möchte ich auch noch ein paar Worte zum Donau-Oder-Elbe-Kanalprojekt dartin. Ich meine dazu, daß insbesondere aus der niederösterreichischen Sicht diesem Projektgedanken eine gewisse Priorität eingeräumt werden sollte. Denn es steht nach meiner Meinung sicherlich außer Zweifel, wenn die Führung dieser Wasserstraße über österreichisches Gebiet verläuft, wie auch Kollege Ing. Dautzenberg gemeint hat, wenn diese Wasserstraße quer durch das Marchfeld geführt wird, daß hier insbesondere für das Weinviertel ganz entscheidende wirtschaftliche Impulse und Beschäftigungseffekte gesetzt werden können.

Ich glaube aber auch, daß, wenn es zu dieser Verwirklichung des Projektes im Weinviertel kommt, daß hier Österreich und eben auch Niederösterreich auch in den Genuß zusätzlicher EU-Förderungen in Milliardenhöhe kommen würde. Da hier eben nicht nur die Strukturfonds, sondern auch das Interreg-Programm der EU angesprochen werden könnte. So gesehen bedarf es hier meines Erachtens nur einer professionellen und profunden Projektspräsentation unter Einbeziehung aller relevanten volkswirtschaftlichen, aber auch ökologischen Effekte, um bei der EU in diese Richtung eine Entscheidung herbeiführen zu können. Ich persönlich glaube, daß dieses Projekt auch finanzierbar ist. Ich habe diesbezüglich auch Gespräche geführt. Mir wurden Kosten in einer Größenordnung von rund 30 Milliarden Schilling genannt. Und wenn die Wasserstraße über niederösterreichisches Gebiet führt, wäre das für Österreich ein Anteil, der in etwa zwischen 6 und 7 Milliarden Schilling liegt, der aufzubringen wäre.

Ich glaube, hier sollte man wirklich Überlegungen anstellen, um eine Belebung in diese Region zu bringen. Gerade in einer Zeit, in der in der EU, wie mir bekannt ist, ein bißchen über eine Reduzierung der Agrarförderungen nachgedacht wird, wäre gerade diese Wasserstraße eine große Chance für das Weinviertel. Und daß man hier auch Überlegungen anstellen könnte, und darauf müßten eigentlich die verantwortlichen Politiker Niederösterreichs auch im Bund einwirken, ob es nicht sinnvoller wäre, dieser Wasserstraße den Vorzug zu geben, als dem Semmering-Basistunnel. Dankeschön für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Muzik.

Abg. MUZIK (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Landtages!

Zum Geschäftsbericht 1994 der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, der sich ja, wie bereits des öfteren heute schon erwähnt, in die Berichte des Kuratoriums, den Jahresabschluß 1994 des bestellten Abschlußprüfers, den Vergleich Vorschlag - Abschluß 1994 sowie den Bericht über die Tätigkeit der Betriebsgesellschaft gliedert, darf ich in diesem Sinne folgendes ausführen.

Meine Damen und Herren! Die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte des Kuratoriums waren die Verhandlungen zwischen Bund und Land Niederösterreich hinsichtlich der Strukturierung der Ge-

sellschaften, weiters die Finanzierung der Betriebskosten des Marchfeldkanals, die Versorgung der Hochterrasse mit Brauchwasser, die Regionalentwicklung des nördlichen Weinviertels sowie der Vorstandsvertrag mit Dr. Christian und der Werkvertrag betreffend Weiterführung der Arbeit der Planung am Nationalpark Donau-Auen. Äußerst schwierig waren die bereits erwähnten Verhandlungen betreffend des Vorstandsvertrages mit Dr. Christian. Einerseits konnte das Kuratorium seinen Gehaltsvorstellungen nicht zustimmen und andererseits mußte infolge zeitlicher Begrenzung der Auftragslage hinsichtlich des Nationalparks und der damit verbundenen Budgetlage eine entsprechende Vertragsregelung getroffen werden. Eine einvernehmliche Lösung, meine Damen und Herren, erfolgte erst Anfang des heurigen Jahres, nämlich in der 33. Sitzung am 6. Februar 1995.

Dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1994 ist zu entnehmen, daß dieser den gesetzlichen Vorschriften entspricht und zu keinen Beanstandungen geführt hat. Der Jahresbericht der Betriebsgesellschaft untergliedert sich in den Verrechnungskreis 1, nämlich den Marchfeldkanal mit der wasserwirtschaftlichen Situation 1994, den Erfüllungen der Aufgaben gemäß NÖ Marchfeldkanalgesetz, der Projektorganisation und der Kollaudierung. Weiters in den Verrechnungskreis 2, nämlich den Nationalparks mit dem Nationalpark Donau-Auen und Nationalpark Thayatal und schließlich den Verrechnungskreis 3 über Durchführung von Leistungen für Dritte mit der generellen Studie über ökologische und technische Aspekte der Wasserstraße Wien - Hodonin, der Verbesserung des Wasserhaushaltes im nördlichen Weinviertel, den Leitfaden über die Abwasserreinigung im ländlichen Raum, Ausweisung von Schutz- und Schongebieten im Marchfeld, Erhebung von Altlasten und Verdachtsflächen für die Staustufe Freudenau, Gefährdungsabschätzung der Verdachtsfläche "Hundeabrichteplatz", Pflegeplan für die ÖDOBAG sowie Gewässervernetzung Marchfeldkanal Alte Donau - Lobau und Freudenau.

Zur wasserwirtschaftlichen Situation, nämlich dem Vorversuch zur Grundwasseranreicherung am Stallinger Feld betreffend quantitative Betrachtungen ist anzumerken, daß im Hinblick auf die Grundwasseranreicherung im Stallingerfeld unter Anwendung eines Grundwassermodells für die mögliche Betriebsweise während des Versuchsbetriebes ermittelt wurde. Als Grundlage wurden sensible Bereiche festgelegt, an denen die relative Anhebung des Grundwasserspiegels

in der ersten Versuchsphase einen Grenzwert von 10 cm nicht überschreiten soll. Seit Dezember 1994 wird der von der Behörde im generellen Bewilligungsverfahren vorgeschriebene Versuchsbetrieb der Versickerungsanlage auch durchgeführt und seit Februar dieses Jahres wurde die Versickerungsmenge von anfänglich 10 Liter pro Sekunde auf 30 Liter pro Sekunde gesteigert. Dadurch gelangen rund 2,6 Millionen Liter Wasser pro Tag in den Grundwasserkörper. Auch die regelmäßige Wasserqualitätsprüfung des versickerten Wassers, die schon seit zweieinhalb Jahren laufend durchgeführt wird, zeigt äußerst positive Ergebnisse, meine Damen und Herren. Die maximale Nitratkonzentration liegt im unmittelbaren Bereich der Versickerungsanlage bei 47 Milligramm pro Liter, womit zwar eine geringfügige Überschreitung des Grundwasserschwellwertes vorhanden ist, aber als Vorbild für die Grundwasseranreicherung ist das richtungweisend. Durch die Anreicherung des Grundwassers mit Marchfeldkanalwasser wird sich nämlich in jedem Fall eine Verbesserung des Nitratgehaltes im Anreicherungsgebiet einstellen, womit auf raschem Weg der Grundwasserschwellwert erreicht, aber auch unterschritten wird.

Da im wesentlichen der Grundwasserinhaltsstoff Nitrat für die Ausweisung als Sanierungsgebiet verantwortlich ist, erscheint eine Anreicherung des Grundwassers entsprechender Qualität als sehr gute Maßnahme um Grundwasserqualitäten zu erreichen, welche den normativen Vorgaben auch entsprechen. Meine Damen und Herren! Mit dem Bau der Großanlage der Versickerung, welche mit 200 bis 300 Liter pro Sekunde dotiert werden soll, könnte seitens der Marchfeldkanalgesellschaft unverzüglich begonnen werden. Im Interesse der Bevölkerung und der Landwirtschaft des Marchfeldes appelliere ich an die zuständigen Instanzen, unverzüglich die noch ausstehenden Genehmigungen mit entsprechender Priorität zu behandeln.

Nun zu den Verdachtsflächen und Altlasten im Marchfeld. In diesen wurde bzw. wird aus zahlreichen Standorten Sand und Kies abgebaut. Insgesamt sind davon mehrere hundert Flächen betroffen und viele Ausbaustandorte wurden im Anschluß an die Materialgewinnung als Deponie genutzt, wodurch ein großes Gefährdungspotential für das Grundwasser entstanden ist. Im Wiener Teil des Marchfeldes wurden Gefährdungsabschätzungen an allen maßgeblichen Deponien vorgenommen. Insgesamt wurden 8 Standorte bereits gesichert und saniert. Im niederösterreichi-

schen Teil sind bisher lediglich vier Deponien einer behördlichen Gefährdungsabschätzung unterzogen worden. Es gibt noch keine Sicherungen oder Sanierungen. Im näheren Umfeld der Grundwasseranreicherungsanlage befinden sich fünf Deponien, die mit Ausnahme von einer auch einer Gefährdungsabschätzung unterzogen worden sind. Das größte Gefährdungspotential geht zweifellos von der Altlast Kapellerfeld aus, da diese Deponie bereichsweise in das Grundwasser eintaucht. Die übrigen untersuchten Deponien liegen mit ihrer Sole deutlich über den akuten Grundwasserständen und auch über dem höchsten jemals beobachteten Grundwasserstand (HGW).

Eine voll wirksame Grundwasseranreicherung würde den Grundwasserspiegel nach den vorliegenden Berechnungen auf ein Niveau anheben, das knapp unterhalb dieser Deponiesohlen liegen würde. Die theoretischen Sanierungs- und Sicherungsverfahren wären eine Komplettäumung, eine Teiläumung mit Umlagerung und Sicherung, eine Materialbehandlung an Ort und Stelle oder eine Umschließung der Deponien. Die wasserwirtschaftliche Rahmenverfügung des Marchfeldes wird von einigen Fachstellen so interpretiert, daß zwar eine Sicherung von Deponieflächen im Marchfeld möglich ist, eine Weiterschüttung auf gesicherten Deponieflächen mit Räummaterial aus anderen Standorten aber zu unterlassen ist. Meine Damen und Herren! Das würde aber eine Verfuhr in Gebiete außerhalb des Marchfeldes erzwingen, welche mit Sicherheit politische, wirtschaftliche und ökologische Probleme hervorrufen wird. Der einzige politische und finanziell gangbare Weg scheint darin zu liegen, das Deponiematerial innerhalb des Marchfeldes soweit zu behandeln, daß eine deutliche Reduktion des Gefährdungspotentials erreicht wird. Meine Damen und Herren! Auf den Seiten 89 bis 99 des Berichtes wurden Finanzierungsvorschläge und Konzepte dargelegt. Dazu möchte ich feststellen, daß sich grundsätzlich an der Situation der beiden Gesellschaften, Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal und Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, nichts geändert hat. Es wurden bisher keine Anlagen übergeben, sodaß sich an der Situation der BM, nämlich der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, außer daß sich die Vermögenslage verbessert hat, nichts besonderes ereignet hat.

Zum Verrechnungskreis 1 ist zu sagen, daß mit den bereits erwähnten Darlehensrückzahlungen an den Wasserwirtschaftsfonds begonnen wurde, welche einerseits aus den Einnahmen

durch den Bundesbeitrag und andererseits aus dem Landesbeitrag gespeist werden. Ich muß aber nach wie vor darauf hinweisen, meine Damen und Herren, daß es in jenem Moment, in dem die Anlagen von der BM übernommen werden, sehr, sehr eng wird, da zusätzlich zu den Darlehensrückzahlungen auch die Betriebskosten auflaufen.

Und nun zum Verrechnungskreis 2: Die seinerzeitige Beauftragung der BM zur Erarbeitung von Vorschlägen und der Darlegung verschiedener Varianten für den Nationalpark Donau-Auen erfolgte auf der Basis der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG durch einen privatrechtlichen Vertrag zwischen der Republik Österreich und den Ländern Niederösterreich und Wien als Auftraggeber einerseits und der BM als Auftragnehmer andererseits. Diese Studie wurde nach einem dreijährigen Bearbeitungszeitraum im Dezember 1993 abgeschlossen. Die verschiedenen Vorschläge und Varianten wurden den Auftraggebern in Form eines Nationalparkkonzeptes, wie wir ja wissen, übermittelt. In der Folge wurde eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien zur Weiterführung der Planung für einen Auen-Nationalpark abgeschlossen. Und darauf aufbauend wurde für die Jahre 1994 und 1995 von den Gebietskörperschaften ein weiterer Werkvertrag mit der BM abgeschlossen. Gegenstand dieses Werkvertrages ist die Durchführung weiterführender Untersuchungen für einen Auen-Nationalpark sowie von Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Situation der Donau-Auen in und östlich von Wien unter Zugrundelegung der Zielsetzungen der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien. Meine Damen und Herren! Für die gesamte, dem Auftragnehmer entstehende Arbeit einschließlich Planungsarbeit, Sitzungen, Führung des Büros, Arbeitshilfe, für Geräte- sowie Fahrt- und Reisekosten enthält dieser eine Vergütung von höchstens 20,7 Millionen Schilling einschließlich der Umsatzsteuer. Und davon leistete 50 % der Bund sowie 25 % die Länder Niederösterreich und Wien.

Meine Damen und Herren! Nach dieser Sachverhaltsdarstellung darf ich zurückkommen auf die eingangs angeführten Verhandlungen, den Vorstandsvertrag betreffend. Gemäß § 5 des NÖ Marchfeldkanalgesetzes besteht der Vorstand aus einem Generaldirektor und zwei Direktoren, die vom Kuratorium auf die Dauer von vier Jahren zu bestellen sind. Und zwar der Generaldirektor und ein Direktor auf Vorschlag des Landes und ein weiterer Direktor auf Vorschlag des Bundes. Und

in Abs. 2 dieses Gesetzesparagrafen heißt es weiter: "Das Kuratorium kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied aus wichtigen Gründen widerrufen." Ein wichtiger Grund ist insbesondere eine grobe Pflichtverletzung oder die Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung. Ansprüche aus dem Dienstvertrag werden nicht berührt. Meine Damen und Herren! Die NÖ Landesregierung hat in der Sitzung vom 19. April 1994 beschlossen, gemäß § 5 Abs. 1 des Marchfeldkanalgesetzes für die Dauer der Funktionsperiode vom 1. Oktober 1994 bis 30. September 1998 weiterhin Direktor Dr. Christian für eine Entsendung in den Vorstand der BM vorzuschlagen. Es war daher seitens der Kuratoriums erforderlich, die rechtliche Grundlage in den Vertrag einzubauen, daß sie für diese vier Jahre gültig ist. Aber auch, daß dieser mit Ende 1995 enden sollte, wenn keine Mittel für den Nationalpark mehr vorhanden sind.

Es handelt sich um einen Vertrag, den das Kuratorium beschloß, den es auch in jedem einzelnen Punkt nach außen vertreten kann und der sicher nicht unter dem Motto erstellt wurde, geb' ich dir, so gibst du mir. Die heutige Situation ist jene, geschätzte Anwesende, daß eben die Finanzierung nur bis Ende 1995 gesichert ist und nicht einen Tag darüber hinaus. Und es ist für mich als Kuratoriumsmitglied so, daß ich mich dagegen verwahre, Verträge zu unterschreiben oder zu beschließen, und ich nicht weiß, ob letztlich eine finanzielle Absicherung vorhanden ist, meine Damen und Herren. Daher war es auch erforderlich, per 31. Dezember 1995 Direktor Christian und seine Planer zu kündigen. Ich bin daher entsetzt, wenn ich die Zeitungsberichte aus der Zeit der Vertragserstellung als auch jetzt anlässlich der Kündigung betrachte. Kurz einige Auszüge aus den "Salzburger Nachrichten" vom 3. Juli 1995: "Nationalpark Donau-Auen: Blauer Brief für die Planer. Heute, Freitag, Beschluß für die Kündigung. Strenger Naturschutz unerwünscht. Ein Peitschenhieb wird heute, Freitag den geplanten Nationalpark Donau-Auen treffen. Direktor Reinhold Christian und seine langjährigen Planer sollen gekündigt werden. Das Team wird mit 99prozentiger Wahrscheinlichkeit Ende des Jahres aufgelöst." Der nächste Artikel der "Salzburger Nachrichten" vom 6. Juli 1995: "Donau-Auen. Niederösterreich torpediert Nationalparkziele. Kündigung der Planer kritisiert. Auf der einen Seite wird von höchster Stelle verkündet, daß die letzte intakte Au Mitteleuropas 1996 unter strengem Schutz stehen soll und auf der anderen Seite torpediert Niederösterreich das Projekt. Die plötzliche Auflösung des erfahrenen Planungsteams um Direktor Reinhold Christian sei jetzt, wo

es um die Umsetzung des Nationalparks gehe, völlig unverständlich. Denn der Aufsichtsrat der Marchfeldkanal Betriebsgesellschaft hat die Auflösung des achtköpfigen Planungsteams per Jahresende bereits beschlossen." Der nächste Artikel, meine Damen und Herren, aus dem Kurier vom 9. Juli 1995: "Mit Befremden hat der wissenschaftliche Beirat der Nationalparkplanung Donau-Auen auf die Kündigung von Nationalparkplaner Reinhold Christian reagiert. Christian wurde wie berichtet vom Kuratorium der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal per 31. Dezember 1995 gekündigt." Und der letzte Bericht, "Salzburger Nachrichten" vom 9. September 1995: "Nationalparks eine heiße Kartoffel. Wer ist schuld? Sand im Getriebe. Am 1. Jänner 1996 droht auch ein personelles Vakuum. Mit Jahresende werden die bisherigen Planer abgelöst." Meine Damen und Herren, dies sind einige Auszüge aus den Berichten der Zeitungen.

Meine Damen und Herren! Ich stelle hiezu sehr deutlich fest, daß die Kuratoren - und es sind einige hier in diesem Saale - in ihren Sitzungen als auch in ihren Arbeitskreisen immer - und das ist nachweisbar, meine Damen und Herren - im Interesse des Kuratoriums und der Gesellschaft ihre Beschlüsse gefaßt haben. In Anbetracht der geänderten Situation der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal durch die Beendigung der Nationalparkplanung sollte auch der Landtag im gesetzlichen Bereich, nämlich im § 5 Abs. 1 Maßnahmen setzen, indem das Gesetz geändert und die Zahl der Direktoren verringert wird. Ein dem entsprechender gemeinsamer Resolutionsantrag wird von der Kollegin Lugmayr anschließend eingebracht, meine Damen und Herren.

Abschließend noch zum Verrechnungskreis 3, nämlich zur generellen Studie über die ökologischen und technischen Aspekte der Wasserstraße Wien - Hodonin. Auf den Seiten 4 bis 9 wird über die Ausgangssituation für die BM, sich mit diesem Projekt zu beschäftigen, über die Grundlagenstudie für den Donau-Oder-Elbe-Kanal, über die Arbeitsgemeinschaft Donau-Oder-Elbe-Kanal und welche Bedingungen sich für das Land Niederösterreich aus ökologischer Sicht ergeben, berichtet. Der Landtag von Niederösterreich hat in seiner Sitzung am 5. Dezember 1994 im Rahmen der Budgetdebatte einen Resolutionsantrag der Abgeordneten Dr. Bauer und Ing. Eichinger, den Donau-Oder-Elbe-Kanal betreffend, zum Beschluß erhoben. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, mit allen zuständigen Stellen, darunter auch mit der PGO, in Verhandlungen zu treten und unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte eine Kosten-

Nutzen-Analyse zu erarbeiten. Und zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Führung des Kanales von Wien aus über niederösterreichisches Gebiet möglich ist. Die am 12. Dezember 1994 stattgefundene Generalversammlung der ARGE Donau-Oder-Elbe-Kanal begrüßte den einstimmigen Beschluß des Landtages zur Erstellung einer Kosten-Nutzen-Analyse für dieses Projekt. Weiters wurde beschlossen, diese ARGE weiterbestehen zu lassen und ihre Tätigkeit mit der Gründung einer AG oder GesmbH zur Planung, Errichtung und zum Betrieb des Donau-Oder-Elbe-Kanales enden zu lassen.

Meine Damen und Herren! Am 24. August 1995 fand in Prag im Gebäude des Verkehrsministeriums die Generalversammlung statt. Der bedauerlicherweise verstorbene Generaldirektor Dipl.Ing. Peschl und Direktor Schubert nahmen als Beobachter der Betriebsgesellschaft und der Errichtungsgesellschaft an diesen Sitzungen teil. Der Vorstand der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal ist der Ansicht, daß die Marchfeldkanalgesellschaft in dieser ARGE oder GesmbH vertreten sein muß, da es für die örtliche Bevölkerung unverständlich wäre, wenn konkrete Planungen ohne die für die wasserwirtschaftlichen und ökologischen Belange zuständige Institution durchgeführt würden. Und unter dem Hinweis auf die für das Land Niederösterreich wichtigen Bedingungen, nämlich die Mitsprache und das Entscheidungsrecht bei der Planung, der Schaffung neuer Naturräume und der Landschaftsgestaltung für Freizeiteinrichtungen und Erholungsgebiete, der Lösung der wasserwirtschaftlichen Probleme des Marchfeldes und der Flächenaufbringung sollte bei der NÖ Landesregierung daher auch die Zustimmung erwirkt werden, bei der Gründung der neuen AG oder GesmbH für den Donau-Oder-Elbe-Kanal als Gründungsmitglied teilnehmen zu können. Meine Damen und Herren, ich darf in diesem Zusammenhang folgenden Resolutionsantrag stellen (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Muzik zum Bericht der Landesregierung, Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Geschäftsbericht 1994, Ltg. 356/B-27/2.

Die bereits seit 200 Jahren bestehende Idee einer Wasserstraßenverbindung von der Donau zur Oder wurde in Österreich 1988 durch den Vertrag gemäß Art. 15a B-VG über eine Grundlagenstudie zum Donau-Oder-Elbe-Projekt wieder aktualisiert. Bedingt durch die zu Jahresende 1989 erfolgte Grenzöffnung zu den Oststaaten und dem damit vor allem für die Zukunft zu erwartenden massiven Anstieg des Verkehrsaufkom-

mens, insbesondere im Güterbereich, haben Überlegungen zu neuen verkehrstechnischen Lösungen in der Ostregion zusätzlich an Bedeutung gewonnen. So wurde 1992 eine internationale Arbeitsgruppe Donau-Oder-Elbe-Kanal gegründet, der neben Vertretern Tschechiens und der Slowakei auch die Wiener Hafen Ges.m.b.H. als Vertreter Wiens angehört. Dieser Arbeitsgemeinschaft gehörte auch Generaldirektor Dipl.Ing. Peschl von der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal als Beobachter für Niederösterreich an. Diese Arbeitsgemeinschaft hat umfangreiche Untersuchungen zu verschiedenen Aspekten des Projektes in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse neben vielen positiven Argumenten, die für die Realisierung des Projektes sprechen, auch die Problembereiche eines derartigen Vorhabens sehr deutlich aufgezeigt.

Da die bisherigen Vertragspartner der Arbeitsgemeinschaft nunmehr beschlossen haben, die ARGE in einer neu zu gründenden Aktiengesellschaft aufgehen zu lassen, scheint es zur Wahrung der Interessen des Landes Niederösterreich zweckmäßig, ohne daraus eine Präjudizierung der Grundsatzentscheidung für oder gegen das Projekt abzuleiten, eine entsprechende Vertretung des Landes in dieser AG zu haben. Nur so ist Gewähr dafür gegeben, daß das Land entsprechende Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten bei der weiteren Vorbereitung dieses Projektes hat.

Da die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal bereits bisher Beobachterstatus in der Arbeitsgemeinschaft hatte und sowohl mit den wasserwirtschaftlichen als auch den ökologischen Gegebenheiten der Region bestens vertraut ist, scheint es zweckmäßig, wenn diese Gesellschaft auch künftighin Interessen des Landes in der zu gründenden Aktiengesellschaft wahrnimmt.

Die NÖ Landesregierung wird daher aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung und der Empfehlung des Vorstandes der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die Marchfeldkanal-Betriebsgesellschaft bei der Gründung der Aktiengesellschaft für den Donau-Oder-Elbe-Kanal als Gründungsaktionär teilnehmen kann."

Meine Damen und Herren, ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag. Der vorliegende Geschäftsbericht der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal für das Geschäftsjahr 1994 wird von meiner Fraktion zur Kenntnis genommen. Ich darf daher in diesem Zusammenhang folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Antrag des Abgeordneten Muzik zum Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Geschäftsbericht 1994, Ltg. 356/B-27/2.

Der Antragstenor wird abgeändert und lautet wie folgt: 'Der Geschäftsbericht der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal für das Geschäftsjahr 1994 wird zur Kenntnis genommen.' "

Meine Damen und Herren, auch hier ersuche ich um Ihre Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall bei der SPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Lugmayr.

Abg. LUGMAYR (*ÖVP*): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wie jedes Jahr diskutieren wir einen Bericht der Marchfeldkanal Betriebsgesellschaft, der fast ein Jahr vorher fertiggestellt wurde. Logischerweise kommen dann aktuelle Situationen zur Diskussion. Heuer ist es leider der tragische Tod des Generaldirektors Dipl.Ing. Peschl, der überraschend aus seiner Tätigkeit gerissen wurde, der die Situation grundsätzlich verändert hat. Ich möchte schon zur Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek sagen, man kann wirklich nicht den Mitarbeitern der Marchfeldkanalgesellschaft Unfähigkeit vorwerfen.

(*Dkfm. Rambossek: Das habe ich nicht gemacht!*) Das haben Sie gesagt im Zusammenhang mit dem Bericht des Rechnungshofes: Das kann nur Unfähigkeit sein. Ich gebe zu, daß es eine sehr schwierige Materie ist, da es ein Pilotprojekt ist, und daß da natürlich viele unvorhergesehene Entwicklungen eingetreten sind, die mit hineinspielen. Die Erfahrung und das Können der Mitarbeiter ist aber hervorragend. Und ich bin sicher, daß auch nach dem Tod des Generaldirektors dieses Vorhaben in bewährter Weise fortgesetzt und fertiggestellt werden wird.

Einige positive Auswirkungen können wir bereits spüren. Die Versickerungsanlage läuft im Versuchsbetrieb. Sie hat bereits den Beweis gebracht, daß es funktioniert. Auch das Projekt Mühlbach bei Parbasdorf zeigt uns, daß die Grundwasseranreicherung tatsächlich funktioniert, wie sie geplant war. Es ist wirklich nur dringend zu fordern, daß die notwendigen Abwicklungen, die Verfahren raschest durchgeführt werden, daß die Versickerung auch planmäßig in vollem Umfang fortgesetzt und die Sanierung der Altlasten durchgeführt wird. Denn das ist das Wichtigste an die-

sem ganzen Projekt: Daß die Grundwassersituation im Marchfeld verbessert wird! Nicht zuletzt auch deshalb, weil damit die Auflagen des Grundwassersanierungsgebietes Marchfeld am besten zu lösen wären.

Interessant für mich ist auch ein Gutachten von Dr. Zimper, das man im Bericht lesen kann, der eindeutig feststellt bei den verschiedenen Varianten der Beitragsleistungen für den Betrieb, daß die Einhebung von den Interessenten nach ihren Vorteilswirkungen eigentlich mehr kostet als bringt. Und deshalb ist es umso mehr notwendig, daß das Land Niederösterreich die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal übernimmt, das heißt, die Zusammenlegung der Errichtungsgesellschaft mit der Betriebsgesellschaft rasch vorstatten geht und ein alleiniger Verantwortlicher für den Betrieb da ist.

Alles andere wurde bereits ausführlich berichtet, welche Vorhaben noch verwirklicht wurden. Die Bemühungen gerade der Direktoren war wirklich sehr vielseitig, welche Aufgaben von der Betriebsgesellschaft wahrgenommen wurden. Eine davon war eben die Nationalparkplanung, die nun nach fünf Jahren letztendlich fertiggestellt ist. Es war nie vorgesehen, daß der Betrieb des Nationalparks von der Marchfeldkanalgesellschaft gemacht wird, sondern immer nur die Erstellung, die Planung. Und deshalb ist auch eine Änderung der Gesetzeslage notwendig. Und dazu möchte ich einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Lugmayr, Muzik, Ing. Dautzenberg, Klupper und Sivec zum Bericht der Landesregierung betreffend Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Geschäftsbericht 1994, Ltg. 356/B-27/2 betreffend Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal.

Der Landtag von Niederösterreich hat in seiner Sitzung am 17. Mai 1989 in einem Dringlichkeitsantrag betreffend die Vorarbeiten zur Errichtung eines Nationalparks Ost unter anderem beschlossen, die Landesregierung aufzufordern, zu prüfen, ob mit den Vorarbeiten im Bereich des Nationalparks die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal betraut werden kann.

In der Folge wurde in Verhandlungen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten Konsens über eine entsprechende Änderung der entsprechenden Rechtsvorschriften erzielt. Es wurde daher mit einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG der Syndikatsvertrag

zwischen der Republik Österreich und dem Land Niederösterreich über die Errichtung und den Betrieb des Marchfeldkanalsystems geändert. Ebenso erfolgte mit Landesgesetz vom 7. Juni 1989 eine entsprechende Änderung des NÖ Marchfeldkanalgesetzes.

Da nunmehr die Vorbereitungsarbeiten für die Errichtung eines Nationalparks abgeschlossen sind und der Betrieb eines solchen von einer eigenen Gesellschaft übernommen werden soll, sind die Zielsetzungen für die oben genannte Änderung des NÖ Marchfeldkanalgesetzes weitgehend hinfällig geworden. Die Folge daraus sollte eine schlankere Organisationsform sein.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Bund eine entsprechende Änderung des Syndikatsvertrages zu verhandeln und nach Änderung des Syndikatsvertrages dem Landtag eine Regierungsvorlage betreffend Änderung des NÖ Marchfeldkanalgesetzes vorzulegen."

Meine Damen und Herren, das wäre die wichtigste Aufgabe für den sinnvollen Betrieb Marchfeldkanal und für die Fertigstellung und vor allem für eine kostengünstige Abwicklung des Betriebes. In diesem Sinne wird meine Fraktion dem vorliegenden Bericht die Zustimmung geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf in Kürze zu den eingebrachten Resolutionsanträgen Stellung nehmen. Dem letzteingebrachten betreffend Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal werden wir unsere Zustimmung erteilen, obgleich wir eigentlich der Auffassung sind, das hätte die Landesregierung von sich aus selbst auch vornehmen können und sollen. Aber er ist sicher vom Inhalt her richtig. (*Abg. Muzik: Herr Kollege! Das ist nur eine Empfehlung!*) Das ist an und für sich ein Regierungsgeschäft, das muß man schon dazu sagen, wo die Regierung von sich aus auch hätte tätig werden können. Sie tut es ja sonst auch ganz gerne.

Zum Abänderungsantrag des Herrn Abgeordneten Muzik, in dem es darum geht, daß der Bericht zur Kenntnis genommen wird. Das werden

wir deshalb nicht tun und bei der Formulierung "vom Bericht Kenntnis" bleiben, denn sagt man "zur Kenntnis", dann nehmen wir auch die Seite 9 des Berichtes, über den VK 3 nämlich, zustimmend zur Kenntnis. Und damit, daß die Marchfeldkanal Betriebsgesellschaft als Gründungsaktionär eingesetzt werden sollte. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Es ist ein Unterschied, ob ich eine Empfehlung zustimmend zur Kenntnis nehme oder ob ich von einem Bericht Kenntnis nehme. Und ich möchte mich nicht hier so festlegen lassen.

Dem Resolutionsantrag Nummer 5, der jetzt klar festlegen würde, daß die Marchfeldkanal Betriebsgesellschaft bei der Gründung der Aktiengesellschaft für den Donau-Oder-Elbe-Kanal als Gründungsaktionär teilnehmen kann, werden wir auch nicht zustimmen. Schon alleine aus der Begründung heraus, weil wir ja seinerzeit dem Antrag, man möge zuerst einmal eine Kosten-Nutzen-Analyse für Niederösterreich durchführen, zugestimmt haben bzw. der von uns kam und der bis heute noch nicht erledigt ist. Wenn der einmal erledigt ist, dann sind wir bereit, über weitere Dinge abzustimmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klupper.

Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich nehme nur zu den Anträgen Stellung. Einmal zu dem Antrag 5 des Herrn Kollegen Muzik. Hier teile ich die Meinung von Klubobmann Gratzer. Wir haben hier einen Resolutionsantrag beschlossen, in dem wir aufgefordert haben, die Frage dieses Kanales zu prüfen, Untersuchungen vorzunehmen. Es wird derzeit eine solche Untersuchung auch durchgeführt. Sie findet im Verkehrskonzept Wien-Nord hier auch ihren Niederschlag. Es liegt uns aber ein Ergebnis noch nicht vor. Daher sind wir der Meinung, daß, solange wir keine wirkliche Unterlage darüber haben, wir hier nicht uns an einer Aktiengesellschaft beteiligen, auch wenn es eine Gründungs-AG ist. Wir wollen zuerst wirklich entscheidbare Unterlagen vor uns liegen haben.

Und aus diesen Gründen bleiben wir auch bei dem Antrag des Berichterstatters. Wir nehmen vom Bericht Kenntnis, weil eben diese Seite 9 doch so stark auf diese Mitwirkung bei der Gründung der Aktiengesellschaft eingeht, daß wir keinen Zweifel daran lassen wollen, daß wir davon Kenntnis nehmen, aber uns noch sehr überlegen, ob wir bei so einer Aktiengesellschaft mitwirken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. HOFFINGER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Geschäftsstück liegt ein Abänderungsantrag des Abgeordneten Muzik vor. Darin soll der Antragstext mit folgendem Text abgeändert werden - ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit: "Der Geschäftsbericht der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal für das Geschäftsjahr 1994 wird zur Kenntnis genommen." Ich lasse darüber abstimmen.

(*Nach Abstimmung über diesen Abänderungsantrag*): Abgelehnt! Dafür haben die Abgeordneten der SPÖ gestimmt. (*Zustimmung SPÖ; Ablehnung ÖVP, FPÖ, LIF.*)

Ich lasse nunmehr über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses abstimmen. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 356/B-27/2, betreffend Marchfeldkanal Betriebsgesellschaft, Geschäftsbericht 1994*): Mit Mehrheit angenommen! Es haben die Abgeordneten der FPÖ, der ÖVP und des Liberalen Forums zugestimmt. (*Zustimmung ÖVP, FPÖ, LIF; Ablehnung SPÖ.*)

Es liegen zum Geschäftsstück zwei Resolutionsanträge vor. Zur Abstimmung gelangt der Resolutionsantrag des Abgeordneten Muzik, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die Marchfeldkanal Betriebsgesellschaft bei der Gründung der Aktiengesellschaft für den Donau-Oder-Elbe-Kanal als Gründungsaktionär teilnehmen kann. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Abgelehnt! Es haben lediglich die Abgeordneten der SPÖ dafür gestimmt. (*Zustimmung SPÖ; Ablehnung ÖVP, FPÖ, LIF.*)

Es liegt weiters der Resolutionsantrag vor der Abgeordneten Lugmayr, Muzik, Ing. Dautzenberg, Klupper und Sivec. In diesem wird die Landesregierung aufgefordert, mit dem Bund eine entsprechende Änderung des Syndikatsvertrages zu verhandeln und nach Änderung des Syndikatsvertrages dem Landtag eine Regierungsvorlage betreffend Änderung des NÖ Marchfeldkanalgesetzes vorzulegen. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Einstimmig angenommen!

Wie bereits angekündigt, setze ich das Geschäftsstück Ltg. 401/K-1/3, welches heute im

Gesundheits-Ausschuß erledigt wurde, auf die Tagesordnung. Wie zu Beginn der Sitzung angekündigt, wird dieses Geschäftsstück gemeinsam mit der Zahl Ltg. 375/V-11/9 verhandelt. Berichterstattung und Abstimmung soll jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Ich ersuche daher den Herrn Abgeordneten Kautz, zunächst zur Zahl Ltg. 375/V-11/9, Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis 1995, sowie anschließend zur Zahl Ltg. 401/K-1/3, Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich berichte zur Zahl Ltg. 375/V-11/9. Mit Ablauf des 31. Dezember 1994 ist die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1994, BGBl.Nr. 863/1992, außer Kraft getreten.

In mehreren Verhandlungsrunden zwischen dem Bund und den Ländern konnte schließlich am 28. Jänner 1995 eine grundsätzliche Einigung über die Verlängerung des Geltungszeitraumes der Vereinbarung erzielt werden. Am 5. Mai 1995 konnten sich der Bund und die Länder auch darüber einigen, daß eine Bestimmung zur Vermeidung zusätzlicher finanzieller Belastungen im Krankenanstaltenwesen im Jahre 1995 in der Form einer Nebenabrede zur Vereinbarung paktiert wird. Ich darf noch berichten darüber, daß die Träger der sozialen Krankenversicherung für das Jahr 1995 dem Fonds um 1.250 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1994 überweisen.

Namens des Gesundheits-Ausschusses darf ich daher folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Antrag des Gesundheits-Ausschusses betreffend die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis 1995.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis 1995 wird genehmigt."

Ich darf auch gleich im Anschluß zum nächsten Geschäftsstück, Ltg. 401/K-1/3 berichten. Ich

erspare mir die Vorberichte. Alles was vorher gesagt wurde, gilt auch für dieses Geschäftsstück. Ich darf daher gleich zum Antrag kommen (*liest*):

"Antrag des Gesundheits-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974 wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Debatte zu diesen Geschäftsstücken. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Gansch.

Abg. Ing. GANSCH (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des NÖ Landtages!

Ich darf heute als Repräsentant des Trägers eines Grundversorgungskrankenhauses zu diesem Thema Krankenhausfinanzierung kurz Stellung nehmen. Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, daß man einen Beitrag zur Durchleuchtung und Neuordnung des österreichischen Krankenhauswesens vornimmt. Man muß das aber österreichweit sehen und nicht nur eben aus dem "Kirchturm Niederösterreich". Es ist wirklich österreichweit zu sehen. Und da werden etwa 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für das Gesundheitswesen aufgewendet. Davon sind im Jahr 1994 etwa 40 bis 45 Prozent, das sind 106 Milliarden Schilling auf das Krankenhauswesen entfallen. Mit diesem Aufwand liegt Österreich bei den Ausgaben für die Erhaltung der Gesundheit unter den führenden Industrienationen, aber keinesfalls an der Spitze. Bei der Aufteilung der Krankenhauskosten sind die finanzschwachen Gemeinden, vor allem wenn sie zusätzlich auch noch Träger eines derartigen Hauses sind, besonders überfordert. Eine Neuordnung der Krankenhausfinanzierung ist deshalb dringend erforderlich und kann nicht länger aufgeschoben werden. Voraussetzung ist aber, daß vor allem sehr sorgsam mit dem Geld, es handelt sich um Steuermittel, umgegangen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Danke. Der Betrieb eines Krankenhauses ist eine besonders schwierige Materie. Im Krankenhaus werden Dienstleistungen erbracht, wobei nicht der Kunde im üblichen Sinne, sondern der kranke Mensch im Mittelpunkt des betrieblichen Geschehens steht. Das moderne Krankenhaus im Zusammenspiel aller notwendigen und positiven Kräfte ist aber auch ungewöhnlich kompliziert, ein komplexes, hochtechnisiertes Unternehmen, das 365 Tage im Jahr rund um die Uhr in Betrieb sein muß.

Vorgestern fand in Wien eine Enquete von Krankenhausmanagern statt. Dabei wurde festgestellt, daß beispielsweise die Planung des AKH in den Grundzügen vor etwa 30 Jahren geschehen ist und daß diese Form des Krankenhauses, des Unüberschaubaren und mit vielen Geldversickerungsmöglichkeiten behafteten, ganz einfach in der heutigen Zeit nicht mehr möglich ist. Es ist nicht mehr möglich, diese Dinge effizient zu betreiben. Es ist - und das hat uns die Zeit gelehrt - der effiziente Einsatz der Mittel in kleineren Einheiten von 200 Betten bis etwa 1000 Betten die richtige Form. Das ist überschaubar.

Ein Phänomen, das im besonderen für die Zukunft gilt und zu beachten ist, das ist vor allem der Anteil der älteren Patienten. Diese werden ja immer mehr, weil eben auch das Lebensalter steigt. Und das ist gut so. International, aber auch dementsprechend in den österreichischen Krankenhäusern ist diese Überproportionalität der älteren Menschen festzustellen.

Die wesentlichen Dinge, auf die es dann letztlich bei der Krankenhausreform ankommt, setzen vor allem auch voraus, daß man Zielsetzungen hat, die dann auch eingehalten werden können. Eine der wesentlichsten Zielsetzungen, meine Damen und Herren, ist die Vorsorgemedizin. Die Patienten sozusagen entstehen lassen und dann im Krankenhaus behandeln, das ist der falsche Standpunkt. Ein Vergleich aus dem Straßenverkehr: Es ist ja auch nicht so, wenn irgendwo auf einer Autobahn besonders viele Unfälle passieren, dann wird nicht dort gleich ein Unfallkrankenhaus gebaut. Es wird vielmehr die Ursache dieser Unfälle ergründet und dann vielleicht die Autobahn entsprechend umgebaut. So ähnlich ist es auch mit unserem Gesundheitswesen. Um hier wirtschaftlich arbeiten zu können, müssen wir halt auch von verschiedenen Dingen wegkommen, die sich im Laufe der Zeit entwickelt haben. Und da meine ich zum Beispiel auch das sogenannte "Kopfgeld", den Tagessatz, wenn nach Tagen bezahlt wird. Und es werden natürlich, weil nach Tagen bezahlt wird, auch "Tage gemacht". Wenn nach Leistung

bezahlt wird, dann wird Leistung geboten. Ich glaube, das sollen wir bei diesen Dingen sicherlich auch berücksichtigen.

Als konkrete Zielsetzung für die Zukunft des Krankenhauswesens sind nun folgende Punkte unter anderem ganz, ganz wesentlich. Wir haben in Niederösterreich einen Krankenanstaltenplan, der durchaus verwendbar ist und den es schon einige Jahre gibt. Und ich glaube auch, daß die Einteilung in Standardversorgungskrankenhäuser, Schwerpunktversorgung, Zentralversorgung und Sonderkrankenanstalten auch als Richtschnur gelten soll, um hier eine Aufteilung der Arbeit auch entsprechend durchführen zu können. Die Kooperation der verschiedenen Gesundheitseinrichtungen, wie beispielsweise die niedergelassenen Ärzte, Krankenhäuser, Pflegeheime oder die Hauskrankenpflege, wären im Sinne eines integrierten Gesundheitswesens auf jeden Fall sicherzustellen und einzubauen. Und eines der wesentlichsten Dinge wurde vorher genannt, nämlich diesen Krankenhäusern klare strategische Ziele vorzugeben, die vor allem regions- und bedarfsbezogen sein müssen. Als sinnvoll hat sich die Aufteilung in Klassen dieser Krankenhäuser wie Standard-, Schwerpunkts- und meinetwegen Universitätskliniken bewährt. Die Krankenhäuser sollen aber auch in Zukunft vermehrt selbständige Unternehmen werden, strukturiert und daher besser organisiert werden. Die Eigenverantwortung muß in hohem Maße sichergestellt werden. Und in diese Richtung soll auch gehen, daß man den Abteilungen Budgets gibt und die dann eigenverantwortlich arbeiten. Die Finanzierung der Krankenhäuser soll in leistungsbezogener Form geschehen. Eine marktwirtschaftlich orientierte Führung der Krankenhäuser muß begünstigt werden um den Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern im Interesse des Patienten und der Patienten zu fördern.

Allgemein betrachtet lassen sich für die Zukunft folgende Entwicklungstendenzen erkennen: Die Zahl der Patienten in den Krankenhäusern wird steigen, weil es immer bessere diagnostische und therapeutische Möglichkeiten gibt und weil die Menschen älter werden. Neue Organisationsformen, beispielsweise die Tagesklinik, werden an Bedeutung gewinnen. Die Hauskrankenpflege wird künftig wichtiger werden. Bei den Krankenhäusern zeichnet sich ein internationaler Trend zu fachübergreifenden Organisationsformen ab. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der stationären Krankenhauspatienten wird aber weiter abnehmen. Erfolgreiche Krankenhäuser der Zukunft

werden marktorientierte Dienstleistung bieten und als marktorientierte Dienstleistungsunternehmen organisiert werden müssen.

Wenn unser Finanzlandesrat Mag. Freibauer ganz besonders betonte in einer Presseaussendung in den vergangenen Tagen, nach dem Ja zur KRAZAF-Verlängerung müsse jetzt die notwendige Reform der Krankenhausfinanzierung energisch vorangetrieben werden, dann ist das gut so und man kann das in jeder Form unterstützen. Kein Zweifel dürfte daran bestehen, daß die leistungsbezogene Spitalskostenverrechnung kommen muß. Die Bundesländer haben ganz konkrete Vorschläge für die Reform der Finanzierung eingebracht und auf deren Basis soll mit der neuen Bundesregierung dann letztlich verhandelt werden. Ich glaube, daß diese Krankenhausreform und die Finanzierung sicher kein Wahlkampfthema sein soll, denn hier müssen alle positiven Kräfte zusammenhalten. Und es wäre falsch, hier Schuldzuweisungen in irgendeiner Form zu machen. Im Gesundheitswesen sind allerdings die meisten Minister in den letzten 15 Jahren verbraucht worden. Das muß man sehr wohl auch sehen. Und es ist halt in manchen Bereichen wirklich nichts weitergegangen.

Der Herr Landesrat Wagner meinte laut Aussendung vom 8. November 1995, die KRAZAF-Verlängerung sei nicht der Weisheit letzter Schluß, aber doch besser als gar keine. Das wissen wir schon, das ist klar. Aber es wird wirklich notwendig sein, daß man hier aktiv wird. Es ist auch erfreulich, daß der Herr Landesrat erkannt hat, daß viele Spitalserhaltungsgemeinden den Krankenhausbetrieb oft für ein halbes Jahr vorfinanzieren müssen. Und das bringt so manche Gemeinde in sehr große Verlegenheit. Es ist dies eine wahre Erkenntnis. Der Herr Landesrat Wagner ist leider heute nicht mehr da, aber ich möchte hier vor dem Landtag dieses Angebot machen. Er hat heute gesagt, ein Pilotprojekt für die Krankenhausfinanzierung sei geplant und es wird sich vielleicht doch ein Krankenhaus finden. Ich möchte anbieten, daß wir unser Scheibbs Krankenhaus zur Verfügung stellen. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich glaube, wenn wir es ernst meinen, dann müssen wir auch diese Dinge entsprechend in Angriff nehmen. Ich sage das auch deshalb, weil der Pflegekostensatz des Krankenhauses Scheibbs der zweitniedrigste in Niederösterreich ist. Möglicherweise werde ich mir vielleicht jetzt so manchen Feind damit zuziehen, aber wir haben einen guten Ruf zu verteidigen und daher biete ich das letztlich an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe zu meinen Kollegen gesagt, nach dem zweiten Applaus höre ich auf, und ganz leise war da einer. Somit bin ich am Ende meiner Ausführungen angelangt und ich möchte bitten, der Vorlage die Zustimmung zu geben. Ich danke recht schön. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Es ist heute ja schon sehr viel über die Krankenhausfinanzierung gesagt worden, schon bei einem früheren Tagesordnungspunkt. Ich kann mich daher kurz fassen und vielleicht nur kommentierend noch zusammenfassen. Die Diskussion, die man hier gehört hat, hat nämlich die Diskussion widerspiegelt, wie sie seit Jahren läuft. Es ist dabei herausgekommen, daß eigentlich über die Fragen der Reformen vom Inhaltlichen her bei allen Gruppierungen Übereinstimmung besteht. Es ist also ganz klar, jeder weiß, man muß zu einer Leistungshonorierung kommen und von der Abgangsdeckung weggehen.

Was hier aber auch zutage getreten ist, ist eben das, daß das an einer politischen Umsetzung bis jetzt gescheitert ist. Und das wohl deswegen, wenn man sich einfach nicht dazu entschließen kann, die Finanzströme zu bündeln und die Verantwortlichkeiten neu und fix festzulegen. Einfach vielleicht auch deswegen, weil man damit politische Einflußbereiche verschieben müßte. Und wenn der Herr Landesrat Mag. Freibauer es für nötig gehalten hat zu betonen, daß bei den KRAZAF-Verhandlungen sehr wohl Personen am Werk sind, die auf eine Lösung hinarbeiten, so meine ich, deutet das eher darauf hin, daß man den Verdacht hätte fassen können, daß vielleicht doch parteitaktische Erwägungen nicht ganz unerheblich waren.

Ich darf nur eines noch anmerken. Es wird auch immer gesagt, daß die Einführung der Leistungshonorierung ad hoc keine Ersparnisse bringen wird. Das ist so natürlich richtig. Nur auf der anderen Seite darf man keineswegs unterschätzen, daß diese Leistungshonorierung natürlich die Strukturereformen erzwingen wird, die notwendig sind und sich auf jeden Fall rentieren wird. Denn das derzeitige System legt die Rahmenbedingungen so, daß der betriebswirtschaftliche Nutzen eines Krankenhauses, nämlich möglichst viele Bagatellfälle möglichst lang im Spital zu behalten, dem volkswirtschaftlichen Nutzen eines effizienten

Systems tatsächlich entgegensteht. Dieser Eindruck, daß hier politische Erwägungen die sachbezogenen manchmal ein bißchen überlagert haben, dieser Eindruck hat sich auf keinen Fall wegdenken lassen, wenn man die Verhandlungen in diesem Jahr betrachtet hat. Im Jänner haben sich die Vertragsparteien dazu bereit gefunden und sich entschlossen, den KRAZAF ein weiteres Mal auch für dieses Jahr zu verlängern. Damit aber die Sache nicht allzu peinlich wird, hat man gleichzeitig in diesen Vertrag aufgenommen, daß die Vertragsparteien bis zum 1. Jänner 1996 die Rahmenbedingungen schaffen werden, die Gesundheitsreform tatsächlich in Kraft treten zu lassen. Das ist nicht passiert. Im Gegenteil! Am 6. November, so haben wir lesen können, wurde der KRAZAF ein weiteres Mal auf das Jahr 1996 verlängert. Umso erfreulicher ist es, daß wir jetzt hier in unserem Landtag eine föderalistische Lösung sozusagen gefunden haben, die wirklich auf einem breiten Konsens beruht und in einem Resolutionsantrag aller vier Parteien einen Ausdruck gefunden hat. Ich darf Ihnen diesen Resolutionsantrag zu Gehör bringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz, Lugmayr, Gruber, Ing. Dautzenberg zum Bericht der Landesregierung über die Krankenanstaltenfinanzierung, Ltg. 375/V-11/9.

Am 28. Jänner 1995 wurde zwischen Bund und Ländern darüber Einigung erzielt, den Geltungszeitraum der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung auch auf das Jahr 1995 auszudehnen. Damit wurde der Modus der bestehenden Krankenanstaltenfinanzierung (Pfleugebührenersatz und Abgangsdeckung) um ein weiteres Jahr verlängert.

Darüber hinaus haben sich Bund und Länder in genannter Vereinbarung auch verpflichtet, 'unverzüglich über eine Reform der Struktur und der Finanzierung des gesamten Gesundheitswesens zu verhandeln. Die Vertragsparteien werden die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die zur Durchführung dieser Reform erforderlichen bundes- und landesgesetzlichen Regelungen mit 1. Jänner 1996 in Kraft treten.' (Erläuterungen I.3., Reform des gesamten Gesundheitswesens)

Das ist nicht geschehen. Angesichts der unbestrittenen Notwendigkeit einer sofortigen Reform und angesichts der Tatsache, daß eine einfache Fortschreibung der KRAZAF-Regelung eine weitere Kostenexplosion nach sich ziehen würde, ist unser Bundesland NÖ gefordert, selbst tätig zu

werden, so wie es Vorarlberg mit Einführung eines erfolgreichen Modellversuchs 'Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung' bereits vorgezeigt hat.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung, insbesondere Herr LR Wagner, wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung mit jenen Krankenanstalten, deren Rechtsträger sich dazu bereiterklären, möglichst ab 1. Jänner 1996 - spätestens aber ab 1. April 1996 - die Einführung des Modellversuches 'Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung' in die Wege zu leiten."

Ich bin überzeugt davon, daß das ein Schritt in die richtige Richtung ist und ich denke, daß es dem Landtag hoch anzurechnen ist, daß er sich wirklich auf die Füße gestellt hat und in Eigeninitiative diesen Schritt gesetzt hat und darf Sie bitten, diesem Resolutionsantrag Ihre Zustimmung zu erteilen. (*Beifall bei der FPÖ und Abg. der ÖVP und SPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt der Abgeordnete Gruber.

Abg. GRUBER (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der KRAZAF ist ja heute schon strapaziert worden. Landesrat Freibauer hat es nicht verwinden können, darüber seine Meinung zum Ausdruck zu bringen und letztenendes auch einige ätzende Polemiken anzubringen. Es ist leider so, daß der KRAZAF in eine politische Phase hineingekommen ist, die denkbar ungünstig ist. Natürlich soll nicht Parteipolitik betrieben werden. Das will kein Mensch mit einem Krankenhaus und schon gar nicht jetzt mit den anstehenden Finanzierungsfragen. Aber im Parlament gibt es ein Damoklesschwert, herbeigeführt dadurch, daß die ÖVP letztenendes Nationalratswahlen vom Zaun gebrochen hat. Daß die ÖVP nun ihre Zustimmung zur Verlängerung des KRAZAF, über die bereits mit den ÖVP-Landesfinanzreferenten Einigung erzielt wurde, von den Interessen einzelner Großbauern abhängig machen will, ist für uns vollkommen unverständlich. Die ÖVP will mit dieser Spitalsfrage eine große politische Auseinandersetzung herbeiführen. Jedenfalls, die Spitäler dürfen nicht in Geiselschaft genommen werden! Wir, die SPÖ, werden jedenfalls alles

unternehmen - ich bin davon überzeugt, daß das auch bei der Sondertagung des Nationalrates erfolgen wird - um der Vernunft in dieser Frage zum Durchbruch zu verhelfen.

Der KRAZAF ist nun seit 17 Jahren ein wichtiges Instrument für die Finanzierung unseres österreichischen Gesundheitswesens. Der bevorstehende Beschluß des Landtages bestätigt die Erfordernisse durch den KRAZAF für das Jahr 1995. Die Leistungen, die durch die KRAZAF-Regelung möglich gemacht worden sind, können und müssen auch für 1996 fortgesetzt werden.

Im Gesundheits-Ausschuß hat die Abgeordnete Rosenkranz gegen den vorliegenden Ausschußantrag gestimmt, was rein sachlich ganz gefährlich und unverständlich ist. Zweimal hat sie das getan. Wir können ja unsere Spitäler nicht zusperrern. Ganz im Gegenteil! Und wenn wir jetzt einen gemeinsamen Resolutionsantrag hier unterstützen, dann hat sich diese Situation durch die Diskussion ergeben. Man will natürlich das Modell, das bereits mit der leistungsbezogenen Verrechnung in Vorarlberg funktioniert, auch für Niederösterreich ausprobieren.

Aber wir haben ja noch ein anderes Problem neben dieser Frage. Wir dürfen ja nicht vergessen, daß diese Geschichte mit den Fremdpatienten für Niederösterreich eine schwerwiegende ist. Wir brauchen für das Land die Genehmigung dieser Vorlage jetzt wie berichtet, damit die Aufgaben des laufenden Betriebes der Krankenanstalten erfüllt werden können.

Die negative Gegenstimme der Freiheitlichen im Ausschuß habe ich betont. Und ich muß sagen, diese Absicht ist sicherlich mit großer Wahrscheinlichkeit auf politisches Kleingeld abgezielt. Das war ein schlechter Schachzug. Umso mehr ist jetzt eine gemeinsame Resolution da vorgelegt worden. So billig darf man sich das in der Gesundheitspolitik nicht machen. Denn hier geht es um viel mehr. Es geht um ein Gesundheitswesen, welches sich durch die Modernisierungsphasen in den letzten Jahren stark verbessert hat. Gut Ding braucht Weile, braucht Zeit. Und der Nationalrat wird in dieser Sondertagung in der nächsten Woche endgültig darüber entscheiden, wie es wirklich weitergeht.

Trotz der Kritik am Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds brachte dieser aber ab 1978 beträchtliche Finanzierungsbeiträge für unsere Spitäler in Niederösterreich. Einschließlich Betriebskostenzuschuß, Investitionszuschuß, Großgerätemittel und Strukturmittel bekam

Niederösterreich einen Gesamtanteil von 21,36 Milliarden Schilling. Der angeblich so ungeliebte KRAZAF hat immerhin in den vergangenen 17 Jahren eine wirksame Finanzierung unserer Gesundheitsanliegen ermöglicht. Auch das Notarzwagensystem im Land wurde damit einer Lösung zugeführt. Der KRAZAF ist ein wichtiger Finanzierungstopf. Die KRAZAF-Verlängerung war immer wieder, wenn auch von allen ungeliebt, der letzte Ausweg.

Die Diskussion über die leistungsbezogene Krankenhausfinanzierung, also die LKF-Regelung und der Zeitdruck, egal aus welchen Gründen immer, war die Ursache für das Weiterfunktionieren des KRAZAF bei seinem Weiterbestand. Die Vereinbarung für die Jahre 1991 bis 1994 brachte wohl, um die Verlängerung schmackhaft zu machen, eine höhere Dotierung des Fonds. Gerade in diesem Jahr wurde über eine Reform der Struktur und der Finanzierung des Gesundheitswesens mehrmals verhandelt. Leider ist durch diese Neuwahlprovokation einiges ins Hintertreffen gekommen. Das hätte man nicht tun sollen. *(Zwischenruf bei Abg. Präs. Ing. Eichinger.)*

Wer hat jetzt die Wahlen vom Zaun gebrochen? Wir waren doch bereit, Herr Präsident, sachlich weiterzuverhandeln. Und es hat nicht viel gefehlt. Das hätte man regeln können. Aber es war ein Justamentstandpunkt. Es ging doch darum, daß ein ehrgeiziger Vizekanzler unbedingt den Rollentausch vornehmen möchte. Aber wir werden das auf jeden Fall nicht zulassen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Klima des Wahlkampfes, den wir nicht wollten, ist dazwischen gekommen, um eine für Bundesländer und Gemeinden tragfähige Variante einer Spitalsreform zu erreichen. Bei der Nationalratssondertagung wird es sich nun zeigen, ob es in der gegenwärtigen Situation noch möglich ist, auch für 1996 den KRAZAF am Leben zu erhalten. Diese Probe aufs Exempel wird der Test sein, ob man noch miteinander kann. Im Interesse der Patienten und einer sinnvollen Spitalsreform, die kommen muß, wäre das sehr zu wünschen. Jedenfalls haben sich die neun Bundesländer mit dem Finanzminister darüber geeinigt, daß auch für das Jahr 1996 der KRAZAF verlängert werden soll.

Die Sozialversicherungsträger zahlen - so wurde vereinbart - 300 Millionen Schilling. Und aus Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds werden weitere 950 Millionen Schilling für die Spitalsfinanzierung gegeben, nicht geborgt, wie das der Landesfinanzreferent gesagt hat. Diese zusätzlich zugesagten Mittel von 1.250.000.000,- Schilling

können auch für 1996 nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein sein. Die Reform der Spitalsfinanzierung, leistungs- statt abgabenorientiert, könnte Anfang 1997 wirksam werden. Landesrat Freibauer meint, es geht erst um ein Jahr später. Also bitte, es muß jedenfalls verhandelt werden.

Die Fortsetzung des KRAZAF sichert den Spitalserhalten 1996 in Österreich rund 17 Milliarden Schilling. Eine Spitalskrise wäre in der Gesundheitspolitik der tote Punkt. Für 1996 darf es kein Finanzdebakel geben. Das sogenannte Salzburger Modell als Notanker anstelle einer KRAZAF-Verlängerung würde die Sozialversicherungsträger zwingen, diese 17 Milliarden Schilling durch Beitragserhöhungen zusätzlich hereinzubringen. Eine zwei- bis dreiprozentige Beitragserhöhung wäre ein Aderlaß für die Versicherten und ein Schritt zum Lohn- und Gehaltsabbau. Das wäre verhängnisvoll. Dieser Schritt wäre auch ein Weg zur Verarmung der sozial Schwachen. Auch die angekündigten Selbstbehalte würden die Aushöhlung sozialer Sicherheit der Unselbständigen bedeuten. Solidarität darf kein Lippenbekenntnis sein, es muß gelebt werden, vorgelebt werden durch politischen Konsens.

Weiters ist aber zu befürchten, daß in der Ostregion die Fremdpatientenregelung wieder akut wird und damit gerade die Patienten aus Niederösterreich in eine schwierige Lage bringt. 20 Prozent der Patienten in Wien kommen aus Niederösterreich. Das ist ein großer Personenkreis und diesen dürfen wir nicht im Stich lassen. Die Diskussion über die Strukturanpassung in der Ostregion würde damit schlagartig beendet sein. Dies könnte, weil in Niederösterreich neue Überlegungen zur Versorgung der Patienten angestellt werden müssen, sehr viel Geld kosten. ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat schlug in diese Kerbe, als sie sagte: Entweder eine Einigung über die Agrarförderung für Großbauern im Nationalrat oder keine Einigung über KRAZAF, Schwerverkehr und Zivildienst. Diese Absicht, zu erpressen, läßt befürchten, daß der Brunnen vergiftet wird. Der Wahlkampf ist wohl das Salz der Demokratie. Passen wir aber auf, daß die Suppe nicht versalzen oder gar ungenießbar gemacht wird. Jedenfalls braucht die Gesundheitspolitik für Niederösterreich einen konkreten Gesundheitsplan, der auch eingehalten werden muß. Was nützt ein Krankenanstaltenplan, wenn man sich nicht daran hält? Wenn Ehrgeizigkeiten einfach durchbrechen und Abteilungen geschaffen werden, die nicht im Plan enthalten sind? Das kostet ja dann zusätzlich Geld. Also erstens müssen die kostenintensiven

Schwerpunkte und Zentralfunktionen noch genauer definiert werden. Und zweitens müssen auch aus Kostengründen Grundversorgungen tatsächlich Grundversorgungen bleiben. Drittens soll durch das neue Modell in einer Variante die Ambulanzabteilung komplett über das Land geschehen. Hört, hört, sage ich, das soll dann komplett über das Land geschehen. Das wäre für Niederösterreich ein zu starker Dispositionsspielraum mit Gemeindemitteln. Hier spreche ich auch für ein städtisches Spital und für alle Spitäler. 21 Gemeindespitäler haben wir in Niederösterreich. Also das Geld gehört den Spitälern und nicht diesem Topf, aus dem man dann so großzügig die Gemeinden beteiligt. Sie haben ein Recht auf dieses Geld, weil auch dort operiert wird. Wir haben 21 Gemeindespitäler mit rund 20 Milliarden Schilling Jahresbudget, die Ambulanzleistungen machen bereits rund 15 Prozent aus. Nachdem sich in den letzten Jahren die Ambulanzleistungen in den Spitälern verdreifacht haben, geht es um einen hohen Schillingbetrag. Es wäre sinnvoll, wenn die niedergelassenen Ärzte so manche Ambulanzleistung selber erbringen könnten. Besonders die teuren Ambulanzleistungen werden jedoch in die Spitäler abgeschoben. Auch Laborleistungen, die oft selber gemacht werden könnten, werden ins Krankenhaus delegiert.

Die medizinische Qualität wurde in den letzten Jahren auch in Niederösterreich um vieles verbessert. Eine Spitalsbehandlung, welche kostenintensiv ist, sollte jedoch erst dann in Anspruch genommen werden, wenn wirklich das gesundheitliche Erfordernis vorhanden ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Gerade jetzt brauchen wir eine gerechte Spitalsfinanzierung am dringendsten. Der Mensch muß weiterhin im Mittelpunkt der sozialen Sicherheit bleiben. Der Mensch ist die Herausforderung bei der Gesundheitspolitik. Die SPÖ ist und bleibt der beste Freund der Patienten und der sozial Schwachen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Treitler.

Abg. TREITLER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Diese zum Beschluß vorgelegte Vereinbarung, die nach einer wiederholten Verlängerung die unbefriedigende Finanzierung der Krankenanstalten beenden sollte, wird noch einmal reanimiert. Es ist das eine mehrfache Verlängerung und man könnte hier eigentlich ein Wort des

Volksmundes anwenden, das nämlich Totgesagte besonders lange leben. Allein aus dieser Tatsache heraus erlaube ich mir, ein wenig zurückzublenden, Ihren Blick zwei Jahrzehnte zurückzuleiten und ein paar ausgewählte Aussagen und ein paar Beteuerungen, die so gleichsam schon der Gebetsmühle zuneigen, in Erinnerung zu rufen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich weiß schon, ich habe jetzt wieder das Los des letzten Redners zu tragen. Es gibt da so ein Lied, ein Wienerlied: "Einer hat immer das Bummerl." Aber wenn man jetzt bei mir so strenge Maßstäbe anlegt, würde ich bitten, jene zu ermahnen, die dazu beigetragen haben, daß es überhaupt zu spät geworden ist. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich darf also zitieren: "Es ist eine Regelung gefunden worden, ehe die Finanzierungsprobleme unlösbar geworden sind." Das ist ein Zitat, das auf den 30. Juni 1978 zurückgeht und damals anlässlich der Beschlußfassung des KRAZAF, dieses hochgerühmten Spitalsfonds, von Karl Sekanina gesagt worden ist. Es wurde noch hingewiesen, daß es sich um ein Provisorium handelt. Und hier zeigt sich, daß österreichische Provisorien sich ja durch besonders lange Lebensdauer auszeichnen.

Der Umstieg von der Defizitabdeckung zur leistungsorientierten Finanzierung war schon vor zehn Jahren beabsichtigt. Ein Zitat dazu: "Wir peilen eine Verlängerung des KRAZAF um 5 Jahre an, um endlich von der Defizitabdeckung zu einer leistungsorientierten Geldverteilung zu kommen." Das ist ein Zitat vom 30. März 1984 vom damaligen Gesundheitsminister Dr. Steyrer. Im Jahr 1987 wurde dann ebenfalls eine große Reform angekündigt, der Chef des KRAZAF meinte am 5. März 1987: "Die im Zuge der KRAZAF-Verlängerung geplanten Änderungen stellen nur eine Vorstufe für eine große Reform der Spitalsfinanzierung dar."

Auch Gesundheitsminister Dr. Außerwinkler hat sein Amt angetreten und gemeint, er wird in dieser Legislaturperiode in seiner Amtszeit alle Vorbereitungen für eine Lösung des Uraltproblems Spitalsfinanzierung zu treffen haben. Faktum I: Die verlässliche, abgesicherte und partnerschaftliche Finanzierung besteht nicht. Und Faktum II ist, daß die derzeit Ressortverantwortliche eher durch rhetorische Rundumschläge, unzutreffende Schuldzuweisungen und Konzepte zum Teil auf falschen Grundlagen auffällt.

Die leistungsorientierte Finanzierung steht wiederum im Mittelpunkt. Und die Gesundheits-

ministerin meinte am 17. Oktober 1995, sie habe sich - und das ist vielleicht ein medizinischer Hinweis - sogar "den Haxn ausgerissen" und Vorschläge gemacht. Ja, es stimmt schon, sie hat Vorschläge gemacht. Aber eher ex cathedra; etwas zentralistische Vorschläge, aber nicht so wie wünschenswert, partnerschaftliche Vorschläge. Man mußte vielmehr den Eindruck gewinnen, hier werden Vorschläge gemacht nach der Methode: "Friß, Vogel oder stirb".

Ein Wort auch zu diesem österreichischen Krankenanstaltenplan, der ungefähr eineinhalb Jahre alt ist. Der hat - und das müssen wir zugeben - unrealistisch in niederösterreichische Strukturen eingegriffen und widerspricht sogar dem von uns beschlossenen NÖ Krankenanstaltenplan. Und diese Finanzierungsvariante, die vorgelegt worden ist, auch das müssen wir zugeben, war etwas Wien-freundlich, sodaß eigentlich alle übrigen Bundesländer nicht zustimmen konnten.

Und allein diese Mehrbelastung, die vor allem diesen Wien-Anteil erhöht hätte, hätte den niederösterreichischen Rechtsträger und alle niederösterreichischen Gemeinden in der Summe mit einer Milliarde Schilling mehr belastet. Und sie versuchte den Vorwurf, die leistungsorientierte Finanzierung zu spät eingeleitet zu haben, mit der Aussage zu widerlegen, wir sind jeden Monat gesessen und haben verhandelt. Da dürfte sie ein wenig das Erinnerungsvermögen gestraft und verlassen haben. Denn wie schaut es wirklich aus? Am 28. Jänner 1995 wurde ausdrücklich die letztmalige Verlängerung des KRAZAF bis 31. Dezember 1995 als erklärtes Ziel festgelegt und es wurde sogar eingeschlossen, unverzüglich Reformen auszuverhandeln. Die Absicht finden wir in der heutigen Vorlage. Ziel war, eine Lösung bis Oktober 1995 anzustreben. Es dauerte allerdings dann vier Monate, bis ein Zwölfpunkteprogramm als Diskussionsgrundlage vorgelegt worden ist.

Wenn man dieses Zwölfpunkteprogramm betrachtet, fragt man sich, was ist denn daran neu? Im Grunde genommen sind es hinlänglich bekannte Ziele, die exhumiert worden sind. Am 26. Juni, Ende Juli und am letzten Augusttag gab es dann noch Gespräche mit den Ministern Krammer, Staribacher und Hums, jedesmal in unterschiedlicher Zusammensetzung, aber bedauerlicherweise ohne substantielles Ergebnis. Und am 27. September wurde ein Bundesmodell vorgelegt, mit dem eben diese Milliardenbelastung für die NÖ Krankenhäuser verbunden gewesen ist. Eines ist wahr und das sollten wir akzeptieren, wenn nämlich die Frau Bundesminister am

17. Oktober eingestanden hat, "ich kann das Problem nicht lösen".

Dieses Eingeständnis ist jedenfalls besser als eine zentralistische Entscheidung, die nach den bisherigen Erfahrungen einer schrecklichen Bedrohung der anderen Bundesländern mit Ausnahme von Wien und Tirol gleichkommt. Es gibt einen Vorschlag, den Landesrat Mag. Freibauer ausgearbeitet hat, der diese gesamte Problematik berücksichtigt. Und ich darf die wesentlichsten Merkmale hier noch einmal erwähnen. Es muß dieses gesamte Gesundheitssystem, nicht nur die Krankenhausfinanzierung, langfristig abgesichert werden. Natürlich unter Einschluß der Krankenanstalten. Es geht darum, unerträgliche Belastungen für die NÖ Gemeinden und das Land abzuwehren. Dieses leistungsorientierte Finanzierungssystem wird manchmal als der Stein der Weisen angesehen. Ich persönlich neige eher zu der Ansicht, daß hier die Mittel nur anders aufgeteilt werden. Daß vielmehr die Konsequenz daraus eine Strukturreform mit Kosteneinsparungen im gesamten Krankenhaus- und Gesundheitswesen sein muß. Und daß damit auch mit dieser Strukturreform eine Reorganisation unabdingbar zu verbinden ist.

Es hat heute schon unterschiedliche Auffassungen bezüglich des Termins für die leistungsorientierte Krankenhausfinanzierung gegeben. Wenn ich mich recht erinnere, hat die Frau Bundesminister gemeint, es geht durchaus mit 1. Jänner 1996. Wir müssen heute feststellen, das war eine sehr, sehr optimistische Darstellung. Denn bereits im Frühjahr 1994 hat sie gemeint, man kann ja eine flächenweise Einführung ermöglichen, nämlich zum Beispiel eine Überprüfung im Bereich der Chirurgie. Ich meine, daß wenn schon heute unterschiedliche Auffassungen sind, das Angebot von Scheibbs daliegt, sicherlich diesem Beispiel andere Krankenanstalten folgen werden, die Vorarbeit durch Freibauer mit dem Gesundheitsfonds und seinen Ideen gegeben ist, daß für eine leistungsorientierte Überprüfung und Erprobung keine gesetzlichen Maßnahmen erforderlich sind. Sondern daß man es eigentlich mit dem halten sollte, was die Frau Bundesminister in einer resignativen Phase gemeint hat. Als sie nämlich gesagt hat, "dann macht's doch endlich, zum Kuckuck noch einmal". Und ich nehme an, daß diese Aufforderung wohl an niemand anderen als an den für das Gesundheitswesen in Niederösterreich zuständigen Landesrat Wagner ergangen ist. Er soll die Vorarbeiten von Freibauer nützen und Vorbereitungen und Maßnahmen setzen, damit dieses leistungsorientierte Krankenhausfinanzierungssystem auch in

Niederösterreich eingeführt werden kann. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Ing. Dautzenberg.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KAUTZ (SPÖ): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Gesundheits-Ausschusses, Ltg. 375/V-11/9, Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis 1995): Mit Mehrheit angenommen! (Zustimmung ÖVP, SPÖ und LIF; Ablehnung FPÖ.)

Zu diesem Geschäftsstück liegt ein Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz, Lugmayr, Gruber, Ing. Dautzenberg vor, der die Einführung des Modellversuches "Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung" zum Inhalt hat. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!*

Damit kommen wir zur Abstimmung über das Geschäftsstück 401/K-1/3. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Gesundheits-Ausschusses, Ltg. 401/K-1/3, Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes): Mit Mehrheit angenommen! (Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Sivec, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 376/G-8 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. SIVEC (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe zur Änderung des NÖ Gemeinde-Personalvertretungsgesetzes zu berichten.

Mit Wirksamkeit vom 1. Mai 1995 wurden die Bestimmungen über die Haushaltszulage in der NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung 1976 dahingehend abgeändert, daß anstelle der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Haushaltszulage eine Kinderzulage geschaffen wurde. Das NÖ Gemeinde-Personalvertretungsgesetz ist hinsichtlich

der darin enthaltenen Bestimmungen über die Haushaltszulage mit gleicher Wirksamkeit zu ändern.

Ich darf daher namens des Kommunal-Ausschusses folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Antrag des Kommunal-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Gemeinde-Personalvertretungsgesetzes.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Gemeinde-Personalvertretungsgesetzes wird genehmigt.

2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Abstimmung durchzuführen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke dem Herrn Berichterstatter. Zum Wort ist niemand gemeldet, wir kommen daher zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Kommunal-Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Somit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben. Die Sitzung ist geschlossen. (*Schluß der Sitzung um 23.10 Uhr.*)